

Sicherheit 2003

**Aussen-, Sicherheits- und
Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend**

Karl W. Haltiner, Andreas Wenger, Jonathan Bennett, Tibor Szvircsev Tresch

Hrsg.: Karl W. Haltiner, Andreas Wenger

Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH Zürich
und Militärakademie an der ETH Zürich

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	7
Kurzzusammenfassung	9
Condensé	10
Breve Riassunto	11
Abstract	12
Zusammenfassung der Studie „Sicherheit 2003“	13
Résumé de l'étude « Sécurité 2003 »	23
Summary of the survey “Security 2003”	33
1 Chronologie potenziell meinungsbildender Ereignisse 2002/2003	41
1.1 Der Kampf gegen den internationalen Terrorismus und der Krieg im Irak	41
1.2 Aussenpolitik: Uno-Beitritt – EU-Bilateralismus	43
1.3 Verteidigungs- und Armeepolitik: Ja zu Armee und Zivilschutz XXI – Umsetzung im Zeichen subsidiärer Armeeeinsätze	44
1.4 Innere Sicherheit: Marschhalt im Projekt USIS – WEF und G8-Gipfel als Herausforderungen	46
2 Untersuchungsdesign	49
3 Datenbasis	51
4 Sicherheits- und Bedrohungsempfinden	53
4.1 Allgemeines Sicherheitsempfinden	53
4.2 Wahrnehmung der Terroranschläge vom 11. September 2001	54
4.3 Einschätzung der Wichtigkeit verschiedener Sicherheitsaspekte	57
5 Wahrnehmung der Schweiz und der Welt	61
5.1 Zukunftseinschätzung der Schweiz	61
5.2 Einschätzung der Entwicklung der weltpolitischen Lage	62
5.3 Bedrohungswahrnehmung und Armeekzeptanz	64

6	Vertrauen in Behörden und Institutionen	65
6.1	Vertrauensindex	65
6.2	Institutionenvertrauen und persönliches Sicherheitsempfinden	67
7	Aktuelle Aspekte der äusseren und der inneren Sicherheit	73
7.1	Grossräumig veränderte Sicherheitslage	73
7.2	Die Wahrnehmung der internationalen Sicherheitslage und ihrer Akteure	76
7.3	Aspekte der inneren Sicherheit	80
7.4	Äussere und innere Sicherheit – eine Synthese	83
8	Öffnung versus Autonomie – die Wahrnehmung ausser- und sicherheitspolitischer Optionen	87
8.1	Eine skalenartige Fragenbatterie als Grundlage	87
8.2	Die 20 Indikatoren der Öffnungsbereitschaft bzw. der Autonomiebetonung im Trend	89
8.3	Internationale Kooperation durch Bindung und Annäherung: EU und EWR	89
8.4	Internationale Kooperation durch Bindung oder Annäherung an die Nato und erhöhtes Engagement in der Uno	91
8.5	Internationale Kooperation ohne institutionelle Bindung	93
8.6	Betonung der nationalen Autonomie	94
8.7	Wie viel Öffnung braucht die Schweiz? Die Kooperationstypen im Trend 1993–2003	96
8.8	Die Kooperationstypen nach wichtigen soziodemographischen Merkmalen und nach der politischen Selbsteinstufung	98
8.9	Öffnungsbereitschaft und EU -Beitritt	99
9	Die Neutralität	101
9.1	Indikatoren für verschiedene Neutralitätsfunktionen	103
9.2	Die Neutralitätsindikatoren im Trend 1993–2003	104
9.3	Neutralitätsauffassungen – eine Typologie	110
10	Sicherheitspolitische Aspekte der internationalen Kooperation	119
10.1	Wahrnehmung der nationalen Sicherheitsautonomie	119
10.2	Sicherheitspolitische Kooperation im Allgemeinen und mit der Uno im Speziellen	120

11	Armee reform XXI – Informationsstand und Akzeptanz	125
<hr/>		
11.1	Informationsstand zur Armee XXI	125
11.2	Akzeptanz der Armee reform XXI zwischen 2002 und 2003	131
11.3	Abstimmungs- und Stimmbeteiligungsabsichten zur Armee reform XXI	131
12	Wehrstruktur und Armee	135
<hr/>		
12.1	Armeeakzeptanz und -umfang	135
12.2	Wehrstruktur: Miliz- versus Berufsarmee	138
12.3	Künftige Aufgaben der Armee	140
12.4	Wahrgenommene Effektivität der Armee	143
13	Sicherheitspolitisches Interesse	145
<hr/>		
	Literaturhinweise	149
<hr/>		
	Anhang I	153
<hr/>		
I	Die Qualität der Variablen	153
II	Korrelationen und Koeffizienten	153
III	Das Testen von Unterschiedshypothesen mittels χ^2 -Test	154
IV	Die Clusteranalyse	155
V	Die Korrespondenzanalyse	156
	Anhang II	159
<hr/>		
I	Die Typologien der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationswilligkeit und der Neutralitätsauffassung	159
II	Korrespondenzanalyse verschiedener Sicherheitsaspekte	166
	Anhang III	175
<hr/>		
	Fragebogen und prozentuale Häufigkeiten	175
	Tabellenanhang I (Daten Befragung Februar, 2003/I)	193
	Tabellenanhang II (Daten Befragung April, 2003/II)	311

VORWORT

Der vorliegende Jahresband 2003 ist der fünfte der 1999 begonnenen Reihe „Sicherheit“. Ziel dieser Publikation ist es, Tendenzen und längerfristige Trends in der aussen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Meinungsbildung der Schweizer Bevölkerung mittels Repräsentativerhebungen aufzuzeigen und verständlich zu machen. Damit werden Studien zusammengefasst und leichter greifbar gemacht, die seit 1991 von der *Militärakademie (MILAK) an der ETH* und von der *Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH Zürich* in enger Zusammenarbeit, aber zum Teil in separaten Publikationen, vorgelegt wurden. Diese Reihe entspricht einerseits dem grossen öffentlichen Interesse an sicherheitspolitischen Fragen. Andererseits soll sie eine leicht zugängliche Informationsgrundlage für die Beobachtung längerfristiger Trendentwicklungen abgeben. Zu diesem Zweck werden im Jahresrhythmus wichtige aussen-, sicherheits- und verteidigungspolitische Grundeinstellungen in unveränderter Weise erhoben, im Zeitvergleich dargestellt und interpretiert. Die Herausgeber hoffen, damit auch den langfristigen Interessen der Politik, der Wissenschaft und der Öffentlichkeit zu dienen. Ergänzend ist dem Band eine „Chronologie potenziell meinungsbildender Ereignisse“ sowie ein Abstract in vier Sprachen und eine Zusammenfassung der Ergebnisse in Deutsch, Französisch und Englisch beigegeben.

Neben den erwähnten Standardfragen werden jährlich ergänzende Themen aufgegriffen. Dieses Jahr gilt den allgemeinen Sicherheitsempfindungen in der Bevölkerung nach den weltpolitischen Turbulenzen im Zusammenhang mit dem Irakkrieg und besonderen Aspekten der inneren Sicherheit ein vertieftes Interesse.

Die Herausgeber und Autoren danken Marco Zanoli, Thomas Holderegger und Daniel Trachsler von der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik für die Projektkoordination und die Herstellung des Layouts bzw. die Datenbeschaffung zur Chronologie. Sie bedanken sich bei Silvia Rüesch, Elisabeth Matousek und Marisa Haltiner für die Abbildungen sowie die französische und italienische Übersetzung. Für die Durchsicht des Manuskripts und weitere wertvolle Hilfen bedanken sie sich bei Thomas Hunziker und Reto Wollenmann.

Prof. Dr. Karl W. Haltiner

Militärakademie
an der ETH Zürich

Prof. Dr. Andreas Wenger

Forschungsstelle für Sicherheitspolitik
der ETH Zürich

Kurzzusammenfassung

Das allgemeine Sicherheitsgefühl der SchweizerInnen ist auch 2003 sehr ausgeprägt. Obwohl man sich generell sicher fühlt – als sehr sicher bezeichnen sich im Februar 82%, im April 88% der Befragten –, werden Gefährdungen der persönlichen Sicherheit im Zusammenhang mit den Terroranschlägen von New York stärker wahrgenommen als vor Jahresfrist.

Der schweizbezogene Zukunftsoptimismus hat sich im Vergleich zum Dezember 2002 leicht erholt, liegt aber deutlich unter den Werten der Jahre 2000 und 2001. Der Entwicklung der weltpolitischen Situation blickt man seit dem Kriegsende im Irak wieder etwas zuversichtlicher entgegen.

Nach einem Tiefststand zu Beginn des Jahres zeigt sich die aussenpolitische Öffnungsbereitschaft im April auf einem mit den beiden Vorjahren vergleichbaren Niveau. Dies bedeutet, dass eine Zweidrittelmehrheit eine moderate, die Souveränität nicht einschränkende Öffnung der Schweiz begrüsst. Während ein EU-Beitritt nach wie vor wuchtig abgelehnt wird, befindet sich die Uno im Meinungshoch. Sie hat durch die Irakkrise in der Schweiz an Legitimität gewonnen. Die selbstgewählte Rolle der USA als Ordnungsmacht stösst hingegen vor und nach dem Krieg grossmehrheitlich auf Ablehnung.

Eine Annäherung an die Nato – geschweige denn ein Nato-Beitritt – findet noch geringere Unterstützung als in den Vorjahren. Seit dem Irakkrieg werden schweizerische Militärengagements im Ausland eher skeptischer betrachtet.

Vieles deutet darauf hin, dass die sich verdüsternde Weltlage (Terrorismus, Irakkonflikt) bewirkt hat, dass die SchweizerInnen den Stellenwert der Neutralität höher bewerten als in den Jahren zuvor. Es wird ihr auch eher wieder eine Schutzfunktion zugesprochen.

Die Notwendigkeit der Schweizer Armee wird grossmehrheitlich bejaht. Sie wird jedoch in der öffentlichen Meinung stärker denn je als multifunktionale Sicherheitsorganisation statt als militärisches Verteidigungsinstrument wahrgenommen. Die Miliz wird einer Berufsarmee wieder stärker vorgezogen als in den Vorjahren.

Condensé

Le sondage mené en 2003 auprès des Suisse(sse)s montre, cette année aussi, que le sentiment général de sécurité est très marqué. Alors que la population se sent généralement en sécurité à l'intérieur des frontières de la Suisse – en février 82% et en avril 88% des personnes interrogées affirment se sentir très en sécurité – les menaces, liées aux attentats terroristes de New York, qui portent atteinte à la sécurité individuelle sont plus fortement perçues que l'année passée.

Comparé à décembre 2002, l'optimisme quant à l'avenir de la Suisse est légèrement plus élevé, mais atteint des valeurs nettement inférieures à celles de 2000 et 2001. Depuis la fin de la guerre en Irak on est à nouveau un peu plus optimiste quant à l'évolution de la situation politique internationale.

Après avoir enregistré, au début de l'année, le taux d'approbation le plus bas, la volonté d'ouverture en matière de politique étrangère atteint en avril un niveau comparable à celui des deux dernières années, ce qui signifie qu'une majorité de deux tiers est favorable à une ouverture modérée de la Suisse, soit sans restriction de sa souveraineté. Alors qu'une adhésion à l'UE est à nouveau massivement refusée, l'ONU recueille une approbation élevée en sa faveur au sein de l'opinion publique. Ce gain de légitimité constaté en Suisse est une conséquence de la crise irakienne. Par contre, le rôle de puissance, garante de l'ordre mondial, que les Etats-Unis se sont attribués eux-mêmes est désapprouvé avant et après la guerre par une forte majorité.

Le soutien apporté au rapprochement de l'OTAN – et encore moins l'adhésion à l'OTAN – est à nouveau plus faible que les années précédentes. Depuis la guerre en Irak, le scepticisme prévaut plutôt quant aux engagements militaires suisses à l'étranger.

Les relevés de l'enquête nous indiquent que les Suisse(s) accordent une importance plus élevée à la neutralité que ces années passées en raison de l'assombrissement de la situation internationale (terrorisme, conflit en Irak). Le rôle de protection attribué à la neutralité contribue à améliorer le sentiment de bien-être des Suisse(sse)s.

La nécessité de l'armée suisse est approuvée par une large majorité. Toutefois, elle est toujours davantage perçue par l'opinion publique en tant qu'organisation de sécurité polyvalente plutôt qu'en tant qu'instrument militaire pour la défense. Par rapport aux années précédentes, l'armée de milice est à nouveau davantage préférée à l'armée de métier.

Breve riassunto

Il senso generale di sicurezza del popolo svizzero rimane elevato anche nel 2003. Però mentre nel proprio paese ci si sente generalmente sicuri.

(82% degli intervistati in febbraio e 88% in aprile hanno dichiarato di sentirsi “molto sicuri”) sono aumentati rispetto all’anno scorso i timori relativi alla propria sicurezza personale, dopo gli attacchi terroristici di New York.

Pur essendo aumentata leggermente rispetto al dicembre 2002 la fiducia nel futuro della Svizzera, essa rimane chiaramente al di sotto dei valori degli anni 2000 e 2001. Dalla fine della guerra in Iraq si guarda anche con un po’ più di fiducia agli sviluppi della situazione politica mondiale.

Dopo aver raggiunto il suo punto più basso all’inizio dell’anno, la disponibilità del paese all’apertura politica verso l’estero si è ripresa ai livelli degli ultimi due anni. Ciò significa che due terzi della popolazione è a favore di un’apertura moderata della Svizzera, che non limiti la sua indipendenza. Mentre l’ingresso nella Comunità Europea viene sempre veemente respinto, l’Onu è tenuta in grande considerazione, avendo acquistato legittimità durante la crisi in Iraq. Di contra, il ruolo di forza d’ordine arrogatosi dagli Stati Uniti, viene sempre criticato dalla maggioranza.

Un avvicinamento alla Nato – per non parlare di un ingresso nella Nato – trova ancora meno sostenitori rispetto agli anni scorsi. E, dall’inizio della guerra in Iraq, anche l’impiego di soldati svizzeri all’estero viene considerato con un certo scetticismo.

Sembra che l’aggravamento della situazione mondiale (il terrorismo, il conflitto in Iraq) abbia portato gli svizzeri/svizzeri ad apprezzare la neutralità anche più degli anni passati. In essa ci si sente bene in questo momento.

La maggioranza della popolazione vede la necessità dell’esercito svizzero, considerato però, secondo l’opinione pubblica, sempre di più come un’organizzazione multifunzionale piuttosto che come uno strumento militare di difesa. Rispetto agli ultimi anni, il principio dell’esercito di milizia viene nuovamente preferito a quello di un esercito composto da professionisti.

Abstract

The Swiss continue to have a strong general feeling of security in 2003. While they feel secure in their own country – with 82% in February and 88% in April calling themselves “very secure” – more persons than a year ago state that their personal security has become more precarious since the terrorist attacks of New York City.

Compared to December 2002, optimism with regard to Switzerland has recovered but is still clearly below the level of 2000 and 2001. The development of the global political situation is anticipated with somewhat more confidence since the end of the war in Iraq.

After an unprecedented low at the beginning of the year, the willingness for a foreign policy opening in Switzerland in April is at a level comparable to the two preceding years. This implies that two thirds of the Swiss welcome a moderate opening of Switzerland granted that it does not touch on national sovereignty. While an EU-membership is still rejected overwhelmingly, the UN are enjoying great popularity. The UN have gained legitimacy in Switzerland during the Iraq crisis. The self-chosen US-role as a power of order, on the other hand, is largely met with rejection both before and after the war.

A further approach to Nato – not to mention an actual joining of Nato – are met with even less support than in the preceding years. Swiss military engagements out of territory are regarded with more skepticism since the war in Iraq.

Many indicators suggest that the increasingly dim global situation (terrorism, Iraq conflict) has led to a higher estimation of neutrality by the Swiss than was the case in the preceding years. A protective function is attributed to neutrality more frequently again.

The necessity of the Swiss military is agreed on by a large majority. However, the public more than ever perceives the armed forces as a multifunctional security organisation rather than as a purely military instrument of defence. The militia army format is preferred more strongly over a professional army again than in the preceding years.

ZUSAMMENFASSUNG DER STUDIE „SICHERHEIT 2003“

Ziele und Datenbasis

Die Jahresstudien „Sicherheit“ der *Militärakademie an der ETH Zürich* in Zusammenarbeit mit der *Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH Zürich* dienen der Trendermittlung in der sicherheits- und wehrpolitischen Meinungsbildung der SchweizerInnen. Sie stützen sich auf im Jahres- oder Zweijahresrhythmus durchgeführte repräsentative Befragungen der Schweizer Stimmbevölkerung.

Aufgrund des Irakkrieges fand in diesem Jahr eine Zweifacherhebung statt. Die erste Befragung wurde zwischen dem 11. Januar und dem 5. Februar 2003 bei 1202 Personen durchgeführt. Eine zweite fand vom 7. bis 14. April statt und umfasste 1002 Personen. Prozentangaben, die sich auf die Aprilerhebung beziehen, werden jeweils mit dem Vermerk „April“ gekennzeichnet. Zur Stichprobenauswahl wurde das „random-quota“-Verfahren eingesetzt. Die \pm -Prozentzahlen in Klammern geben die Differenz zum Vorjahr bzw. zur vorangehenden Erhebung an. In der Befragung 2003 liegt der mögliche Stichprobenfehler mit einem Sicherheitsgrad von 95% im ungünstigsten Fall bei $\pm 3\%$. Differenzen von weniger als $\pm 3\%$ zur vorgängigen Erhebung müssen als zufällig bzw. als nicht signifikant eingestuft werden.

Trends und Tendenzen

Sicherheits- und Bedrohungsempfinden: Das allgemeine Sicherheitsgefühl der SchweizerInnen ist auch 2003 stark ausgeprägt. 82% ($\pm 0\%$, April: 88%) bezeichnen sich als „sehr“ oder „eher sicher“. Vordergründig mag erstaunen, dass zwischen Februar und April 2003 ein Anstieg des Sicherheitsgefühls zu verzeichnen ist. Eine mögliche psychologische Deutung dieses Sachverhalts wäre, dass die angespannte, aber gleichzeitig unklare weltpolitische Lage des Januars einer geklärten Situation im April gewichen ist.

Im Februar des Vorjahres hatten lediglich 11% der Befragten angegeben, dass ihre Sicherheit seit den Terroranschlägen von New York gefährdeter sei. Dieser Anteil hat sich innert Jahresfrist auf 22% verdoppelt. Trotz des geäußerten ge-

nerell hohen Sicherheitsgefühls, fühlen sich gut 16 Monate nach dem 11. September 2001 also deutlich mehr Personen in ihrer Sicherheit „eher mehr gefährdet“ als relativ kurz nach den Anschlägen.

Wird der Fokus auf den Freundes- und Bekanntenkreis gerichtet, so sind inzwischen knapp über die Hälfte der Befragten der Ansicht, in ihrem privaten Umfeld habe die Angst zugenommen (51%, +11%). Nur noch 44% (-13%) wollen von einer derartigen Zunahme nichts gemerkt haben. Als Vergleichswert eignet sich die im April 2003 gestellte Frage nach Bedrohtheitsgefühlen in Zusammenhang mit dem Krieg in Irak. Diesbezüglich bekunden lediglich 19% eine eigene Gefährdung der Sicherheit. Auch hier gilt, dass unsichere Personen sich durch den Krieg in stärkerem Masse persönlich gefährdet wähen als sichere ($\gamma=0.27$). Dass das soziale Umfeld seit dem Beginn des Irakkrieges ängstlicher geworden sei, bestätigen 39%.

Fragt man nach einzelnen Sicherheitsdomänen, so werden die „Sicherheit des Arbeitsplatzes“ (40%, +5%), die „Sicherheit vor Terrorismus“ (40%, +4%), die „Sicherheit vor Verbrechen und Kriminalität“ (41%, +3%), die „soziale Sicherheit“ (39%, +3%) sowie die „militärische Sicherheit“ (16%, +3%) von etwas mehr Personen als „ausserordentlich wichtig“ beurteilt als im Vorjahr. An der Grundstruktur der Relevanzeinschätzungen ändert sich dadurch allerdings nichts: Mit Abstand am häufigsten wird die „familiäre Geborgenheit“ als „ausserordentlich wichtig“ bezeichnet (58%). Genauso eindeutig ist es die „militärische Sicherheit“, deren Relevanz am seltensten so hoch eingeschätzt wird (16%).

66% (+3%, April: 68%) der Befragten geben sich überzeugt, dass die nähere Zukunft der Schweiz – die nächsten fünf Jahre – positiv verlaufen werde. Damit hat sich zwar der schweizbezogene Zukunftsoptimismus im Vergleich zum Dezember 2002 wieder leicht erholt. Dennoch liegt er deutlich unter den Werten der Jahre 2000 und 2001. Diese Erwartung dürfte die derzeit eher unsichere Wirtschaftslage reflektieren.

Im Februar 2003 sind lediglich 8% (-2%) der Meinung, dass sich die weltpolitische Lage in den nächsten fünf Jahren entspannen werde. Dagegen glauben immerhin 55%, es sei mit einer Verschlechterung des weltpolitischen Klimas zu rechnen ($\pm 0\%$). Die Zusatzbefragung im April zeigt demgegenüber eine deutliche Erholung der weltpolitischen Zuversicht (16%) und einen Rückgang des Anteils der Negativprognostiker auf 46%.

Aspekte der inneren Sicherheit: Unter dem Gesichtspunkt der inneren Sicherheit schreibt die Bevölkerung einer Intensivierung der internationalen polizeilichen

Zusammenarbeit eine erstrangige Bedeutung zu (91%). Ein Beitritt der Schweiz zum Schengen-Abkommen könnte derzeit mit hoher Billigung rechnen. Obwohl auch eine Mehrheit (58%) ein Aufstocken der Polizei allgemein gutheissen würde, fällt der Grad an Zustimmung hier geringer aus. Als erstrangiges Problem für die innere Sicherheit wird allgemein, d.h. über alle soziodemographischen Gruppen hinweg und unabhängig von der Links-rechts-Einstufung, die Kontrolle des Ausländeranteils in der Schweiz gesehen (79%). Der Bekämpfung des Rechtsextremismus wird hohe Bedeutung beigemessen, dem Vorgehen gegen den Linksextremismus demgegenüber eher nachgeordnete. Von einer Gefahr, dass das Bankgeheimnis für kriminelle Zwecke missbraucht werden könnte, will die Mehrheit, anders als die Linke, nichts wissen (Durchschnittszustimmung 38%).

Aktuelle Aspekte der äusseren Sicherheit: Mit einer Auswahl von Vorgaben zur Einschätzung der Rolle der USA, der Uno, des Völkerrechts und möglichen Mitteln zur Stabilisierung der internationalen Sicherheitslage wurde im Vorfeld des Irakkrieges im Februar 2003 die diesbezügliche Stimmung in der Schweiz nachgezeichnet. Weil angenommen werden durfte, dass der Irakkrieg die Stimmungslage in der schweizerischen Bevölkerung in Bezug auf die erwähnten Aspekte der äusseren Sicherheitslage nicht unberührt lassen würde, wurden diese Fragen im April, kurz vor bis unmittelbar nach dem Fall Bagdads, noch einmal gestellt. Dabei zeigte sich indes keine grosse Veränderung in der öffentlichen Meinung.

Das Völkerrecht und die grundsätzliche Verhinderung von Kriegen „in jedem Fall“ sind den Schweizerinnen und Schweizern zu beiden Befragungszeitpunkten erstrangige Anliegen (Zustimmung je über 90%). Das Vorgehen der Amerikaner im Irak scheint die Befragten in dieser Haltung bestärkt zu haben. Die selbstgewählte Rolle der USA als Ordnungsmacht stösst vor und nach dem Krieg grossmehrheitlich auf Ablehnung (Zustimmung 20% und weniger). Bei der Ausschaltung von Diktatoren und Massenvernichtungswaffen heiligt der Zweck die Mittel in den Augen des hiesigen Publikums nicht. Das Prinzip der nationalen Souveränität, so das Fazit daraus, möchte eine Mehrheit in diesem Lande ohne Wenn und Aber hochgehalten sehen. Demgegenüber gewinnt die Uno, der man letztes Jahr eher freudlos beigetreten war, durch die Ereignisse um den Irakkrieg hier zu Lande an Ansehen und Statur als einzige legitime Garantin des Völkerrechts. Ihr Prestige legt von der Februar- bis zur April-Erhebung um volle 14% zu (Zustimmung zur Uno als Hüterin des Völkerrechts: 65%; April: 79%). Man scheint sich noch mehr als zuvor bewusst zu sein, wie sehr der „Kleine“ ohne allgemeine Respektierung des internationalen Rechts der Macht der „Grossen“ ausgeliefert sein kann.

Allgemein erweist sich für die Beurteilung der äusseren und inneren Sicherheitslage die Selbsteinstufung auf der politischen Links-rechts-Skala als wichtigstes Kriterium. Sich als rechts bezeichnende Personen befürworten in der Regel eine härtere Gangart, lehnen z. B. das Vorgehen der USA im Irak weniger stark ab und rufen deutlicher nach einem Aufstocken der Polizei und nach einer Kontrolle des Ausländeranteils als Befragte, die sich politisch in der Mitte platzieren und noch deutlicher als solche, die sich als links bezeichnen. Tendenziell wännen sich eher Personen terrorgefährdet, die sich allgemein in der Schweiz „unsicher“ fühlen, darunter überdurchschnittlich viele Angehörige der älteren Generationen und der unteren Bildungsschichten. Sie heissen etwa ein Mehr an Polizei sowie die Kontrolle des Ausländeranteils in der Schweiz stark über dem Mittel gut.

Vertrauen in Behörden und Institutionen: Auf einer Skala von 1 („gar kein Vertrauen“) bis 10 („volles Vertrauen“) haben die befragten StimmbürgerInnen ihr Vertrauen in Bundesrat und Parlament, Gerichte, Polizei und Armee sowie die Wirtschaft und die Medien beurteilt. Mit Ausnahme der Wirtschaft (5.66, -0.07), die erneut eine leichte Vertrauenseinbusse verzeichnet, liegen die Vertrauensbezeugungen im Februar 2003 durchwegs über denjenigen vom Dezember 2002. Dies deckt sich mit der oben erwähnten leichten Erholung der landesbezogenen Zuversicht. Ein Vergleich mit den Durchschnittswerten aller Vertrauensmessungen der letzten Jahre zeigt zudem, dass – wiederum mit Ausnahme der Wirtschaft – alle im Februar ermittelten Vertrauenswerte überdurchschnittlich hoch sind. Der deutliche Vertrauenszuwachs in die meisten öffentlichen Institutionen im Vergleich zur vorangehenden Erhebung ist insofern zu relativieren, als die letzte Befragung im Dezember 2002 auffällig tiefe Vertrauenswerte ergab, was damals als Nachwehen des „Schwarzen Herbstes 2001“ interpretiert wurde (Haltiner et al., 2002, S. 39f.).

Internationale Kooperationsbereitschaft: Im Februar 2003 liegt die EU-Annäherungsbereitschaft lediglich noch bei 48% (-5%). Dies entspricht dem tiefsten Stand seit Beginn dieser Einstellungsmessung im Jahre 1989. Noch im August 1999 hatten 70% der Befragten eine Annäherung an die EU befürwortet. Auch die Bereitschaft, der EU beizutreten, war noch nie so gering wie im Februar 2003 (33%, -7%), allerdings liegt sie in der Zweitbefragung im April mit 38% wieder auf dem Niveau der beiden letzten Jahre. Gegenwärtig gibt es lediglich im erklärtermassen linken Meinungslager eine Mehrheit für einen EU-Beitritt.

55% der StimmbürgerInnen sind der Meinung, die Schweiz sollte einen Sitz im Uno-Sicherheitsrat anstreben und beinahe sechs von zehn Befragten (59%) fin-

den, die Schweiz sollte sich aktiv und an vorderster Front für Anliegen der Uno einsetzen. In der Aprilbefragung klettert dieser Zustimmungswert gar auf 65%. Die Sympathie für die Uno in der Schweiz hat somit durch die Ereignisse am Golf zugenommen. Unverändert zeigt sich im Februar 2003 die Befürwortung von Schweizer Friedenstruppen unter Uno-Mandat (59%, +1%).

Im Februar 2003 liegt die Annäherungsbereitschaft an die Nato auf dem tiefsten Stand seit Beginn ihrer Messung 1993. Nur noch 27% (-6%) wollen, dass sich die Schweiz dem Nordatlantischen Bündnis annähert. Im April sind es knapp mehr Personen, die sich der Nato annähern wollen (30%), doch immer noch volle 20% weniger als im August 1999. Gleiches gilt für einen eigentlichen Beitritt zur Nato: Nur 16% der SchweizerInnen – und damit so wenige wie noch nie – unterstützen ein solches Szenario. Das Hauptmerkmal der Haltung gegenüber einer Nato-Annäherung ist die Einmütigkeit der Skepsis quer durch alle sozialen Kategorien und politischen Meinungslager.

Die Schweiz in der Rolle als Vermittlerin in internationalen Konflikten stösst auf breite Zustimmung. 70% (+1%, April: 70%) wünschen sich ein vermehrtes Engagement in dieser Hinsicht. Gut drei Viertel der Befragten (77%, +8%) unterstützen zudem eine aktive Rolle der Schweiz bei internationalen Konferenzen. Auf hohem Niveau stabil zeigt sich das Einverständnis mit der Aussage, die Schweiz sollte „ihren Stellenwert als Sitz des Roten Kreuzes mehr ins Spiel bringen“ (71%, ±0%). Während anfangs Jahr eine Erhöhung der Entwicklungshilfe keine Mehrheit findet (47%, -6%), klettert ihre Zustimmungsrates bis im April auf 56% und damit auf ein mit den Jahren 2000 und 2001 vergleichbares Niveau.

Auch 2003 wurde aus neun Indikatoren der aussenpolitischen Öffnungsbereitschaft eine Typologie gebildet. Als „Autonomisten“ werden in dieser Typologie jene Personen bezeichnet, die jede Intensivierung internationaler Kooperation ablehnen. Nach der „weichen“ Form der aussenpolitischen Öffnung ist die internationale Kooperation zwar zu optimieren – allerdings möglichst unter Beibehaltung der vollen nationalen Souveränität. Dagegen sind „harte Öffnungswillige“ auch dann für eine Intensivierung der internationalen Kooperation, wenn diese nationale Souveränitätseinbussen mit sich bringt. Die Prozentanteile der drei Typen von Kooperationswilligkeit unterscheiden sich zum ersten Befragungszeitpunkt im Februar deutlich von denjenigen des zweiten Befragungszeitpunktes im

April.¹ Während im Februar die „autonomistische“ Grundhaltung den stärksten Zuspruch erfährt (37%, +3%), ist dies im April für die „weiche Öffnungsbereitschaft“ der Fall (40%, +5%). Die „autonomistische“ Grundhaltung vermag dagegen im April 2003 nur noch 31% (-6%) der Befragten auf sich zu vereinen. Stabil bleibt der Anteil der „harten Öffnungswilligen“, der sich im Februar 2003 auf 28% und im April auf 29% beläuft. Während also die äusserst angespannte weltpolitische Situation im Februar eine Art „Schneckenhaus-Reaktion“ bewirkt, die eher den „Autonomisten“ zugute kommt, zeigt sich gegen Kriegsende im Irak eine verstärkte Betonung der „weichen“, kooperations- wenn auch nicht beitriffsorientierten Öffnungsbereitschaft und ein Rückgang autonomistischer Tendenzen.

Betrachtet man die gesamte Stimmbevölkerung und berücksichtigt auch jene Personen, die sich keinem der drei Kooperationstypen zuordnen lassen, fällt der Unterschied zwischen der Februar- und der Aprilbefragung wiederum sehr deutlich aus: Neigen zu Jahresbeginn bloss noch 38% (-9%) zu einer Intensivierung der internationalen Kooperation und weiteren Öffnung des Landes, sind es im April immerhin wieder 54%.

Neutralität: An der seit Jahren stabilen und grossmehrheitlichen Zustimmung zur Neutralität hat sich auch 2003 nichts geändert. Beinahe neun von zehn Schweizer StimmbürgerInnen halten daran fest, dass die Schweiz neutral bleiben soll (88%, -1%). Eine differenzielle Neutralitätsauffassung, d.h. eine Auffassung, wonach bei politischen Konflikten im Ausland klar Stellung für die eine oder andere Seite zu beziehen sei, hingegen bei militärischen Konflikten die Schweiz neutral zu bleiben habe, wird stark unterstützt (69%, +9%). Verworfen wird hingegen, dass die Schweiz auch bei militärischen Konflikten klar Stellung beziehen sollte (29%). Sowohl die Solidaritäts- wie auch die Identitätsfunktion der Neutralität werden in der Bevölkerung so hoch bewertet, dass von einem Erstarren des Neutralitätsbewusstseins gesprochen werden muss.

Dass die Neutralität zu einem Hindernis für die schweizerische Aussenpolitik werden könnte, glauben immer weniger Befragte. Hingegen nimmt der Glaube an die autonome Verteidigungsfähigkeit der Schweiz, nach Einbrüchen in den vergangenen Jahren, zu.

1 Es ist zu berücksichtigen, dass sich die Typologie der aussenpolitischen Öffnungsbereitschaft im Februar 2003 aufgrund fehlender Antworten in einzelnen Variablen nur auf 60% der Befragten und im April auf 78% der Befragten bezieht.

Trotz erneut hoher Wertschätzung wird das Prinzip Neutralität unterschiedlich interpretiert: Die traditionalistische Neutralitätsinterpretation, nach der die Neutralität ein Selbstzweck ist und identitätsstiftend wirkt, verbreitet sich nach einer Abschwächung in den Vorjahren wieder (34%, +6%). Ähnlich stark vertreten wie im Vorjahr sind die „Neutralitätspragmatiker“ (25%, -2%), welche die Neutralität eher nüchtern unter Kosten-Nutzen-Aspekten betrachten. Hingegen verlieren die „Neutralitätsdissonanten“, die der Maxime „Neutralität“ eine ambivalente, teilweise widersprüchliche Haltung entgegenbringen, zunehmend an Boden (24%, -4%). Zu diesen drei verbreiteten Neutralitätsauffassungen gesellt sich eine vierte, die „Neutralitätskritik“, die bei 17% (-1%) liegt. Die Neutralitätsauffassungen variieren nach Alter, Bildung, Sprachregion und politischer Einstellung.

Vieles deutet darauf hin, dass die sich verdüsternde Weltlage (Terrorismus, Irak-krise) bewirkt hat, dass die SchweizerInnen den Stellenwert der Neutralität höher bewerten als in den Jahren zuvor. Auch wird ihr eher wieder eine Schutzfunktion zugesprochen.

Sicherheitspolitische Aspekte der internationalen Kooperation: Die Mehrheit der Schweizer Bevölkerung teilt die Ansicht, dass die nationale Sicherheit immer mehr von anderen Staaten und immer weniger von uns selbst bestimmt wird (58%, +5%). Schon seit zehn Jahren herrscht darüber in der Schweiz eine stabile Mehrheitsmeinung.

Im Jahr 2000 fand in der öffentlichen Einstellung zu Auslandseinsätzen von Schweizer Soldaten eine eigentliche Trendwende statt. Damals wurde erstmals nicht der bloss unterstützende, sondern der friedenssichernde Einsatz, der eine Bewaffnung zum Selbstschutz vorsieht, von den befragten SchweizerInnen favorisiert. Diese Einstellung ist erhalten geblieben. Im Februar 2003 bevorzugten 50% (+4%) die Friedenssicherung, während sich 31% (-1%) für den bloss unterstützenden Einsatz ohne Bewaffnung aussprechen. Dass sich Schweizer Soldaten im Ausland auch an Kampfeinsätzen beteiligen, bleibt weiterhin nur für eine kleine Minderheit denkbar (7%, ±0%). Ablehnend gegenüber jeder Art des Engagements von Schweizer Armeeangehörigen ausserhalb der Landesgrenzen äussern sich 10%. Das diesbezügliche Meinungsbild verschob sich indes im Verlaufe des Irakkrieges signifikant weg von der waffengestützten (41%, -9%) hin zur rein unterstützenden Aufgabenerfüllung (39%, +8%). Dennoch billigt aber noch immer eine klare Mehrheit der Befragten schweizerische Uno-Truppen (59%, +1%). Im Vergleich zum langjährigen Mittel von mindestens zwei Dritteln

hat diese Billigung aber abgenommen. Der Irakkrieg hat somit alles in allem der Skepsis gegenüber einem schweizerischen Militäringagement im Ausland Auftrieb gegeben.

Militärische Landesverteidigung: Die Notwendigkeit der Schweizer Armee wird grossmehrheitlich bejaht. Während die SchweizerInnen 2003 insgesamt weiterhin auf gleich hohem Niveau die Armee unterstützen (zwischen 70% und 72%), stehen die Jüngeren im Vorjahresvergleich weniger deutlich hinter der Armee (56%, -5%; April: 59%). Im Trend billigen die jungen Erwachsenen die Armee wieder deutlicher als Ende der neunziger Jahre. Noch 1999 hatte weniger als die Hälfte der 18–29-Jährigen die Armee als notwendig erachtet.

Miliz und Wehrpflicht: Zwischen 1999 und 2001 existierte anteilmässig eine Patt-situation zwischen BefürworterInnen einer Berufs- und solchen der Milizarmee. Seit 2002 hat die Sympathie für eine Berufsarmee in der Schweizer Bevölkerung wieder nachgelassen. 2003 befürworteten nur noch 36% im Februar und 37% der Befragten im April eine professionalisierte Armee. Dies bedeutet eine weitere Abnahme um 4%. Auch bei der jüngsten Alterskohorte der 18–29-Jährigen findet die Vorgabe neuerdings keine Mehrheitszustimmung mehr (45%). Die Bevölkerung steht wieder stärker hinter der Miliz (49%, April: 53%).

Armeeaufgaben: Für die politische Debatte um die sicherheitspolitische Rolle der Armee ist die Frage von Interesse, welchen Armeeaufgaben die Bevölkerung eine zunehmende bzw. abnehmende Bedeutung zumisst. Daraus lässt sich ohne Zweifel auch ablesen, was sich die SchweizerInnen für eine Armee wünschen. Als am bedeutendsten für die Zukunft werden Einsätze bei Grosskatastrophen bewertet. Auch den Assistenzeinsätzen wird hohe Wichtigkeit für die Zukunft beigemessen. Diese beinhalten zugleich eine engere Zusammenarbeit mit zivilen Stellen, sei dies bei der Bewachung internationaler Konferenzen (59%, +1%) oder der Unterstützung der Grenz-wache (63%, -1%) sowie der Polizei (53%). Allfällige Einsätze zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung erachten die SchweizerInnen als zweitrangig. Auch die klassische Armeefunktion der nationalen Verteidigung verliert leicht an Stellenwert (39%, -1%). Unbewaffneten und in noch stärkerem Masse bewaffneten Auslandseinsätzen begegnet die Bevölkerung mit wachsender Zurückhaltung. Die Armee wird offensichtlich in den Augen der Öffentlichkeit vermehrt als multifunktionale Sicherheitsorganisation denn als militärisches Verteidigungsinstrument wahrgenommen.

Wahrgenommene Effektivität der Armee: Hinweise auf die Einschätzung der Effektivität der Schweizer Armee gibt eine 1995 erstmals in die Erhebung einbezo-

gene und 1998 sowie 2003 wiederholte Fragenbatterie. Als „gut“ oder „ausreichend“ werden die Ausbildung (62%), die Ausrüstung (67%), die Einsatzbereitschaft (63%) und die Führung (61%) der Armee eingestuft, aber jeweils auf einem tieferen Niveau als in den vorhergehenden Jahren. Die Motivationslage der Soldaten wird hingegen, wie auch schon 1995 und 1998, als unzureichend bewertet. Nur eine Minderheit von 42% betrachtet diese zumindest als „ausreichend“. Alles in allem haben die SchweizerInnen ein weniger positives Bild der Effektivitätsaspekte als in den Jahren 1995 und 1998.

Armeereform XXI: Von der Armeereform XXI hatten gemäss eigenem Bekunden im Februar 2003 75% der Befragten gehört, etwas gesehen oder gelesen. Im Abstimmungskampf nahm der Kenntnisstand zu, er lag im April auf 82%. Das Wissen um die Reform und das diesbezügliche Referendum scheint in erster Linie eine Männersache gewesen zu sein, da 83% (April: 92%) der Männer, aber nur 67% (April: 73%) der Frauen über die Umstrukturierung der Schweizer Armee genauer Bescheid wussten.

Am weitesten verbreitet war das Wissen um die Bestandesverkleinerung der Schweizer Armee (71%, April: 79%) und um die Möglichkeit, den Militärdienst als Durchdienersoldat an einem Stück zu absolvieren (69%, April: 76%). In den Vorbefragungen zur Stimmabsicht befürwortete jeweils eine Mehrheit der zum Urnengang entschiedenen Personen die Armeereform (50%, April: 64%). Zwischen der zweiten diesjährigen Befragung Mitte April und der Abstimmung am 18. Mai konnte das Befürworterlager nochmals wesentlich zulegen. Die Armeereform XXI wurde mit einem Mehr von 76% der Stimmen angenommen.

Sicherheitspolitisches Interesse: Das Interesse für Fragen der nationalen Sicherheit veränderte sich zwischen Februar 2002 und Februar 2003 unwesentlich (+2% auf 56%). Ein signifikanter Rückgang kann aber im April 2003 konstatiert werden (51%, -5%). Obwohl sicherheitspolitische Fragen in der Öffentlichkeit stark und auch am Beispiel Irakkrieg kontrovers diskutiert wurden, nahm das Interesse der SchweizerInnen nicht zu, sondern ab. Es scheint, als hätte eine gewisse Übersättigung durch sicherheitspolitische Themen stattgefunden.

RÉSUMÉ DE L'ÉTUDE « SÉCURITÉ 2003 »

Buts et bases des données

Les études annuelles « Sécurité » effectuées par l'Académie militaire à l'ETH de Zurich en collaboration avec le Centre de recherche sur la politique de sécurité de l'ETH de Zurich servent à évaluer les tendances de l'opinion suisse en matière de politique de sécurité et de défense. Basées sur des enquêtes représentatives, ces études sont menées annuellement ou bisannuellement auprès des Suisses(ses) ayant le droit de vote.

Cette année, deux sondages ont été effectués en raison de la guerre en Irak. Le premier sondage a été conduit entre le 11 janvier et le 5 février 2003 auprès de 1202 personnes, le deuxième du 7 au 14 avril auprès de 1002 personnes. Les pourcentages se référant au sondage du mois d'avril sont indiqués entre parenthèses et portent la mention « avril ». L'échantillonnage a eu lieu selon le procédé « random-quota ». Les pourcentages \pm entre parenthèses indiquent la différence par rapport à l'année précédente, soit par rapport au précédent relevé. Dans le sondage 2003, l'erreur probable de l'échantillonnage est, dans le cas le plus défavorable, de $\pm 3\%$ pour un degré de fiabilité de 95%. Les différences inférieures à $\pm 3\%$ par rapport au précédent relevé doivent être considérées comme fortuites et donc insignifiantes.

Courants et tendances

Perception de la sécurité et de la menace: Les relevés du sondage conduit en 2003 auprès des Suisse(sse)s montrent, cette année aussi, que le sentiment général de sécurité est élevé. 82% ($\pm 0\%$, avril: 88%) des personnes sondées disent se sentir aujourd'hui « très en sécurité » ou « plutôt en sécurité ». A première vue, il peut paraître surprenant de constater qu'entre février et avril 2003 le sentiment de sécurité se s'est accru. Le fait que la situation internationale tendue et incertaine régnant au mois de janvier a fait place à une situation plus claire en avril pourrait fournir une explication psychologique à ce phénomène.

En février de l'année précédente, seuls 11% des personnes interrogées avaient déclaré que leur sécurité était davantage menacée depuis les attentats terroristes

de New York. Ce pourcentage a doublé en un an. Il atteint 22% en 2003, ce qui signifie que, plus de 16 mois après le 11.9.2001, le nombre des personnes sentant leur sécurité menacée est nettement plus élevé que juste après les attentats.

En focalisant notre évaluation sur la perception de la sécurité au sein du cercle d'amis et de connaissances des personnes interrogées, on constate qu'un peu plus de la moitié des personnes sondées sont d'avis que le sentiment de peur a augmenté dans leur entourage privé (+11%). Seuls encore 44% (-13%) déclarent ne pas avoir constaté d'augmentation. La question posée en avril 2003, portant sur les perceptions de la menace en corrélation avec la guerre en Irak, constitue une valeur de comparaison. Seuls 19% sentent leur sécurité individuelle menacée. Ce pourcentage montre aussi que les personnes ne se sentant pas en sécurité pensent qu'elles sont personnellement davantage menacées par la guerre que les personnes se sentant en sécurité ($\gamma=0.27$). 39% confirment que le sentiment d'anxiété a augmenté au sein de l'environnement social depuis le début de la guerre en Irak.

Parmi les divers aspects de sécurité évalués, la « sécurité de l'emploi » (40%, +5%), la « sécurité face au terrorisme » (40%, +4%), la « prévention des crimes et de la criminalité » (41%, +3%), la « sécurité sociale » (39%, +3%) et la « sécurité militaire » (16%, +3%) sont considérées comme « extrêmement importantes » par un nombre légèrement plus élevé de personnes que l'année passée. Toutefois, ce changement est sans incidence sur la structure générale des valeurs octroyées. Largement en tête se trouve la « sécurité familiale » (58%), considérée comme « extrêmement importante » et la « sécurité militaire », dont l'importance ne fut jamais si élevée (16%).

66% (+3%, avril: 68%) des personnes interrogées sont convaincues que la Suisse connaîtra un proche avenir positif, c'est-à-dire les cinq prochaines années. Ainsi, comparé à décembre 2002, l'optimisme quant à l'avenir de la Suisse a légèrement augmenté. Cependant, les valeurs qui lui sont attribuées sont nettement inférieures à celles des années 2000 et 2001, ce qui semble être le reflet d'une situation économique actuelle plutôt incertaine.

En février 2003, 8% (+2%) des personnes interrogées sont d'avis que la situation internationale se détendra ces cinq prochaines années. Par contre, 55% pensent qu'il faut s'attendre à une détérioration du climat politique international ($\pm 0\%$). L'enquête complémentaire du mois d'avril montre que le nombre des optimistes quant à la situation internationale a sensiblement augmenté (16%, +8%), alors que celui des pessimistes a reculé (46%, -9%).

Aspects de la sécurité intérieure: En ce qui concerne la sécurité intérieure, les Suisse(sse)s accordent une importance primordiale à une intensification de la collaboration internationale au niveau de la police (91%). Actuellement, une adhésion de la Suisse à l'accord de Schengen pourrait compter sur un taux d'approbation élevé. Une majorité (58%) se montrerait généralement en faveur d'une augmentation des effectifs de la police, mais avec un taux d'approbation moins élevé. Le contrôle de la proportion des étrangers en Suisse est considéré comme prioritaire pour la sécurité intérieure par la généralité des personnes sondées (79%), c'est-à-dire par l'ensemble des groupes socio-démographiques et indépendamment des opinions politiques exprimées sur une échelle allant de l'extrême gauche à l'extrême droite. Une grande importance est accordée à la lutte contre l'extrémisme de droite. Par contre, les mesures prises contre l'extrémisme de gauche sont plutôt moins importantes. Le danger que le secret bancaire puisse être utilisé abusivement à des fins criminelles est ignoré par la majorité, à l'exception de la gauche (approbation moyenne 38%).

Aspects actuels de la sécurité extérieure: Lors de notre enquête en février, soit avant la guerre en Irak, nous avons sondé l'opinion des Suisses en utilisant une palette d'affirmations portant sur le rôle des Etats-Unis, l'ONU, le droit international public et les moyens qui permettraient de stabiliser la sécurité internationale. Comme on pouvait supposer que la guerre en Irak ne serait pas sans incidence sur l'opinion publique des Suisse(sse)s en ce qui concerne les aspects de la sécurité extérieure mentionnés ci-dessus, ces questions furent posées dans l'enquête menée en avril, soit dans un laps de temps comprenant les événements avant et immédiatement après la chute de Bagdad. On constate, toutefois, que les relevés ne montrent pas de changement important au sein de l'opinion publique.

Des deux enquêtes menées il ressort que le droit public international et les tentatives pour empêcher la guerre « en tout cas » (approbation de 90% chacun) étaient prioritaires pour les Suisse(sse)s. La manière d'agir des Américains en Irak semble avoir encouragé cette attitude. Le rôle de puissance, garante de l'ordre mondial, que les Etats-Unis se sont attribués eux-mêmes est désapprouvé avant et après la guerre par une grande majorité des personnes interrogées (approbation 20% et moins). Aux yeux de la population suisse, la fin ne justifie pas les moyens pour éliminer les dictateurs et les armes de destruction massive. En conclusion, une majorité des Suisse(sse)s se montre en faveur d'un respect inconditionnel du principe de la souveraineté nationale. Par contre, l'ONU, organisation à laquelle la Suisse a adhéré l'année passée sans enthousiasme, jouit, en tant que garante du droit public international, d'une estime accrue, conséquence

des événements liés à la guerre en Irak. Ce prestige s'accroît de 14% (approbation de l'ONU en tant que garante du droit public international: 65%; avril: 79%) entre le sondage de février et celui d'avril. On semble être encore davantage conscient qu'autrefois que, si le droit international n'est pas respecté, le petit est à la merci du puissant.

En général, l'auto-évaluation effectuée sur l'échelle politique gauche-droite s'avère être le critère le plus important pour apprécier la sécurité intérieure et extérieure. Les personnes se considérant de droite approuvent, en général, l'usage de procédés plus durs, désapprouvent moins fortement par exemple la façon d'agir des Etats-Unis en Irak et se montrent davantage en faveur d'une augmentation des effectifs de la police et du contrôle de la proportion des étrangers que les personnes interrogées se positionnant politiquement au centre. Les opinions des personnes se considérant de gauche sont encore plus éloignées de celles exprimées par les personnes se déclarant de droite ou du centre. Les relevés des personnes se considérant de gauche sont encore plus marqués. Une tendance montre que les personnes qui se sentent menacées par le terrorisme sont plutôt celles qui ne se sentent « pas en sécurité » en Suisse, parmi lesquelles une majorité de personnes âgées et de personnes ayant un niveau de formation bas. Ces personnes octroient, par exemple, un taux supérieur à la moyenne à l'augmentation des effectifs de la police et au contrôle de la part de la population étrangère en Suisse.

Confiance dans les autorités et les institutions: Les Suisse(sse)s ayant le droit de vote ont été appelés à évaluer leur confiance dans le Conseil fédéral et le Parlement, les tribunaux, la police, l'armée ainsi que l'économie et les médias en leur attribuant des points sur une échelle de 1 (« aucune confiance ») à 10 (« entièrement confiance »). A l'exception de l'économie (5.66, -0.07), qui accuse de nouveau une légère baisse de confiance, toutes les valeurs octroyées en février 2003 sont supérieures à celles de décembre 2002. Ces résultats correspondent au sentiment, légèrement plus élevé, de confiance dans la nation mentionné ci-dessus. De plus, une comparaison avec les valeurs moyennes de tous les relevés de ces dernières années concernant la confiance des Suisse(sse)s dans les autorités et les institutions montre que – à nouveau, à l'exception de l'économie – toutes les valeurs attribuées en février sont supérieures à la moyenne. Toutefois, comparé au précédent relevé, il convient de relativiser l'augmentation soutenue de la confiance accordée à la plupart des institutions publiques, car les valeurs du dernier sondage mené en décembre 2002 étaient étonnamment basses, ce qui fut

interprété comme étant une conséquence de « l'automne noir 2001 » (Haltiner et al., 2002, p. 39 et suiv.)

Volonté de coopération internationale: En février 2003, la volonté de rapprochement de l'UE est encore de 48% (-5%), ce qui représente le taux le plus bas depuis le début des relevés relatifs à cette question, soit depuis 1989. En août 1999, encore 70% des personnes interrogées approuvaient un rapprochement de l'UE. La volonté d'adhésion à l'UE n'a, elle aussi, jamais été aussi basse que celle enregistrée en février 2003 (33%, -7%); elle est toutefois de 38% lors de notre deuxième sondage en avril, ce qui signifie qu'elle atteint le même niveau que ces deux dernières années. Actuellement, seules les personnes déclarant avoir des opinions de gauche se montrent majoritairement en faveur d'une adhésion à l'UE.

55% des personnes sondées sont d'avis que la Suisse devrait aspirer à un siège au Conseil de sécurité de l'ONU et près de six personnes interrogées sur dix (59%) pensent que la Suisse devrait jouer un rôle actif et placer les préoccupations de l'ONU en tête de ses engagements. Les relevés du sondage d'avril montrent que cette approbation atteint même 65%. Ainsi, les événements dans le Golfe ont contribué à accroître la sympathie de la Suisse pour l'ONU. En février 2003 le taux d'approbation pour les troupes suisses de maintien de la paix avec mandat de l'ONU reste inchangé (59%, +1%).

En février 2003 la volonté de rapprochement de l'OTAN atteint son plus bas niveau depuis le début des relevés relatifs à cet aspect, soit depuis 1993. Seuls 27% (-6%) veulent encore que la Suisse se rapproche de l'Alliance de l'Atlantique Nord. En avril le pourcentage des personnes désirant un rapprochement de l'OTAN est légèrement plus élevé (30%), cependant il est de 20% inférieur à celui d'août 1999. Les résultats des relevés montrent une situation analogue en ce qui concerne l'adhésion à l'OTAN. Seuls 16% des Suisse(sse)s – soit le taux le plus bas jamais enregistré – sont en faveur d'un tel scénario. La principale caractéristique de cette attitude envers un rapprochement de l'OTAN est l'unanimité du scepticisme apparaissant dans toutes les couches sociales et les opinions politiques.

Le rôle de médiation de la Suisse dans les conflits internationaux atteint un taux d'approbation élevé. 70% (+1%, avril: 70%) désirent que la Suisse s'engage davantage dans ce domaine. En outre, plus de trois quarts des personnes interrogées (77%, +8%) se montrent en faveur d'un rôle actif de la Suisse dans les conférences internationales. L'affirmation, selon laquelle il faudrait « davantage

souligner l'importance de la Suisse comme siège du Comité international de la Croix-rouge » recueille un taux d'approbation élevé inchangé (71%, ±0%). Alors qu'au début de l'année on ne peut trouver de majorité en faveur d'une augmentation de l'aide au développement (47%, -6%), le taux d'approbation atteint jusqu'en avril 56%, taux comparable à celui des années 2000 et 2001.

En 2003, comme dans les années précédentes, une typologie a été établie à l'aide de neuf indicateurs relatifs à la volonté d'ouverture en matière de politique étrangère. Dans cette typologie, nous avons défini comme « autonomistes » les personnes qui refusent toute intensification des relations internationales. Pour les partisans d'une forme d'ouverture « douce » en matière de politique étrangère, il faudrait optimiser la coopération internationale – toutefois en conservant si possible la souveraineté nationale sans restriction. Par contre, les personnes préférant une ouverture « dure », sont celles qui se montrent en faveur d'une coopération impliquant d'éventuelles restrictions de la souveraineté nationale. Les pourcentages des trois types de volonté à la coopération, relevés lors de notre premier sondage en janvier diffèrent nettement de ceux du deuxième sondage au mois d'avril.² Alors qu'en février l'attitude « autonomiste » recueille la plus forte approbation (37%, +3%), en avril c'est la volonté d'ouverture « douce » qui l'emporte (40%, +5%). Par contre, en avril 2003, l'attitude « autonomiste » ne rassemble plus que 31% (-6%) des personnes interrogées. Le taux des partisans de l'ouverture « dure » demeure stable; il est de 28% en février 2003 et de 29% en avril. Alors que la situation internationale particulièrement tendue en février provoqua une sorte de réaction de repli, tel « l'escargot rentrant dans sa coquille », profitant plutôt aux « autonomistes », la volonté d'ouverture « douce », favorable à la coopération sans option d'adhésion, est plus marquée vers la fin de la guerre en Irak, ce qui correspond à un recul des tendances « autonomistes ».

Prenant en considération l'ensemble de la population suisse, soit en incluant les personnes ne pouvant être assimilées à aucun des trois types de coopération, on constate que les relevés du sondage de février diffèrent nettement de ceux du mois d'avril. Si, au début de l'année seuls encore 38% (-9%) des personnes interrogées ont tendance à être en faveur d'une intensification de la coopération in-

2 Il faut prendre en considération que la typologie de la volonté d'ouverture en matière de politique étrangère se réfère en février 2003 seulement à 60% des personnes interrogées et en avril à 78% en raison de réponses manquantes dans certaines variables.

ternationale et d'une plus large ouverture de la Suisse, ce taux est à nouveau de 54% en avril.

Neutralité: En 2003, la neutralité est approuvée, comme déjà depuis des années, par une forte majorité. Près de neuf citoyen(ne)s suisses sur dix veulent que la Suisse reste neutre (88%, -1%). La perception différenciée de la neutralité, c'est-à-dire une perception selon laquelle la Suisse doit prendre clairement parti dans les conflits politiques à l'étranger et, par contre, rester neutre dans les conflits militaires atteint un taux d'approbation élevé (69%, +9%). En outre, l'affirmation selon laquelle la Suisse doit aussi prendre clairement position dans les conflits militaires est rejetée (29%). Les valeurs attribuées par la population au caractère de solidarité et d'identité de la neutralité sont particulièrement élevées. Elles sont si élevées qu'elles traduisent un renforcement de prise de conscience envers la neutralité.

Un nombre toujours plus restreint de personnes croient que la neutralité représente une entrave à la politique étrangère de la Suisse. Par contre, après avoir baissé ces dernières années, le sentiment d'autonomie concernant la capacité de la Suisse à se défendre gagne du terrain.

Bien que la neutralité, en tant que principe, jouisse d'une cote de popularité élevée, elle est interprétée avec différenciation. La perception traditionaliste de la neutralité mettant l'accent sur le caractère de finalité et d'identité de la neutralité, prévaut à nouveau après avoir faibli les années précédentes (34%, +6%). Les pragmatiques qui considèrent plutôt la neutralité sous l'angle du simple rapport coûts-avantages représentent un taux important (25%, -2%). Par contre, les personnes ayant une attitude ambivalente, même en partie contradictoire de la neutralité et que nous avons appelées dans notre enquête: personnes ayant des attitudes « discordantes » envers la neutralité, perdent du terrain (24%, -4%). A ces trois perceptions de la neutralité s'ajoute une quatrième, l'attitude critique envers la neutralité qui recueille un taux de 17% (-1%). Les diverses perceptions de la neutralité varient selon l'âge, la formation acquise, les régions linguistiques et les opinions politiques.

Les relevés nous permettent de supposer que les Suisse(sse)s attachent une importance plus élevée que ces années passées à la neutralité en raison de l'assombrissement de la situation internationale (terrorisme, conflit en Irak). A nouveau, on attribue à la neutralité plutôt un rôle de protection.

Coopération internationale en matière de politique de sécurité: La majorité de la population suisse est d'accord avec l'affirmation selon laquelle notre sécurité

nationale est de plus en plus déterminée par d'autres pays et de moins en moins par nous-mêmes (58%, +5%). Depuis plus de 10 ans déjà, cette opinion, qui demeure stable, est partagée par la majorité de la population suisse.

En 2000 on a assisté à un renversement de tendance au sein de l'opinion publique en ce qui concerne les engagements de soldats suisses à l'étranger. En effet, cette année-là, pour la première fois, les citoyen(ne)s suisses sondé(e)s ont accordé leur préférence aux engagements de maintien de la paix avec des soldats armés pour l'autodéfense, et non aux engagements s'inscrivant uniquement dans le cadre de missions d'appui. Cette opinion est restée inchangée. En février 2003, 50% (+4%) préfèrent les engagements de maintien de la paix, alors que 31% (-1%) se montrent en faveur de missions d'appui avec des soldats non-armés. L'idée que des soldats suisses participent aussi à des engagements au combat à l'étranger continue à n'être représentée que par une faible minorité (7%, ±0%). De plus, 10% refusent toute forme d'engagement de soldats suisses au-delà des frontières suisses. Cette opinion a pourtant fortement changé durant la guerre en Irak. Les engagements s'inscrivant uniquement dans le cadre de missions d'appui (39%, +8%) l'emportent sur les missions de maintien de la paix avec des soldats armés pour l'autodéfense. Toutefois, une nette majorité se montre encore en faveur de troupes suisses onusiennes (59%, +1%). Mais, comparé à la moyenne de deux tiers au minimum atteinte pendant de nombreuses années, cette approbation a diminué. En résumé, la guerre en Irak a contribué à encourager le scepticisme quant aux engagements militaires de soldats suisses à l'étranger.

Défense nationale: Une large majorité approuve la nécessité de l'armée suisse. Alors qu'en 2003 le pourcentage des Suisse(sse)s se montrant en faveur de l'armée atteint le même niveau élevé (entre 70% et 72%), les jeunes soutiennent l'armée moins nettement (février 2003: 56%, avril: 59%) que l'année précédente (61%). Une tendance montre que les jeunes adultes sont davantage favorables à l'armée qu'à la fin des années quatre-vingt-dix. En 1999, moins de la moitié des jeunes de 18 à 29 ans trouvaient que l'armée était nécessaire.

Milice et obligation de servir: Entre 1999 et 2001, les sondages ont montré que l'armée de métier et l'armée de milice recueillaient autant de partisans. Mais, depuis 2002 la sympathie pour une armée de métier a de nouveau baissé au sein de la population suisse. En février 2003, seuls 36% des personnes interrogées approuvent une armée professionnalisée, dans le sondage d'avril le taux est de 37%. Cela représente à nouveau une nette diminution de 4%. Les jeunes de 18 à 29 ans, eux aussi, octroient à l'armée de métier un taux inférieur à 50% (45%).

La population se montre de nouveau davantage en faveur de l'armée de milice (février 2003: 49%, avril: 53%).

Tâches de l'armée: Dans le cadre du débat politique relatif au rôle de l'armée en matière de politique de sécurité, il est intéressant de connaître l'importance que la population accorde aux tâches de l'armée. Cette analyse nous permet de savoir quel genre d'armée les Suisse(sse)s désirent. En ce qui concerne les tâches de l'armée à l'avenir, la plus grande importance est accordée aux engagements en cas de grandes catastrophes. Les engagements dans le cadre du service d'appui sont aussi considérés comme très importants. Ceux-ci exigent une étroite collaboration avec les organes civils, soit pour garder des conférences internationales (59%, +1%), soit pour appuyer les gardes-frontières et la police (63%, -1% et 53%). Les Suisse(sse)s sont d'avis que d'éventuels engagements dans le cadre du maintien de l'ordre intérieur revêtent une importance secondaire. La valeur accordée à la fonction classique de l'armée, soit la défense nationale, diminue, elle aussi (39%, -1%). L'opinion relative aux engagements à l'étranger avec des soldats non-armés est empreinte d'une retenue croissante. Cette attitude est encore plus marquée en ce qui concerne les engagements à l'étranger avec des soldats armés. De toute évidence, l'armée est toujours davantage perçue par l'opinion publique en tant qu'organisation de sécurité polyvalente plutôt qu'en tant qu'instrument pour la défense militaire.

Perception de l'efficacité de l'armée: Les informations quant à l'appréciation de l'efficacité de l'armée suisse sont livrées par un éventail de questions posées pour la première fois dans l'enquête de 1995 puis dans les enquêtes répétées en 1998 et en 2003. La formation (62%), l'équipement (67%), l'état de préparation à l'engagement (63%) et la conduite (61%) de l'armée sont qualifiés de « bon » ou « suffisant », valeurs cependant inférieures à celles des années précédentes. Par contre, la motivation des soldats est jugée insuffisante, comme déjà en 1995 et en 1998. Seule une minorité de 42% la trouve « suffisante ». En conclusion, les Suisse(sse)s ont une image des aspects relatifs à l'efficacité de l'armée moins positive que dans les années 1995 et 1998.

La réforme de l'Armée XXI: En février 2003, 75% des personnes interrogées affirmaient avoir entendu, vu ou lu des informations concernant la réforme de l'Armée XXI. Durant la campagne qui a précédé la votation, ce pourcentage s'est accru et a atteint 82% en avril. Apparemment, la réforme de l'Armée et le référendum qui lui était lié semble avoir été avant tout une affaire d'hommes, car

83% (avril: 92%) des hommes et seulement 67% (avril: 73%) des femmes avaient des connaissances précises concernant les restructurations au sein de l'armée.

Le sondage montre que la question de la diminution des effectifs de l'armée suisse (février: 71% et avril: 79%) et la possibilité de faire un service long (février: 69% et avril: 76%) étaient les réformes les mieux connues. Dans les enquêtes relatives aux intentions de vote, une majorité des personnes, décidées à aller voter, se déclaraient en faveur de la réforme de l'armée (février: 50%, avril: 64%). Entre le deuxième sondage mené à la mi-avril 2003 et la votation du 18 mai, les partisans de la réforme ont encore sensiblement gagné du terrain. Lors de la votation, la réforme de l'Armée XXI a été approuvée par une majorité de 76%.

Intérêt pour la politique de sécurité: L'intérêt porté aux questions relatives à la sécurité nationale a insensiblement changé entre février 2002 et février 2003 (+2%, soit 56%). Par contre, on constate une nette diminution de cet intérêt en avril 2003 (51%, -5%). Bien que les questions de politique de sécurité aient été des sujets très discutés au sein de la population et aient suscité des controverses, comme ce fut le cas pour la guerre en Irak, l'intérêt des Suisse(sse)s n'a pas augmenté. Au contraire, il a diminué, ce qui refléterait une certaine saturation en ce qui concerne les thèmes touchant à la politique de sécurité.

SUMMARY OF THE SURVEY “SECURITY 2003”

Goals of the Survey and Characteristics of the Data

The annual study “Security”, carried out jointly by the *Swiss Military Academy at the Swiss Federal Institute of Technology Zurich* and the *Center for Security Studies of the Swiss Federal Institute of Technology Zurich*, aims to highlight trends in public opinion on security policy in Switzerland. It is based on annual or biannual surveys of the Swiss voting population.

Due to the war in Iraq, it was decided to administer two surveys. The first one took place from January 11 to February 5, 2003, among 1202 Swiss citizens. The second poll was taken from April 7 to April 14 from 1002 persons. Percentages referring to the April poll are labelled “April”. The sample of respondents was drawn using the random-quota-procedure. The \pm -percentages in brackets indicate differences in comparison to the preceding year or the preceding poll, respectively. The potential sampling error for both polls lies at $\pm 3\%$ with a probability of 95%. Differences smaller than 3% must be considered random and are statistically insignificant.

Trends and Tendencies

Security feeling and threat perception: The Swiss’ general feeling of security continues to be at a high level in 2003. 82% ($\pm 0\%$, April: 88%) consider themselves “very” or “rather secure”. At first sight, it seems surprising that there was in fact a rise in the security feeling from February to April 2003. A psychological interpretation of this phenomenon could be that the tense but at the same time uncertain global political situation gave way to a clearer state of world affairs in April.

In February 2002, only 11% of the respondents had stated that their security had become more precarious since the terrorist attacks in New York City. Since then, the share of persons feeling that way has doubled (22%). Some 16 months after September 11, 2001, clearly more persons feel that their security is at stake than shortly after the attacks.

If the focus is laid on the questioned persons' circle of friends and acquaintances, we find that more than half of the respondents believe that their social environment has grown more fearful (51%, +11%). Only 44% (-13%) claim not to have remarked an increase in concern. These figures can be compared to the perception of threats with regard to the war in Iraq. Only 19% perceive their own security as threatened by the war. Again, we find that persons who feel less secure in general perceive themselves as more threatened than those whose general feeling of security is on a high level ($\gamma=0.27$). 39% confirm that their social environment has become more anxious since the beginning of the war in Iraq.

If one asks persons to rate the importance of different security domains, "job security" (40%, +5%), "security from terrorism" (40%, +4%), "security from crime" (41%, +3%), "social security" (pension and unemployment insurance, 39%, +3%), and "military security" (16%, +3%) are considered by somewhat more persons as "extraordinarily important" compared to the preceding year. However, the basic structure of relevance attributions remains unaltered: By far, "secure family relations" are mentioned most often as "extraordinarily important" (58%) while "military security" is most rarely perceived accordingly (16%).

66% (+3%, April: 68%) of the respondents are optimistic with regard to Switzerland's near future – the next five years. I.e., compared to December 2002, Swiss-related optimism has recovered somewhat. Nevertheless, it remains clearly below the figures of 2000 and 2001. These expectancies are likely to be a reflection of the currently uncertain state of the economy.

In February 2003, 8% (+2%) believe that the global political situation will become more relaxed in the upcoming five years. Conversely, 55% count on a deterioration of the global political climate ($\pm 0\%$). The additional survey in April, on the other hand, shows a clear recovery of global optimism (16%, +8%) and a decrease in the share of negative prognoses down to 46% (-9%).

Aspects of domestic security: With regard to domestic security, the Swiss population gives high priority to intensified international cooperation in police matters (91%). A joining of the Schengen treaty would currently be met with high approval. While there is also a majority support for increasing police forces, the degree of approval is somewhat lower in this respect (58%). Across all socio-demographic groups and regardless of persons' position on a left-right-scale of political outlook, control of the share of foreigners in Switzerland is seen as a problem of first order (79%). Fighting right-wing extremism is considered a high priority while actions against leftist extremism are regarded as subordinate. The

majority, other than the leftists, does not believe that the banking confidentiality could be misused for criminal purposes (approval of only 38%).

Current issues in international security: In light of the then upcoming war in Iraq, a selection of statements on the role of the United States, the UN, international law and possible means of stabilizing the international security situation was used to outline the respective atmosphere in Switzerland. Since it could be assumed that the war in Iraq would not leave the mood of the Swiss population untouched, the same questions were asked once more in April, shortly before until immediately after the fall of Bagdad. However, no significant change in public opinion was observed.

The insistence on international law as well as the fundamental prevention of war “by all means” are prime interests of the Swiss as measured in both polls (approval rate of above 90%). The American practice in Iraq seems to have reinforced this attitude in the respondents. The self-chosen role of the United States as a power of order is met with opposition both before and after the war (approval of 20% or less). In the eyes of the Swiss population, in getting rid of dictators and weapons of mass destruction the end does not justify the means. A majority of respondents in this country wants the principle of national sovereignty to be upheld without exception.

On the other hand, the UNO, which was joined by Switzerland last year rather unenthusiastically, has gained recognition and status as guardian of the international law. Its prestige has grown a full 14% from the February to the April poll (approval of the UNO as guardian of the international law: 65%, April: 79%). Respondents seem to be even more aware of how exposed to the power of the dominant big ones the small one can be.

In general, the most important criterion in the assessment of the external and internal security situation is a person’s self-positioning on a scale of political leftism-rightism. Persons considering themselves as rightists support more strongly, as a rule, a tough demeanor. E.g., they are less disapproving of the US’ actions and make a clearer call for an increase of police forces and immigration control than respondents who place themselves in the political center and less still than respondents to the left of the center. Persons who feel “insecure” in Switzerland in general, i.e. an above average share of the older generations as well as of persons with only the mandatory amount of education, are especially prone to perceive themselves as rather threatened by terrorism. At the same time, they are

the ones who show an approval above the mean of an increase in police forces and an intensified control of immigration.

Trust in authorities and institutions: On a rating scale of 1 (“no trust at all”) to 10 (“fullest trust”) respondents assessed their trust in the government (the “Bundesrat”), parliament, judicial courts, the police, the military, the economy and the media. With the exception of the economy (5.66, -0.07), which is again faced with a small decline in trust, all ratings of February 2003 are higher than those of December 2002. This is in accordance with the gradual recovery of optimism concerning the nearer future of Switzerland. A comparison with the average ratings of all trust measurements of the preceding years shows that – again with the exception of the economy – the trust ratings of February 2003 are on a level that is above the average. The solid gain in trust in most public institutions compared to the last survey needs to be analyzed with some caution, however, since the last survey in December 2002 showed exceptionally low trust ratings, which was, at the time, interpreted as a consequence of the “black autumn of 2001” (Haltiner et al., 2002, pp. 61–65).

Readiness for international cooperation: In February 2003, the readiness to further approach the EU is down at 48% (-5%). This is the lowest level of readiness ever measured since the poll was started in 1989. Only just in August 1999, as many as 70% of the respondents had supported an approach to the EU. The readiness to *join* the European Union has also never been as low as in February 2003 (33%, -7%). However, in the additional survey in April it has recovered to 38%, a level comparable to that of the two preceding years. Currently, there is a majority for joining the EU only among outspoken “leftists”.

55% of the voting population are of the opinion that Switzerland should aim for a seat in the UN security council and nearly six out of ten respondents (59%) think that Switzerland should be an active and visible advocate of the goals of the UN. In the April survey, as many as 65% share this opinion. Thus, the sympathy for the UN has grown amid the events in the gulf region. The support for Swiss peacekeeping troops with a UN mandate remains unaltered (59%, +1%).

In February 2003, the readiness to approach the North Atlantic Treaty Organization is at its lowest point since it was first polled in 1993. Merely 27% (-6%) want Switzerland to approach NATO. While slightly more persons wish for Switzerland to do so in April (30%), this figure is still a full 20% lower than that of August 1999. The same is true with regard to actually joining NATO: Only 16% of the Swiss voters – as few as never before – support that option. The main feature

of the attitude towards an approach to NATO, therefore, is the unity of skepticism across all social categories and camps of political opinion.

A role for Switzerland as mediator in international conflicts is met with widespread approval. 70% (+1%, April: 70%) wish for a stronger commitment in that respect. Moreover, more than three quarters of the respondents (77%, +8%) support a more active role for Switzerland in international conferences. The agreement with the statement that "Switzerland should make better use of its position as host of the Red Cross" remains stable at a high level of support (71%, ±0%). While at the beginning of the year an augmentation of developmental aid does not have a majority (47%, -6%), the approval rate rises to 56% – and thus to a level comparable to the two preceding years – from February to April.

A typology of readiness for international cooperation was created consisting of nine indicators. In this typology, persons who refuse any intensification of international cooperation are called "autonomists". A "cautious" readiness for international cooperation, on the other hand, is characterized by the wish for an optimization of international cooperation – however, only so far as it does not touch on complete national sovereignty. "Unambiguous" openers, finally, are in favor of an intensification of international cooperation even if it comes at the price of certain losses of sovereignty. There are differences in the percentages of persons adhering to a certain type of international cooperation between the first survey in February and the second one in April 2003:

While in February the "autonomist" attitude is the most common one (37%, +3%), it is replaced in April by the "cautious" readiness for international cooperation (40%, +5%).³ The autonomistic view, on the other hand, is only supported by 31% (-6%) in April 2003. The share of "unambiguous openers" remains stable, amounting to 28% in February and 29% in April 2003. Thus, while the extremely tense global political situation resulted in a kind of "snail shell"-effect benefiting the "autonomists", we find with the end of the war in Iraq a reinforced emphasis on a "cautious" readiness for cooperation (not, however, for joining international alliances) and a decline of autonomistic tendencies.

If the entire voting body is taken into account (including the persons who cannot be allocated to a particular type of international cooperation), the difference

3 It has to be considered that due to missing answers in certain variables the typology of readiness for international cooperation is based on only 60% of respondents in February 2003 and 78% in April, respectively.

between the February and the April survey is again very striking. Thus, while at the beginning of the year only 38% (-9%) are ready for an intensification of international cooperation and a further opening of the country, this figure is at 54% again in April.

Neutrality: Nothing has changed in 2003 as far as the high approval rate of Switzerland's neutrality is concerned. Nearly nine in ten Swiss voters want Switzerland to remain neutral (88%, -1%). A differential conception of neutrality, i.e. a conception according to which Switzerland would clearly position itself in the case of foreign *political* conflicts but remain neutral in *military* conflicts is highly supported (69%, +9%). A clear positioning of Switzerland in military conflicts, on the other hand, is clearly refused (29%). Both the solidarity as well as the identity function of neutrality stand in especially high esteem, so high in fact that it is safe to speak of the renaissance of a "neutrality consciousness". Fewer and fewer persons believe that neutrality could become an impediment for Swiss foreign policy. On the other hand, the belief in an autonomous defence capability has regained some of the support it lost in the preceding years.

The principle of neutrality continues to receive a great amount of predilection. It is, however, being interpreted in differing ways: After a decline in the last two years, the traditional interpretation of neutrality, stressing above all the goal and identity character of neutrality is becoming more widespread again (34%, +6%). Neutrality "pragmatists", who assess neutrality from a sober "costs and benefits"-perspective, are also of a considerable size (25%, -2%). Neutrality "dissonants", on the other hand, whose view of neutrality is ambivalent and not without its contradictions, are increasingly losing ground (24%, -4%). These three common perceptions of neutrality are completed by a fourth, namely neutrality "criticism", which is the attitude of 17% (-1%). The neutrality perceptions vary according to age, level of education, language region, and political attitude. Many indicators suggest that the increasingly dim global situation (terrorism, Iraq conflict) has led to a higher estimation of neutrality by the Swiss than was the case in the preceding years. A protective function is attributed to neutrality more frequently again.

International cooperation in security policy matters: A majority of the Swiss population agrees that national security is increasingly being determined by other states and less and less frequently by Switzerland itself (58%, +5%). The last ten years have seen a stable majority opinion on this issue. The year 2000 was marked by an actual change of trend in the public attitude on foreign missions of

Swiss soldiers. For the first time in that year, not merely supportive but peacekeeping missions, including an armament for self-defensive purposes, were preferred by the surveyed Swiss. This attitude has remained unchanged. In February 2003, 50% (+4%) prefer peacekeeping while 31% (-1%) take a stance for merely supportive missions without an armament. For Swiss soldiers to participate in combat missions is an option that only a small minority can conceive of (7%, ±0%). 10% oppose any kind of engagement of Swiss military members outside national borders. During the war in Iraq support shifted significantly from the armed missions to the support-only missions (39%, +8%). Nevertheless, a clear majority is still in favor of Swiss UN-troops (59%, +1%). Compared to preceding years, the war in Iraq has rather bolstered the number of skeptics of a Swiss military engagement abroad.

National military defence: The necessity of the Swiss military is confirmed by a large majority. While in 2003 the Swiss in general continue to support the military on a high level (between 70% and 72%), younger citizens back the military less clearly than a year ago (February 2003: 56%, April: 59%). On the whole, however, young adults are approving more strongly of the military than they did at the end of the nineties. As recently as in 1999, less than half of the 18–29 year-olds considered the military necessary.

Militia army format and conscription: From 1999 to 2001 supporters of an all-volunteer force and adherents of the militia army made up equal shares of the population. Since 2002, sympathies in the Swiss population for an all-volunteer force have been growing weaker again. In 2003, only 36% in February and 37% in April are in favor of an all-volunteer force. Not even among the youngest age cohort of the 18–29 year-olds is there currently a majority for the establishment of a professional army (45%). The population is backing the militia more strongly again (February 2003: 49%, April: 53%).

Military tasks: For the political debate on the security policy role of the Swiss military it is of interest to know which military tasks the population considers to be of increasing or declining importance. Doubtless, these attributions of importance also hint at the desirability of different army-functions. Disaster relief missions are seen as the most important future task. Assistance missions, as well, are considered highly important. At the same time, these missions involve a close cooperation with civil authorities, be it in guarding international conferences (59%, +1%) or in supporting border guards and the police (63%, -1%; 53%, respectively). Potential military operations for maintaining domestic order are

considered secondary in importance by the Swiss. The same can be said about the traditional purpose of the military, national defence, which is perceived as of diminishing significance (39%, -1%). Both armed and unarmed assignments abroad are met by the public with growing reservation. Apparently, the military is increasingly perceived as a multifunctional security organisation rather than as an instrument of purely national defence.

Perceived effectiveness of the military: A series of questions first introduced in 1995 and repeated in 1998 and 2003 function as indicators of perceived effectiveness of the military. Training (62%), equipment (67%), readiness (63%) and leadership (61%) are rated “good” or “sufficient”, although by lower percentages than in 1995 and 1998. The morale of the troops, however, is considered insufficient, as was already the case in 1995 and 1998. Only a minority of 42% considers morale to be “sufficient”. On the whole, the Swiss have a less positive image of the effectiveness of the military than in 1995 and 1998.

Army Reform XXI: In February 2003, 75% of the respondents stated that they had heard, read or seen something concerning the Army Reform XXI. During the pre-vote campaign the level of awareness rose to 82% (April). However, awareness of the reform and the vote seems to have been a predominantly male affair as is indicated by the fact that 83% (April: 92%) of men but only 67% (April: 73%) of women knew any details about the restructuring of the Swiss military. The best known facts about the reform are the downsizing of the army (71%; April: 76%) and the possibility to do one’s mandatory service in a single term instead of having a basic training followed by annual or biannual refresher courses (69%; April: 76%). A majority of the respondents intending to participate in the vote on the army reform said that they would accept it (50%; April: 64%). The Army Reform XXI was accepted in May 2003 with a majority of 76% of the votes.

Interest in security policy: The interest in questions of national security changed marginally between February 2002 and February 2003 (56%, +2%). A drop in interest can be noticed in April 2003, however (51%, -5%). Even though questions of security policy were debated heatedly by the public, especially concerning the war in Iraq, the interest of the Swiss in security policy has not increased but decreased somewhat. It seems as though a certain overkill of information on security policy topics has taken place.

1 CHRONOLOGIE POTENZIELL MEINUNGSBILDENDER EREIGNISSE 2002/2003

Wie sich in früheren Jahren gezeigt hat, kann das Interesse der SchweizerInnen an sicherheitspolitischen Themen – das Sicherheits- und Bedrohungsempfinden, die internationale Kooperationsbereitschaft wie die Neutralitätsauffassung – kurzfristigen Schwankungen unterliegen, die von tagesaktuellen Ereignissen im In- und Ausland geprägt sind. Der Analyse wichtiger Meinungstrends auf Befragungsbasis wird deshalb eine Chronologie meinungsbildender Ereignisse vorangestellt. Die Auswahl der Ereignisse ist naturgemäss selektiv und auf die Wahrnehmung in der öffentlichen Debatte ausgerichtet. Es ist anzumerken, dass die Chronologie auch Ereignisse erfasst, die *nach* der Datenerhebung stattgefunden haben. Diesen Ereignissen kann selbstverständlich keine meinungsbildende Wirkung zugesprochen werden. Die Angaben beruhen auf der Chronologie zur schweizerischen Sicherheitspolitik, welche die Forschungsstelle für Sicherheitspolitik als Teil der Homepage zur Schweizerischen Aussen- und Sicherheitspolitik auf dem Internet unterhält (<http://www.ssn.ethz.ch/>).

1.1 Der Kampf gegen den internationalen Terrorismus und der Krieg im Irak

Mit dem 11. September 2001 löste der Kampf gegen den internationalen Terrorismus die wirtschaftliche Globalisierung als Hauptthema auf der Agenda der internationalen Politik ab. Auch in der Schweiz war das Ereignis Anlass zur Frage, inwieweit das Land vom Phänomen des internationalen Terrorismus direkt betroffen ist. Am 27. Juli 2002 veröffentlichte der Bundesrat einen Bericht zur „Lage- und Gefährdungsanalyse Schweiz nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001“. Der Bericht hielt fest, dass die Wahrscheinlichkeit gering sei, dass die Schweiz und Schweizer Personen ein primäres Ziel terroristischer Akte würden. Der Bericht forderte eine sofortige Verbesserung der nachrichtendienstlichen und polizeilichen Mittel zur Bekämpfung der weltweiten Bedrohung durch den Terrorismus und die organisierte Kriminalität.

Im darauf folgenden Oktober riss ein Sprengstoffanschlag auf Bali mehr als 200 Menschen in den Tod und verletzte 300 Personen (12.10.2002). Hinter dem An-

schlag wurde die islamistische Extremistenorganisation „Jamaa al-islamiya“ vermutet, der Verbindungen zur al-Kaida nachgesagt werden. Das Ereignis rief in Erinnerung, dass Ort und Zeit von terroristischen Anschlägen kaum vorhergesagt werden können.

Im Herbst 2002 begann die Irak-Debatte die internationalen Diskussionen um die richtige Antwort auf das Phänomen des globalen Terrorismus zunehmend zu überlagern. Wie kein anderes Thema prägte die Frage nach der Zukunft des Uno-Rüstungskontrollregimes gegenüber dem Irak den internationalen Meinungsbildungsprozess in den vergangenen Monaten und zwar in ausserordentlich polarisierender Art und Weise. Der politische Preis für das Ausbleiben eines Konsenses im Sicherheitsrat war – zumindest vorübergehend – eine tiefe Spaltung der Uno, eine Schwächung des Völkerrechts und der multilateralen Strukturen von EU und Nato, eine Verhärtung des Grabens zwischen dem „alten“ Europa und den angelsächsischen Mächten sowie zeitweise eine breite Mobilisierung der Öffentlichkeit gegen einen Krieg auch in Staaten, deren Regierungen die USA unterstützten.

Auch die politische Debatte in der Schweiz und die schweizerische Aussenpolitik wurden ab dem Jahreswechsel vom Irakkonflikt dominiert. Im Vorfeld des Krieges setzte sich die Schweiz – unterschiedlich geschickt – für eine friedliche Lösung des Irakkonflikts ein. Bereits Ende 2002 kamen Schweizer Festungswächter auf Anfrage der Uno als Baudetachment der Uno-Abrüstungskommission zum Einsatz, um die logistische Basis der Uno-Experten wieder betriebsfähig zu machen. Nur kurze Zeit nach ihrem Amtsantritt (1.1.2003) unternahm die neugewählte Bundesrätin Micheline Calmy-Rey als Vorsteherin des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten einige auch innenpolitisch umstrittene Vorstösse. Während eines Treffens mit dem amerikanischen Aussenminister Colin Powell anlässlich des WEF in Davos regte die Aussenministerin ein Treffen der letzten Chance zwischen den USA und dem Irak an, ein Vorschlag, der international weitgehend ungehört verhallte. Eine gross angekündigte humanitäre Konferenz in Genf zur Situation im Irak reduzierte sich schrittweise zu einem Treffen auf Expertenebene. Umstritten war auch die während dem Krieg angekündigte Liste der Opfer des Irakkriegs auf dem Internet, deren Realisierung sich kurz nach der Ankündigung als unmöglich erwies.

Anlässlich einer offenen Debatte im Uno-Sicherheitsrat Anfang 2003 setzte sich die Schweiz für eine friedliche Lösung des Konflikts ein, beurteilte eine militärische Intervention als verfrüht und bot ihre Guten Dienste an (Februar 2003).

Diese Sichtweise stimmte mit der Gefühlslage einer breiten Bevölkerung überein, wie die grossen Friedensdemonstrationen bewiesen. Die offizielle Schweiz interpretierte die Resolution 1441 nicht als Legitimationsbasis für eine Militäraktion gegen den Irak. Entsprechend betrachtete sie den Konflikt zwischen den Koalitionstruppen und dem Irak als klassischen zwischenstaatlichen Konflikt ohne genügendes Uno-Mandat und berief sich in ihrer Politik auf die Neutralität. So wurden die Überflugsrechte für die Krieg führenden Staaten auf humanitäre Zwecke beschränkt. Auch die Rüstungsexporte wurden eingeschränkt, wobei innenpolitisch das Ausmass der Restriktionen umstritten blieb.

1.2 Aussenpolitik: Uno-Beitritt – EU-Bilateralismus

Am 3. März 2002 stimmten Volk und Stände dem Uno-Beitritt der Schweiz zu, worauf Bundespräsident Kaspar Villiger am 17. Juli 2002 das Beitrittsgesuch der Schweiz an Uno-Generalsekretär Kofi Annan übergab. Am 10. September 2002 wurde die Schweiz anlässlich der Eröffnung der 57. Session als 190. Mitgliedstaat offiziell in die Vereinten Nationen aufgenommen. Bei dieser Gelegenheit präsentierte der damalige Aussenminister Joseph Deiss die Prioritäten der schweizerischen Uno-Politik in den Bereichen Friedenspolitik/Menschliche Sicherheit, Menschenrechte, Stärkung des internationalen Rechts, Entwicklungshilfe und Stellung Genfs als europäisches Hauptquartier der Uno.

Im Zuge des Uno-Beitritts kandidierten SchweizerInnen – mit unterschiedlichem Erfolg – für verschiedene Uno-Gremien. Ein Schweizer Völkerrechtler wurde in den Uno-Menschenrechtsausschuss gewählt, ein Schweizer Diplomat übernahm den stellvertretenden Vorsitz des Ausschusses für Völkerrecht und ein Seco-Mitarbeiter präsidierte die Uno-Kommission für soziale Entwicklung. Der schweizerischen Kandidatur für den Internationalen Strafgerichtshof war hingegen kein Erfolg beschieden. Am 26. Februar 2003 zog der Bundesrat eine erste positive Zwischenbilanz über die Zusammenarbeit der Schweiz mit der Uno.

Am 1. Juni 2002 traten die bilateralen Verträge I mit der EU in Kraft, denen der Schweizer Souverän am 21. Mai 2000 zugestimmt hatte. Unter den sieben sektoriellen Abkommen mit der EU gaben vor allem die zwei Dossiers zum freien Personenverkehr und zum Landverkehr zu reden. Angesichts einer Übergangszeit von zwölf Jahren konnte der Bundesrat am 27. Mai 2003 nicht mehr als eine erste positive Zwischenbilanz ziehen. Mit Blick in die Zukunft stellt sich in erster Linie die Frage nach den Modalitäten der Ausdehnung des Abkommens auf die

neuen EU-Mitgliedstaaten. Diesbezüglich hat sich der Bundesrat auf Ersuchen der EU soeben zu Verhandlungen bereit erklärt (11.6.2003)

Am 18. Juni 2002 begann die zweite Runde der Verhandlungen zu den zehn Dossiers der bilateralen Verträge II. In den sechs Dossiers Statistik, verarbeitete Agrarprodukte, Umwelt, Ruhegehälter sowie Zugang zu Medien und Bildungsprogrammen konnten die Verhandlungen ohne grössere Probleme abgeschlossen werden. Knackpunkte bildeten dagegen die Verhandlungen zu den zwei politisch heiklen Dossiers zur Zinsbesteuerung und zu Schengen/Dublin. Bei der Zinsbesteuerung erklärte der Bundesrat mit Blick auf die Sicherung der Stellung des schweizerischen Finanzplatzes das Bankgeheimnis als nicht verhandelbar. Anfang 2003 konnte eine grundsätzliche Einigung auf der Basis eines Kompromissvorschlages gefunden werden, der den schweizerischen Anliegen insofern Rechnung trägt, als ein automatischer Informationsaustausch über Bankkundenkonti nicht für absolut verbindlich erklärt worden ist. In der polizeilichen und justiziel- len Zusammenarbeit ist für die Schweiz zentral, wie die Modalitäten für die Mitwirkung bei der Weiterentwicklung des entsprechenden Acquis und die Fristen bei den Übernahmen der entsprechenden Bestimmungen aussehen werden.

Unter dem Stichwort „Kein EU-Beitritt durch die Hintertür“ kündigte die Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (Auns) das Referendum gegen die Bilateralen II an (17.5.2003). Im Zentrum der Europadebatte in der Schweiz dürften damit auch in Zukunft die Schengen-Bestimmungen stehen.

1.3 Verteidigungs- und Armeepolitik: Ja zu Armee und Zivilschutz XXI – Umsetzung im Zeichen subsidiärer Armeeeinsätze

Die überarbeiteten Vorlagen zur Armee XXI und zum Bevölkerungsschutz XXI fanden nach Abschluss eines langwierigen Differenzbereinigungsverfahrens im Parlament im Oktober 2002 deutliche Mehrheiten (4.10.2002). Trotzdem lancierten politische Kräfte aus dem rechtsbürgerlichen Lager das Referendum. Obwohl weder eine Partei noch die Auns federführende Positionen einnahmen, lagen Ende Januar 2003 die notwendigen Unterschriften für ein Referendum vor.

Aufgrund des Abstimmungskampfes zeigte sich die Landesregierung bei der Umsetzung der neuen konzeptionellen Grundlagen weiterhin sehr zurückhaltend. Am 30. Oktober wählte der Bundesrat einen neuen Generalstabschef. Korpskommandant Christophe Keckeis übernahm sein Amt als Generalstabschef am 1. Januar 2003 von seinem Vorgänger Hans-Ulrich Scherrer. Mit der

Umsetzung der Armee XXI ab Anfang 2004 wird Keckeis seine neue Position als Chef der Armee (CdA) antreten.

Am 3. Oktober 2002 trat das erste zum Selbstschutz bewaffnete Swisscoy-Kontingent seinen Einsatz im Kosovo an. Neu umfasste das siebte Schweizer Kontingent 220 statt wie bisher 160 Angehörige. Im März 2003 beschloss der Bundesrat, dass die Swisscoy bis mindestens Ende 2005 im Kosovo bleiben soll. Die Sicherstellung der Finanzierung erforderte neu eine Beteiligung des EDA an den Beiträgen des VBS für die Genfer Zentren. Die jährlichen Zusatzkosten in der Grössenordnung von 40 Millionen Franken müssen noch vom Parlament genehmigt werden. Im Februar verabschiedete der Bundesrat das Rüstungsprogramm 2003, das im Vergleich mit dem Vorjahr noch einmal deutlich geringer ausfiel (26.2.2003). Die beantragten Rüstungsmaterialien im Wert von 407 Millionen Franken sollen der Stärkung der Luftverteidigung zugute kommen. Im Juni passierte das Geschäft den Nationalrat gegen linke Opposition; die Beratung im Ständerat ist noch ausstehend.

Der Nachrichtendienst geriet anlässlich der Publikation des Berichts über die Administrativuntersuchung beim Nachrichtendienst über die Beziehungen zwischen dem Nachrichtendienst und Südafrika einmal mehr in die Schlagzeilen (20.12.2002). Der Verfasser des Berichts, Professor Rainer J. Schweizer, kam zum Schluss, dass sich die Schweiz durch die Beziehungen zum Apartheidsregime keiner Menschenrechtsverletzung schuldig gemacht habe. Der frühere Unterstabschef Nachrichtendienst, Peter Regli, wurde zudem vom Vorwurf einer Beteiligung an den Geschäften Walter Bassons freigesprochen. Schweizer stellte aber die Frage, ob die eng gepflegten Fachkontakte zu Vertretern Südafrikas mit den Verfassungsgrundsätzen der Schweiz vereinbar gewesen seien und stellte geringfügige Neutralitätsverletzungen fest. Zudem warf er den damaligen Mitarbeitern im Nachrichtendienst fehlende Sensibilität für die Menschenrechtsprobleme in Südafrika vor und empfahl eine geschichtliche Aufarbeitung der nachrichtendienstlichen Beziehungen mit Südafrika.

Der Abstimmungskampf um die Armee reform wurde seitens der Gegner mit stereotypen Vorwürfen – Armee XXI als Vorbereitung eines Nato-Beitritts, Aushöhlung des Milizsystems – geführt, die bei den Stimmbürgerinnen und Stimmbürger wenig Gehör fanden. Am 18. Mai 2003 wurden die Gesetze für die Armee XXI und den neuen Zivilschutz in allen Kantonen sehr deutlich angenommen. Rund 76% der Bevölkerung stimmten der Armeevorlage zu, über 80% der Zivilschutzvorlage. Mit den deutlichen Abstimmungsergebnissen war der in-

nenpolitische Rahmen für die bisher wohl anforderungsreichste Reform im Armeebereich gegeben. Gleichwohl scheint die Neuausrichtung der Armee nur langsam vom Fleck zu kommen. Dies ist nicht zuletzt eine Folge der grossen subsidiären Einsätze (WEF 2003, G8-Gipfel, siehe unten), die im ersten Halbjahr 2003 grosse Teile der Aufmerksamkeit der Armeespitze banden.

1.4 Innere Sicherheit: Marschhalt im Projekt USIS – WEF und G8-Gipfel als Herausforderungen

Im Herbst 2002 wurde bereits der dritte USIS-Bericht (Überprüfung des Systems der inneren Sicherheit der Schweiz) vorgestellt (8.10.2002). Basierend auf den zwei vorgängigen Berichten wurde darin ein Kompromissvorschlag zur Lösung der anstehenden Aufgaben vorgeschlagen. Gemäss dem Modell „Mix-Minus“ sollte der Bund für seine Daueraufgaben (Personen- und Botschaftsschutz) eine eigene Polizeieinheit aufbauen und für die nicht ständigen Aufgaben (etwa Konferenzschutz) die kantonalen Korps finanziell und personell unterstützen. Aufgrund der angespannten Finanzlage kam das USIS-Reformprogramm am 6. November 2002 jedoch zu einem abrupten Halt. Der Bundesrat entschied, auf die Umsetzung der vorgeschlagenen Lösungsansätze zu verzichten und stattdessen der Armee weitere Sicherheitsaufgaben im Innern zu übergeben. Das Grenzwachtkorps soll dauerhaft durch militärische Festungswächter unterstützt werden, die auch zum Schutz des Bundeshauses und der diplomatischen Vertretungen und Konferenzen eingesetzt werden sollen. Kritische Stimmen plädierten für die Aufrechterhaltung des Gewaltmonopols der Polizei in zivilen Angelegenheiten.

Nachdem das WEF im Jahr 2002 in New York durchgeführt worden war, fand es vom 23.–28. Januar 2003 wieder in Davos statt. Über 200 Personen nahmen an dem Anlass teil, darunter über 40 Staats- und Regierungschefs. In einem subsidiären Einsatz unterstützten 1800 Soldaten die zivilen Sicherheitskräfte. Auch die Luftwaffe wurde zur Sicherung des Luftraums einbezogen. Während die Lage in Davos nach Personenkontrollen in Fideris relativ ruhig blieb, kam es im Anschluss in Bern zu Demonstrationen mit massiven Ausschreitungen.

Im Juni 2003 erforderte der G8-Gipfel im französischen Evian auch von der Schweiz einen Grosseinsatz, um die Sicherheit des Gipfels garantieren zu können (1.–3.6.2003). Da eine Mehrheit der Konferenzteilnehmer über den Flughafen Genf eintreffen würde, bat Frankreich die Schweiz bereits im Herbst 2002 um

Unterstützung bei der Gewährleistung der Sicherheit. Weil die polizeilichen Mittel der betroffenen Kantone Genf, Waadt und Wallis zur Bewältigung des Gipfels nicht ausreichten, hiess der Bundesrat Anfang 2003 deren Gesuch um Unterstützung durch die Armee gut und unterbreitete dem Parlament im Februar 2003 eine entsprechende Botschaft zur Bereitstellung von 4500 Soldaten. Das Parlament musste den Einsatz genehmigen (im März erfolgt), weil mehr als 2000 Armeeangehörige aufgeboten wurden. Der Luftraum wurde während dem Gipfel von der Schweizer Armee in Kooperation mit Frankreich überwacht.

Anlass zu teilweise sehr kritischen Kommentaren über die zivilen Kapazitäten der Schweiz gab der Beizug von ausländischen Polizeikräften. Im zivilen Bereich wurde das Schweizer Sicherheitsaufgebot während des Gipfels durch 1000 deutsche Polizisten verstärkt, da die kurzfristig geäusserten Forderungen Genfs nach zusätzlichen Sicherheitskräften anders nicht erfüllt werden konnten. Während dem Gipfel kam es neben friedlichen Demonstrationen auch zu gewalttätigen Ausschreitungen, vor allem in Genf. Genfer Regierung und Polizei standen im Nachgang zu den Vorkommnissen im Zentrum heftiger Kritik.

Der Bundesrat zog insgesamt trotzdem ein positives Fazit des Einsatzes. Die Sicherheit der Gipfelgäste sei sowohl in Lausanne als auch am Flughafen Genf-Cointrin gewährleistet gewesen, hielt Bundespräsident Pascal Couchepin fest. Auch Bundesrat Samuel Schmid, Vorsteher des Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport, beurteilte den subsidiären Einsatz der Armee positiv und wertete ihn als Beweis für die Einsatztauglichkeit der Truppe. Während die Vorsteherin des Justiz- und Polizeidepartementes, Ruth Metzler festhielt, die gemeinsame Lageanalyse habe gut funktioniert, ortete sie in der Einsatzkoordination eine Schwachstelle.

2 UNTERSUCHUNGSDESIGN

Seit mehr als zehn Jahren führen die Dozentur für Militärsoziologie der *Militärakademie an der ETH Zürich* und die *Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH Zürich* in regelmässigen Abständen bevölkerungsrepräsentative Befragungen „Sicherheit“ zur Wahrnehmung von Themen der nationalen Sicherheit im weitesten Sinne durch.

Ziel dieser Erhebungen ist die Ermittlung von Trends und Tendenzen in Bezug auf:

- das allgemeine Sicherheits- und Bedrohungsempfinden,
- das Vertrauen in Institutionen und Behörden,
- den Grad an aussen- und sicherheitspolitischer Kooperationsbereitschaft,
- die Neutralität allgemein und verschiedene Auffassungen von Neutralität,
- die Einstellung zur militärischen Landesverteidigung,
- das sicherheitspolitische Interesse und den sicherheitspolitischen Informationsstand.

Neben einem Kern von stets oder in unregelmässigen Abständen gestellten Fragen werden jährlich auch solche zu aktuellen sicherheitspolitischen Themen gestellt. Dieses Jahr betreffen diese Fragen einerseits das persönliche Sicherheitsempfinden in Zusammenhang mit dem Irakkrieg und andererseits Möglichkeiten und Grenzen der internationalen Sicherheitspolitik unter besonderer Berücksichtigung der Rolle der USA.

3 DATENBASIS

Die Daten 2003 beruhen auf zwei telefonischen Repräsentativbefragungen (CATI: Computer Assisted Telephone Interview) von 1202 bzw. 1002 SchweizerInnen der deutschen, französischen und italienischen Schweiz. Die Interviews wurden vom 11. Januar bis 5. Februar durch das GfS-Forschungsinstitut und vom 7. bis 14. April durch das Befragungsinstitut DEMOSCOPE durchgeführt. Die Aprilbefragung fand aufgrund der Eskalation im Irak statt, deren Auswirkungen auf die aussen- und sicherheitspolitische Meinungsbildung in der Schweiz berücksichtigt werden sollten. Die Stichprobenauswahl erfolgte nach der „Random-Quota“-Methode. Ergebnisse der Aprilbefragung werden im Text mit dem Vermerk „April“ gekennzeichnet, andernfalls handelt es sich um Ergebnisse der Februarbefragung.

Die Häufigkeitsverteilungen der Antworten auf die gestellten Fragen sind im Anhang III aufgeführt.

Der mögliche Stichprobenfehler bei einem Sicherheitsgrad von 95% beträgt im ungünstigsten Fall $\pm 3\%$.

Wo nicht anders erwähnt, sind sämtliche angegebenen Zusammenhangsgrößen mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von höchstens 5% signifikant.

Zusätzliche Informationen zur Methodik und zu den verwendeten Einstellungstypologien finden sich im Anhang I bzw. im Anhang II.

Die \pm -Prozentwerte geben Veränderungen im Vergleich zur letzten Erhebung an.

4 SICHERHEITS- UND BEDROHUNGSEMPFINDEN

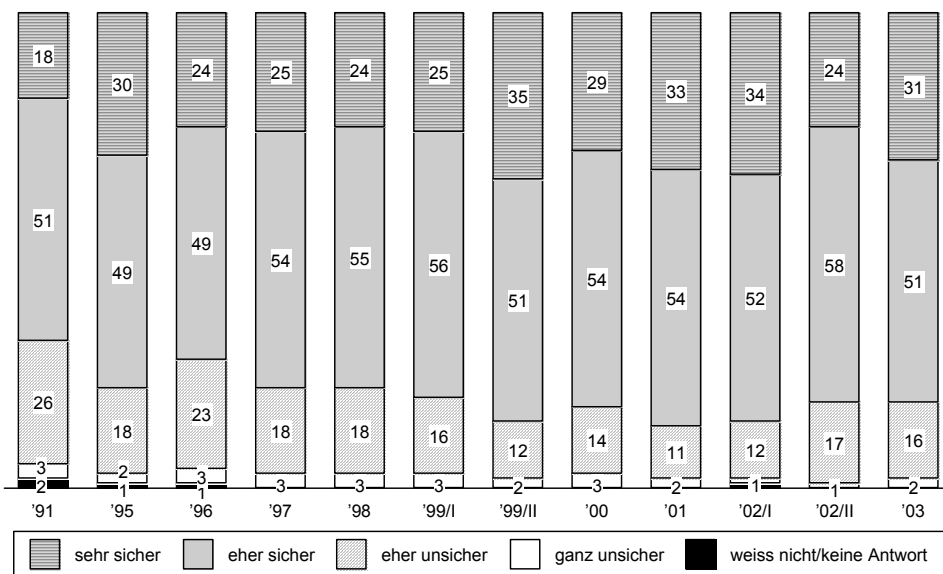
4.1 Allgemeines Sicherheitsempfinden

Im Februar 2002 war – eher überraschend angesichts des „schwarzen Herbstes“ 2001 – ein weit verbreitetes Sicherheitsgefühl festgestellt worden, bezeichneten sich doch 86% als „sehr“ oder „eher sicher“. Ein Rückgang auf 82% wurde dann aber im Dezember 2002 gemessen und als zeitverzögerter, nicht zuletzt auch ökonomisch bewirkter Effekt der Ereignisse vom Herbst 2001 interpretiert.

Abbildung 4.1

Allgemeines Sicherheitsgefühl

„Ganz allgemein gesprochen, wie sicher fühlen Sie sich in unserer heutigen Zeit?“
(Angaben in Prozent)



© K.W. Haltiner SI/371/03/P6/th

Das allgemeine Sicherheitsgefühl der SchweizerInnen ist auch 2003 stark ausgeprägt (siehe Abbildung 4.1). 82% ($\pm 0\%$, April: 88%) bezeichnen sich als „sehr“ oder „eher sicher“. Vordergründig mag erstaunen, dass zwischen Januar und April 2003 ein Anstieg des Sicherheitsgefühls zu verzeichnen ist. Eine psychologische Deutung dieses Sachverhalts wäre, dass die angespannte, aber gleichzeitig unklare weltpolitische Lage des Februars einer geklärten Situation im April gewichen ist. Ferner ist aber auch zu berücksichtigen, dass der Anteil der sich als „sehr sicher“ bezeichnenden Personen (31%, April: 30%) etwas unter den Werten der Jahre 2001 (33%) und 2002 (34%) liegt. Der Anstieg des Sicherheitsgefühls bezieht sich auf die Antwortkategorie „eher sicher“, vollzieht sich also mit einer gewissen Zurückhaltung.

Der Zusammenhang zwischen Sicherheitsgefühl und aussenpolitischer Lage darf nicht überschätzt werden. Wie schon in den Vorjahren sind auch 2003 die Korrelationen zwischen dem Sicherheitsgefühl und der Einschätzung der Entwicklung der Schweiz in den nächsten fünf Jahren stärker ausgeprägt als jene zwischen Sicherheitsgefühl und Wahrnehmung des weltpolitischen Umfelds. Das heisst also, dass die Binnenlage das Sicherheitsgefühl stärker tangiert als aussenpolitische Geschehnisse (CC=0.26 versus CC=0.16, April: CC=0.37 versus CC=0.12).

4.2 Wahrnehmung der Terroranschläge vom 11. September 2001

Im Februar 2002 hatten lediglich 11% der Befragten angegeben, dass ihre Sicherheit seit den Terroranschlägen von New York gefährdeter sei. Dieser Anteil hat sich innert Jahresfrist auf 22% verdoppelt (siehe Tabelle 4.1). Gut 16 Monate nach dem 11. September 2001 fühlen sich also deutlich mehr Personen in ihrer persönlichen Sicherheit „eher mehr gefährdet“ als relativ kurz nach den Anschlägen. Zwischen der Einschätzung der persönlichen Gefährdungslage und dem Sicherheitsgefühl besteht der zu erwartende Zusammenhang ($\gamma=0.31$).

Wird der Fokus auf den Freundes- und Bekanntenkreis gerichtet, so ist inzwischen knapp über die Hälfte der Befragten der Ansicht, in ihrem privaten Umfeld habe die Angst zugenommen (51%, +11%). Nur noch 44% (-13%) wollen von einer derartigen Zunahme nichts bemerkt haben (siehe Tabelle 4.2). Auch die Einschätzung der Befindlichkeit des Umfelds steht in Zusammenhang mit dem eigenen Sicherheitsgefühl: Personen, die sich selbst als unsicher bezeichnen, tendieren dazu, ihren Freundes- und Bekanntenkreis als ängstlicher einzuschätzen ($\gamma=0.34$).

Tabelle 4.1

Wahrgenommene Veränderung der persönlichen Sicherheit seit den Anschlägen vom 11. September 2001

„Meine persönliche Sicherheit ist seit den Anschlägen in New York vom 11. September 2001...		
...eher mehr gefährdet als vorher.“	22%	(+11%)
...etwa gleich gefährdet wie vorher.“	43%	(-4%)
...eher weniger gefährdet als vorher.“	4%	(±0%)
„Meine Sicherheit war gar nie gefährdet.“	30%	(-6%)
weiss nicht / keine Antwort	1%	(-1%)

Tabelle 4.2

Wahrgenommene Veränderung des Sicherheitsgefühls im Freundes- und Bekanntenkreis seit den Anschlägen vom 11. September 2001

„Mein Freundes- und Bekanntenkreis ist seit den Anschlägen in New York vom 11. September 2001 ängstlicher geworden.“		
trifft völlig zu	20%	(+9%)
trifft eher zu	31%	(+2%)
trifft eher nicht zu	26%	(±0%)
trifft gar nicht zu	18%	(-13%)
weiss nicht / keine Antwort	5%	(+2%)

Ganz offensichtlich wurde also kurz nach den Anschlägen kaum ein Zusammenhang zur persönlichen Sicherheit oder zum Sicherheitsgefühl des nahen sozialen Umfelds hergestellt. Inzwischen wird dies vermehrt getan, möglicherweise bedingt durch die Erfahrung, dass Terrorismus keine lokal beschränkte Gefahr darstellt, sondern auch SchweizerInnen – etwa in Tourismusdestinationen – treffen kann.

Personen mit obligatorischer Schulbildung geben häufiger als Personen mit Mittel- oder Hochschulabschluss an, sie seien seit dem 11. September 2001 unsiche-

rer (CC=0.13). Sie haben eine solche Veränderung auch häufiger in ihrem Freundes- und Bekanntenkreis konstatiert (CC=0.12).

Als Vergleichswert eignet sich die im April 2003 gestellte Frage nach Bedrohtheitsgefühlen in Zusammenhang mit dem Krieg in Irak. Diesbezüglich bekunden lediglich 19% eine stärkere Gefährdung der persönlichen Sicherheit (siehe Tabelle 4.3). Auch hier gilt, dass sich unsichere Personen durch den Krieg in stärkerem Masse persönlich gefährdet fühlen als sichere ($\gamma=0.27$). Dass das soziale Umfeld seit dem Beginn des Irakkrieges ängstlicher geworden sei, bestätigen 39% (siehe Tabelle 4.4). Wiederum befinden sich Personen mit gering ausgeprägtem Sicherheitsgefühl überproportional unter denjenigen, die ihr Umfeld als durch den Irakkrieg verängstigt beschreiben ($\gamma=0.36$).

Tabelle 4.3

Wahrgenommene Veränderungen der persönlichen Sicherheit durch den Irakkrieg

„Was würden Sie sagen: Ist Ihre persönliche Sicherheit durch den gegenwärtigen Krieg im Irak eher mehr gefährdet als vorher, etwa gleich gefährdet wie vorher, eher weniger gefährdet als vorher oder war Ihre Sicherheit gar nie gefährdet?“	
eher mehr gefährdet	19%
etwa gleich gefährdet	31%
eher weniger gefährdet	5%
war gar nie gefährdet	43%
weiss nicht / keine Antwort	2%

Tabelle 4.4

Wahrgenommene Veränderungen des Sicherheitsgefühls im Freundes- und Bekanntenkreis seit Beginn des Irakkrieges

Wie stehen Sie zu dieser Aussage: „Mein Freundes- und Bekanntenkreis ist seit dem Beginn des Krieges im Irak ängstlicher geworden.“	
trifft völlig zu	11%
trifft eher zu	28%
trifft eher nicht zu	30%
trifft gar nicht zu	29%
weiss nicht / keine Antwort	2%

Fazit: Es zeigt sich, dass eine Gefährdung sowohl der eigenen Sicherheit wie der des sozialen Umfeldes gegenwärtig stärker in Zusammenhang mit der seit dem 11. September 2001 gestiegenen Terrorismusbedrohung gebracht wird als mit dem Krieg im Irak. Interessant ist, dass dieser Zusammenhang erst mit einer zeitlichen Verzögerung auftritt, also jetzt stärker ausgeprägt ist als rund fünf Monate nach den Anschlägen von New York. Es ist bemerkenswert, dass trotz der wahrgenommen stärkeren Gefährdung der persönlichen Sicherheit in Zusammenhang mit den Terroranschlägen von New York über 80% der SchweizerInnen angeben, „sich in unserer heutigen Zeit“ allgemein „sehr“ oder „eher“ sicher zu fühlen – ohne konkreten Hinweis auf die mögliche Terrorgefährdung ist also keine Verunsicherung festzustellen. Erst nach Benennung dieser möglichen Bedrohung relativieren die Befragten ihr Sicherheitsempfinden.

4.3 Einschätzung der Wichtigkeit verschiedener Sicherheitsaspekte

Die Erfragung des Sicherheitsgefühls wird auch in der diesjährigen Erhebung durch eine Wichtigkeitseinstufung verschiedener Sicherheitsaspekte ergänzt. Die befragten Personen haben die Möglichkeit, auf einer Skala von 1 („völlig unwichtig“) bis 10 („ausserordentlich wichtig“) anzugeben, welche Facetten von Sicherheit ihnen besonders am Herzen liegen. Insgesamt fällt auf, dass im Vergleich zum Dezember 2002 keinem der Aspekte signifikant geringere Bedeutung beigemessen wird. D.h. die Zahl derjenigen, die einen Aspekt als „ausserordentlich wichtig“ beurteilen, liegt nie mehr als zwei Prozentpunkte unter derjenigen der

letzten Messung. Hingegen werden einige Aspekte häufiger als „ausserordentlich wichtig“ beurteilt. Dies gilt – wenig überraschend – für die „Sicherheit des Arbeitsplatzes“ (40%, +5%) und die „Sicherheit vor Terrorismus“ (40%, +4%). Doch auch die „Sicherheit vor Verbrechen und Kriminalität“ (41%, +3%), die „soziale Sicherheit“ (39%, +3%) sowie die „militärische Sicherheit“ (16%, +3%) werden von etwas mehr Personen als „ausserordentlich wichtig“ beurteilt. An der Grundstruktur der Relevanzeinschätzungen ändert sich dadurch allerdings nichts: Mit Abstand am häufigsten wird die „familiäre Geborgenheit“ als „ausserordentlich wichtig“ bezeichnet. Genauso eindeutig hat die „militärische Sicherheit“ die geringste Relevanz für die Befragten. Dazwischen sind die meisten Sicherheitsaspekte nur durch wenige Prozentpunkte voneinander getrennt (siehe Tabelle 4.5).

Tabelle 4.5

Prozentanteil der Befragten, die den genannten Sicherheitsaspekt als „ausserordentlich wichtig“ beurteilen (in Klammern Differenz zum Vorjahr)

Sicherheitsaspekt	Relative Häufigkeit					
	2002/I		2002/II		2003	
Gute, sichere familiäre Beziehungen, Geborgenheit	55%	(-1%)	58%	(+3%)	58%	(±0%)
Sicherheit vor Verbrechen	36%	(-6%)	38%	(+2%)	41%	(+3%)
Sicherheit vor Terrorismus	36%		36%	(±0%)	40%	(+4%)
Soziale Sicherheit (z.B. AHV, Arbeitslosenversicherung)	36%	(-4%)	39%	(+3%)	39%	(+0%)
Sicherheit der demokratischen Grundrechte	36%	(-4%)	34%	(-2%)	34%	(±0%)
Ökologische Sicherheit, Umweltschutz	32%	(-5%)	36%	(+4%)	34%	(-2%)
Sicherheit des Arbeitsplatzes	34%	(-2%)	35%	(+1%)	40%	(+5%)
Sicherheit des Einkommens	35%	(-1%)	35%	(±0%)	34%	(-1%)
Verkehrssicherheit	30%	(±0%)	30%	(±0%)	33%	(+3%)
Ruhe und Ordnung	26%	(+1%)	25%	(-1%)	27%	(+2%)
Militärische Sicherheit	16%	(±0%)	13%	(-3%)	16%	(+3%)

© K.W. Haltiner Si 791/03/mz

Wie Tabelle 4.6 zeigt, korrelieren Alter, Geschlecht und Bildung mit beinahe allen Relevanzeinschätzungen von Sicherheit. Ältere Personen messen sämtlichen Sicherheitsaspekten mit Ausnahme des Arbeitsplatzes mehr Bedeutung zu als jüngere. In besonderem Masse gilt dies für die „militärische“ und die „soziale Sicherheit“ sowie für „Ruhe und Ordnung“. Frauen tendieren durchwegs zu höheren Relevanzeinschätzungen als Männer, ausser was die Einkommenssicherheit und die „Sicherheit der demokratischen Grundrechte“ angeht, die von Männern und Frauen ähnlich wichtig eingeschätzt werden. Personen mit höherem Bildungsgrad messen den meisten Sicherheitsaspekten eine geringere Relevanz bei als solche eines tieferen Bildungsstandes. Einzig die „Sicherheit der demokratischen Grundrechte“ ist den oberen Bildungsschichten wichtiger als bildungsferneren Personen. Zwischen der Selbsteinstufung auf der politischen Links-rechts-Skala und den Sicherheitsaspekten zeigen sich nur zwei signifikante Zusammenhänge. Personen, die sich rechts der Mitte einordnen, legen überdurchschnittlich grosses Gewicht auf die „militärische Sicherheit“ und „Ruhe und Ordnung“.

Tabelle 4.6

Zusammenhänge zwischen der Wichtigkeitseinschätzung verschiedener Sicherheitsaspekte, ausgewählten soziodemographischen Indikatoren und der politischen Stellung

Sicherheitsaspekt	Geschlecht	Alter	Bildung	Pol. Stellung
	CC	γ	γ	CC
Sicherheit des Arbeitsplatzes	0.13	-0.05 n.s.	-0.12	0.12 n.s.
Militärische Sicherheit	0.14	0.23	-0.20	0.23
Soziale Sicherheit	0.18	0.22	-0.15	0.15 n.s.
Einkommenssicherheit	0.09 n.s.	0.08	-0.15	0.14 n.s.
Ökologische Sicherheit	0.22	0.11	-0.06 n.s.	0.16 n.s.
Sicherheit vor Verbrechen und Kriminalität	0.19	0.08	-0.12	0.14 n.s.
Sicherheit vor Terrorismus	0.21	0.13	-0.13	0.14 n.s.
Verkehrssicherheit	0.19	0.18	-0.13	0.13 n.s.
Sicherheit der demokr. Grundrechte	0.09 n.s.	0.13	0.15	0.13 n.s.
Sichere familiäre Beziehungen	0.23	0.18	-0.12	0.15 n.s.
Ruhe und Ordnung	0.12	0.23	-0.20	0.19

Bemerkungen: n.s.= nicht signifikant

5 WAHRNEHMUNG DER SCHWEIZ UND DER WELT

5.1 Zukunftseinschätzung der Schweiz

66% (+3%, April: 68%) der Befragten geben sich überzeugt, dass die nähere Zukunft des Landes – die nächsten fünf Jahre – positiv verlaufen wird. Damit hat sich zwar der auf die Schweiz bezogene Zukunftsoptimismus im Vergleich zum Dezember 2002 wieder leicht erholt, liegt aber dennoch deutlich unter den Werten der Jahre 2000 und 2001, als 71% bzw. 78% der SchweizerInnen die „nächsten fünf Jahre“ optimistisch beurteilten. Gleichwohl ist die Grundstimmung noch deutlich optimistischer als in den Jahren 1993–1998.

Der landesbezogene Zukunftsoptimismus steht in Zusammenhang mit dem Bildungsgrad der befragten Personen ($\gamma=0.12$). So sind 71% der SchweizerInnen mit einem Hoch- bzw. Fachhochschulabschluss für die nächsten fünf Jahre optimistisch. Demgegenüber schliessen sich nur 56% aus dem untersten Bildungsspektrum dieser zuversichtlichen Prognose an. Die Unterschiede nach Bildungsgruppen sind plausibel, wenn man sich vor Augen führt, dass die bildungsferneren Schichten von einer wirtschaftlichen Flaute zumeist als Erste betroffen sind.

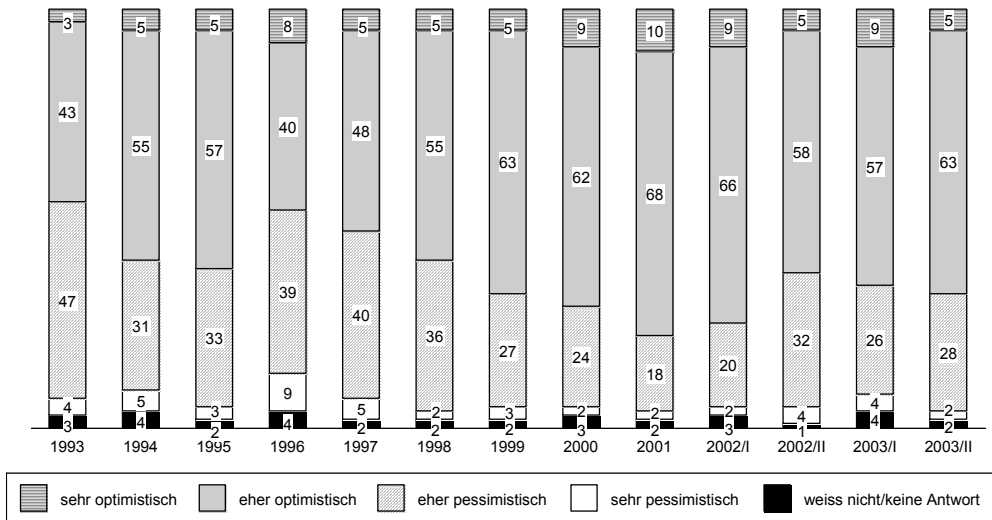
Es zeigen sich ferner Unterschiede nach der Sprachregion der Befragten ($CC=0.13$). In der deutschen Schweiz sind 69% der Befragten von einem positiven Verlauf der nächsten fünf Jahre überzeugt, während es in der Romandie und im Tessin doch deutlich weniger sind (59% bzw. 58%).

In der Aprilbefragung werden die Zusammenhänge zwischen Sprachregion und Zukunftseinschätzung bzw. zwischen Letzterer und dem Bildungsgrad der Befragten nicht mehr gefunden. Dies liegt an einer deutlichen Erholung des Zukunftsoptimismus in den unteren Bildungsschichten und in der lateinischen Schweiz. Da eindeutige innenpolitische bzw. binnenwirtschaftliche Indikatoren eines Aufschwungs zwischen Januar und April 2003 fehlen, ist es nahe liegend, den angestiegenen Zukunftsoptimismus auf das sich anbahnende bzw. in der zweiten Aprilwoche feststehende Kriegsende im Irak zurückzuführen, also die Ursache der gewachsenen Zuversicht in einem generell entspannteren Klima zu orten.

Abbildung 5.1

Einschätzung der näheren Zukunft der Schweiz

„Wie sehen Sie die nähere Zukunft – etwa die nächsten fünf Jahre – für die Schweiz?“
(Angaben in Prozent)



© K.W. Haltiner SI/370/03/P4/th

5.2 Einschätzung der Entwicklung der weltpolitischen Lage

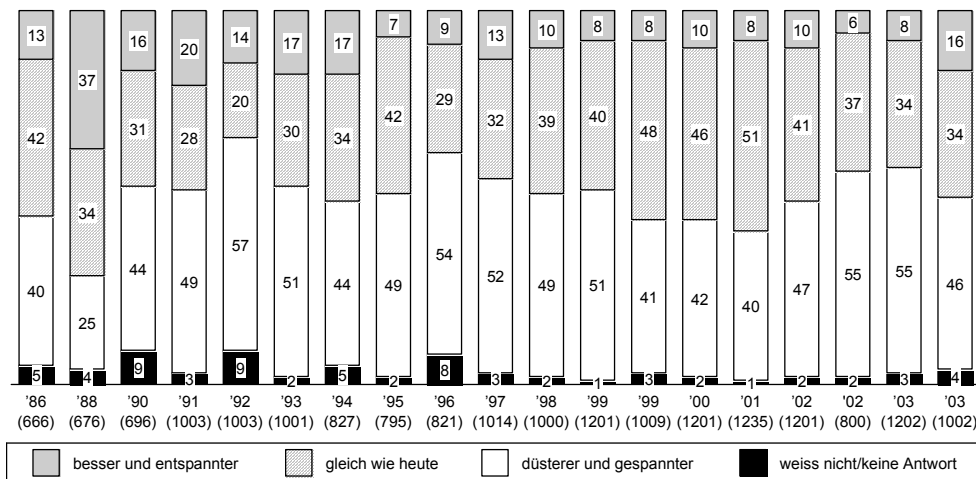
Im Februar 2003 sind 8% (+2%) der Meinung, dass sich die weltpolitische Lage in den nächsten fünf Jahren entspannen werde. Dagegen glauben unverändert 55%, es sei mit einer Verschlechterung des weltpolitischen Klimas zu rechnen ($\pm 0\%$). Die Zusatzbefragung im April zeigt demgegenüber eine deutliche Erholung der weltpolitischen Zuversicht (16%, +8%) und einen Rückgang des Anteils der Negativprognostiker (46%, -9%). Diese deutlich optimistischere Beurteilung im Abstand von nur drei Monaten ist nicht ganz einfach zu erklären. Sie hat ihre Ursache aber möglicherweise darin, dass die weltpolitische Lage im April im Gegensatz zu derjenigen des Februars nicht mehr durch Spannung und Unklarheit als vielmehr durch eine Klärung der Verhältnisse gekennzeichnet war (siehe Abschnitt 5.1).

Im Übrigen besteht ein Zusammenhang zwischen innen- und aussenpolitischer Zuversicht. Personen, welche die Zukunft der Schweiz optimistisch einschätzen, beurteilen tendenziell auch die Entwicklung der weltpolitischen Lage positiv (CC=0.36). Dies ist zugleich ein Hinweis darauf, dass die oben geäußerte These zutrifft, wonach die gewachsene schweizbezogene Zuversicht auf die weltpolitische Entspannung zurückzuführen ist.

Abbildung 5.2

Einschätzung der weltpolitischen Lage

„Glauben Sie, dass die weltpolitische Lage in den nächsten fünf Jahren besser und entspannter oder düsterer und gespannter wird? Oder bleibt sie in etwa so, wie sie heute ist?“ (Angaben in Prozent)



© K.W. Haltiner Si/372/03/P4/mz

Wie schon 2002 so sind auch im Jahre 2003 keine soziodemographischen Unterschiede in der weltpolitischen Lagebeurteilung zu finden. In den Jahren zuvor hatten sich in dieser Hinsicht vor allem Bildungs- und Geschlechtsunterschiede gezeigt. Die obersten Bildungsgruppen und die Männer zeigten sich optimistischer als mittlere und tiefere Bildungsgruppen und die Frauen. Dass diese Unterschiede gegenwärtig so nicht gefunden werden können, ist Ausdruck der Tatsache, dass das traditionell optimistische Meinungslager deutlich pessimistischer geworden ist, während es in den zuvor schon wenig zuversichtlichen Befragten Gruppen zu keinen nennenswerten Verschiebungen gekommen ist.

5.3 Bedrohungswahrnehmung und Armeekzeptanz

Die Einschätzung der Armeenotwendigkeit weist keine Zusammenhänge zur landesbezogenen Zukunftseinschätzung oder zur Beurteilung der weltpolitischen Lage auf. Unter den Pessimisten lassen sich also nicht mehr ArmeebefürworterInnen finden als unter denjenigen Personen, die zuversichtlich in die Zukunft blicken. Dasselbe gilt auch für allfällige Zusammenhänge zwischen der bevorzugten Wehrform und den Zukunftsprognosen. BefürworterInnen einer Milizarmee sind weder zuversichtlicher noch pessimistischer was die nähere Entwicklung der Schweiz bzw. der Weltpolitik angeht.

6 VERTRAUEN IN BEHÖRDEN UND INSTITUTIONEN

6.1 Vertrauensindex

Zwischen dem Vertrauen in verschiedene Behörden und Institutionen und dem Sicherheitsempfinden der Bevölkerung besteht eine Wechselwirkung. So tragen vertrauenswürdige Institutionen dazu bei, dass sich BürgerInnen sicherer fühlen. Umgekehrt sind Personen, die sich sicher fühlen, auch eher bereit, Behörden und Institutionen Vertrauen zu schenken. Auf einer Skala von 1 („überhaupt kein Vertrauen“) bis 10 („volles Vertrauen“) hatten die Befragten die Möglichkeit, ihre Vertrauensbekundungen vorzunehmen. Über die verschiedenen Bewertungen gibt Tabelle 6.1 summarisch Auskunft.

Tabelle 6.1

Index des Vertrauens in öffentliche Institutionen 1997–2003

Mittelwerte auf einer Skala 1–10 (1 = überhaupt kein Vertrauen, 10 = volles Vertrauen)

	1997	1998	1999	2000	2001	2002 I	2002 II	2003	Saldo 02/03	Durch- schnitt
Bundesrat	5.49	5.82	6.45	6.26	6.90	6.45	6.16	6.40	+0.24	6.24
Eidg. Parlament	5.17	5.37	5.90	5.76	6.32	6.15	5.83	6.10	+0.27	5.83
Gerichte allgemein	–	6.34	–	6.42	6.74	6.59	6.51	6.69	+0.18	6.55
Polizei	6.47	6.54	6.70	6.80	6.99	7.05	6.85	7.12	+0.27	6.82
Armee	6.13	6.18	6.14	6.27	6.37	6.37	5.77	6.61	+0.84	6.23
Medien	4.84	4.80	4.79	4.71	4.96	4.89	4.99	5.00	+0.01	4.87
Schweizer Wirtschaft	5.60	5.65	6.26	6.08	6.76	6.06	5.73	5.66	–0.07	5.98

© K. W. Haltiner 397/03

Mit Ausnahme der Wirtschaft, die erneut eine leichte Vertrauenseinbusse verzeichnet, liegen die Vertrauensbezeugungen im Januar 2003 durchwegs über diejenigen vom Dezember 2002. Ein Vergleich mit den Durchschnittswerten aller

Vertrauensmessungen der letzten Jahre zeigt zudem, dass – wiederum mit Ausnahme der Wirtschaft – alle im Februar 2003 ermittelten Vertrauenswerte überdurchschnittlich hoch sind. Dagegen ist das Ausmass des gegenwärtigen Vertrauens in die Wirtschaft in etwa vergleichbar mit demjenigen Ende der neunziger Jahre, also tiefer als zu Beginn dieses Jahrzehnts. Verantwortlich für das seit zwei Jahren schwindende Vertrauen in die Wirtschaft dürfte einerseits die eingebrochene Konjunktur sein, andererseits aber auch die schlechte Performance namhafter Schweizer Unternehmen sowie anhaltende Diskussionen um vermeintlich überhöhte Saläre, Bonuszahlungen und Abfindungen im Topmanagement bei gleichzeitig stattfindendem Stellenabbau.

Der satte Vertrauenszuwachs in die meisten öffentlichen Institutionen im Vergleich zum Vorjahr ist insofern zu relativieren, als die letzte Befragung im Dezember 2002 auffällig tiefe Vertrauenswerte ergab, was damals als Nachwehen des „Schwarzen Herbstes 2001“ interpretiert wurde.

Dennoch ist insbesondere der Vertrauenszuwachs in die Armee bemerkenswert (+0.84 auf 6.61). So viel Vertrauen genoss das Schweizer Militär seit Beginn der Vertrauenserhebungen 1997 noch nie. Es ist denkbar, dass die weltpolitische Krisensituation eine Rückbesinnung auf den Wert der für die äussere Sicherheit der Schweiz zuständigen Institution bewirkt hat, die sich in diesem Vertrauensanstieg manifestiert. Sicherlich ist auch die deutliche Zustimmung zur Armeereform XXI vom 18. Mai 2003 in diesem Lichte zu sehen.

Die zweite für die Sicherheit verantwortliche Institution, die Polizei, schwingt seit 1997 in der Vertrauensrangliste stets obenaus. Dies gilt auch für das Jahr 2003: Mit 7.12 Vertrauenspunkten (+0.27) wird gar der bisherige Höchstwert vom Februar 2002 übertroffen. Über dem Durchschnitt liegen auch die Vertrauenswerte von Bundesrat (6.40, +0.24) und Parlament (6.10, +0.27), wenngleich die hohen Werte von 2001 nicht erreicht werden. Gleiches trifft auf die Gerichte zu (6.69, +0.18). Auch die Medien liegen mit gegenwärtig 5 von 10 Vertrauenspunkten über dem langjährigen Durchschnitt (+0.01).

Wie ein Vergleich mit der Eurobarometer-Befragung von 2001¹³ zeigt, gibt es, was das Vertrauen in Institutionen angeht, sowohl Parallelen wie Unterschiede zu den 15 EU-Mitgliedstaaten: Vergleichbar ist etwa das grosse Vertrauen in

13 European Commission (2001). *Eurobarometer Report No. 55*. Brussels: Directorate-General Press and Communication. Online zugänglich unter http://europa.eu.int/comm/public_opinion/archives/eb/eb55/eb55_en.pdf (Stand: 27.5.2003).

Militär und Polizei. Letztere figuriert in allen EU-Ländern ausser Portugal und Griechenland unter den drei vertrauenswürdigsten Institutionen. Spanien und die Niederlande sind demgegenüber die einzigen EU-Länder, in denen das Militär nicht zu den drei vertrauenswürdigsten Institutionen gehört. In Prozenten ausgedrückt, vertrauen 65% der Befragten im EU-Raum der Polizei und 63% dem Militär. Anders sieht es dagegen bezüglich Regierung, Parlament und der Justiz aus. Nur 38% der befragten EU-BürgerInnen vertrauen ihrer Landesregierung und lediglich 40% dem (Landes-)Parlament. Dem Rechtssystem bringen 49% Vertrauen entgegen, es taucht allerdings nur in Österreich, Deutschland und den Niederlanden unter den drei vertrauenswürdigsten Institutionen auf.

Das Vertrauen, das der Polizei entgegen gebracht wird, wird auch in zwei weiteren Meinungsäusserungen sichtbar: So sind 90% der Ansicht, dass es im Interesse der Sicherheit der Schweiz liege, wenn die Polizei mit Polizeiorganisationen anderer Länder zusammenarbeite. 58% erachten es als für die Sicherheit zuträglich, wenn die Polizei aufgestockt würde (vgl. auch Abschnitt 7.3).

Das Vertrauen, das den Institutionen entgegengebracht wird, steht teilweise in Zusammenhang mit dem Alter, der politischen Stellung und dem Bildungsgrad der Befragten. So geniesst etwa das Militär bei Personen über 60 Jahren besonders viel Vertrauen ($\gamma=0.29$). Beim Militär zeigen sich auch die auffälligsten Vertrauensdifferenzen nach politischer Selbsteinstufung: Sich als links bezeichnende Personen schenken ihm am wenigsten, Personen, die sich rechts der Mitte positionieren am meisten Vertrauen ($CC=0.20$). Unter den politisch links Stehenden wird neben der Armee auch die Polizei ($CC=0.12$) mit signifikant weniger Vertrauen bedacht. Auch der Wirtschaft vertraut man auf dieser Seite des politischen Spektrums in geringerer Masse ($CC=0.12$). Dafür ist man links der Mitte eher geneigt, dem Bundesrat ($CC=0.12$), dem Parlament ($CC=0.12$) und den Gerichten zu vertrauen ($CC=0.13$; vgl. Abbildung 6.1)

6.2 Institutionenvertrauen und persönliches Sicherheitsempfinden

Es ist plausibel anzunehmen, dass das Vertrauen in Institutionen und Behörden Zusammenhänge zu den Variablen aufweist, die in den Kapiteln 4 und 5 näher betrachtet wurden, dass also Sicherheitsgefühl, Zukunftsoptimismus und Vertrauensstärke voneinander abhängig sind. Denkbar ist ferner, dass auch Variablen der aussenpolitischen Kooperationsbereitschaft vom Vertrauen in landeseigene Institutionen tangiert werden. Stellvertretend für andere mögliche

Zusammenhänge sollen deren drei hier näher betrachtet werden. Tabelle 6.2 zeigt die Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Vertrauensgrössen und dem allgemeinen Sicherheitsgefühl, dem auf die Schweiz bezogenen Zukunftsoptimismus und – als Kerngrösse der aussenpolitischen Kooperationsbereitschaft – der EU-Beitrittswilligkeit.

Am engsten sind die Zusammenhänge zwischen den Vertrauensvariablen und dem schweizerischen Zukunftsoptimismus. Personen, die Vertrauen in Institutionen und Behörden haben, sehen auch die nächsten 5 Jahre für die Schweiz allgemein in einem helleren Licht. Lediglich das Vertrauen in die Medien ist ohne Zusammenhang zur landesbezogenen Zukunftsprognose. Ansonsten gilt: je grösser das Vertrauen, desto optimistischer die Prognose. Denkbar – wenngleich etwas weniger plausibel – ist auch die umgekehrte Richtung des Zusammenhangs, d.h. ein höheres Vertrauensniveau aufgrund einer optimistischeren Grundhaltung.

Das Sicherheitsgefühl steht demgegenüber nicht mit allen Vertrauensvariablen in Zusammenhang. Namentlich das Vertrauen in Militär und Polizei sind vom eigenen Sicherheitsgefühl unabhängig. In diesem Jahr zeigt sich zudem auch kein Zusammenhang zwischen Sicherheitsgefühl und dem Vertrauen in die Wirtschaft, was damit zusammenhängen dürfte, dass die Wirtschaft auch bei Personen mit stark ausgeprägtem Sicherheitsgefühl an Vertrauen eingebüsst hat.

Die Einstellung zu einem allfälligen EU-Beitritt der Schweiz steht ebenfalls in einem statistisch signifikanten Zusammenhang zu verschiedenen Vertrauensvariablen. Bemerkenswert ist hier insbesondere, dass Bundesrat und Parlament in der Tendenz von EU-BeitrittsbefürworterInnen mehr Vertrauen erhalten als von EU-BeitrittsgegnerInnen. Hingegen ist von einem negativen Zusammenhang zwischen dem Vertrauen in die Armee und der EU-Beitrittswilligkeit in diesem Jahr, anders als in den Vorjahren, nichts zu sehen. Das dürfte seine Ursache darin haben, dass mit dem generellen Vertrauenszuwachs der Armee auch unter den EU-Beitrittswilligen relativ hohe Vertrauenswerte gefunden werden.

Tabelle 6.2

Index des Vertrauens in öffentliche Institutionen nach dem allgemeinen Sicherheitsgefühl, der Zukunftseinschätzung der Schweiz und der Befürwortung eines EU-Beitritts in den Jahren 2001, 2002 und 2003 (Gamma-Koeffizienten)

	Sicherheitsgefühl			Zukunftsoptimismus			Befürwortung EU-Beitritt		
	2001	2002	2003	2001	2002	2003	2001	2002	2003
Bundesrat	0.20	0.17	0.14	0.24	0.24	0.28	0.14	0.14	0.20
Eidg. Parlament	0.14	0.16	0.14	0.24	0.26	0.26	0.11	0.13	0.15
Polizei	0.006 n.s.	0.05 n.s.	0.04 n.s.	0.17	0.12	0.16	-0.08	-0.05 n.s.	0.03 n.s.
Armee	-0.11	-0.03 n.s.	-0.05 n.s.	0.08 n.s.	0.08 n.s.	0.15	-0.23	-0.19	-0.03 n.s.
Gerichte	0.15	0.15	0.14	0.17	0.15	0.17	0.12	0.05 n.s.	0.11
Medien	0.04 n.s.	0.08 n.s.	0.01 n.s.	0.11	0.11	0.07 n.s.	0.14	0.06 n.s.	0.16
Schweizer Wirtschaft	0.13	0.14	0.04 n.s.	0.24	0.25	0.20	0.05 n.s.	-0.03 n.s.	0.05 n.s.

Bemerkungen: n.s. = nicht signifikant

© K.W. Haltiner SI/418/03

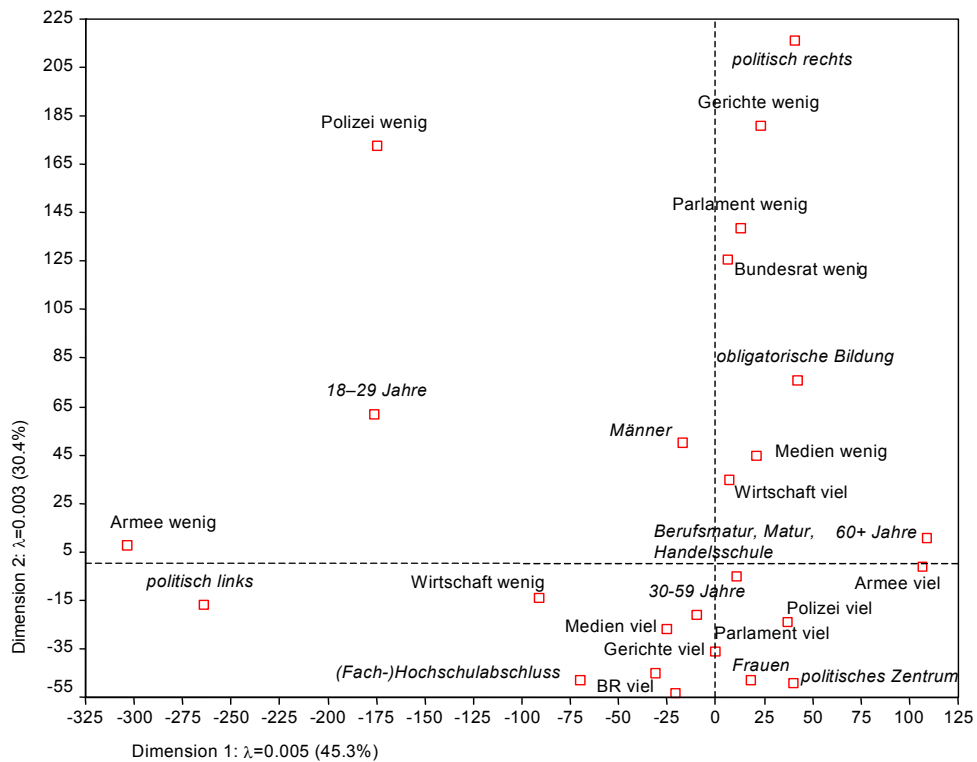
Das Verfahren der Korrespondenzanalyse¹⁴ ermöglicht eine grafische Darstellung der Zusammenhänge zwischen soziodemographischer Gruppenzugehörigkeit einerseits und geäusserten Vertrauensbekundungen andererseits (vgl. Abbildung 6.1). Die waagrechte Dimension, welche knapp die Hälfte der Varianz erklärt, weist vor allem auf den Zusammenhang zwischen dem Vertrauen und der politischen Selbsteinstufung sowie dem Alter der Befragten hin. Personen, die sich politisch links einstufen, kennzeichnen sich durch geringeres Vertrauen in Armee, Polizei und Wirtschaft, die umgekehrt von der Rechten und mit Abstrichen auch von der politischen Mitte viel Vertrauen zugesprochen erhalten. Das Alter steht ebenfalls in Zusammenhang zum Vertrauen, das Polizei, Wirtschaft und

14 Näheres zur Methode der Korrespondenzanalyse sowie die Kennwerte der hier durchgeführten Anwendung finden sich im Anhang I bzw. im Anhang II.

Armee entgegengebracht wird. Die Jungen bilden diesbezüglich den eher kritischen, die Älteren den eher vertrauensvollen Pol.

Abbildung 6.1

Grafische Darstellung einer zweidimensionalen Korrespondenzanalyse der Vertrauensbekundungen in verschiedene Behörden und Institutionen nach soziodemographischer Gruppenzugehörigkeit



Bemerkungen: Es wurden lediglich die Vertrauenskategorien „wenig“ (1–4 Vertrauenspunkte) und „viel“ (7–10 Vertrauenspunkte) verwendet.

Die Waagrechte differenziert ferner stark zwischen Personen, die der Armee grosses Vertrauen schenken und BürgerInnen, die der Armee eher misstrauisch gegenüberstehen. Letztere orientieren sich politisch eher nach links und sind tendenziell noch unter 30 Jahre alt. Grosses Vertrauen wird der Armee insbesondere von den ab 60-Jährigen entgegengebracht. Es wird aber auch deutlich, dass sich die politische Rechte und die politische Mitte bezüglich des Vertrauens in die Armee kaum unterscheiden. Beide schenken ihr im Gegensatz zur Linken grosses Vertrauen. Umgekehrt setzen die politische Linke und die politische Mitte grösseres Vertrauen in Bundesrat, Parlament und Gerichte als die politisch rechts Stehenden. Nicht ganz eindeutig ist das Bild, das sich bezüglich der Polizei ergibt. Einerseits sind jene Kreise, die der Armee wenig Vertrauen schenken, auch gegenüber der Polizei tendenziell misstrauisch. Andererseits gibt es auch auf der politischen Rechten durchaus ebenfalls Personen, die der Polizei kritisch gegenüberstehen. Das gesellschaftliche Zentrum (bezogen auf Alter, Bildung und politische Einstellung) vertraut der Polizei hingegen in hohem Masse.

Die senkrechte Dimension mit einem erklärten Varianzanteil von rund 30%, verdeutlicht den Zusammenhang zwischen Bildungsgrad und Vertrauen. Personen mit Hochschulabschluss haben eher mehr Vertrauen in die Trias von Bundesrat, Parlament und Gerichten. Genau diesen drei wird von Personen mit lediglich obligatorischer Schulbildung weniger Vertrauen zuteil.

Auf der Senkrechten zeigt sich weiter ein im Gegensatz zur horizontalen Dimension altersunabhängiger Zusammenhang zwischen politischer Selbsteinstufung und Vertrauen in Regierung, Parlament und Gerichte. Rechts Stehende sind diesen gegenüber misstrauischer als die Linke und Personen, die sich in der politischen Mitte sehen. Exekutive und Legislative sowie die Gerichte als rechtsprechende Instanz werden also von Personen, die sich als rechts stehend einstufen, als weniger vertrauenswürdig eingeschätzt. Die Rechte unterscheidet sich hier stärker von der politischen Mitte als von der Linken. Am vertrauenswürdigsten ist für rechts stehende Personen die Wirtschaft. Die politische Mitte vertraut gegenwärtig praktisch allen erfragten Behörden und Institutionen. Einzig die Wirtschaft erhält von ihr teilweise schlechte Noten.

Männer sind in der Bewertung der Behörden und Institutionen insgesamt misstrauischer als Frauen. Personen mit lediglich obligatorischem Bildungsgrad zeigen sich zurückhaltender in ihrer Bewertung als Personen mit hohem Bildungsgrad. Lediglich im Falle der Armee verhält es sich umgekehrt: Hier ist es die obere Bildungsschicht, die geringeres Vertrauen in die Armee setzt.

7 AKTUELLE ASPEKTE DER ÄUSSEREN UND DER INNEREN SICHERHEIT

7.1 Grossräumig veränderte Sicherheitslage

In der letztjährigen Februar-Erhebung „Sicherheit 2002“ liess sich hier zu Lande als Folge des „Krisenherbstes 2001“ kein Einbruch im selbst bekundeten Sicherheitsempfinden ausmachen. Terrorängste, soweit sie im Herbst 2001 überhaupt entstanden waren, schienen sich bis zur Erhebung im Februar 2002 wieder verflüchtigt zu haben. Erst im weiteren Verlaufe des Jahres 2002, als die Wirtschaftskonjunktur deutlich einbrach, die Arbeitslosenzahlen zu steigen begannen und sich die Androhungen eines Krieges gegen den Irak verschärfen, begann sich in der Schweiz die Einschätzung der Weltlage offensichtlich zu verdüstern (vgl. Abbildung 5.3).¹ Dabei gibt es gemessen an den Ereignissen gute Gründe für diese Verdüsterung. Die grossräumige internationale Sicherheitslage erfuhr binnen Jahresfrist eine nachhaltige Veränderung und auch die innere Sicherheitssituation entwickelte sich nicht spannungsfrei.

Die Bereitschaft der USA, unter direktem oder indirektem Bezug auf die Terrorbedrohung, die eigenen Sicherheitsinteressen gegebenenfalls auch ohne Rücksicht auf die Uno wahrzunehmen, mündete im ersten Quartal dieses Jahres im Vorfeld des Irakkrieges in ein tiefes atlantisches Zerwürfnis in einer Masse, wie es bis vor kurzem noch nicht für möglich gehalten worden wäre. Erhebungen in den Vereinigten Staaten zeugen, nicht zuletzt als Folge der Informationspolitik der Administration Bush, von einem verstärkten Bedrohungsbewusstsein der amerikanischen Bevölkerung.² Demgegenüber stützen sich vor allem westeuropäische PolitikerInnen in ihrer offenen Ablehnung der neuen amerikanischen Sicherheitspolitik ihrerseits auf öffentliche Meinungen, die im amerikanischen Vorgehen gegen den Irak einen Bruch des internationalen Rechts und einen unakzeptablen Hegemonialismus sehen. Verschiedene Meinungsbefragungen registrierten im Nachgang zu den New Yorker Anschlägen zunächst einen deut-

1 Vgl. auch Haltiner Karl W., Wenger Andreas, Bennett Jonathan, Szvircevs Tresch Tibor (2002). Gebildete fühlen sich sicherer. *Tages-Anzeiger*, Nr. 303, 31. Dezember, S. 7.

2 Vgl. zum Beispiel <http://www.gallup.com/poll/focus/sr030520.asp> (Stand: 24.6.2003).

lichen Sympathienanstieg für die USA, dann aber, als Folge der neuen US-Sicherheitspolitik, beschleunigt seit Herbst 2002 und mit Höhepunkt im März dieses Jahres, einen drastischen Sympathiezerfall in fast allen Weltgegenden. Zugleich wird die Rolle der Nato heute, wie es scheint, allgemein skeptischer gesehen.³ Die Folgen dieses transatlantischen Bruchs für die europäische Sicherheitslage sind derzeit noch kaum abschätzbar.

Fügt sich die öffentliche Meinung in der Schweiz in das europäische Muster ein? Überblickt man auf der Basis unserer Erhebungen „Sicherheit“ die langfristigen Tendenzen der hiesigen öffentlichen Meinung auf Veränderungen der äusseren Sicherheitslage ganz allgemein, so scheinen diese einem zyklischen Muster zu folgen: Wird die äussere Sicherheitsdynamik als günstig wahrgenommen, steigt tendenziell die Öffnungsbereitschaft und das Vertrauen in internationale Institutionen, schätzt man diese hingegen als bedrohlich ein, wird die internationale Öffnungsbereitschaft der SchweizerInnen verhaltener, traditionelle Werte und Maximen, wie etwa die Neutralität und die Miliz, erhalten in ihrer Wertschätzung Auftrieb. So brachen beispielsweise die Sympathiewerte für die EU nach deren Sanktionsbeschluss gegen Österreich im Frühjahr 1999 ein. Anzeichen dafür, dass dieser „Schneckenhausreflex“, wie man etwas überzeichnend dieses Verhaltensmuster bezeichnen könnte, sich auch jetzt wieder einstellt, gibt es einige. Der europaweit verschiedentlich konstatierte Anstieg des Antiamerikanismus liess sich in der Schweiz in besonders scharfer Form ausmachen (Kindhauser, 2003). Ferner wurden im Zusammenhang mit der von den USA angeführten Intervention im Irak Stimmen laut, die sich darin bestätigt sahen, dass die Uno ein zahnloser Papiertiger sei und man vor einem Beitritt zur Weltorganisation gewarnt habe. Ebenso wenig fehlte es an Stimmen, die auf eine strikte Einhaltung der schweizerischen Neutralität pochten. Die Diskussion um ein Waffenausfuhrverbot in die USA und in andere Mitgliedstaaten der so genannten „Kriegskoalition“ ist dafür ebenso kennzeichnend, wie die betont selbstbewusste Art, mit der die Schweiz die Forderung der USA nach Ausweisung irakischer Diplomaten zurückwies. Schliesslich wurde auch die Referendumskampagne gegen die Armee XXI vor allem auf den Vorwurf abgestützt, die Schweizer Armee werde konzeptionell „Nato“-, sprich auslandabhängig.

3 Vgl. Pew Global Attitudes Project, insbesondere diverse Erhebungen im Jahre 2002 sowie im März und im Mai 2003 in 44 Nationen: <http://people-press.org>. Vgl. ferner zur Bedrohungswahrnehmung in den USA: <http://www.whatthenationthinks.com>.

Während sich der Stimmungsumschwung in der Einschätzung der äusseren Sicherheit durch aktuelle Ereignisse gut dokumentieren lässt, erscheint die sich akzentuierende Diskussion um die innere Sicherheit weniger spektakulär. Dennoch hat sich auch hier über das letzte Jahrzehnt hinweg eine Gewichtsverlagerung bemerkbar gemacht. Gemessen an Vorfällen und Ereignissen hat der linke Extremismus der achtziger Jahre ab-, der rechte Extremismus dagegen im letzten Jahrzehnt insgesamt an Intensität zugenommen. Der Ton ist heute auch im politischen Zentrum stärker national geprägt, ausländerskeptische Tendenzen in breiten Bevölkerungskreisen sind nicht zu übersehen. In Zusammenhang mit den USIS-Berichten und dem angestrebten Beitritt zum Schengen-Abkommen waren Auseinandersetzungen über Zuständigkeiten von Bund und Kantonen für die innere Sicherheit entbrannt. Die Gewährleistung der Sicherheit des G8-Gipfels in Evian enthüllte quantitative Defizite bei der Polizei, die durch den Beizug des Militärs und den temporären Einsatz von deutschen Polizisten überbrückt werden mussten. Durch die Zunahme der Assistenzdienste für die innere Sicherheit wird die Armee mehr und mehr in die Rolle des Polizeisubstituts gedrängt. Vermehrte Schlagzeilen um Führung und Einsatzweise städtischer und kantonaler Polizeikorps deuten auf Spannungen hin, die möglicherweise mit einem sich verschlechternden Verhältnis zwischen Auftrag und verfügbaren personellen und finanziellen Mitteln bei den inneren Ordnungskräften zu tun haben. Nicht nur die äussere, auch die innere Sicherheit hat damit an Bedeutung gewonnen.

Wie präsentiert sich die Stimmungslage in der schweizerischen Bevölkerung in Bezug auf die derzeit gesteigerte Dynamik in der äusseren und inneren Sicherheitslage? Hat sich Erstere durch das Vorgehen der USA gegen den Irak verändert, und wenn ja wie? Wie werden aktualitätsbezogene Aspekte der inneren Sicherheit, etwa Rolle von und Bedarf an Polizeikräften, Ausländerpolitik und Bekämpfung des Extremismus gesehen?

Mit einer Auswahl von Vorgaben zur Einschätzung der Rolle der USA, der Uno, des Völkerrechts und möglicher Mittel zur Stabilisierung der internationalen Sicherheitslage wurde im Februar 2003, also im Vorfeld des Irakkrieges, die diesbezügliche Stimmung in der Schweiz nachgezeichnet. Weil angenommen werden durfte, dass der Irakkrieg die diesbezügliche Meinung in der Schweiz nicht unberührt lassen würde, stellte man einen Teil der Fragen, insbesondere jenen, welcher die Haltung den USA, der Uno und dem Völkerrecht gegenüber betrifft, in der April-Erhebung erneut. Weitere Fragen galten den erwähnten Aspekten der inneren Sicherheit. Auch hier bestimmte die politische Aktualität die Auswahl entsprechender Fragen.

7.2 Die Wahrnehmung der internationalen Sicherheitslage und ihrer Akteure

Die Vorgaben in Tabelle 7.1 illustrieren die allgemeine Stimmungslage gegenüber dem Krieg im Allgemeinen, gegenüber den USA, der Uno und dem Völkerrecht am Vorabend des Irakkriegs und im April, kurz vor bis unmittelbar nach dem Fall Bagdads. Um die Bedeutung der einzelnen Aspekte sichtbar zu machen, sind die Vorgaben in Tabelle 7.1 nach dem Konsensgrad aufgelistet.

Fast ungeteilte Zustimmung erreichen das Bemühen um die Vermeidung von Kriegen sowie die Forderung nach Beachtung des internationalen Rechts „immer und in jedem Fall“ als Voraussetzungen für eine stabile Sicherheitslage. Die hohen Billigungsraten für diese Vorgaben können nicht überraschen, gehören doch beide Forderungen gewissermassen zu den Grundwerten demokratischer Kultur. An der hohen diesbezüglichen Einigkeit ändert der Verlauf des Irakkrieges nichts: Die entsprechenden Zustimmungszahlen sind auch im April gleich hoch oder eher noch höher. Darin manifestieren sich zugleich die schweizweit fast einheitliche Ablehnung des Vorgehens der USA gegen den Irak und das dadurch geschärfte Bewusstsein für die Bedeutung des Völkerrechts. Dass immerhin 43% der SchweizerInnen der Meinung sind, notfalls müsse die Durchsetzung von Menschenrechten mit Waffengewalt unterstützt werden, zeugt davon, dass das abstrakte Ideal „kein Krieg, Einhaltung des Völkerrechts“ durchaus spannungsvoll sein kann.

Bemerkenswerter ist jedoch, dass die Uno, der man vor kurzem erst freudlos beigetreten ist, nun grossmehrheitlich als Rechtsgarantin gesehen wird, die es zu stützen gilt. Diesbezüglich ist das Ansehen der Vereinten Nationen offenbar durch den Krieg, der ohne ihre Zustimmung geführt wurde, nicht beeinträchtigt worden. Waren es vor dem Irakkrieg noch 65% gewesen, die ausschliesslich in der Uno die Hüterin des Völkerrechts sahen, so attestierten ihr im April fast acht von zehn SchweizerInnen diese Aufgabe. In anderen Staaten hingegen scheint die Uno durch den Irakkrieg an Prestige verloren zu haben.⁴

4 Vgl. die erwähnte Mehrländerstudie des Pew Instituts, <http://people-press.org>.

Tabelle 7.1

Das Einverständnis mit Aussagen zur internationalen Sicherheit

(Erste Hälfte der ersten und zweiten Spalte: Einverständnis „sehr“: obere Zahl; „eher“: untere Zahl. Zweite Hälfte der Spalten Summe der Werte. Letzte Spalte: CC-Korrelationskoeffizienten zur Selbsteinstufung auf der politischen Links-rechts-Skala)

„Für unsere Sicherheit ist es wichtig, dass...	Februar (N=1202) %		April (N=1002) %		Politische Stellung (Febr. 2002) CC
...wir uns dafür einsetzen, dass Kriege immer und in jedem Fall vermieden werden.“	74 19	93	71 22	93	0.11
...sich alle Staaten immer und in jedem Fall an das internationale Recht halten.“	72 21	93	75 21	96	0.08 n.s.
...wir mehr tun für den Ausgleich zwischen armen und reichen Staaten.“	49 30	79		–	0.16
...den Waffenexport sofort stoppen, auch wenn uns daraus wirtschaftliche Nachteile entstehen.“	43 25	68	41 24	63	0.21
...wir mehr Verständnis haben für nicht christliche Religionen wie etwa den Islam.“	38 29	67		–	0.25
...wir den Terrorismus mit allen Mitteln bekämpfen, auch wenn dabei unsere persönliche Freiheit eingeschränkt werden muss.“	36 30	66	29 33	62	0.23
...nur die Uno, und sonst niemand, das internationale Recht durchsetzt.“	39 26	65	51 28	79	0.07 n.s.
...wir die Verbreitung der Demokratie auf dieser Welt mit Geld unterstützen.“	28 27	55		–	0.14
...die Einhaltung der Menschenrechte notfalls mit Waffengewalt unterstützt wird.“	16 27	43		–	0.12
...alle Mittel erlaubt sind, wenn es um die Entwaffnung von Diktaturen geht, die über Massenvernichtungsmittel verfügen.“	16 18	34	14 14	28	0.18
...die USA Diktatoren stürzen, auch wenn dabei die Souveränität dieser Staaten verletzt wird.“	9 12	21	8 12	20	0.18
...die USA für Ordnung in dieser Welt schauen und sich nicht scheuen, wenn nötig Krieg zu führen.“	9 6	15	7 7	14	0.15

Bemerkungen: n.s. = nicht signifikant

© K. W. Haltiner Si/800/03/mz

Die Ereignisse um den Irak scheinen ferner die Einsicht gefördert zu haben, dass ohne ein Mehr an Ausgleich zwischen Arm und Reich (Zustimmung 79%) und an Toleranz anderen Kulturen und Religionen gegenüber (Zustimmung 67%) eine stabilere und sicherere Weltlage nicht zu haben sei. Man mag diese Einsichten als banal und als nicht verpflichtende Lippenbekenntnisse abtun. Die hohe allgemeine Zustimmung dazu zeugt indes davon, dass das Wissen darum nicht bloss Sache einer Elite oder einer politischen Gruppierung darstellt, sondern im öffentlichen Bewusstsein breit verankert ist. Dies manifestiert sich auch in der zwar schwächeren, aber doch noch mehrheitlichen Billigung der Meinung, die weltweite Verbreitung der Demokratie solle mit Geldzahlungen gefördert werden (55%).

Besonders bemerkenswert sind die Billigung eines Waffenausfuhrstopps, „auch wenn daraus wirtschaftliche Nachteile“ erwachsen, im Ausmass von zwei Dritteln (66%, April: 63%) und die Zustimmung dazu, der Terrorismus sei mit allen Mitteln zu stoppen, auch wenn dies mit einer Einschränkung persönlicher Freiheiten verbunden sei (66%, April: 62%). Die Bereitschaft, diese Opfer auch zu erbringen, schwächt sich indes zwischen Februar und April, möglicherweise als Folge des nachlassenden Drucks durch den überraschend schnell verlaufenden Irakkrieg, wieder leicht ab (-3% bzw. -4%).

Die Antwortverteilungen zu den letzten vier Vorgaben in Tabelle 7.1 zeugen von der klaren Ablehnung der amerikanischen Irakpolitik in der Schweiz. Die SchweizerInnen billigen den USA die selbstgewählte Rolle des Weltpolizisten, der „für Ordnung in dieser Welt sorgt“, nicht zu (Zustimmung: 15%, April: 14%), weder wenn es unter Abkehr vom Souveränitätsprinzip um den Sturz von Diktaturen (Zustimmung: 21%, April: 20%), noch wenn es um die Beseitigung von Massenvernichtungswaffen geht (Zustimmung: 34%, April: 28%). Die Differenz in der Gutheissung zwischen Februar und April (-6%) gegen Ende des Krieges dürfte damit zusammenhängen, dass bis dahin keine Massenvernichtungswaffen gefunden worden waren und sich die möglicherweise stärkste ex post Legitimation für die von den USA angeführte Irakintervention nicht einstellte. Offensichtlich heiligt für die Befragten der Zweck die Mittel nicht. So findet sich auch keine Mehrheitsbilligung für die Durchsetzung der Menschenrechte „notfalls mit Waffengewalt“ (43%), auch wenn die grosse Minderheitszustimmung der oben erwähnten 90%igen Billigung der Ideale „kein Krieg“ (93%, April: 93%) und „Völkerrecht in jedem Fall“ (93%, April: 96%) widerspricht.

Die Vorgaben zur äusseren Sicherheitswahrnehmung variieren in erster Linie und fast durchwegs signifikant nach der politischen Selbsteinstufung (CC-Koeffizienten in Tabelle 7.1), also auf der Links-rechts-Dimension. Dabei gilt offensichtlich, dass die Verhinderung von Krieg „in jedem Fall“, das Bemühen um Ausgleich zwischen Arm und Reich, die weltweite Förderung von Demokratie mit finanziellen Mitteln sowie auch der Stopp von schweizerischen Waffenexporten eher linke Anliegen sind. Die Rechte bekundet weniger Mühe mit dem Verhalten der Amerikaner gegenüber Diktatoren und mehr Verständnis für eine weltweite Ordnungsfunktion der Supermacht. Auch kann man sich den Waffeneinsatz, wenn es um Menschenrechte geht, hier eher vorstellen als im linken Lager. Mit der Bekämpfung des Terrorismus unter Inkaufnahme von Freiheits-einbussen tut man sich linkerseits bedeutend schwerer als rechterseits, wo dem Wert „Sicherheit“ offenbar Priorität eingeräumt wird. Kaum Unterschiede, oder zumindest keine signifikanten, ergeben sich bei der Rolle der Uno, deren Funktion als Hüterin des internationalen Rechts über die ideologischen Lager hinweg nicht prinzipiell bestritten wird.

Frauen reagieren grundsätzlich abwehrender auf die Begriffe „Krieg“, „Waffen“ und „Gewalteininsatz“ als Männer. So finden weibliche Befragte zu 96%, Kriege seien in jedem Fall zu vermeiden, Männer zu 90%. Nur 37% der Frauen möchten Waffen für Menschenrechte eingesetzt sehen, männliche Befragte zu 49%. 29% der Frauen billigen alle Mittel zur Entwaffnung von Diktatoren, lediglich 17% möchten Letztere durch die USA gestürzt sehen, und bloss 11% billigen den USA zu, für die Erhaltung von Ordnung Krieg führen zu dürfen. Bei den Männern sind es jeweils 40% bzw. 25% bzw. 20% Zustimmung. Frauen fordern zu 83% ein Waffenexportverbot für die Schweiz, Männer bloss zu 75%. Die Differenzen mögen im Einzelnen gering sein, ihre Konsistenz aber zeugt von einer vergleichsweise grösseren weiblichen Zurückhaltung gegenüber dem Einsatz von Gewalt und ihren Instrumenten als dies auf männlicher Seite der Fall ist.

In der Einschätzung der Aspekte der äusseren Sicherheitslage zeigen sich kaum Unterschiede nach dem Alter und nur wenige nach Landesteilen. Die RomandEs geben sich grosszügiger, wenn es um den Ausgleich zwischen Arm und Reich und die Förderung von Demokratie mit finanziellen Mitteln geht als die Befragten in der deutschen Schweiz.

Fazit: Kriegsverhinderung und das Pochen auf das Völkerrecht sind den SchweizerInnen erstrangige Anliegen. Sie sind durch das Vorgehen der USA und ihrer Verbündeten im Irak in diesen Werten deutlich bestärkt worden: Die US-

Intervention im Irak stösst vor und nach dem Krieg grossmehrheitlich auf Unverständnis und Ablehnung. Demgegenüber hat die Uno in der Schweiz durch die Ereignisse um den Irakkrieg nicht an Legitimation verloren. Die Befragten sehen offensichtlich das internationale Recht ausschliesslich durch die Weltorganisation gewährleistet. Man scheint sich wieder mehr als zuvor der Tatsache bewusst zu sein, wie sehr der Kleine ohne internationales Recht der Macht der Grossen ausgeliefert sein kann. Zugleich ist sich in der Schweiz offenbar die breite Bevölkerung bewusst, dass zur Stabilisierung der internationalen Sicherheit ein Mehr an Ausgleich zwischen Arm und Reich nötig ist und religiöse Toleranz der Förderung bedarf.

7.3 Aspekte der inneren Sicherheit

Was oben für Aspekte der äusseren Sicherheit gesagt wurde, gilt auch hier: Die in Tabelle 7.2 nach dem Zustimmungsgrad aufgelisteten Vorgaben sind eher nach der politischen Aktualität als nach methodischen Gesichtspunkten oder solchen der Vollständigkeit in die Erhebung aufgenommen worden. Sie betreffen einerseits die Polizei als innere Ordnungskraft, zum anderen die Gefährdungspotenziale durch politischen Extremismus, durch Immigration und die Instrumentalisierung des Bankensystems für die Geldwäscherei.

Allgemein besteht ein hohes Bewusstsein für die Vernetzung von innerer und äusserer Sicherheit. Ein Ausbau der internationalen Kooperation in der Polizeiarbeit stösst daher auf fast einhellige Zustimmung. Hoch rangiert in den Augen der Bevölkerung offensichtlich auch die Ausländerfrage. Fast acht von zehn Befragten stimmen der Vorgabe zu, unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit sei der Ausländeranteil vermehrt unter Kontrolle zu halten (79%). Der Rechtsextremismus wird als sicherheitsgefährdender wahrgenommen (73%) als der Linksextremismus (60%). Eine Mehrheit von 58% wünscht sich eine Aufstockung der Polizei in der Schweiz. Die Gefahr, dass das Bankgeheimnis für kriminelle Zwecke missbraucht wird, schätzt eine Mehrheit als gering ein. Auch hier, wie schon bei Aspekten der äusseren Sicherheit, scheiden sich die Geister vor allem nach der politischen Selbsteinstufung der Befragten. Kaum umstritten sind dabei die verbesserte Zusammenarbeit der Polizei mit anderen Staaten und die Bekämpfung des Rechtsextremismus. Sieben von zehn Personen, die sich als eher rechts einstufen, teilen diese Meinung. Es besteht somit ein die politischen Lager übergreifender Konsens über die potenzielle Virulenz rechtsextremer Kreise. Über den Linksextremismus variieren die Meinungen stärker. Während Befragte, die

sich selbst als rechts stehend einstufen, hier Gefahr wittern, ist das links kaum der Fall. Erheblich sind die Links-rechts-Gegensätze bei der Ausländerfrage: Während die Rechte darin zu 93% eine Bedrohung sieht, ist das auf der linken Seite zwar erheblich weniger, aber doch auch noch mehrheitlich der Fall (55%). Die Kontrolle des Ausländeranteils in der Schweiz wird also über alle politischen Lager hinweg als wichtige sicherheitspolitische Aufgabe eingeschätzt. Der Ausbau der Polizeikräfte ist hingegen nur Sache der Mitte und der Rechten. Auf der linken Seite gibt es dafür keine Zustimmung. Genau umgekehrt verhält es sich mit der Einschätzung des möglichen Missbrauchs des Bankgeheimnisses. Hier befürchtet die Linke Gefahren, die weder die Mitte noch die rechte Seite erkennen wollen.

Tabelle 7.2

Das Einverständnis mit Aussagen zur inneren Sicherheit und Korrelationskoeffizienten zum Vertrauen in Bundesrat und Polizei

„Für unsere Sicherheit ist es wichtig, dass...	Einverständnis „sehr“ und „eher“ %	Selbsteinstufung %			Vertrauen in Bundesrat γ	Vertrauen in Polizei γ
		links	Mitte	rechts		
...unsere Polizei enger als bisher mit der Polizei anderer Staaten zusammenarbeitet.“	91	88	92	89	0.10 n.s.	0.19 n.s.
...wir den Ausländeranteil in der Schweiz unter Kontrolle halten.“	79	55	79	93	-0.16	0.27
...wir den Rechtsextremismus stärker als bisher bekämpfen.“	73	75	74	70	0.14	0.16
...wir den Linksextremismus stärker als bisher bekämpfen.“	60	39	61	76	-0.12 n.s.	0.15
...wir die Polizei in unserem Lande aufstocken.“	58	40	60	66	-0.11	0.22
...das Bankgeheimnis aufgeben, damit bei uns nicht kriminelles Geld gewaschen wird.“	38	55	38	26	0.04 n.s.	-0.09 n.s.

Bemerkungen: n.s. = nicht signifikant

© K.W. Haltiner Si799/03/mz

Gegenüber der politischen Stellung sind die übrigen soziodemographischen Merkmale von vergleichsweise geringerer Bedeutung. Der Ausbau der Polizei wird in der Romandie und im Tessin etwas stärker gefordert als in der deutschen Schweiz (63% bzw. 68%), von den oberen Bildungsgruppen weniger als von unteren, von jüngeren Personen weniger als von älteren. RomandEs (53%) sind dem Bankgeheimnis gegenüber kritischer eingestellt als die DeutschschweizerInnen (35%) und die Befragten italienischer Muttersprache (14%).⁵ Auch scheinen die Frauen dem Bankgeheimnis gegenüber kritischer eingestellt zu sein (43%) als Männer (31%). Am deutlichsten neben der politischen Selbsteinstufung variiert die Ausländerfrage im Profil soziodemographischer Merkmale. Die RomandEs sehen hier weniger Probleme als die DeutschschweizerInnen (73% bzw. 81%), die 18–29-jährigen Befragten weniger als die ab 60-Jährigen (66% bzw. 90%), die unterste Bildungsgruppe mehr als die oberste (83% bzw. 64%) und schliesslich Männer weniger als Frauen (75% bzw. 83%).

Zu den Grundlagen innerer Sicherheit gehört Vertrauen in die verantwortlichen Behörden. In Tabelle 7.2 sind deshalb die Korrelationskoeffizienten (γ -Werte) zwischen den einzelnen Sicherheitsaspekten und des Vertrauens in den Bundesrat und die Polizei aufgeführt. Diese Zusammenhänge sind zwar überwiegend signifikant, aber alles in allem nicht besonders ausgeprägt. Am ehesten ist das noch bei der Ausländerfrage der Fall. Hier gilt, dass wer diesbezüglich ein Sicherheitsproblem sieht, eher der Polizei als dem Bundesrat vertraut und umgekehrt. Gleiches gilt tendenziell für Personen, die sich für bzw. gegen ein Aufstocken der Polizei aussprechen. Demgegenüber besteht bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus kaum ein Vertrauensunterschied. Bei den übrigen Koeffizienten sind mangels Signifikanz keine Aussagen möglich.

Fazit: Unter dem Gesichtspunkt der inneren Sicherheit schreibt die Bevölkerung einer Intensivierung der internationalen polizeilichen Zusammenarbeit eine erst-rangige Bedeutung zu. Neun von zehn Befragten stimmen einer entsprechenden Vorgabe zu. Unter dieser Perspektive könnte ein Beitritt der Schweiz zum Schengen-Abkommen mit hoher Billigung rechnen. Obwohl auch eine Mehrheit (58%) eine Aufstockung der Polizei allgemein gutheissen würde, fällt der Grad an Zustimmung hier geringer aus. Als erst-rangiges Problem für die innere Sicherheit wird allgemein, d.h. über alle soziodemographischen Gruppen hinweg

5 Die Aussagekraft für Befragte der italienischen Schweiz ist eingeschränkt, weil der mögliche Stichprobenfehler infolge der geringen Befragtenzahl (N= 50) erheblich sein kann.

und unabhängig von der Links-rechts-Einstufung, die Kontrolle des Ausländeranteils hier zu Lande eingestuft (79%). Der Bekämpfung des Rechtsextremismus wird hohe Bedeutung beigemessen, auch hier über alle politischen Lager hinweg. Dem Linksextremismus kommt in den Augen der Bevölkerung derzeit nachgeordnete Bedeutung zu. Von der Gefahr, dass das Bankgeheimnis für kriminelle Zwecke missbraucht werden könnte, will die Mehrheit, anders als die Linke, nichts wissen.

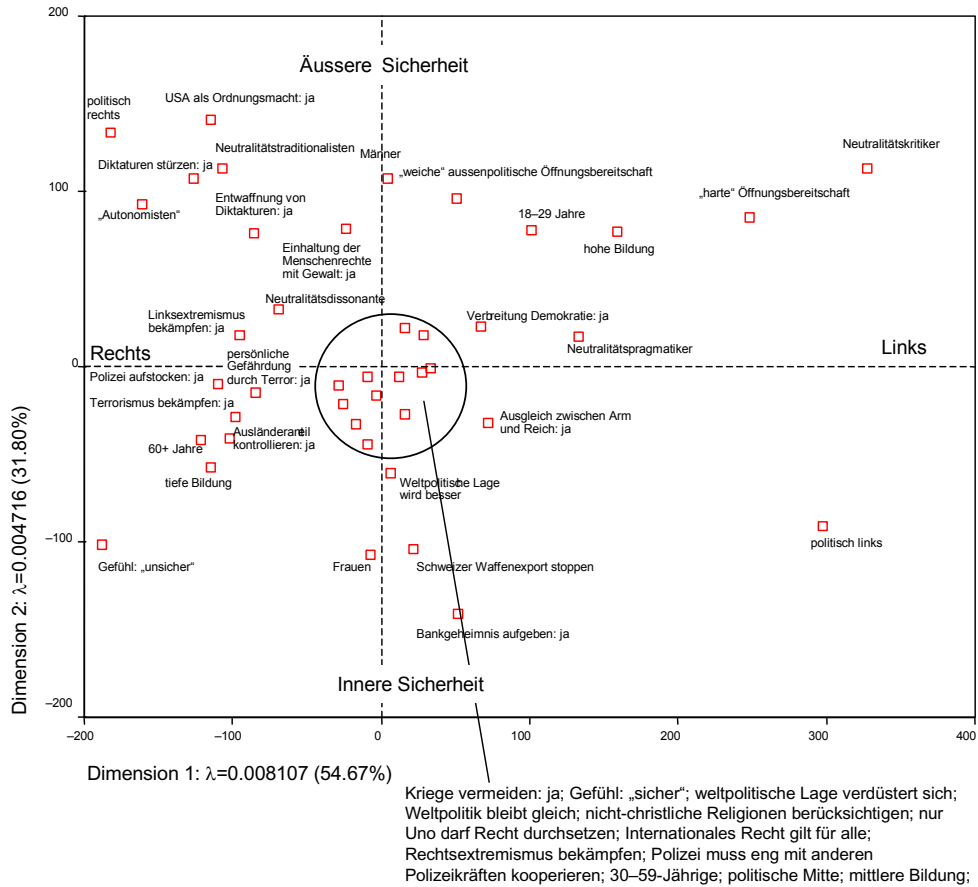
7.4 Äussere und innere Sicherheit – eine Synthese

Werden die in den beiden vorangehenden Abschnitten analysierten äusseren und inneren Sicherheitswahrnehmungen sowie die diesbezüglichen Einstellungen einerseits und ausgewählte soziodemographische Merkmale der Befragten andererseits zu einer multivariaten Darstellung⁶ zusammengefasst, so ergibt sich das in Abbildung 7.1 dargestellte Bild. Dabei ist die horizontale Achse die wichtigere, sie erklärt 55% der Varianz, die senkrechte rund 32%. Von einer besonderen Erklärungskraft ist dabei für Fragen der äusseren und inneren Sicherheit offensichtlich, wie bereits erwähnt, die Selbsteinstufung auf der politischen Links-rechts-Skala. Als ideologische Dimension prägt sie die Horizontale in Abbildung 7.1. Die als eher rechts zu bezeichnenden Positionen konzentrieren sich stark in der linken Bildhälfte, d.h. sie weisen eine relativ starke innere Geschlossenheit auf, während die den politisch linken Positionen zuzuschreibenden Meinungen rechts in Abbildung 7.1 weniger stark untereinander assoziiert sind, also nicht die gleiche politische Verbindlichkeit aufweisen. Die rechte Position, so könnte man sagen, ist scharfkantiger, die Positionen der rechten Bildhälfte hingegen ideologisch unverbundener und unverbindlicher. Entlang der Senkrechten teilt sich die internationale und die nationale Wahrnehmung: Die obere Bildhälfte wird geprägt durch die „äussere“ Sicherheitseinschätzung, die untere durch die nationale „innere“.

6 Zur Methode der Klassifikationsanalyse vgl. Anhang I.

Abbildung 7.1

Korrespondenzanalyse innerer und äusserer Sicherheitsaspekte nach soziodemographischer Gruppenzugehörigkeit



Im politisch „neutralen“ Schwerpunkt – in der Abbildung als Kreis eingefügt – finden sich jene Bekundungen, die unbesehen um die politische Links-rechts-Orientierung den höchsten Konsens in der Bevölkerung erreichen, also solche,

welche nach soziologischen Merkmalen vergleichsweise schwach variieren. Es sind dies

- das Postulat, wonach Kriege auf jeden Fall zu vermeiden seien,
- die Einschätzung, die Weltlage insgesamt bleibe gleich bzw. verdüstere sich tendenziell eher,
- die Überzeugung, mehr Toleranz für andere Religionen stelle eine Voraussetzung für mehr Sicherheit dar,
- die Meinung, es stehe nur der Uno und sonst niemandem zu, die Durchsetzung des Völkerrechts zu gewährleisten,
- die Ansicht, internationales Recht habe für alle Staaten gleich zu gelten,
- die Einstellung, die Polizei sei stärker in die internationale Zusammenarbeit einzubinden,
- das Postulat, der Rechtsextremismus sei stärker als bisher zu bekämpfen.

Die Haltungen innerhalb des Kreises finden sich tendenziell gehäuft bei Personen, die sich als politisch in der Mitte stehend bezeichnen, die der mittleren Altersgeneration der 30–59-Jährigen angehören und über eine mittlere Bildung verfügen.

Tendenziell dem rechten Meinungslager zuzuordnen ist, wenn man die linke Bildhälfte von oben nach unten durchgeht, eine äussere Sicherheitswahrnehmung, die

- den USA eine internationale Ordnungsfunktion zubilligt und ihrem Vorgehen gegen Diktaturen tendenziell zustimmt,
- den Waffeneinsatz zur Einhaltung von Menschenrechten nicht a priori ausschliesst,
- im Linksextremismus eine zu bekämpfende Gefahr sieht,
- das Aufstocken der Polizei in der Schweiz fordert,
- mehr Mittel für die Terrorbekämpfung eingesetzt haben möchte,
- auf ein Mehr an Kontrolle des Ausländeranteils pocht.

Dieses Meinungsbild findet sich über dem Mittel verbreitet bei der Gruppe der „Autonomisten“, „Neutralitätstraditionalisten“ und „Dissonanten“ (vgl. Kapitel 8 und 9), das heisst also bei Personen, die eine weitere internationale Öffnung der Schweiz ablehnen, ferner in der Altersgruppe über 60 Jahren und bei SchweizerInnen, die einem bildungsfernen Milieu entstammen. Diese Merkmalsgruppe fühlt sich nach eigenem Bekunden überdurchschnittlich unsicher und durch die Zunahme des Terrors persönlich bedroht.

Eher nach links orientiert sind hingegen hinsichtlich einer Stabilisierung der äusseren Sicherheit

- Forderungen einer Verbreitung der Demokratie mit finanziellen Mitteln,
- Postulate für den Ausgleich zwischen Arm und Reich;

und hinsichtlich der inneren Sicherheit

- die Befürwortung eines Waffenausfuhrstopps und
- die Aufgabe des Bankgeheimnisses.

Tendenziell neigen vorab jene Bevölkerungskreise diesem Meinungsbild zu, die eine moderate, aber weiter gehende Öffnung der Schweiz als heute fordern und die Neutralität eher pragmatisch interpretieren oder ihr gar skeptisch bis ablehnend gegenüberstehen. Es ist unter der jüngsten StimmbürgerInnen-Generation der 18–29-Jährigen und bei Personen, die über einen höheren Bildungsabschluss verfügen, über dem Mittel verbreitet.

Männern ist eher an der äusseren, Frauen eher an der inneren Sicherheit gelegen, ohne dass sich geschlechtermässig eine Links-rechts-Spaltung ausmachen liesse.

Alles in allem überrascht das Soziogramm von Abbildung 7.1 nicht. Es fügt sich in die oben erwähnten langjährigen Befunde ein: Eine Zunahme an Unsicherheits- und Bedrohungsgefühlen fördert den Wunsch nach einer eher Status quo-orientierten äusseren und inneren Sicherheitspolitik im Rahmen des Bekannten und Gewohnten, ein Gefühl der Sicherheit dagegen gibt nationalen und internationalen Ausgleichswünschen und dem Willen zu situativen Verbesserungen mehr Raum. Im Vergleich zu den Vorjahren befindet sich die Schweiz, gemessen an den Mittelwerten der diversen Trenddarstellungen dieser Studie, derzeit in einem konservativ-autonomistischen Zyklus, der durch einen verminderten Zukunftsoptimismus und eine erhöhte Risikoscheu gekennzeichnet ist. Dabei schwingt das Pendel der öffentlichen Meinung zwischen den Polen Veränderung versus Bewahrung jeweils nicht gleichmässig. Es schlägt „rechts“ stärker Richtung Anlehnung ans Hergebrachte aus als „links“ und in der politischen Mitte. Verunsicherung erweist sich einmal mehr als wichtige Triebkraft für das Festhalten am Status quo und das Erstarken rechter Meinungstendenzen.

8 ÖFFNUNG VERSUS AUTONOMIE – DIE WAHRNEHMUNG AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITISCHER OPTIONEN

8.1 Eine skalenartige Fragenbatterie als Grundlage

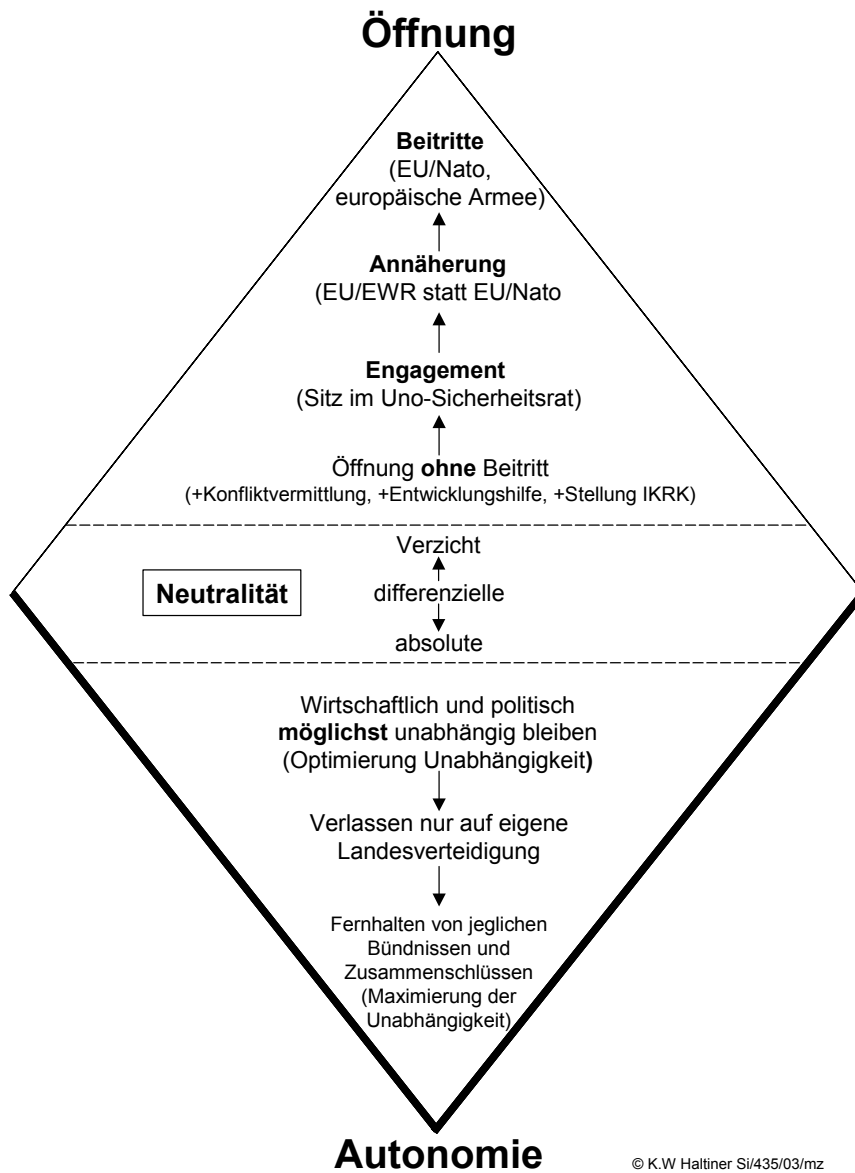
Die aussenpolitische Kooperationsbereitschaft lässt sich mit einer Einzelfrage nicht angemessen beurteilen. Dieser Tatsache wird in der Sicherheitsstudie seit längerem Rechnung getragen, indem die Kooperationsbereitschaft über einen so genannten Index, also eine Zusammenstellung mehrerer Indikatoren, erfasst wird (vgl. Haltiner & Spillmann, 1994). Diesem Index – bestehend aus insgesamt 20 Variablen – liegt die Überlegung zugrunde, dass sich eine maximale Öffnungsbereitschaft bzw. ein stark ausgeprägter Autonomiewunsch als Extreme eines Kontinuums verstehen lassen. Innerhalb dieses Kontinuums sind demnach auch mildere Ausprägungsformen sowohl der Autonomie als auch der Öffnung denkbar. Maximal Öffnungsbereite zeichnen sich dadurch aus, dass sie Beitritte zu supra- bzw. internationalen Institutionen wie EU und Nato befürworten und sich eine Schweiz wünschen, die sich innerhalb der Uno stark engagiert. Eine abgemilderte Form der Öffnungsbereitschaft liesse sich dadurch charakterisieren, dass man etwa der Uno durchaus wohlwollend gegenüber steht, hingegen von einem EU- geschweige denn einem Nato-Beitritt nichts wissen will. Als Autonomismus kann jene Haltung definiert werden, die jeglicher Art von internationaler Kooperation kritisch gegenüber steht und generell danach trachtet, das aussenpolitische Engagement der Schweiz zu minimieren.

Eine besondere Rolle kommt in der Frage der aussenpolitischen Öffnungsbereitschaft der Neutralitätseinstellung zu. So ist eine Neutralitätsaufgabe lediglich für maximal Öffnungsbereite denkbar, während Personen, die auf einer maximalen Unabhängigkeit der Schweiz beharren, auch an einem traditionellen Neutralitätsverständnis festhalten wollen.

Für jene BürgerInnen, die eine differenzierte Öffnungsbereitschaft an den Tag legen, sind auch Differenzierungen des Neutralitätsverhaltens denkbar – so zum Beispiel klare Stellungnahmen der offiziellen Schweiz in politischen Konflikten bei gleichzeitiger Zurückhaltung im Falle von militärischen Auseinandersetzungen. Abbildung 8.1 stellt das oben geschilderte Kontinuum zwischen Autonomie und Öffnung grafisch dar.

Abbildung 8.1

Kontinuum von maximaler Öffnungsbereitschaft zu maximalem Autonomismus



8.2 Die 20 Indikatoren der Öffnungsbereitschaft bzw. der Autonomiebetonung im Trend

Die 20 Indikatoren sind gegliedert nach der

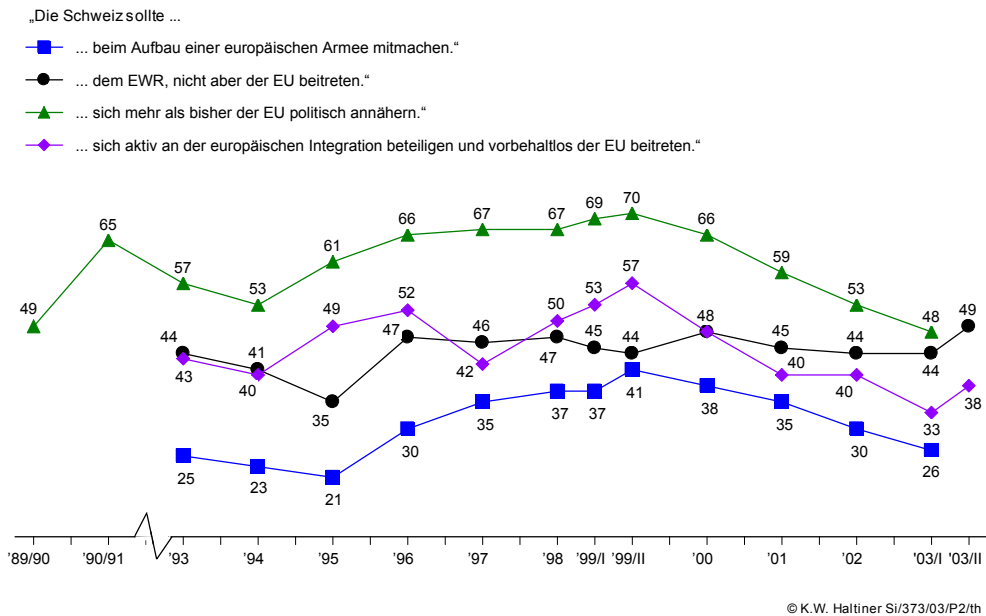
- Bereitschaft zur internationalen Kooperation durch institutionelle Annäherung oder Beitritte zur EU bzw. zum EWR (siehe Abbildung 8.2) sowie zur Nato (siehe Abbildung 8.3),
- Bereitschaft zu einem verstärkten Engagement innerhalb der Uno (siehe Abbildung 8.3),
- Bereitschaft zur Öffnung der Schweiz ohne institutionelle Bindungen an inter- bzw. supranationale Institutionen (siehe Abbildung 8.4),
- Betonung verschiedener Grade nationaler Autonomie (siehe Abbildung 8.5),
- Einstellung zur Beibehaltung verschiedener Grade der Neutralität (siehe Abbildung 9.1).

8.3 Internationale Kooperation durch Bindung und Annäherung: EU und EWR

Im Februar 2003 liegt die EU-Annäherungsbereitschaft noch bei ganzen 48% (-5%). Dies entspricht dem tiefsten Stand seit Beginn dieser Einstellungsmessung im Jahre 1989. Noch im August 1999 hatten 70% der Befragten die Annäherung an die EU befürwortet. Auch die Bereitschaft, der EU beizutreten, war noch nie so gering wie im Februar 2003 (33%, -7%). In der Zweitbefragung im April 2003 zeigt sie sich wieder leicht erhöht (38%) und entspricht in etwa dem Niveau der Jahre 2001 und 2002.

Abbildung 8.2

Europäische Integration (Zustimmung „sehr“ und „eher“ einverstanden in Prozent)



Generell spiegelt sich in allen soziodemographischen Gruppen das Ergebnis aus der Gesamtstichprobe: Im Vergleich zur Februarbefragung 2003 zeigt sich die EU-Beitrittsbereitschaft im April leicht erholt – allerdings auf tiefem Niveau. Nach wie vor besteht eine eklatante Differenz zwischen der französischen und der deutschen Schweiz: Während Letztere nur zu einem Drittel eine EU-Mitgliedschaft wünscht (29%, –5%; April: 33%), sind in der Romandie immerhin 43% (–10%, April: 52%) für einen EU-Beitritt. Allerdings liegt auch dieser Zustimmungswert weit unter den 71%, die noch im Jahr 2000 gemessen wurden.

Am markantesten fällt die Zustimmungsschwankung in der Altersgruppe der 18–29-Jährigen aus, die einen EU-Beitritt im Februar 2003 nur zu 29% (–12%) befürworteten, sich im April aber wieder zu 43% dafür aussprechen. Bei den Jungen hat also die aussenpolitische Krisensituation des ersten Quartals 2003 tendenziell zu einer Erhöhung der Kooperationsbereitschaft geführt – zumindest was die Europäische Union angeht.

Damit findet sich einzig unter erklärten Linken eine Mehrheit für den EU-Beitritt der Schweiz, während in anderen traditionell EU-freundlichen sozialen Gruppen, wie der oberen Bildungsschicht und den Jungen, Skepsis vorherrscht.

8.4 Internationale Kooperation durch Bindung oder Annäherung an die Nato und erhöhtes Engagement in der Uno

Am 3. März 2002 war bekanntlich die Volksinitiative für den Uno-Beitritt mit 55% Ja-Stimmen angenommen worden. Dementsprechend wurde in der Sicherheitsstudie die Frage nach einem Uno-Beitritt durch zwei Fragen ersetzt, die das Verhältnis der Schweiz zur Weltorganisation beleuchten sollen. 55% der StimmbürgerInnen sind der Meinung, die Schweiz sollte einen Sitz im Uno-Sicherheitsrat anstreben, und beinahe sechs von zehn Befragten (59%) finden, die Schweiz sollte sich aktiv und an vorderster Front für Anliegen der Uno einsetzen. In der Aprilbefragung klettert dieser Zustimmungswert gar auf 65%. Das Meinungshoch, in dem sich die Uno befindet, überrascht doch etwas, wenn man bedenkt, dass die Beitrittsinitiative zwar mit einer klaren, aber keineswegs überwältigenden Mehrheit angenommen wurde. Auch heben sich diese Zahlen von einer kurz nach Kriegsende in 20 Staaten aller Kontinente bei insgesamt 16 000 Personen im Alter ab 18 Jahren durchgeführten Befragung ab, die zeigt, dass die Uno beinahe flächendeckend als „weniger bedeutend“ wahrgenommen wird als vor der Irak-Krise. In Abschnitt 7.2 wird hingegen gezeigt, dass hier zu Lande das Prestige der Weltorganisation eher zugenommen hat.

Während in der Februarbefragung die Frauen das aktive Eintreten der Schweiz für die Anliegen der Weltorganisation stärker unterstützten als Männer, ist in der Aprilbefragung eine Angleichung der Zustimmungswerte zu beobachten. D.h. Frauen sprechen sich in der Aprilbefragung etwas seltener dafür aus, während Männer es vermehrt tun (64% versus 66%). Es ist wohl zulässig, in dieser Meinungsverschiebung eine unterschiedliche Reaktion auf die weltpolitische Krisensituation zu vermuten. Unterteilt nach Sprachregion zeigt sich die zu erwartende Differenz zwischen deutscher und französischer Schweiz. Während sich in der Deutschschweiz 55% (April: 61%) eine Schweiz wünschen, die sich für die Uno einsetzt, sind es in der Romandie 70% (April: 78%). Interessant sind die Zustimmungsveränderungen von der Erst- zur Zweitbefragung nach Bildungsgrad: Beobachten wir in den oberen Bildungsschichten zu beiden Befragungszeitpunkten eine Dreiviertelzustimmung (74%, April: 77%), so ist in den unteren Bildungsschichten ein deutlicher Zustimmungsrückgang zu verzeichnen (61%,

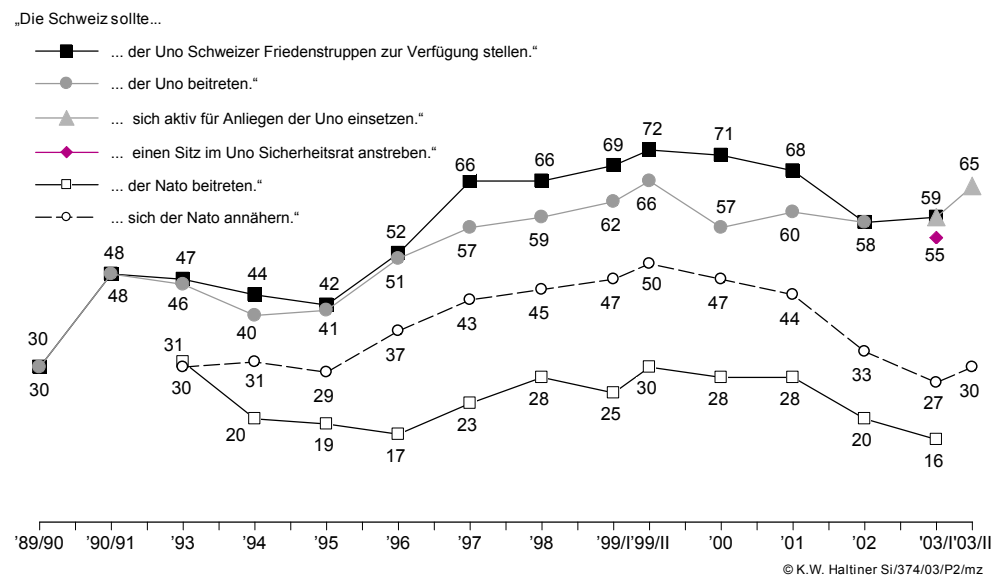
April: 46%). Personen mit mittlerem Bildungsgrad stimmen einem Schweizer Engagement für die Uno zu jeweils rund zwei Dritteln zu (62%, April: 64%).

Auf Skepsis stösst das Anliegen einer sich aktiv für die Uno einsetzenden Schweizer Aussenpolitik bei Personen, die sich selbst als „rechts“ bezeichnen. Sie unterstützen ein solches Vorhaben nur zu 45% (April: 50%). Die Rechten sind es auch, die als einzige einen Schweizer Sitz im UN-Sicherheitsrat ablehnen (nur 38% Zustimmung). In allen anderen sozialen Merkmalsgruppen ist dies ein knapp mehrheitsfähiges Unterfangen.

Unverändert zeigt sich im Februar 2003 die Befürwortung von Schweizer Friedenstruppen unter Uno-Mandat (59%, +1%).

Abbildung 8.3

*Einstellung zu Uno und Nato
(Zustimmung „sehr“ und „eher“ einverstanden in Prozent)*



Im Februar 2003 liegt die Annäherungsbereitschaft an die Nato auf dem tiefsten Stand seit Beginn ihrer Messung 1993. Nur noch 27% (-6%) wollen, dass sich die Schweiz dem Nordatlantischen Bündnis annähert. Im April sind es knapp mehr Personen (30%), doch immer noch 20% weniger als im August 1999. Offensicht-

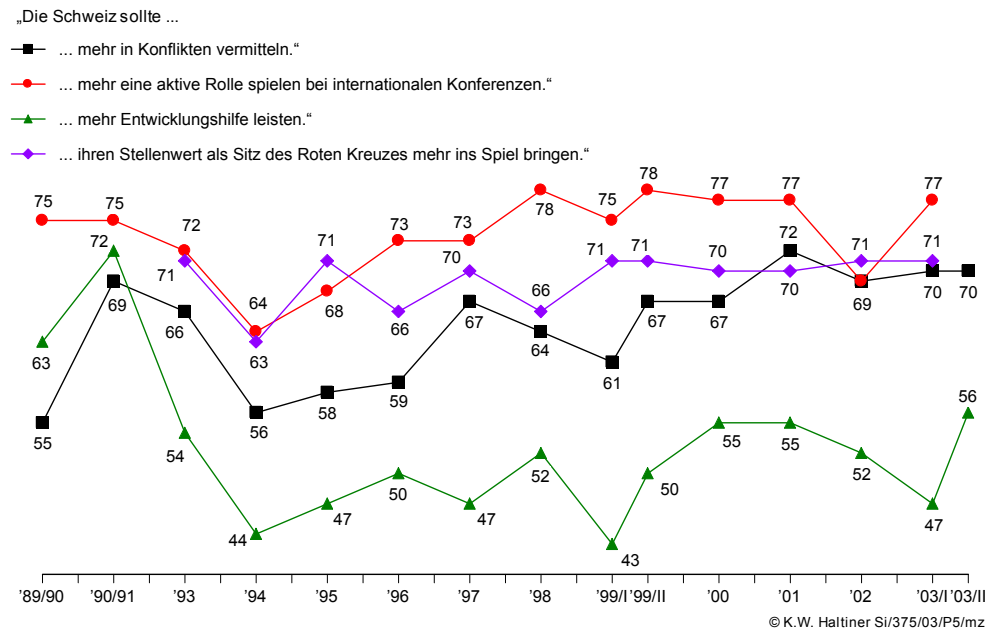
lich hat das transatlantische Zerwürfnis dem Prestige der Allianz geschadet. Gleiches gilt für den eigentlichen Beitritt zur Nato: Nur 16% der SchweizerInnen – und damit so wenige wie noch nie – unterstützen ein solches Szenario. Männer sind deutlich annäherungsbereiter als Frauen (34% versus 21%). Ferner gibt man sich in der Romandie etwas Nato-freundlicher (33% für eine Annäherung). Das Hauptmerkmal der Haltung gegenüber einer Nato-Annäherung ist allerdings die Einmütigkeit der Skepsis quer durch alle sozialen Kategorien und politischen Meinungslager. So unterscheiden sich Linke und Rechte nicht signifikant in ihrer Ablehnung einer Annäherung, was auch für bildungsnahe im Vergleich zu bildungsfernen Gruppen gilt.

8.5 Internationale Kooperation ohne institutionelle Bindung

Die Schweiz in der Rolle der Vermittlerin in internationalen Konflikten stösst auf breite Zustimmung. 70% (+1%; April: 70%) wünschen sich ein vermehrtes Engagement in dieser Hinsicht. Gute drei Viertel der Befragten (77%, +8%) unterstützen zudem eine aktive Rolle der Schweiz bei internationalen Konferenzen. Auf hohem Niveau stabil zeigt sich das Einverständnis mit der Aussage, die Schweiz sollte „ihren Stellenwert als Sitz des Roten Kreuzes mehr ins Spiel bringen“ (71%, ±0%). Während anfangs Jahr eine Erhöhung der Entwicklungshilfe keine Mehrheit findet (47%, -6%), klettert ihre Zustimmungsrates im April auf 56% und damit auf ein mit den Jahren 2000 und 2001 vergleichbares Niveau.

Abbildung 8.4

Indikatoren der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationsbereitschaft ohne institutionelle Bindungen („weiche“ Kooperation – Zustimmung „sehr“ und „eher“ einverstanden in Prozent)



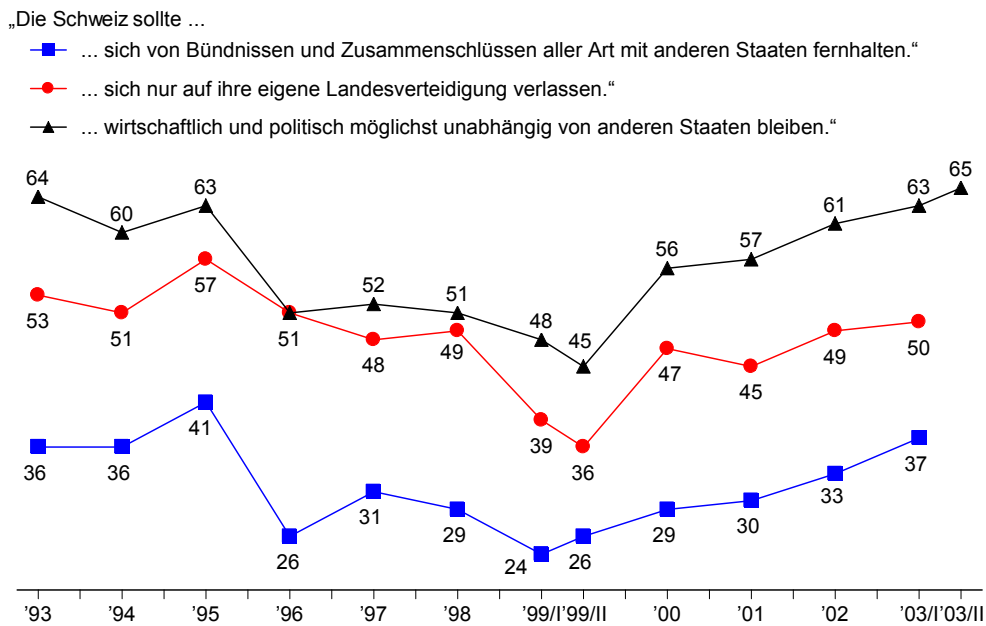
8.6 Betonung der nationalen Autonomie

Seit der Erhebung vom August 1999 befinden sich sämtliche Indikatoren der nationalen Autonomie in einem mehr oder weniger starken Aufwind. So sind rund zwei Drittel der Befragten (63%, +2%; April: 65%) der Ansicht, die Schweiz solle „wirtschaftlich und politisch möglichst unabhängig von anderen Staaten bleiben“. In den Jahren 1996–1999 hatte nur rund die Hälfte der Schweizer StimmbürgerInnen diese Ansicht vertreten. Auch die Beschränkung auf die eigene Landesverteidigung, die im August 1999 nur noch einem guten Drittel opportun erschien, ist für jede/n Zweite/n eine valable Option. Selbst die am drastischsten formulierte Aussage, wonach die Schweiz sich „von Bündnissen und Zusammenschlüssen aller Art mit anderen Staaten fernhalten“ sollte, hat seit 1999 um 11% an Zustimmung zugelegt (37%, +4%). Die nationale Autono-

mie wird erwartungsgemäss von der älteren Bevölkerungsschicht und von Personen, die sich rechts der Mitte einordnen, am stärksten betont. Die geringste Zustimmung erhält sie dementsprechend von der politischen Linken und von Personen unter 30 Jahren. Mit zunehmendem Bildungsgrad werden „autonomistische“ Tendenzen zudem eher abgelehnt. Dabei muss natürlich berücksichtigt werden, dass Alter und Bildungsgrad in einem negativen Zusammenhang stehen, dass es also unter den älteren Befragten mehr Personen mit lediglich obligatorischem Bildungsgrad gibt. Auch was die Sprachregionen angeht, zeigt sich das erwartete Bild: Die Romandie ist deutlich weniger „autonomistisch“ eingestellt als die Deutschschweiz und das Tessin. So finden lediglich 36% der RomandEs, dass sich die Schweiz nur auf ihre eigene Landesverteidigung verlassen solle, während es in der Deutschschweiz 53% und im Tessin gar 66% sind.

Abbildung 8.5

Indikatoren der Betonung nationaler Autonomie (Zustimmung „sehr“ und „eher“ einverstanden in Prozent)



© K.W. Haltiner Si/377/03/P5/th

8.7 Wie viel Öffnung braucht die Schweiz? Die Kooperationstypen im Trend 1993–2003

Die aussenpolitische Öffnungsbereitschaft der SchweizerInnen wird mit insgesamt 20 Fragen beleuchtet, wie in den vorangegangenen Abschnitten dargestellt wurde. Neun besonders stark differenzierende Fragen werden seit mehreren Jahren dazu verwendet, eine so genannte Kooperationstypologie zu bilden. Diese Typologie unterscheidet drei charakteristische Haltungen gegenüber der aussenpolitischen Öffnung der Schweiz.

Als „harte Öffnungswillige“ können Personen bezeichnet werden, welche eine aussenpolitische Öffnung der Schweiz selbst unter Inkaufnahme gewisser Souveränitätseinbussen befürworten. Sie sind nicht nur für einen EU-Beitritt der Schweiz, sondern unterstützen auch einen Nato-Beitritt. Die Schweizer Neutralität halten sie für ein Auslaufmodell und plädieren für ihre Aufgabe. Selbstredend verlangen sie ein verstärktes Schweizer Engagement in der Uno.

Die diametral entgegengesetzte Haltung wird von den so genannten „Autonomen“ eingenommen. Sie lehnen nicht nur EU- und Nato-Beitritt ab, sie sprechen sich auch für eine nur aufs Notwendigste begrenzte Kooperation mit diesen Institutionen aus. Nach der Niederlage in der Uno-Beitrittsfrage konzentrieren sie sich auf die Verhinderung eines verstärkten Engagements innerhalb der Weltorganisation und bekämpfen Bestrebungen der Schweiz, einen Sitz im Uno-Sicherheitsrat zu erlangen.

„Weiche Öffnungswillige“ sind zwischen den beiden eben geschilderten Kooperationstypen anzusiedeln. Der aussenpolitischen Kooperation stehen sie grundsätzlich positiv gegenüber, insbesondere was die Uno angeht. Einen EU- oder gar einen Nato-Beitritt lehnen sie allerdings ab. Man könnte auch sagen, dass sich die „weichen Öffnungswilligen“ eine maximale Kooperation bei minimaler Souveränitätseinbusse wünschen.

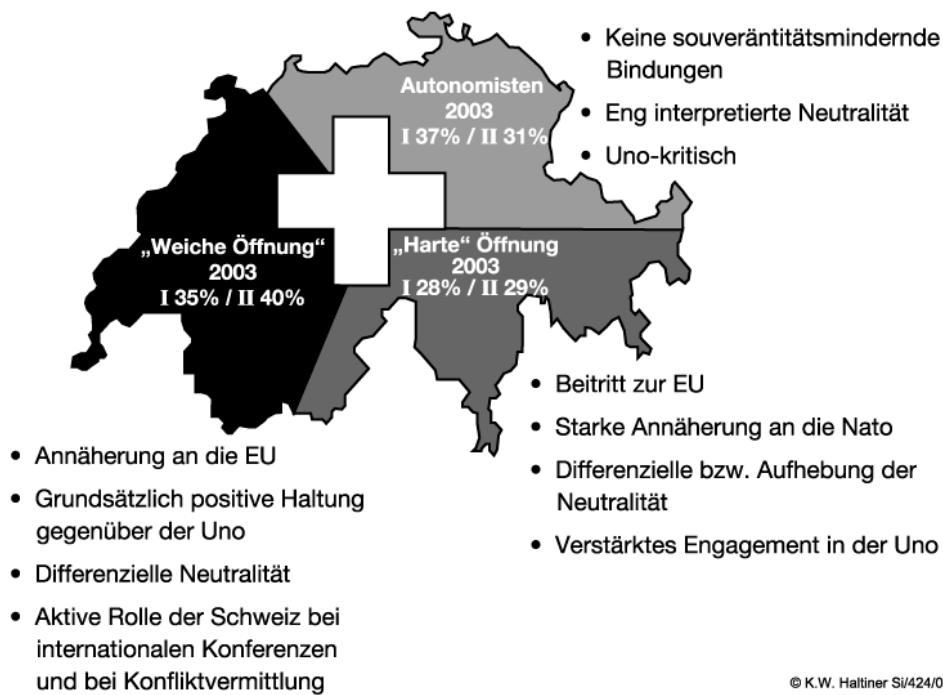
Die Prozentanteile der drei Typen von Kooperationswilligkeit zeigen sich zum ersten Befragungszeitpunkt deutlich anders als zum zweiten.¹ Während im Februar die autonomistische Grundhaltung den stärksten Zuspruch erfährt (37%,

1 Es ist zu berücksichtigen, dass sich die Typologie der aussenpolitischen Öffnungsbereitschaft im Februar 2003 aufgrund fehlender Antworten in einzelnen Variablen nur auf 60% der Befragten und im April auf 78% der Befragten bezieht.

+3%), ist dies im April für die „weiche“ Öffnungsbereitschaft der Fall (40%, +5%). Die autonomistische Grundhaltung vermag dagegen im April 2003 nur noch 31% (-6%) der Befragten auf sich zu vereinen. Stabil bleibt der Anteil der „harten Öffnungswilligen“, der sich im Februar 2003 auf 28% und im April auf 29% beläuft. Die Veränderungen zwischen Februar und April 2003 fallen deutlich aus. Während also die äusserst angespannte weltpolitische Situation im Februar eher den „Autonomisten“ zugute kam, zeigt sich gegen Kriegsende im Irak eine verstärkte Betonung der „weichen“, kooperationsorientierten Öffnungsbereitschaft und ein Rückgang autonomistischer Tendenzen.

Abbildung 8.6

Wie viel Öffnung braucht die Schweiz?
Aussenpolitische Kooperationstypen im Vergleich



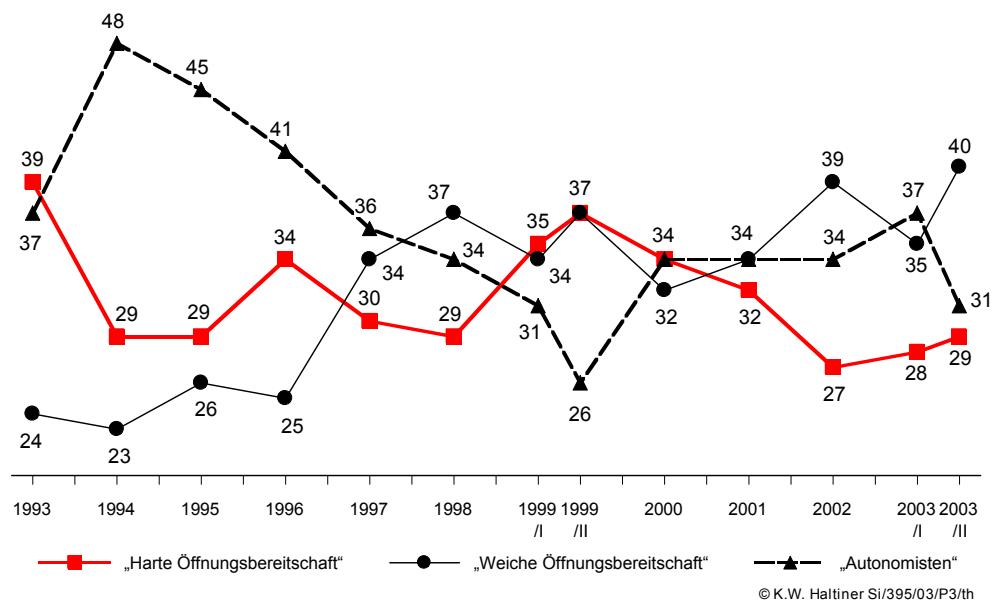
© K.W. Haltiner SI/424/03/mz

8.8 Die Kooperationstypen nach wichtigen soziodemographischen Merkmalen und nach der politischen Selbsteinstufung

Die Betrachtung der aussenpolitischen Kooperationstypen nach soziodemographischen Gruppen zeigt deutlich, dass insbesondere im rechten politischen Spektrum sowie unter den Personen jenseits des sechzigsten Lebensjahres die autonomistische Grundhaltung zwischen Februar und April deutlich an Anhängerschaft eingebüsst hat. Die weltpolitischen Turbulenzen haben also vor dem Irakkrieg eine Zunahme autonomistischer Tendenzen bewirkt. Mit Entfall dieser Bedrohung im April haben sich indes Personen in nicht geringer Zahl vom autonomistischen Meinungslager zurück zur „weichen Öffnungsbereitschaft“ bewegt.

Abbildung 8.7

Die Kooperationstypen und ihre anteilmässige Veränderung 1993–2003
(Angaben in Prozent)



Dennoch unterscheiden sich die Kooperationstypen natürlich nach wie vor deutlich in ihrer soziodemographischen Zusammensetzung: Unter den „Autonomisten“ finden wir überdurchschnittlich viele Personen im Alter ab 60 Jahren und mit einer selbst bekundeten rechten politischen Gesinnung. Ferner gehören die-

sem Kooperationstyp tendenziell eher die unteren Bildungsschichten an. Genau umgekehrt verhält es sich mit den „harten Öffnungsbereiten“. Unter ihnen finden sich überproportional viele 18–29-Jährige sowie politisch links stehende BürgerInnen und Personen aus dem oberen Bildungsspektrum. So wie die „weichen Öffnungswilligen“ als Mitte zwischen den Extremen „Autonomismus“ und „harte Öffnungsbereitschaft“ fungieren, so präsentiert sich auch ihre Zusammensetzung als Spiegel der gesellschaftlichen Mitte.

8.9 Öffnungsbereitschaft und EU-Beitritt

Die drei Kooperationstypen unterscheiden sich erwartungsgemäss besonders deutlich in der Frage eines allfälligen EU-Beitritts der Schweiz. „Harte Öffnungswillige“ sind fast einhellig dafür (84%, April: 89%), während ein Beitritt von den „Autonomisten“ ebenso eindeutig abgelehnt wird (93%, April: 90%). Die „weichen Öffnungsbereiten“ stehen in dieser Frage den „Autonomisten“ näher: Auch für sie kommt ein EU-Beitritt derzeit kaum in Frage (25% Zustimmung).

9 DIE NEUTRALITÄT

Wie in den vergangenen Jahren genießt die Neutralität in der Schweizer Bevölkerung eine sehr hohe Befürwortung. Sowohl die Hauptbefragung im Februar (88%, -1%) wie auch diejenige im April 2003 (89%, ±0%) belegen die hohe Stabilität zur Neutralität als Maxime. Als Prinzip der schweizerischen Aussen- und Sicherheitspolitik ist sie zu Beginn des neuen Jahrtausends so stark akzeptiert wie Ende der achtziger Jahre (siehe Abbildung 9.1). Ihre Billigung variiert stark nach dem Alter der Befragten. Die ab 60-Jährigen stehen fast geschlossen hinter dem Prinzip (92%, -2%). Ein immer geringer werdender Prozentsatz der Schweizer Bevölkerung möchte ganz auf die Neutralität verzichten. Nur etwa eine von zehn Personen gibt an, ganz auf die Neutralität verzichten zu wollen. Dies ist der bis anhin tiefste Wert seit der Ersterfassung 1993. Inwieweit der Krieg im Irak zu diesem Meinungsbild beigetragen hat, lässt sich nur vermuten. Eine gewisse Plausibilität für diese Argumentation scheint aber vorhanden zu sein.

Eine leichte Variation ergibt sich in Bezug auf die Sprachregionen. Befragte aus der französischsprachigen Schweiz möchten überdurchschnittlich häufig auf die Neutralität verzichten. Die Skepsis gegenüber der Neutralität schwächt sich indes bis im April, d.h. im Verlaufe des Irakkrieges ab (19%, +2%; April: 15%). Im Tessin scheint zwischen Februar und April ein massiver Stimmungsumschwung stattgefunden zu haben. Nur noch 4% (-23%) der TessinerInnen können sich im April eine Aufhebung der Neutralität vorstellen. Aufgrund der kleinen Stichprobenzahl im Tessin ist dieser Trend aber mit Vorsicht zu interpretieren. Eine grosse Differenz bei der Beurteilung der Neutralität findet sich anhand der politischen Einstellung. Politisch links stehende befürworten zu 24% (±0%) die Abschaffung der Neutralität, wohingegen rechts stehende Personen noch weniger stark als letztes Jahr die Aufhebung der Neutralität befürworten (8%, -2%). Personen, welche sich politisch an der Mitte orientieren, weichen nicht vom Gesamtdurchschnitt ab (12%, ±0%; CC=0.19). Interessanterweise nimmt von Februar bis April bei den sich als links bezeichnenden Personen die Neutralitätskritik deutlich ab (14%, -10%). Offenbar bewirkte der Irakkrieg auch bei jenen, die der Neutralität skeptisch gegenüberstehen, eine gewisse Ernüchterung.

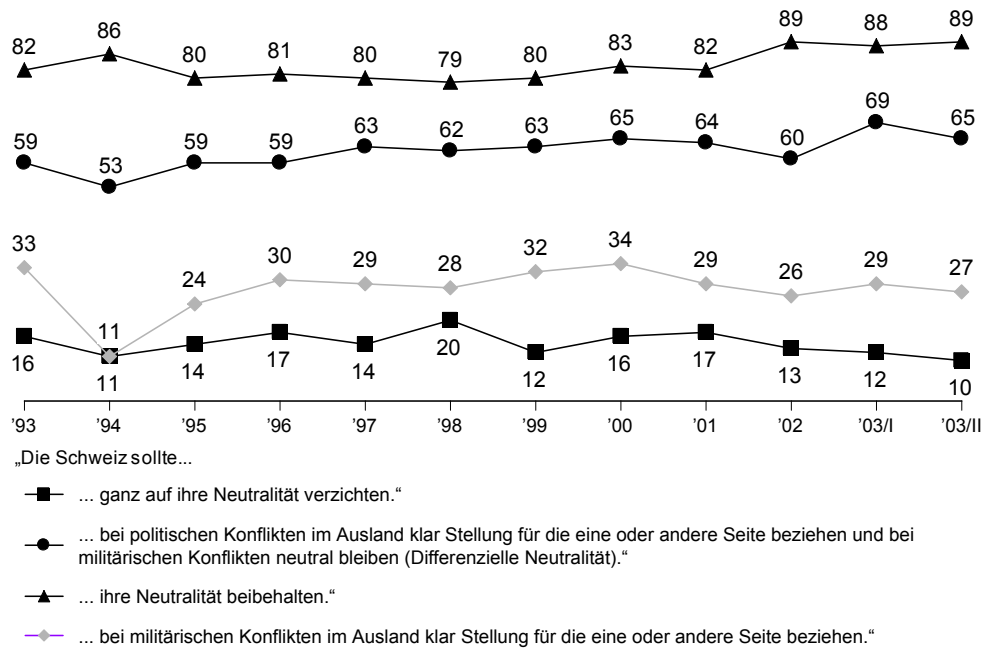
Die differenzielle Neutralität erfreut sich in der Schweizer Bevölkerung im Februar 2003 der höchsten je gemessenen Zustimmung. Beinahe sieben von zehn Befragten bejahen die Aussage, wonach die Schweiz bei politischen Konflikten im Ausland klar Stellung für die eine oder andere Seite beziehen, bei militärischen Konflikten aber neutral sein sollte (69%, +9%; 65%). Dabei variiert die differenzielle Neutralitätsgutheissung nach dem Grad der nationalen Öffnungsbereitschaft: Weiterhin gilt, dass die „weichen Öffnungsbereiten“ (vgl. Kapitel 8) eine differenzielle Neutralität am stärksten unterstützen (83%; „harte Öffnungswillige“: 75%; $CC=0.28$). Während im Vorjahr beim autonomistischen Kooperationsstyp nur eine Minderheit die differenzielle Neutralität unterstützte, befürworteten – zwar immer noch unterdurchschnittlich – im Januar 2003 57% (+9%) eine pragmatische Handhabung der schweizerischen Neutralität. Der Krieg im Irak hat aber die Einstellung zur differenziellen Neutralität zu beeinflussen vermocht. Vor allem die „Autonomisten“ sehen nur noch in der traditionellen Neutralität die für sie bestimmende Marschrichtung der Schweizer Politik, steht doch im April nur mehr eine Minderheit hinter dem Konzept einer differenziellen Neutralitätsauffassung (47%). Die zwei anderen Kooperationsstypen unterstützen zwar ebenfalls weniger stark diese pragmatische Neutralitätskonzeption, doch weiterhin mit grossmehrheitlicher Zustimmung.

Die De-facto-Aufhebung der Neutralität, d.h. die Auffassung, dass die Schweiz auch bei militärischen Konflikten klar Stellung für die eine oder andere Seite beziehen sollte, wird weiterhin nur von einem guten Viertel der Bevölkerung geteilt (29%, +3%; 27%). Am ehesten unterstützen die „harten Öffnungswilligen“ (48%, +10%; April: 43%) gefolgt von sich politisch links positionierenden Befragten (43%, April: 35%) eine Abkehr schweizerischer Aussenpolitik.

Alles in allem, so lässt sich abschliessend festhalten, geniesst die Neutralität als Maxime in der Schweiz eine ungebrochen hohe Zustimmung. Die Werte bewegen sich auf dem selben Niveau wie zu Zeiten des Kalten Krieges, als das „Prinzip Neutralität“ die staatstragende Komponente par excellence verkörperte. Zu Beginn des neuen Jahrtausends kann aufgrund der Daten von einer Art Renaissance der Neutralität gesprochen werden. Dennoch: Die differenzielle Neutralitätsauffassung als die Abschwächung der Neutralität auf ihren ursprünglichen Gehalt der Nichteinmischung bei kriegführenden Parteien erreicht eine noch nie dagewesene Akzeptanz. Es scheint, als möchten die SchweizerInnen weltweit mehr mitreden als früher, ohne indessen ihr Abseitsstehen im Kriegsfall zu präjudizieren.

Abbildung 9.1

Verschiedene Einstellungen zur Neutralität (Zustimmung „sehr“ und „eher“ einverstanden in Prozent)



© K. W. Haltiner SI/376/03/P8/mz

9.1 Indikatoren für verschiedene Neutralitätsfunktionen

Die schweizerische Neutralität diene bekanntlich stets verschiedenen Zielen. Die StaatsrechtlerInnen sprechen daher von Neutralitätsfunktionen. Unser Interesse gilt seit 1993 der Wahrnehmung der verschiedenen Funktionen der Neutralität in der Bevölkerung. Mit anderen Worten: Ermittelt wird, welche Arten von Vorteilen bzw. Nachteilen die SchweizerInnen mit der Neutralität in Zusammenhang bringen. Vereinfachend unterscheiden wir dabei wie folgt:

<i>Solidaritätsfunktion:</i> (2 Fragevorgaben gemäss Abbildung 9.2)	Gute Dienste als Vermittler in Konflikten.
<i>Identitätsfunktion:</i> (2 Fragevorgaben gemäss Abbildung 9.3)	Symbolische Verknüpfung mit dem Staat „Schweiz“, Vorbildwirkung der schweizerischen Neutralität.
<i>Sicherheitspolitische Funktion:</i> (3 Fragevorgaben gemäss Abbildung 9.4)	Verschonung vor dem Einbezug in internationale Konflikte, Stabilitätsbeitrag für Europa, Vereinbarkeit der Zusammenarbeit mit der Nato, Rückfallposition im Falle eines Krieges auf westeuropäischem Boden.

Zusätzlich wird erhoben, ob die Neutralität ihrem Wesen nach als Instrument der Aussenpolitik wahrgenommen wird oder ob man ihr in der Durchschnittsbevölkerung finalen Charakter zuschreibt (eine Fragevorgabe gemäss Abbildung 9.2).

Die Vorgaben sind als positive bzw. negative Lageeinschätzungen formuliert. Die Formulierung der Fragen muss zudem beachtet werden, dass eine entsprechende Fachterminologie bei den zu Befragenden nicht vorausgesetzt werden darf. Der Index der Neutralitätsauffassungen umfasst in der Regel 13 Vorgaben. Infolge anderweitiger thematischer Schwerpunktsetzung verwenden wir in diesem Bericht nur sieben Items. Wir haben dabei jene Neutralitätsmeinungen erhoben, welche es uns ermöglichen, anhand einer Clusteranalyse wie in den früheren Studien verschiedene Neutralitätstypen (siehe Abschnitt 9.3) zu bilden.

9.2 Die Neutralitätsindikatoren im Trend 1993–2003

Wie die Abbildungen 9.2 bis 9.4 zeigen, sind die verschiedenen Funktionen der schweizerischen Neutralität in der Bevölkerung stärker verankert als in den Jahren zuvor. Alle positiv formulierten Aussagen werden zumeist klar gutgeheissen, alle negativen Formulierungen hingegen abgelehnt. Seit zehn Jahren bewegen sich die Werte auf demselben Niveau. Auch hier bestätigt sich: Die Wahrnehmung der „Neutralität als Prinzip“ ist in der Schweizer Bevölkerung stabil. Im Gegensatz zu den Vorjahren wird die sicherheitspolitische Funktion nicht mehr so kritisch betrachtet. Sechs von zehn Befragten stimmen der Aussage zu, dass die Schweiz dank der Neutralität nicht in internationale Konflikte einbezogen werde (61%, +4%). Von einer klaren Mehrheit der Bevölkerung wird die Neutralität nach wie vor als eine Art Schutzschild vor dem Einbezug in internationale Auseinandersetzungen betrachtet.

9.2.1 Die Solidaritätsfunktion der Neutralität

Noch nie zuvor zeigten sich so viele SchweizerInnen überzeugt, dass dank der Neutralität unser Staat in Konflikten vermitteln und international gute Dienste leisten kann (87%, +2%; siehe Abbildung 9.2). Dieser positiv formulierten Solidaritätsfunktion stehen die „harten Öffnungswilligen“ eher kritisch gegenüber, aber bei weitem nicht mehr so sehr wie in früheren Jahren (84%, +10%). Der Unterschied zu den anderen beiden Typen, den „Autonomisten“ (91%, +1%) und den „weichen Öffnungswilligen“ (92%, ±0%), besteht zwar weiterhin, aber in viel schwächerem Ausmass (CC=0.15). Die Solidaritätsfunktion wird in den verschiedenen soziodemographischen Gruppen mehr oder weniger gleich bewertet. Es treten keine nennenswerten signifikanten Unterschiede auf. Bemerkenswert ist, dass trotz den häufigen kritischen Stimmen aus den Medien hinsichtlich den Einflussmöglichkeiten der Schweiz als neutrales Land der Glaube, die Schweiz könne als Vermittlerin wirken, in der Schweizer Bevölkerung ungebrochen hoch ist. Ob dies mit dem erfolgten Uno-Beitritt und den ersten positiv verlaufenen Diskussionsbeiträgen seitens der Schweiz in der Generalversammlung zusammenhängt, kann nur vermutet werden.

Immer weniger Befragte meinen, die Neutralität der Schweiz sei ein Hindernis für gemeinsames europäisches Handeln. Diese negativ formulierte Solidaritätsfunktion wird nur von einem Drittel der Bevölkerung (34%, -5%) gestützt. Es herrscht vermehrt die Überzeugung, dass die Schweiz auch als neutrales Land im europäischen Alleingang mit den Nachbarländern gut zusammenarbeiten könne. Während letztes Jahr eine Mehrheit der TessinerInnen wie auch eine Mehrheit der Personen mit einer tiefen Bildung in der Neutralität ein Hindernis sahen, findet sich dieses Jahr in keiner soziodemographischen Gruppe eine Mehrheitszustimmung zu dieser Aussage. Am skeptischsten sind Befragte aus der Romandie mit 45% (-4%), wobei dies schon in den letzten Studien festgestellt werden konnte.

Die grössten Unterschiede zeigen sich bei den drei Kooperationsstypen. Dabei betrachten einzig die „harten Öffnungswilligen“ die Neutralität mehrheitlich als Hemmschuh für solidarisches Handeln im europäischen Raum (55%, +2%). Die „weichen Öffnungsbereiten“ und die „Autonomisten“ sehen das anders. Für beide ist die Neutralität kein Hindernis für die europäische Zusammenarbeit (35% bzw. 21%).

Wie letztes Jahr erklärt sich nur ein Viertel (26%, ±0%) damit einverstanden, die Neutralität aufzugeben, wenn sie keine Vorteile mehr bringt. Stärker könnte das

bedingungslose Klammern an der schweizerischen Staatsmaxime wohl nicht zum Ausdruck kommen. Diese Frage variiert jedoch stark nach dem Alter ($\gamma=0.23$). So sind die 18–29-Jährigen eher der Meinung, dass die Neutralität aufzugeben sei, wenn sie keine Vorteile mehr biete, währenddem die ab 60-Jährigen diese Vorlage nur schwach befürworten.

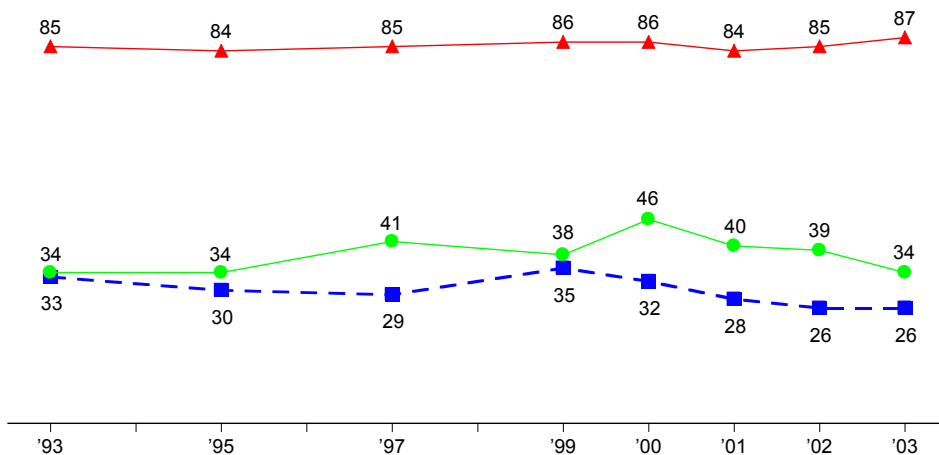
Fazit: Es scheint, dass die Neutralität wieder deutlicher als früher als Wert an sich betrachtet wird. Ihre Solidaritätsfunktion und ihr instrumenteller Stellenwert werden von der Bevölkerung deutlich gutgeheissen. Vor allem hat die Überzeugung, wonach solidarisches und kooperatives Handeln in Europa trotz Neutralität möglich sei, an BefürworterInnen gewonnen.

Abbildung 9.2

Die Wahrnehmung der Solidaritätsfunktion und des instrumentellen Stellenwertes der Neutralität (Angaben in Prozent)

„Die Neutralität ...

- ... sollten wir aufgeben, sobald sie der Schweiz keine Vorteile mehr bringt.“
- ... könnte uns inskünftig daran hindern, gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarn zu handeln.“
- ▲ ... lässt die Schweiz in Konflikten vermitteln und international gute Dienste leisten.“



© K.W. Haltiner SI/279/03/P1/th

9.2.2 Die Identitätsfunktion der Neutralität

Über sieben von zehn SchweizerInnen verbinden die Neutralität untrennbar mit dem schweizerischen Staatsgedanken (72%, +1%; Abbildung 9.3). In besonders hohem Masse assoziieren ältere Befragte (83%, -1%) und politisch rechts Stehende die Neutralität mit der Schweiz. Diese Haltung erweist sich als äusserst stabil über die letzte Dekade hinweg. Am kritischsten gegenüber der Verbindung von Neutralität zu Staatsgedanken sind politisch sich links positionierende Personen (67%, +3%) und Personen aus der französischen Schweiz (65%).

Obwohl alle Kooperationstypen hinter der Aussage stehen, die Neutralität sei untrennbar mit dem schweizerischen Staatsgedanken verbunden, bestehen hierbei Differenzen.¹ Interessant ist die Zunahme bei den „harten Öffnungswilligen“ im Vergleich zu den Vorjahren. Sie identifizieren sich wieder in zunehmendem Masse mit der Neutralität, erklärten sich doch 2001 bloss 44% mit dieser Verbindung einverstanden, heuer sind es 15% mehr.

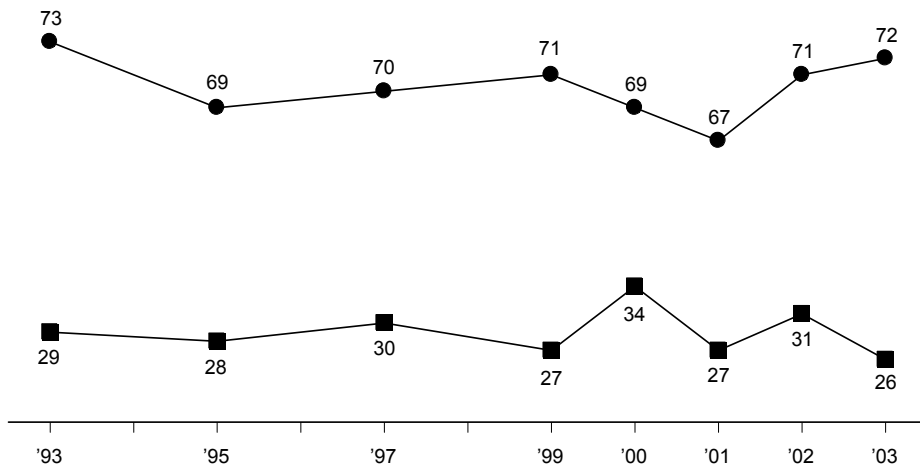
Ins Gesamtbild passt schlussendlich, dass immer weniger Personen daran glauben, die enge politische und wirtschaftliche Verflechtung der Schweiz mit anderen Staaten verunmögliche die Neutralität. Seit 1993 wurde dieses Jahr der tiefste je ermittelte Wert gemessen (26%, -5%). Die negative Beurteilung der Identitätsfunktion wird in den verschiedenen soziodemographischen Gruppen nicht signifikant unterschiedlich aufgenommen. Nur aufgrund der politischen Stellung lassen sich Differenzen feststellen. Während sich politisch rechts positionierende Personen in geringerem Ausmass eine Unvereinbarkeit zwischen der Verflechtung der Schweiz und der Neutralität erkennen können (20%), schätzen politisch links Stehende die Aufrechterhaltung der Neutralität trotz der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit wesentlich negativer ein (35%).

1 „Harte Öffnungswillige“: 59%, +4%; „weiche Öffnungswillige“: 84%, +9%; „Autonomisten“: 87%, +1%; CC=0.30.

Abbildung 9.3

Die Wahrnehmung der Identitätsfunktion der Neutralität (Angaben in Prozent)

- „Unsere enge politische und wirtschaftliche Verflechtung mit anderen Staaten verunmöglicht Neutralität.“
- „Die Neutralität ist untrennbar mit unserem Staatsgedanken verbunden.“



© K.W. Haltiner Si/278/03/P1/th

9.2.3 Die sicherheitspolitische Funktion der Neutralität

In der Beurteilung der sicherheitspolitischen Funktion der Neutralität findet dieses Jahr ein eigentlicher Stimmungsumschwung statt. Obwohl die Tendenz schon letztes Jahr erkennbar war, manifestiert sie sich heuer deutlich. So teilen 61% (+4%; siehe Abbildung 9.4) die Meinung, die Schweiz werde dank der Neutralität nicht in internationale Konflikte einbezogen. Ebenso sind die SchweizerInnen wieder vermehrt davon überzeugt, dass die bewaffnete Neutralität zur Sicherheit und Stabilität in Europa beitragen könne (53%, +4%). Diese beiden Haltungen geniessen somit wieder eine Unterstützung, wie dies anfangs der neunziger Jahre der Fall war. Ältere Befragte, Personen mit tiefer Bildung sowie politisch sich rechts positionierende SchweizerInnen teilen überdurchschnittlich stark die Auffassung, dass die Neutralität uns vor Streitigkeiten auf internationaler Ebene bewahren könne. Demgegenüber verliert die Aussage, die Neutralität könne heute militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden, stark

an Zustimmung (41%, -8%). Der Neutralität wird somit wieder in steigender Tendenz eine Schutzfunktion vor internationalen Konflikten zugeschrieben.

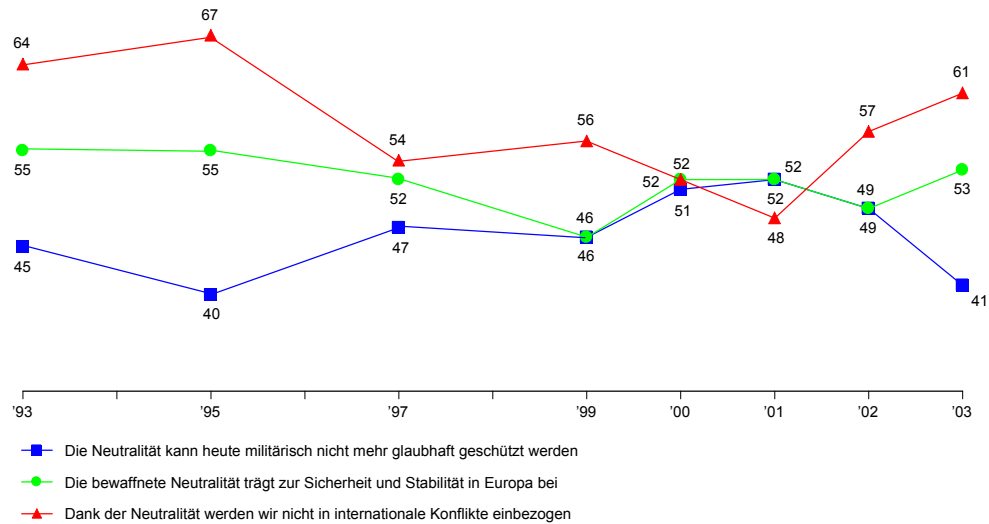
Die These, welche wir in der Studie des Vorjahres formulierten, dass nämlich im Nachgang zu den Terroranschlägen in den USA die Meinung Auftrieb erhalten habe, die Schweiz werde dank ihrer Neutralität nicht in die neu auftretenden Konflikte hineingezogen, kann auch dieses Jahr mit grosser Plausibilität vertreten werden. Wahrscheinlich hat das Muskelspiel zwischen den USA und Europa alte Hegemonialängste wieder aufleben lassen. Dadurch hat die Neutralität wieder emotionalen Auftrieb erhalten.

Dem widerspricht nicht, dass die Mehrheit der Befragten die Meinung, wonach die bewaffnete Neutralität der Schweiz zur Sicherheit und Stabilität in Europa beitrage, durchaus unterstützt. Nicht damit einverstanden erklären sich politisch links positionierende Personen (42%) und Befragte mit einem höheren Bildungsabschluss (44%). Vor allem aber in der französischsprachigen Schweiz mag man nicht so recht an die Stabilisierungswirkung schweizerischer Neutralität zu glauben (40%).

Ins Bild passt auch, dass die Vorlage „die Neutralität kann heute nicht mehr glaubhaft geschützt werden“ wieder an BefürworterInnen verliert (41%, -8%). Bloss politisch links Stehende (55%, -12%) zweifeln an dieser Aussage. Der massive Einbruch um 12-Prozentpunkte im Vergleich zum Vorjahr weist indes darauf hin, dass sogar in dieser Gruppe ein Umdenken stattgefunden hat. Die „harten Öffnungsbereiten“ sind zu 65% der Überzeugung, die Neutralität könne militärisch nicht geschützt werden. Die „weichen Öffnungswilligen“ (42%) wie auch die „Autonomisten“ (37%) teilen diese Sichtweise aber nicht.

Abbildung 9.4

Die Wahrnehmung der sicherheitspolitischen Funktion der Neutralität („sehr“ und „eher“ einverstanden in Prozent)



© K.W. Haltiner SI/277/03/P3/th

Fazit: Die sicherheitspolitische Schutzwirkung der Neutralität erlebt in der Schweiz eine eigentliche Renaissance. Der dissuasive Faktor der Neutralität wird noch stärker als letztes Jahr bei damals schon steigender Tendenz betont. Die Mehrheit der schweizerischen Bevölkerung ist wieder der Auffassung, die Neutralität könne vor dem Einbezug in internationale Konflikte eine gewisse Schutzwirkung entfalten.

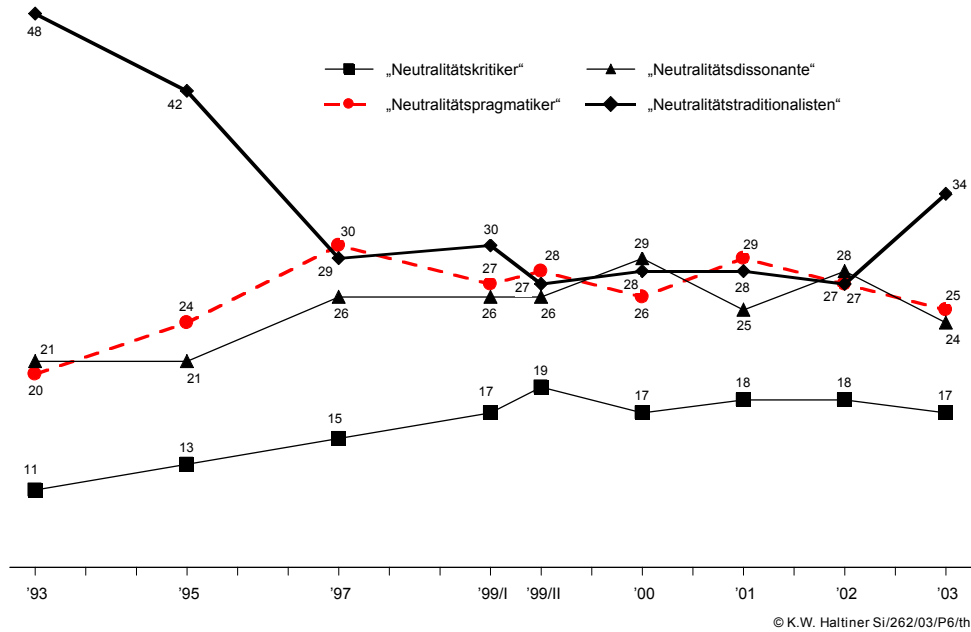
9.3 Neutralitätsauffassungen – eine Typologie

Wie bei der grundsätzlichen aussenpolitischen Kooperationsbereitschaft kann auch bei den Neutralitätsauffassungen erwartet werden, dass sich verschiedene Auffassungstypen mit Hilfe einer Clusterbildung erkennen lassen (siehe Abbildung B im Anhang II). Die Neutralitätsauffassungen indizieren alle Neutralitätsfunktionen in positiver (links in der Abbildung) und in negativer Besetzung (rechts in der Abbildung). Eine befriedigende Lösung zur Erklärung der Varianz bildet eine Vier-Cluster-Variante (vgl. Anhang I). Ihr lassen sich von 1202 Be-

fragten deren 770 eindeutig zuordnen. Die vier Typen können wie folgt charakterisiert werden:

Abbildung 9.5

Die Neutralitätsauffassung (Typen) und ihre anteilmässige Veränderung 1993–2003 (Angaben in Prozent)



„Neutralitätskritiker“: Personen dieses Meinungstyps stehen der Solidaritätsfunktion kritisch gegenüber und lehnen die sicherheitspolitische Funktion und die Identitätsfunktion deutlich ab (siehe Abbildung B im Anhang II). Sie bestreiten die Glaubwürdigkeit der bewaffneten Neutralität, welche nach ihrer Meinung nicht zur Sicherheit und Stabilität in Europa beitragen kann und meinen auch, dass die Schweiz nicht nur wegen ihrer Neutralität von Konflikten weitgehend verschont bleibt. Hingegen befürworten sie alle negativen Neutralitätsfunktionen. Eine nützlichkeitsorientierte Bewertung der Neutralität billigen sie deutlich, d.h. die Maxime soll dann über Bord geworfen werden, wenn sie keine Vorteile mehr bringt. Sie meinen, wenn auch knapp, dass unsere enge internationale Verflechtung Neutralität verunmögliche. Die „Kritiker“ halten die schweizerische

Neutralität offensichtlich für ein nationalegoistisches Konzept, das die Schweiz daran hindert, ihre internationale Mitverantwortung wahrzunehmen. Aus ihrer Sicht entspricht die Neutralität den heutigen politischen Gegebenheiten – nämlich der internationalen Verflechtung der Schweiz und den sich daraus ergebenden Forderungen an solidarisches Handeln – nicht mehr.

Der Typus des „Neutralitätskritikers“ hat sich anteilmässig im Beobachtungszeitraum 1993 bis 2003 von 11% auf 17% ([11%]²; -1%) aller typologisierungsfähigen Befragten erhöht (siehe Abbildung 9.5). Seit 1999 ist sein Anteil an den Neutralitätstypen mit leichten Schwankungen stabil geblieben.

„*Neutralitätspragmatiker*“: Sie glauben an eine internationale Solidaritätsfunktion der schweizerischen Neutralität (siehe Abbildung B im Anhang II). Auch der Identitätsfunktion stimmen sie klar zu. Gegenüber der sicherheitspolitischen Funktion der Neutralität sind sie hingegen kritischer eingestellt. Sie glauben eher nicht, dass die Schweiz dank ihrer Neutralität vor Konflikten verschont bleibt und dass die bewaffnete Neutralität zur Sicherheit und Stabilität in Europa beitragen kann. Diese Meinung teilen sie mit den „Neutralitätskritikern“. Uneins sind sie sich in der Beurteilung, ob die Neutralität heute militärisch noch glaubhaft geschützt werden könne. Die „Neutralitätspragmatiker“ betrachten die Neutralität nicht nur aus der Sicht einer rein instrumentellen Nutzenbetrachtung. So würden sie die Neutralität nicht sogleich aufgeben, wenn sie der Schweiz keinen Nutzen mehr bringt. Auch glauben sie nicht, dass die Neutralität uns am gemeinsamen Handeln mit unseren europäischen Nachbarn hindern könnte. Anders als die „Kritiker“ teilen sie die Meinung nicht, die internationale Verflechtung der Schweiz verunmögliche Neutralität. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die „Pragmatiker“ die Solidaritäts- und Identitätsfunktionen akzeptieren, aber an der sicherheitspolitischen Schutzwirkung der Neutralität eher zweifeln.

Die „Neutralitätspragmatiker“ haben im Beobachtungszeitraum 1993–2003 von 20% auf 25% ([16%]; -2%) der Befragten zugenommen. Seit 2001 hat sich ihr Anteil jedoch wieder leicht vermindert.

„*Neutralitätsdissonante*“: Personen dieses Auffassungstyps beantworten sowohl die positiven wie auch fast alle negativen Neutralitätsfunktionen zustimmend

2 36% der Befragten lassen sich keinem Neutralitätstypus zuordnen. Die erstgenannte Prozentzahl nennt deshalb den Anteil eines Typus an allen Personen, die einem Typus zugeordnet werden können. In eckigen Klammern wird der Anteil eines Typus an der Gesamtstichprobe von 1202 Personen angegeben.

(siehe Abbildung B im Anhang II). Besonders hohe Zustimmung erhält die Solidaritätsfunktion, aber auch die Identitätsfunktion erfreut sich eines hohen Stellenwerts. Dass die Neutralität eine positive Wirkung auf die europäische Sicherheit und Stabilität ausübe, wird von einer Mehrheit geglaubt. Der sicherheitspolitische Nutzen der Neutralität ist in dieser Meinungsgruppe kaum bestritten. Gleichzeitig stimmen Personen dieses Typus indessen auch den gegenteiligen Vorgaben zu, die Neutralität könne militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden und sie könne die Schweiz vom gemeinsamen Handeln mit den europäischen Nachbarn abhalten. Sie würden eher nicht auf die Neutralität verzichten wollen, wenn klar wäre, dass diese der Schweiz keine Vorteile mehr bringt. Uneins ist sich dieser Typus in der Frage, ob die internationale Verflechtung die Neutralität verunmöglicht. Mit dieser widersprüchlichen Haltung bringt der „Dissonanz-Typus“ in jedem Fall ein erhebliches Mass an Verunsicherung in Neutralitätsfragen zum Ausdruck. Um diese Widersprüchlichkeit analysieren zu können, wurden schon im Bericht „Sicherheit 97“ zwei mögliche Erklärungen vorgeschlagen: Personen dieser Auffassungsrichtung sehen die sich verstärkenden objektiven Hindernisse für die schweizerische Neutralität, möchten aber subjektiv und emotional an ihr festhalten. Sie sind sich der Widersprüchlichkeit ihrer Haltung bewusst und nehmen ihre kognitive Dissonanz wahr. Oder aber sie sind sich ihrer gegensätzlichen Haltung gar nicht bewusst, sind eher apolitisch und haben sich noch kaum eingehend mit Fragen der Neutralität auseinandergesetzt.

Anteilmässig vergrössert sich die Gruppe der „Neutralitätsdissonanten“ im Zeitraum 1993–2003 von 21% auf 24% ([15%]; –4%). Nachdem letztes Jahr der dissonante Typus anteilmässig die grösste Gruppe stellte, ist dies heuer nicht mehr der Fall. Es scheint, dass dieser Typus auf Kosten der „Traditionalisten“ an Bedeutung verloren hat.

„*Neutralitätstraditionalisten*“: Im Vergleich zu den anderen Neutralitätstypen erfahren insbesondere die Solidaritätsfunktion und die Identitätsfunktion von den „Traditionalisten“ eine überdurchschnittlich hohe Zustimmung. Die „Traditionalisten“ nehmen wie in den vorherigen Jahren alle Neutralitätsfunktionen als überaus positiv wahr und lehnen noch klarer jegliche Negativaussagen ab (siehe Abbildung B im Anhang II). Vor allem die Solidaritätsfunktion wird sehr hoch bewertet, denn der Glaube an die der Neutralität zu verdankenden Gelegenheiten für Gute Dienste der Schweiz ist ungebrochen. Die „Traditionalisten“ lehnen die Vorgabe klar ab, wonach die schweizerische Neutralität ein Hindernis für gemeinsames Handeln mit anderen europäischen Staaten darstellen könnte. Eine

rein instrumentelle Betrachtung der Neutralität weisen sie ebenfalls stark zurück. Auch wenn die Neutralität aus ihrem Blickwinkel keine Vorteile mehr bringen sollte, würden sie diese nicht aufgeben wollen. Damit wird der Neutralität eine hohe symbolische Wirkung zugeschrieben und wertmässig zum Selbstzweck erhoben. Dies wird dadurch unterstrichen, dass die „Traditionalisten“ den schweizerischen Staatsgedanken untrennbar mit der Neutralität verbinden.

Im Zeitverlauf 1993–2003 ist der Anteil der „Neutralitätstraditionalisten“ gesunken, nämlich von 48% auf 34% ([22%]; +7%; siehe Abbildung 9.5). Alles in allem manifestieren die Verschiebungen in der Typologie dennoch die oben konstatierte Renaissance der Neutralität in diesem Jahr, denn heute erhält dieser Typus wieder vermehrt Zuspruch und stellt mit Abstand die grösste Gruppe.

Fazit: Im Gegensatz zu anderen Jahren haben sich 2003 die Werte der einzelnen Neutralitätsauffassungen teilweise erheblich verändert. Vor allem verlieren die Neutralitätsdissonanten gegenüber den „Traditionalisten“ an Boden. Der Typus des „Kritikers“ vermochte zu Beginn der neunziger Jahre an Einfluss zu gewinnen, stagniert aber seit 1999 auf tiefem Niveau. Grosse Zustimmung erhalten die Solidaritäts- und Identitätsfunktionen der Neutralität, welche nur von den Kritikern hinterfragt werden. Zu beachten ist, dass dieses Jahr eine überdurchschnittlich hohe Anzahl an nicht typologisierbaren Personen aufgetreten ist (36%). Normalerweise konnte bis anhin etwa ein Viertel keiner Kategorie zugeteilt werden. Die nicht typologisierbaren Befragten unterscheiden sich in Bezug auf soziodemographische Merkmale aber nicht von den anderen Befragten.

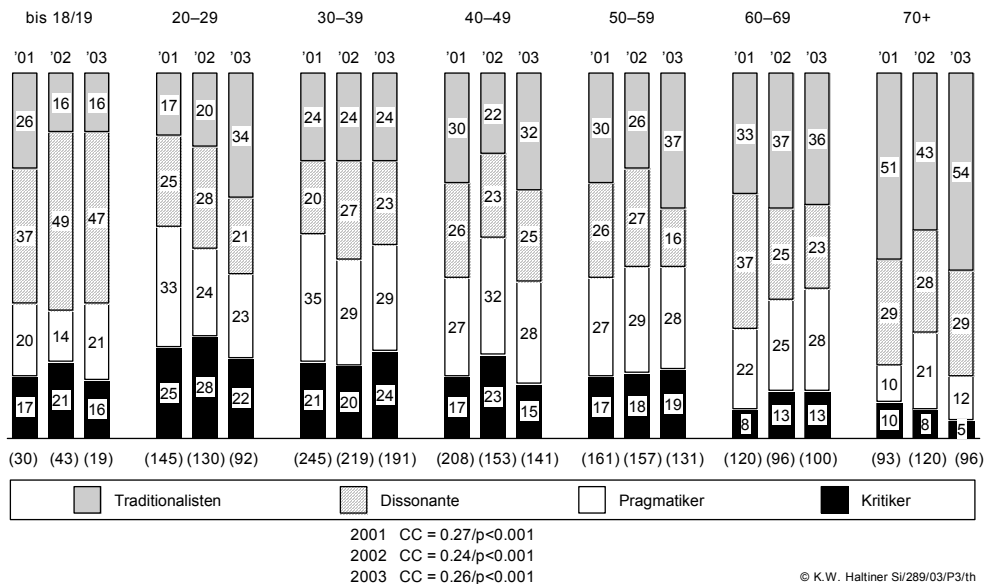
9.3.1 Die Neutralitätsauffassung nach ausgewählten soziodemographischen Merkmalen

In den Abbildungen 9.6 bis 9.8 werden die Neutralitätstypen nach ausgewählten soziodemographischen Eigenschaften dargestellt. Die in den Abbildungen aufgeführten Merkmale Alter, Bildung und Sprachregion unterscheiden sich jeweils signifikant bezüglich ihrer Verteilung auf die verschiedenen Neutralitätstypen. Ebenfalls, aber nicht grafisch dargestellt, bestehen Differenzen zwischen den politischen Einstellungen ($CC=0.25$). Während Personen mit einer politischen Einstellung, die in der Mitte angesiedelt ist, nicht vom Mittel abweichen, vergrössert sich der Abstand zwischen politisch links und rechts denkenden Befragten. Dem „Kritikertypus“ lassen sich 34% (+4%) der sich links positionierenden Personen zuordnen, wohingegen nur 8% (−6%) der politisch rechts Stehenden diese Meinung teilen. Letztere lassen sich überwiegend dem „Traditionalistentypus“ zurechnen. Eine Mehrheit von 50% (+12%) bekennt sich zur traditionellen

Sichtweise. Demgegenüber unterstützen nur 17% (+1%) der politisch links stehenden Befragten eine finale Auffassung der Neutralität.

Abbildung 9.6

Neutralitätsauffassungen nach verschiedenen Altersgruppen (Angaben in Prozent)

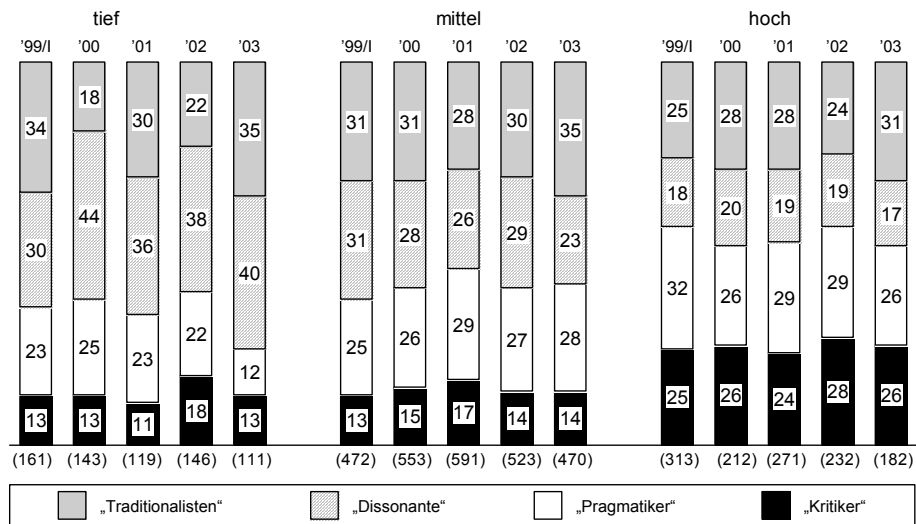


Generell lässt sich mit steigendem Alter eine Zunahme der traditionalistischen Neutralitätsauffassung feststellen (Abbildung 9.6). Wie im Jahr 2001 vertritt wieder die Mehrheit der ab 70-Jährigen eine „traditionalistische“ Auffassung (54%, +11%). Erstaunlicherweise ist aber auch bei den 20–29-Jährigen ein Anstieg „traditioneller“ Sichtweise zu verzeichnen. Mehr als ein Drittel dieser Alterskategorie kann diesem Typus zugerechnet werden (34%, +14%). Dagegen verloren bei den jungen Erwachsenen die „Kritiker“ wie auch die „Dissonanten“ an Zuspruch. Somit scheint sich die letztes Jahr konstatierte tendenzielle Verunsicherung bei den jüngeren Befragten reduziert zu haben und eine stärkere Hinwendung zu „traditioneller“ Neutralitätsauffassung Oberhand zu gewinnen. Auch das mittlere Alterssegment der 40–49-Jährigen wendet sich wieder vermehrt der „traditionalistischen“ Neutralitätssicht zu (32%, +10%). Dies geschieht vor allem auf Kosten der „Kritiker“, welche um 8% weniger Zuspruch erhalten. Dennoch gilt nach wie vor: Jüngere Personen sind gegenüber der Neutralität kritischer und ältere Befragte traditionalistischer eingestellt.

Die obersten Bildungsschichten beurteilen die Neutralität im Zeitverlauf am kritischsten (siehe Abbildung 9.7). Personen mit einer höheren Bildung äussern am ehesten eine klare Meinung zur Neutralität, der „dissonante Typ“ ist bei ihnen am schwächsten vertreten. Besonders starke Verschiebungen lassen sich bei den unteren Bildungsschichten erkennen. Diese neigen auf Kosten einer pragmatischen Sichtweise (12%, -10%) zu einer „traditionellen“ Auffassung der Neutralität (35%, +13%). Die mittlere Bildungsschicht erweist sich über die Zeit am konstantesten.

Abbildung 9.7

Neutralitätsauffassungen nach dem soziodemographischen Merkmal „Bildung“
(Angaben in Prozent)



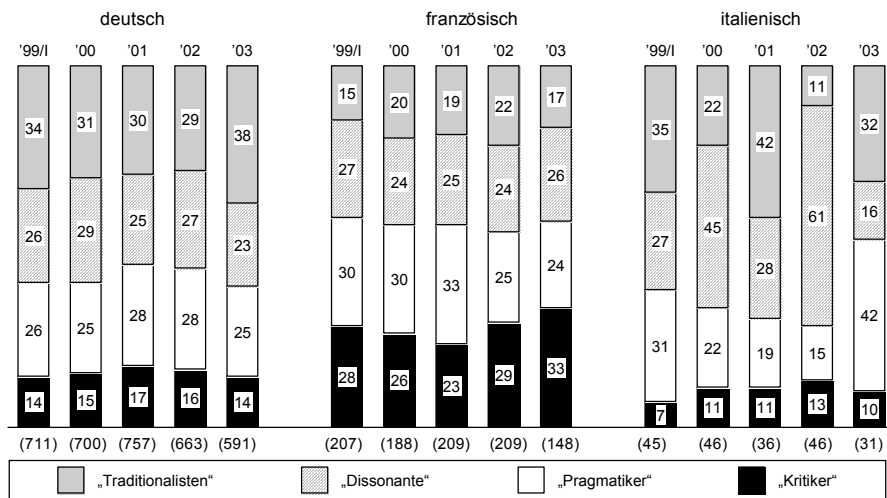
© K. W. Haltiner 290/03/P3/th

Bis anhin schon bestehende Differenzen zwischen dem Tessin und der deutschsprachigen Schweiz gegenüber der Romandie scheinen sich vergrössert haben (siehe Abbildung 9.8). Die Meinung, dass die internationale Verflechtung der Schweiz die Neutralität verunmögliche, und die Erkenntnis, dass sie durchaus auch unter Kosten-Nutzen-Gesichtspunkten betrachtet werden könne, haben heuer in der Romandie an Bedeutung gewonnen. Demgegenüber hat sich die „traditionalistische“ Sicht in der deutschen Schweiz verstärkt (38%, +9%). In der italienischen Schweiz findet sich die grösste Verschiebung. Nunmehr eine „pragmatische“ wie auch eine „traditionalistische“ Auffassung erhalten am meisten

Unterstützung. Infolge der geringen Fallzahl (N=31) sollte man aber diese Verschiebungen im Tessin mit Vorbehalt betrachten. Gesamthaft gesehen akzentuieren sich die einzelnen Landesteile in ihrem Meinungsbild klarer. Der Graben zwischen der Romandie und der übrigen Schweiz hat sich zumindest in diesem Jahr vergrößert.

Abbildung 9.8

Neutralitätsauffassungen nach dem soziodemographischen Merkmal „Sprachregion“ (Angaben in Prozent)



© K. W. Haltiner 290/03/P6/th

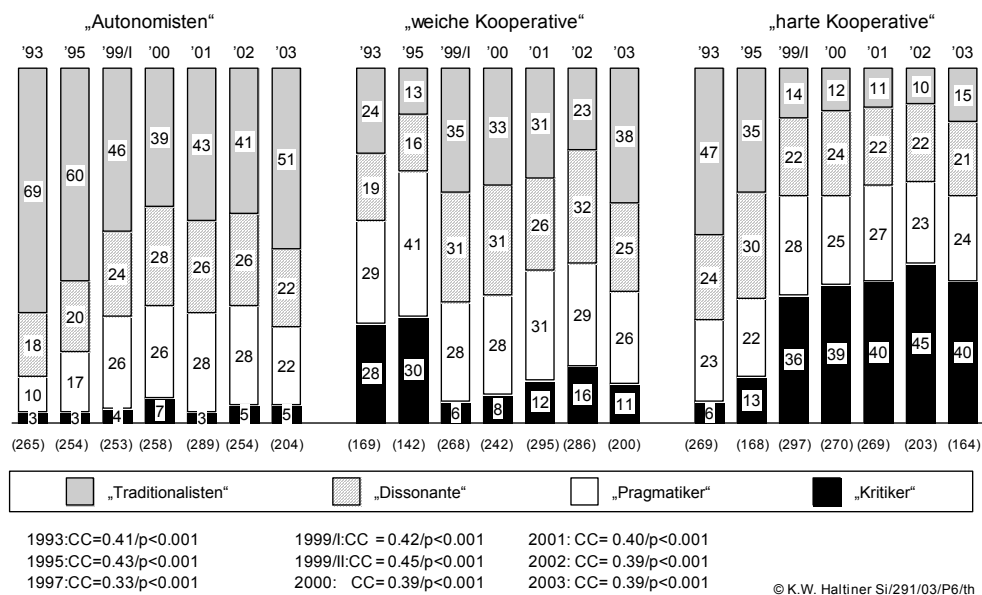
Fazit: Nach wie vor variieren die Neutralitätsauffassungen nach dem Alter, der Bildung, der Sprachregion und der politischen Einstellung. Die jüngere Alterskohorte beurteilt zwar die Neutralität weiterhin kritischer als die ab 60-Jährigen, aber vor allem bei den 20–29-Jährigen kann eine deutliche Hinwendung zum „traditionalistischen“ Neutralitätsverständnis beobachtet werden. Allgemein ist ein Wiederanstieg des „Traditionalismus“ über alle Merkmale hinweg zu beobachten. Eine Ausnahme davon macht die französischsprachige Schweiz. Am bekannten Muster, wonach die mittlere Altersgeneration und Personen mit hohem Bildungsstand sich überdurchschnittlich neutralitätskritisch geben, während ältere Personen und die deutsche Schweiz sich im Vergleich zum Vorjahr deutlicher zum „Neutralitätstraditionalismus“ hingezogen fühlen, hat sich nichts verändert.

9.3.2 Der Zusammenhang zwischen der Neutralitätseinstellung und der Haltung zur aussenpolitischen Kooperation

Es sind vor allem Personen mit einer „autonomistischen“ Auffassung der Schweizer Aussenpolitik, die überwiegend eine „traditionalistische“ Neutralitätsauffassung vertreten, und dies heuer in verstärkter Masse (51%, +10%; siehe Abbildung 9.9). Im Gegensatz dazu bestätigt sich auch dieses Jahr die Tendenz, wonach eine „harte aussenpolitische Öffnung“ mit einer „traditionalistischen“ Neutralitätsauffassung unvereinbar ist. Nur 15% (+4%) der „harten Kooperativwilligen“ teilen eine „traditionalistische“ Neutralitätssicht, während 40% (-5%) neutralitätskritisch eingestellt sind. Seit 1999 variieren die verschiedenen Neutralitätsauffassungen bei den „harten Öffnungsbereiten“ nur schwach. In Phasen der Verunsicherung fallen signifikant vor allem die „weichen Öffnungsbereiten“ tendenziell in den Traditionalismus zurück (38%, +15%).

Abbildung 9.9

Neutralitätsauffassungen nach Kooperationstypen (Angaben in Prozent)



10 SICHERHEITSPOLITISCHE ASPEKTE DER INTERNATIONALEN KOOPERATION

10.1 Wahrnehmung der nationalen Sicherheitsautonomie

Die Mehrheit der Schweizer Bevölkerung teilt zeitstabil die Ansicht, dass die nationale Sicherheit immer mehr von anderen Staaten und immer weniger von uns selbst bestimmt werde (58%, +5%; vgl. Abbildung 10.1). Dies gilt über alle soziologischen Merkmalsausprägungen hinweg. Zu einer besonders skeptischen Haltung gegenüber der schweizerischen Sicherheitsautonomie neigen Personen mit einer selbst bekundeten linken politischen Einstellung (66%) sowie Befragte aus höheren Bildungsschichten (67%). Dieses Jahr finden wir zudem eine überdurchschnittliche Häufigkeit in der Antwortkategorie „weiss nicht/keine Antwort“ (12%, +5%). Der sich im Februar 2003 abzeichnende Krieg im Irak scheint in der Bevölkerung die Meinung gefördert zu haben, dass eine eigenständige nationalstaatliche Sicherheitspolitik unmöglich sei.

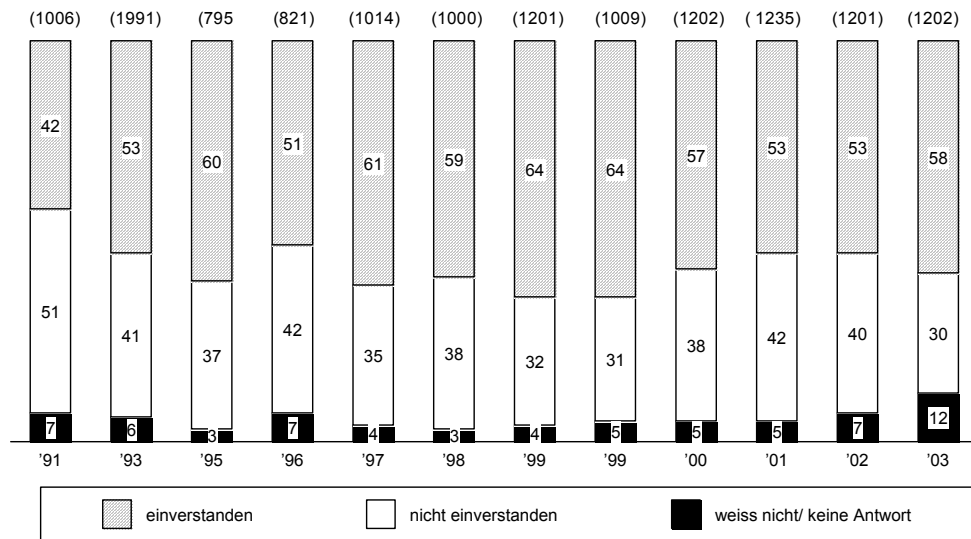
Zwischen den Kooperationstypen lassen sich dieses Jahr keine Unterschiede ausmachen. Selbst die „Autonomisten“ zweifeln an der Sicherheitsautonomie, auch wenn sie, ganz im Widerspruch dazu, die Sicherheitsfunktion der Neutralität stark betonen.

Die grössten Meinungsdivergenzen in Bezug auf die sicherheitspolitische Fremdbestimmung der Schweiz finden sich bei der Aufschlüsselung nach den Neutralitätstypen ($CC=0.22$). „Neutralitätskritiker“ bestreiten konsequenterweise zu 76% (+8%) eine nationale Sicherheitsautonomie sehr deutlich. Aber auch eine knappe Mehrheit der „Neutralitätstraditionalisten“ stimmt dieser Vorgabe zu (52%). Die Fähigkeit des Kleinstaates Schweiz, eine autonome Sicherheitspolitik zu führen, wird also von der Schweizer Bevölkerung zunehmend skeptischer beurteilt.

Abbildung 10.1

Wahrgenommene nationale Sicherheitsautonomie (Angaben in Prozent)

„Unsere nationale Sicherheit wird immer mehr von anderen Staaten und immer weniger von uns selbst bestimmt.“



© K. W. Haltiner SI/379/03/P4/mz

10.2 Sicherheitspolitische Kooperation im Allgemeinen und mit der Uno im Speziellen

Die Frage „Sind Sie damit einverstanden, dass Schweizer Soldaten, die sich freiwillig zur Verfügung stellen, ausserhalb des Landes zum Einsatz kommen?“¹ wird seit 1993 im Rahmen der Befragungen „Sicherheit“ gestellt (Abbildung 10.2). Damit soll die Bereitschaft der Schweizer Bevölkerung zu einer allgemeinen sicherheitspolitischen Kooperation im Ausland gemessen werden, ohne diese Frage auf eine bestimmte Organisation, wie z.B. die Uno oder die Nato, zu beziehen. Im Jahr 2000 fand in der öffentlichen Einstellung zu Auslandeinsätzen von

1 Bis 1999 lautete die Fragestellung wie folgt: „Könnten Sie sich vorstellen, dass Schweizer Soldaten einmal ausserhalb des Landes zum Einsatz kommen?“

Schweizer Soldaten eine eigentliche Trendwende statt. Damals wurde zum ersten Mal mehrheitlich nicht der rein unterstützende, sondern der friedenssichernde Einsatz, der eine Bewaffnung zum Selbstschutz vorsieht, von den befragten Personen favorisiert. Dieses Meinungsbild hat sich seither stärker akzentuiert. Im Februar 2003 spricht sich zum ersten Mal eine Mehrheit (50%, +4%) für die waffenunterstützte Friedenssicherung aus. Der Anteil der Befragten, die gar keine Soldaten für einen Auslandseinsatz zur Verfügung stellen wollen, erreicht hingegen den tiefsten Stand (10%, -3%). 31% (-1%) befürworten einen bloss unterstützenden Einsatz ohne Selbstbewaffnung. Dass sich Schweizer Soldaten im Ausland auch an Kampfeinsätzen beteiligen, bleibt weiterhin nur für eine verschwindend kleine Minderheit denkbar (7%, ±0%). 88% der Schweizer StimmbürgerInnen können sich also eine der drei oben genannten Formen des Auslandseinsatzes von Schweizer Soldaten vorstellen.

Diese Proportionen haben sich indessen wegen des Irakkrieges verschoben. Im April 2003 wird einer waffengestützten friedenssichernden Aufgabenerfüllung wieder grössere Skepsis entgegengebracht (41%, -9%), wohingegen der rein unterstützende Auftrag an Zuspruch gewinnt (39%, +8%). Eine gewisse Zurückhaltung gegenüber Auslandseinsätzen von Schweizer Soldaten teilen 14% (+4%) der Befragten. Die Haltung, sich unter keinen Umständen in bewaffneten Konflikten zu engagieren, scheint somit vermehrt eine Option zu sein.

Ob dieser Stimmungsumschwung direkt durch den Irakkrieg beeinflusst wurde und nur kurzfristige Auswirkungen zeitigte oder ob sich eine langfristige Tendenz abzuzeichnen beginnt, wird sich nächstes Jahr weisen. Es scheint, als würden die hier zu Lande umstrittenen bewaffneten Auseinandersetzungen die Bereitschaft für militärische Auslandengagements der eigenen Armee eher abkühlen.

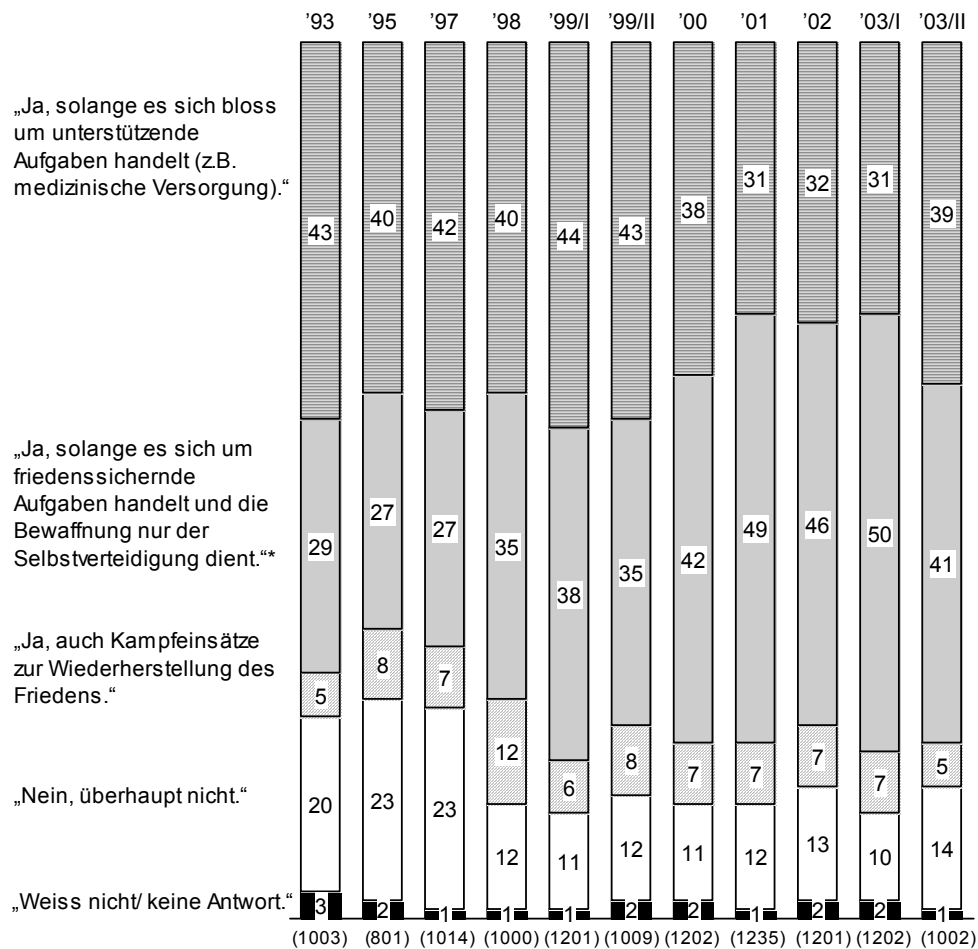
Für friedenssichernde Massnahmen sprechen sich im Februar 2003 vor allem Befragte aus der deutschsprachigen Schweiz (55%), dem Tessin (58%), Personen mit einer linken politischen Einstellung (57%) und mit einer höheren Bildung (55%) aus. Zwei Monate später erodiert die Zustimmung zu friedenssichernden Einsätzen von Schweizer Soldaten jedoch in diesen soziodemographischen Gruppen wieder deutlich. Nur noch Minderheiten von 34% (-21%) der DeutschschweizerInnen und 30% (-28%) der TessinerInnen sowie 39% (-19%) der sich selbst politisch links positionierenden Befragten erklären sich unter dem Eindruck des Irakkonflikts mit einer solchen Aufgabe für Schweizer Soldaten einverstanden. Weniger dramatisch hat sich die Einstellung der höheren Bildungs-

schicht verändert (48%, -7%). Weiterhin gar nicht mit Auslandseinsätzen einverstanden sind Personen ab 60 Jahren (15%, April: 19%), politisch rechts Stehende (16%, April: 21%) sowie Befragte mit einer tiefen Bildung (14%, April: 21%).

Abbildung 10.2

Auslandseinsatz von Schweizer Soldaten (Angaben in Prozent)

„Sind Sie damit einverstanden, dass Schweizer Soldaten, die sich freiwillig zur Verfügung stellen, ausserhalb des Landes zum Einsatz kommen?“



*1998: Ja, solange es sich um friedenssichernde Aufgaben handelt.

Gegen den Trend unterstützen im April 2003 in der französischsprachigen Schweiz mehr Personen friedenssichernde Einsätze (45%) als dies im Februar (34%) der Fall war. Während die „harten“ und die „weichen Öffnungsbereiten“ weiterhin auch im April deutlich Auslandseinsätze in einer der drei Formen befürworten (zu 93% beziehungsweise 92%), distanzieren sich die „Autonomisten“ von dieser Form der internationalen Zusammenarbeit in zunehmendem Masse (Zustimmung April 2003: 68%).

Eine Mehrheit von 59% (+1%) der SchweizerInnen erklärt sich damit einverstanden, dass die Schweiz der Uno Friedenstruppen zur Verfügung stellen sollte. Im Vergleich zu den Jahren 2000 (71%) und 2001 (68%) ist die Skepsis gegenüber Friedenstruppen als adäquates Mittel zur Lösung von Konflikten etwas gewachsen. Die früher starke Ablehnung von Schweizer Friedenstruppen durch sich politisch rechts positionierende Befragte hat sich hingegen abgeschwächt. Waren vergangenes Jahr unter Letzteren nur 39% mit Schweizer Friedenstruppen einverstanden, sind es heuer 52%. Demgegenüber hat die traditionell hohe Zustimmung aus politisch linken Kreisen einen Einbruch erlitten (63%, -10%). Dies lässt sich möglicherweise damit erklären, dass im „rechten“ Meinungslager die Intervention der USA im Irak auf weniger Widerstand stiess als im „linken“ Lager (vgl. Kapitel 7).

Die deutlichsten Differenzen hinsichtlich der Uno-Friedenstruppen bestehen bei den drei internationalen Kooperationstypen (CC=0.35). Eine überwiegende Mehrheit der „harten Öffnungswilligen“ (84%, +2%) ist der Überzeugung, dass die Schweiz der Uno Friedenstruppen zur Verfügung stellen sollte, wohingegen nur eine Minderheit der „Autonomisten“ diese Sichtweise gutheisst (39%, +17%). Der Anstieg um 17% zeigt aber, dass zumindest anfangs Jahr bei den „Autonomisten“ ein Umdenken festzustellen war.

Fazit: Trotz des Irakkrieges billigt die Schweizer Bevölkerung weiterhin grossmehrheitlich Auslandseinsätze von Schweizer Soldaten. Es bestehen immer noch unterschiedliche Meinungen darüber, in welcher Form solche Einsätze zu erfolgen haben. Der Irakkrieg hat auf die Befürwortung der Bewaffnung eher dämpfend gewirkt. Die Unterstützung der Uno durch Schweizer Friedenstruppen stösst auf Akzeptanz, allerdings auf weniger grosse als im Vorjahr. Die im vorausgegangenen Abschnitt im Zuge des Irakkrieges konstatierte höhere Legitimation der Weltorganisation in der Schweizer Öffentlichkeit schliesst somit nicht notwendigerweise eine erhöhte Bereitschaft ein, für die Uno Militär bereitzustellen.

11 ARMEEREFORM XXI – INFORMATIONSTAND UND AKZEPTANZ

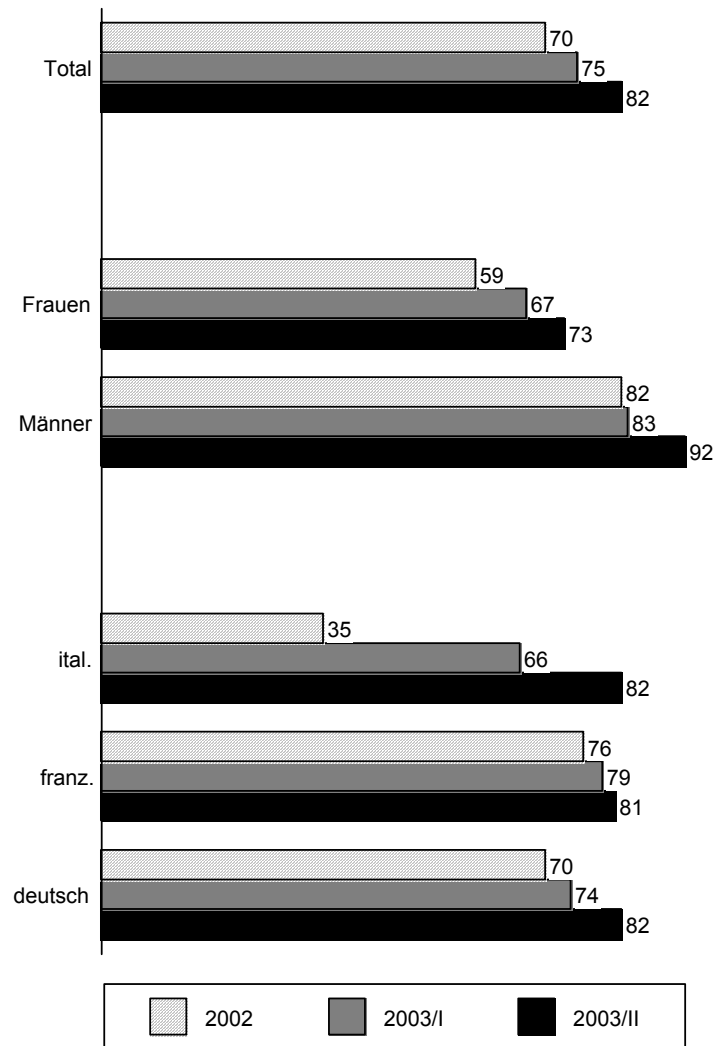
11.1 Informationsstand zur Armee XXI

In den Befragungen 2002 und 2003 wurde mittels einer Reihe von Fragen der Informationsstand der Bevölkerung zum Reformprojekt „Armee XXI“ ermittelt. Dabei richtete sich das Interesse einerseits auf den Stand der Kenntnisse, andererseits wurde aber auch die Akzeptanz der Reform erfragt. Allgemein ist festzustellen, dass sich innert Jahresfrist der Kenntnisstand zur Armee reform XXI nicht wesentlich verändert hat. Hatten im Februar 2002 70% der Befragten von der Reform gehört, gesehen oder gelesen, so erhöhte sich dieser Anteil bis Februar 2003 bloss um 5% auf 75% (siehe Abbildung 11.1). Dann aber intensivierte sich das Interesse im Vorfeld der Abstimmung. Bis April 2003 stieg der Bekanntheitsgrad der Reform an. Einen Monat vor der Abstimmung vom 18. Mai gaben mehr als acht von zehn Befragten an (82%, +7%), vom Umstrukturierungsvorhaben Kenntnis genommen zu haben. Geschlechtsspezifische Unterschiede traten klar zu Tage: Männer bekundeten häufiger, von der Armee reform gehört zu haben als Frauen. Dabei zeichneten sich verschiedene Wahrnehmungsstufen ab. Zwischen Februar 2002 (59%), Februar 2003 (67%) und April 2003 (73%) erhöhte sich der Anteil der Frauen, welche die Armee reform wahrgenommen hatten, jeweils um 6% bis 8%. Bei den männlichen Befragten liess sich schon 2002 mit 82% ein hoher Anteil an Informierten ausmachen. Dieser verharrte praktisch auf dem gleichen Niveau. Erst zwischen Februar und April 2003 stieg der Kenntnisstand der Männer nochmals deutlich an, um ganze 9% auf 92%. Fast jeder männliche Befragte gab somit vor der Abstimmung an, von der Armee reform zumindest gehört, gelesen oder etwas gesehen zu haben. Die erheblichen Unterschiede nach den Sprachregionen vom Februar 2003 existierten im April 2003 nicht mehr (siehe Abbildung 11.1).

Abbildung 11.1

„Armee XXI“ – Kenntnisstand (Anteil Ja in Prozent)

„Im Moment ist eine Armee reform, die so genannte ‚Armee XXI‘, im Gang. Haben Sie schon davon gehört, gesehen, gelesen?“

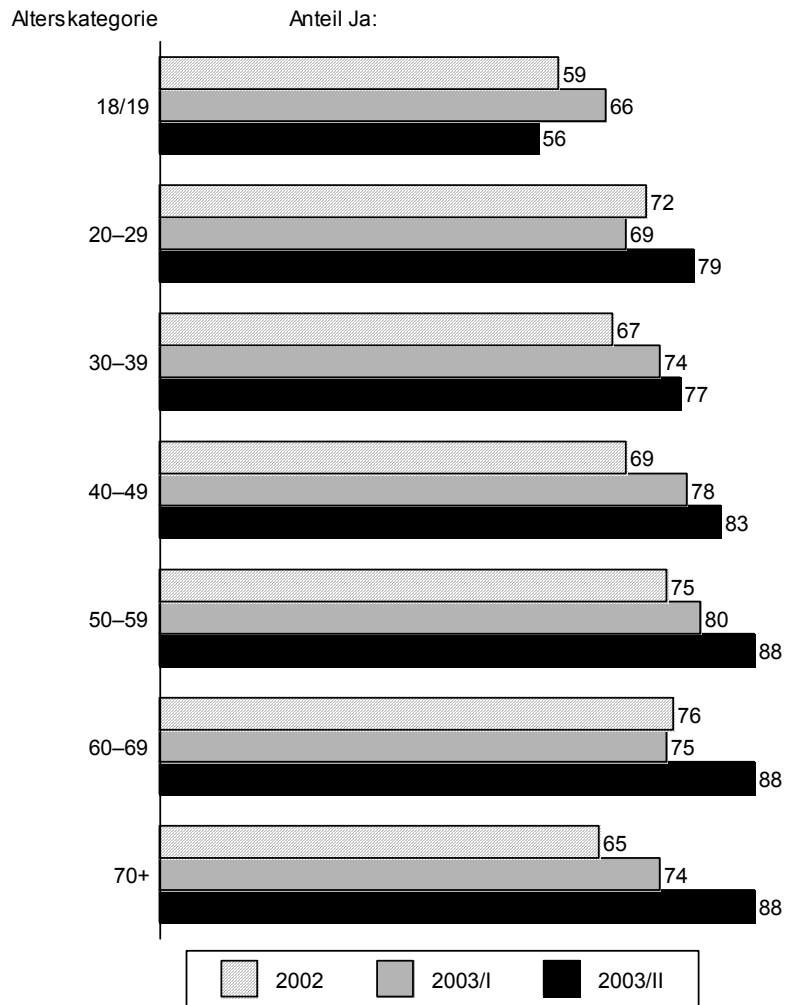


© K. Haltiner Si/731/03/P3/sr

Abbildung 11.2

„Armee XXI“ – Kenntnisstand (Anteil Ja in Prozent)

„Im Moment ist eine Armee reform, die so genannte ‚Armee XXI‘, im Gang. Haben Sie schon davon gehört, gesehen, gelesen?“



© K. W. Haltiner Si/731/03/P2/sr

Ältere Befragte wussten am ehesten, dass die Armee umstrukturiert werden sollte (ab 50-Jährige: 88%; siehe Abbildung 11.2). Die militärtragenden Alterskohorten der 20–39-Jährigen legten in Sachen Kenntnisstand nur moderat zu. Auf zunehmendes Desinteresse stiess die Reform bei den 18–19-Jährigen, bei denen nur eine knappe Mehrheit von der Reform gehört hatte. Nicht überraschend, variiert der Kenntnisstand je nach Bildungsgrad stark.

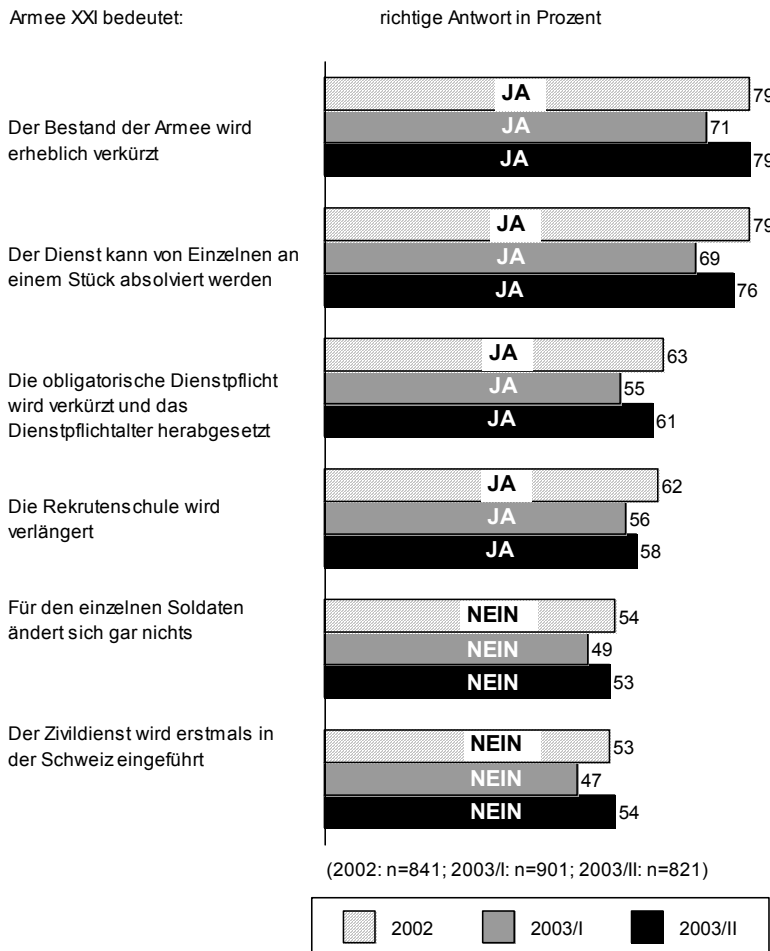
Die Antworten auf sechs Wissensfragen zur Armee XXI (siehe Abbildung 11.3) zeigten im Jahr 2002 ein bemerkenswert gutes Grundwissen bei denjenigen Personen (841 Befragte), die schon von der Armee XXI gehört, gesehen oder gelesen hatten. Im Februar 2003 wiesen alle Aussagen einen tieferen Richtigkeitswert aus. Erst im April 2003, also einen guten Monat vor der Abstimmung am 18. Mai, erreichten die Werte den gleich hohen Anteil wie 2002. Konstant geblieben war die Geschlechterkluft: Männer waren im Mittel besser informiert als Frauen. Hingegen haben sich die früher vorhandenen Differenzen nach Sprachregionen im April 2003 fast eingeebnet.

Im April 2003 war insbesondere das Wissen um die Bestandsverkleinerung der Schweizer Armee (79%) wie auch um die Möglichkeit von Durchdienersoldaten, d.h. Soldaten, die ihre Dienstpflicht am Stück absolvieren, ausgeprägt (76%). Grossmehheitlich bekannt waren auch die Verkürzung der obligatorischen Dienstpflicht und die Herabsetzung des Dienstpflichtalters (61%) sowie die Verlängerung der Rekrutenschule (58%). Nur eine knappe Mehrheit von 53% derjenigen SchweizerInnen, die von der Armee XXI gehört hatten, ging davon aus, dass sich in der neuen Armee für den „einfachen Soldaten“ etwas ändern würde. Mit den zwei nicht zutreffenden Aussagen „Für den einfachen Soldaten ändert sich in der Armee XXI gar nichts“ und „Mit der Armee XXI wird erstmals der Zivildienst in der Schweiz eingeführt“ bekundeten die SchweizerInnen in jeder Befragung am meisten Mühe. Nur jeweils knappe Mehrheiten von 53% respektive 54% der Befragten, welche schon von der Armee XXI gehört hatten, beantworteten die Aussagen richtig mit „Nein“. Die Armeereform XXI wurde von der Bevölkerung in der Regel als organisatorische Neustrukturierung oder als Neukonzeption der Armee wahrgenommen.

Der Wissensstand der Männer über die Armee XXI war stets höher als jener der Frauen. Die „Weiss nicht“-Vorgabe wurde von Frauen häufiger genutzt als von Männern. Tendenziell bestätigt sich die These einer relativen Indifferenz der Frauen gegenüber der Schweizer Armee, welche im letztjährigen Bericht formuliert wurde (Haltiner et al., 2002).

Abbildung 11.3

Armee XXI – Kenntnisstand der Personen, die schon von der Armee XXI gehört haben



© K.W. Haltiner Si/734/03/P2/th

Zusammenfassend kann konstatiert werden, dass vor allem Männer, ältere Befragte und Personen mit einem hohen Bildungsstand sich überdurchschnittlich über die Armee reform XXI informierten. Die jüngste Alterskohorte der 18–29-Jährigen zeigte sich etwas besser informiert über die Frage des Zivildienstes. Sie wussten eher, dass dieser nicht Teil der Armee reform war. Auch war ihnen eher

bewusst, dass es für den einzelnen Soldaten Änderungen geben würde. Hier äusserte sich wohl die persönliche Betroffenheit dieser Alterskohorte.

Abbildung 11.4

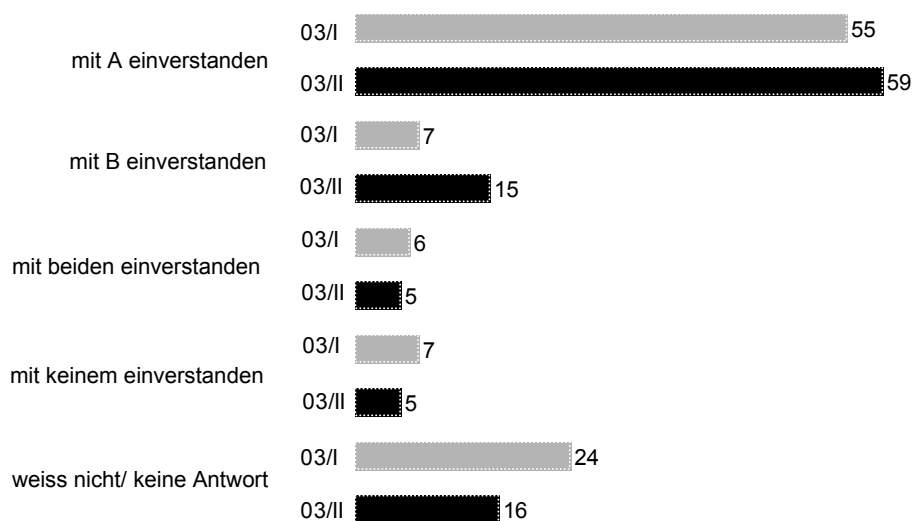
Armee XXI: Moderne versus Tradition (Angaben in Prozent)

Zwei Personen unterhalten sich über die Armeereform XXI. Die eine Person äussert sich folgendermassen:

A: „Mit der Armee XXI erhält die Schweiz eine moderne, auf ihre Grösse zugeschnittene Armee.“

Die zweite Person dagegen ist der folgenden Meinung:

B: „Mit der Armee XXI werden wichtige Traditionen aufgegeben.“



Si_03_P7-Armeer_P7/ts

In der Bevölkerung wurde die Reform alles in allem als dringende Modernisierung der Schweizer Armee verstanden (siehe Abbildung 11.4). Im April 2003 stimmten 59% (Februar: 55%) der Befragten der Aussage „Mit der Armee XXI erhält die Schweiz eine modernere, auf ihre Grösse zugeschnittene Armee“ „eher“ (26%, Februar: 20%) oder „völlig“ zu (33%, Februar: 35%). Bloss 15% (7%) meinten, „mit der Armee XXI werden wichtige Traditionen aufgegeben“. Diese Verteilung variierte nach Sprachregion, Geschlecht, Alter, Bildung und – eher erstaunlich! – politischer Links-rechts-Selbsteinstufung kaum. Das Argument, wonach die Reform eine dringend nötige Modernisierung der Armee darstelle, erreichte vor der Abstimmung die grösste Glaubwürdigkeit.

11.2 Akzeptanz der Armeereform XXI zwischen 2002 und 2003

Im Februar 2003 war der Anteil derjenigen, welche sich noch keine Meinung zur Reform gebildet hatten, noch immer beträchtlich hoch. Bezogen auf alle Befragten, also auch auf jene, welche die Armee reform XXI nicht zur Kenntnis genommen hatten, war es nur ein Viertel der Bevölkerung (26%, $\pm 0\%$), der zu jenem Zeitpunkt die Armee XXI vorbehaltlos guthiess. Zu Beginn des Jahres wurde offenbar das Reformprojekt noch nicht von einer grossen Bevölkerungsmehrheit getragen. Signifikante Unterschiede nach Alter und politischer Stellung waren nicht vorhanden. Auch sich als rechts einstufoende Personen billigten die Reform insgesamt mehrheitlich, bzw. wichen vom Durchschnitt bloss unerheblich ab. Hingegen erhielt die Reform bei den höheren Bildungsgruppen mehr Zustimmung.

Fazit: Generell lässt sich feststellen, dass im Februar 2003 nur wenig mehr SchweizerInnen das Projekt Armee XXI kannten als ein Jahr zuvor. Die Debatte in den Räten 2002 hatte also kaum dazu beigetragen, das vorhandene Informationsdefizit im Verlaufe des Jahres zu beheben. Erst der forcierte Abstimmungskampf verlagerte die Vorlage vermehrt ins Bewusstsein des Stimmvolks.

11.3 Abstimmungs- und Stimmbeteiligungsabsichten zur Armee reform XXI

Über die Entwicklung der Stimmabsicht im Vorfeld der Abstimmung gibt Tabelle 11.1 Auskunft. Zu allen Erhebungszeitpunkten glaubten die StimmbürgerInnen mit selbstbekundeter Stimmabsicht, eine Mehrheit des Volkes werde die Vorlage annehmen. Eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg der Vorlage war damit gegeben. Die eigene Stimmabsicht veränderte sich im Beobachtungszeitraum: Der Anteil der Zustimmungden mit Stimmabsicht wuchs von 50% im Februar auf 64% im April. Bekanntlich wurde die Vorlage an der Urne schliesslich mit 76% Zustimmung angenommen.

Im Halbjahr vor der Abstimmung hat somit ein intensiver Meinungsbildungsprozess stattgefunden, in welchem der Anteil derjenigen Personen ohne Meinung geschrumpft ist.

Tabelle 11.1

„Wenn am nächsten Sonntag über die Vorlage der Armee XXI abgestimmt würde, würde...“

	2003/I ...ich selbst...	2003/II ...ich selbst...	2003/I ...die Mehrheit des Volkes...	2003/II ...die Mehrheit des Volkes...
...sicher annehmen.“	37 = 50	44 = 64	21 = 53	20 = 67
...eher annehmen.“	13	20	32	47
...eher ablehnen.“	8	6	17	13
...sicher ablehnen.“	8	12	4	4
...weiss nicht / keine Antwort.“	34	18	26	16

Bemerkung: (Nur Personen mit selbst bekundeter, bestimmter Abstimmungsteilnahme, Februar 2003: 741 Personen, April: 540 Personen)

© K.W. Haltiner Si/795/03/sr

Auch nach dem Volksentscheid bleiben einige Unterschiede bei der Meinungsbildung interessant. Männer befürworteten die Reform stets stärker (61%) als Frauen. Diese zeigten sich lange unschlüssig („weiss nicht/keine Antwort“: 38%). Dasselbe Phänomen konnte im Vergleich der verschiedenen Bildungsschichten beobachtet werden. Während für höher Gebildete die Armee reform nie in Zweifel gezogen wurde (57%), bildeten sich Personen mit einem tieferen Bildungsabschluss lange Zeit keine Meinung („weiss nicht/keine Antwort“: 37%).

Die bereits im Februar beobachtete Geschlechterkluft in der selbst bekundeten Stimmbeteiligungsabsicht baute sich nie völlig ab. Es scheint somit, dass die Armee-Abstimmung primär eine „Männersache“ war. Die Zustimmung der Männer lag mit 71% (Februar: 60%) deutlich höher als die der Frauen (56%, Februar 38%). Personen mit einer selbst bekundeten politisch linken Einstellung unterstützten an beiden Messzeitpunkten die Armee reform unterdurchschnittlich. Während im Februar 2003 nur eine relative Mehrheit von 47% die Armee reform XXI annehmen wollte, befürwortete sie im April eine Mehrheit von 58%. Bei rechts stehenden Personen und solchen, welche sich der Mitte zuordnen, sprachen sich bei beiden Messungen jeweils Mehrheiten für die Armee reform aus. Eine Analyse nach den drei Alterskategorien barg eine Überraschung: Im Februar 2003 fand sich unter den 18–29-Jährigen der grösste Befürworteranteil mit

56%, dicht gefolgt von den ab 60-Jährigen (55%). Deutlich zurücklagen die 30–59-Jährigen, bei denen nur eine relative Mehrheit die Armeereform XXI in der Abstimmung annehmen wollte (46%). Zwei Monate später, im April 2003, waren sowohl die mittlere Alterskategorie (62%, +16%) wie auch die älteste (72%, +17%) zunehmend von der Reform überzeugt. Hingegen verharrten die 18–29-Jährigen weiterhin bei einem Zustimmungsanteil von 56%. Es scheint, dass die Argumente der Befürworterseite bei den jüngeren StimmbürgerInnen nicht in dem Masse gewirkt haben wie bei den anderen Alterskohorten, obwohl die jüngste Altersgruppe am stärksten von den Änderungen betroffen sein wird. Anfänglich bestehende Differenzen zwischen den Sprachregionen bauten sich im Verlaufe des Abstimmungskampfes ab.

Auf die Frage, ob der (während der Aprilbefragung sich im Gang befindliche) Irakkrieg die Einstellung zur Armeereform XXI verändert habe, antworteten 80% „Nein“, 6% „Ja“ (14% „Weiss nicht“ bzw. „keine Antwort“). Dabei waren kaum Unterschiede nach soziologischen Merkmalen auszumachen, höchstens, dass Frauen und Personen mit tiefem Bildungsabschluss häufiger mit „weiss nicht“ antworteten oder die Antwort verweigerten (21% resp. 24%). Von den 63 Personen, die angaben, ihre Meinung sei beeinflusst worden, meinte die relative Mehrheit, sie sei der Reform gegenüber positiver eingestellt. Doch aufgrund der geringen Anzahl Personen in dieser Teilstichprobe konnten keine verlässlichen statistischen Werte berechnet werden.

Die Armeereform XXI wurde am 18. Mai 2003 mit einem Volksmehr von 76% in allen Kantonen angenommen. Prozentual am stärksten unterstützten Stimmberechtigte aus den Kantonen Waadt (82.1%), Freiburg (81.1%) und Bern (80.4%) die Reform. Am kritischsten äusserten sich die Kantone Uri, Schaffhausen und Schwyz.

12 WEHRSTRUKTUR UND ARMEE

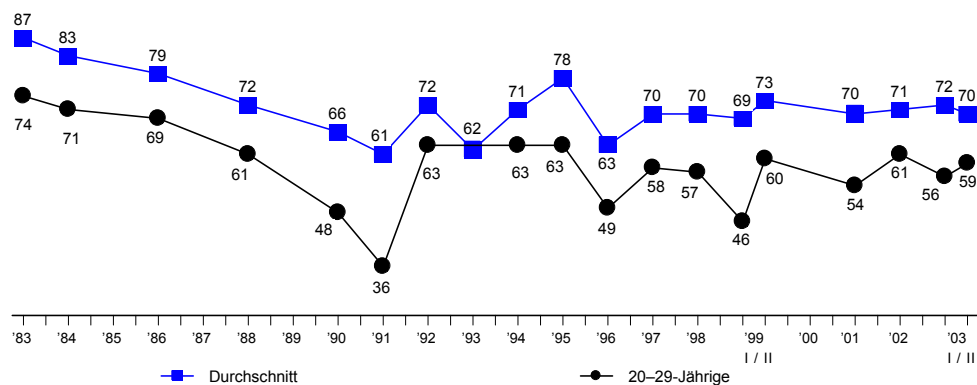
In diesem Kapitel wird einerseits die allgemeine Akzeptanz der Armee in der Schweiz im Trend von 1983–2003 analysiert und der gewünschte Umfang der Verteidigung betrachtet, andererseits fliesst die Beurteilung der Wehrstruktur, besonders die Frage nach der Wehrpflicht oder einer Berufsarmee, in die Analyse ein.

12.1 Armeeakzeptanz und -umfang

Die Frage nach der Notwendigkeit der Schweizer Armee gilt in der Studienreihe „Sicherheit“ als Hinweis für die Akzeptanz der schweizerischen Landesverteidigung schlechthin. Sie wird seit 1970 in unregelmässigen, seit 1990 in regelmässigen Abständen gestellt.

Abbildung 12.1

Notwendigkeit der Schweizer Armee („sehr“ und „eher“ notwendig in Prozent)



© K.W. Haltiner SI/364/03/P4/th

Nach einer Periode hoher Akzeptanzraten im Bereich von jeweils über 80% konnte in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre ein steter Rückgang in der Armeebefürwortung beobachtet werden (siehe Abbildung 12.1). Nach dem bisher-

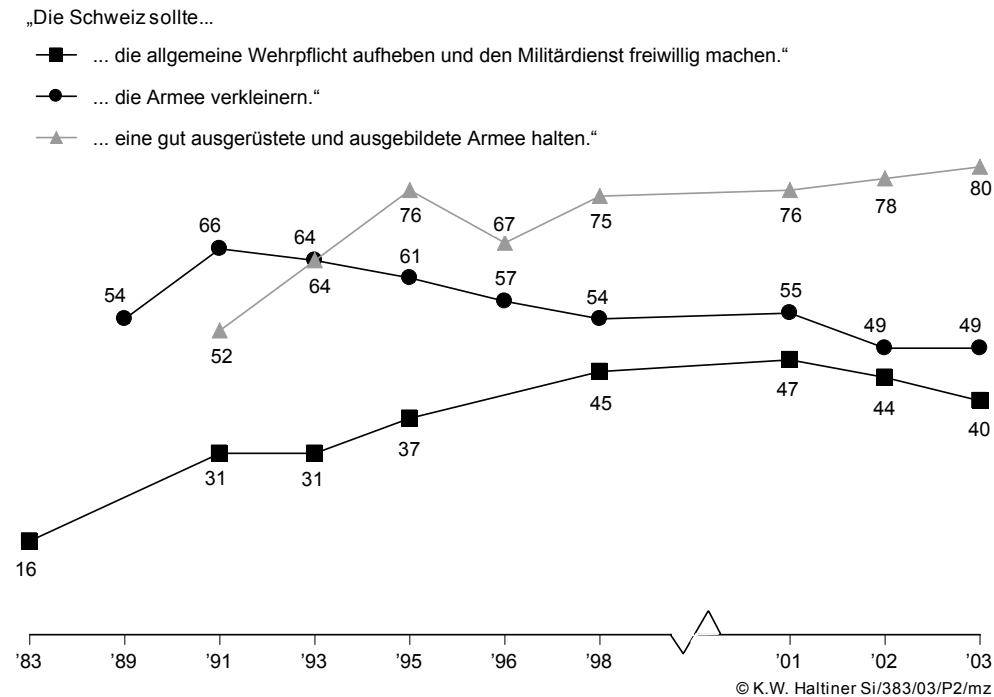
gen Tiefpunkt im Jahre 1991 (61%) machte sich eine gewisse Entkrampfung im Verhältnis zur Armee bemerkbar. Im Frühling 1995 lag die durchschnittliche Akzeptanzrate erstmals seit 1986 wieder bei 78%. Nach einem erneuten „Taucher“ um 15 Prozentpunkte 1996 pendelt sie seit 1997 im Bereich der 70%-Rate. Die 73-prozentige, nur schwach signifikant angestiegene Zustimmung im August 1999 ist mit einer stärkeren Akzeptanz der Sicherheitspolitik zu erklären, die im Gefolge des Kosovo-Krieges auch in anderen Datenbeständen festgestellt werden konnte (vgl. Haltiner et al., 1999). Seither scheint sich die Akzeptanzrate der Armee bei rund 70% eingependelt zu haben. Während 2003 die SchweizerInnen unverändert auf gleich hohem Niveau (70%–72%) die Armee für notwendig halten, stehen ihr die Jüngeren im Gegensatz zu 2002 (61%) kritischer gegenüber (56%, April: 59%). Der neuerliche Akzeptanzanstieg im April 2003 zeigt, dass trotz erwachender Friedensbewegung im Zuge des Irakkrieges die jüngste Alterskohorte nicht negativer gegenüber der Armee eingestellt ist. Allgemein verläuft die Akzeptanzrate der 20–29-Jährigen im langen Trend jeweils unter dem Mittel.

Unterdurchschnittliche Zustimmung findet die Armee ferner – auch dies der Normalfall – bei SchweizerInnen, welche sich als „links“ einstufen. Nur eine Minderheit (46%, April: 44%) unter ihnen erachtet die Armee als notwendig. Weiterhin liegt die Armeekzeptanz bei den WestschweizerInnen sowie bei Personen mit hoher Bildung ebenfalls unter dem Bevölkerungsmittel.

Mit der hohen Militäarakzeptanz korrespondiert die nach wie vor hohe Zustimmung zur Vorgabe, die Schweiz solle eine gut ausgerüstete und ausgebildete Armee halten (80%, +2%, siehe Abbildung 12.2). Noch nie wurde diese Vorgabe mit einer derartigen Deutlichkeit bejaht. Überdurchschnittlich mit einer modernen Schweizer Armee identifizieren sich politisch rechts Stehende (89%, –2%), die ältere Generation (89%, +2%) und die Neutralitätstraditionalisten (89%, +2%). Die Armeekzeptanz steht somit zeitkonstant im klassischen Spannungsfeld zwischen Links und Rechts, zwischen Jung und Alt, zwischen Romandie und Deutschschweiz, wobei sich die Pole je nach innen- und aussenpolitischer Lageentwicklung einmal stärker, einmal schwächer akzentuieren.

Abbildung 12.2

Armeeumfang und Wehrstruktur („sehr“ und „eher“ einverstanden in Prozent)



Wie letztes Jahr spricht sich nur knapp die Hälfte der Befragten für eine Verkleinerung der Armee aus (49%, $\pm 0\%$). Mit der gutgeheissenen Armeereform XXI wird die bis anhin geforderte Reduktion vollzogen. Somit ist der Bedarf nach einer weiteren Senkung des Truppenbestandes nicht mehr gegeben. Eine weitergehende Reduktion wird vor allem von Personen mit einer selbst bekundeten linken politischen Einstellung gefordert (70%),¹ wie auch höher Gebildete überdurchschnittlich der Meinung sind, dass die Armee nochmals verkleinert werden sollte (67%). Frauen scheinen ein höheres Sicherheitsbedürfnis zu haben, sind sie doch im Vergleich zu Männern viel weniger stark damit einverstanden, dass die Armee verkleinert werden sollte (39%). Männliche Befragte befürworten demgegenüber mehrheitlich (59%) eine weitere Verkleinerung der Schweizer Armee.

1 Mitte 47%, rechts 45%, CC=0.23.

12.2 Wehrstruktur: Miliz- versus Berufsarmee

Die Notwendigkeit der Schweizer Armee wird von der grossen Mehrheit der Bevölkerung bejaht. In der Frage aber, wie die Armee strukturiert sein sollte, sind sich die Befragten seit Mitte der neunziger Jahre nicht mehr einig.

Im Zentrum steht hier die Frage, wie die Bevölkerung über die Art und Weise der Rekrutierung denkt – also hinsichtlich Wehrpflicht oder Freiwilligkeit –, andererseits welche Streitkräfteform die Sicherheit in Zukunft besser gewährleisten kann. Die Frage richtet sich nach der Akzeptanz der Milizarmee oder einer Berufsarmee. Wer auf die Wehrpflicht verzichten möchte, aber die Beibehaltung der Armee gutheisst, befürwortet eine Berufsarmee. Wer die Milizarmee auch für die Zukunft als bessere Lösung der Landesverteidigung betrachtet, steht hinter der allgemeinen Wehrpflicht, somit hinter dem Prinzip der Zwangsrekrutierung. Der Zusammenhang ist hoch signifikant ($CC=0.43$).

Nur eine Minderheit der Bevölkerung unterstützt 2003 die Vorgabe, die allgemeine Wehrpflicht solle aufgegeben und der Militärdienst als freiwillig erklärt werden (40%, -4%; siehe Abbildung 12.2). Die Befürwortung der Freiwilligkeit des Militärdienstes erlebt somit wie letztes Jahr weniger Zuspruch. Konnte bis 2001 eine steigende Tendenz festgestellt werden, so ist dieser Trend seither gebrochen. Für eine Freiwilligenarmee votieren eine Mehrheit in der französischen Schweiz (65%, +3%), die politisch links Stehenden (59%, -4%), die „Neutralitätskritiker“ (60%, -5%) sowie die jüngste Altersgruppe (53%, -5%). Ausser in der Romandie sinkt bei allen soziodemographischen Gruppen die Bereitschaft, die Wehrpflicht aufzugeben und stattdessen die Rekrutierung auf freiwilliger Basis durchzuführen. Vor allem bei den 18–29-Jährigen hat die Aufhebung der Wehrpflicht innerhalb von zwei Jahren 14% an Zustimmung eingebüsst. Die bis anhin konstatierte „Ja-aber-ohne-mich“-Haltung schwächt sich ab, dürfte aber in dieser Alterskategorie noch immer bestimmend sein.

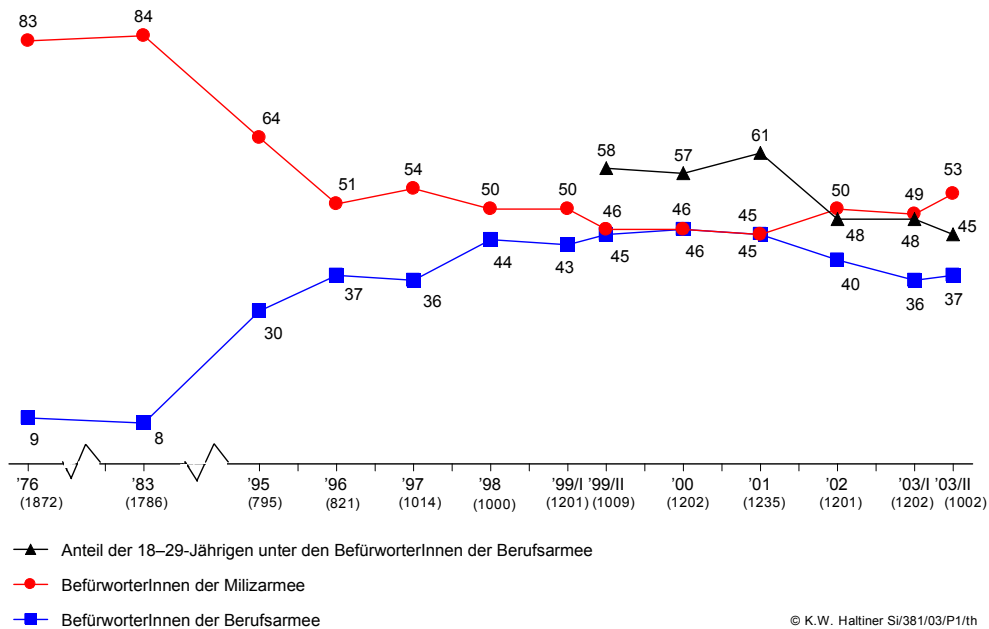
Die in den 90er Jahren gewachsene Sympathie für eine Berufsarmee lässt in der Schweizer Bevölkerung wieder nach. Konnte noch zwischen 1998 und 2001 eine verstärkende Tendenz zur Befürwortung einer professionalisierten Armee festgestellt werden, so bewegen sich die Zustimmungswerte 2003 wieder auf dem Niveau von Mitte der neunziger Jahre (siehe Abbildung 12.3). Im Februar 2003 befürworteten 36% und im April 37% der Befragten eine Berufsarmee. Dies bedeutet eine weitere Abnahme der Zustimmung um ca. 4% gegenüber dem Vorjahr. Auch bei der militärtragenden Alterskohorte der 18–29-Jährigen hat sich

der Wunsch nach einer Berufsarmee abgeschwächt (Zustimmung: 45%). In den Vorjahren wurde bei dieser Altersgruppe jeweils eine fast 60%-Billigung für eine Berufsstreitkraft gemessen. Dennoch befürworten die Jungen eine Professionalisierung der Schweizer Armee im Gesamtvergleich noch immer überdurchschnittlich.

Abbildung 12.3

Milizarmee versus Berufsarmee (Angaben in Prozent)

„Glauben Sie, dass die Milizarmee, wie wir sie in der Schweiz haben, auch in Zukunft unsere Landesverteidigung sicherstellen kann, oder wäre Ihrer Meinung nach eine Berufsarmee besser für uns?“



War bis anhin die Forderung nach einer Berufsarmee ein „linkes“ Anliegen, so kann hier ein eigentlicher Meinungsumschwung konstatiert werden. Im Februar befürworteten nur noch 34% eine Professionalisierung. Dies sind 19% weniger als letztes Jahr. Im April steigt zwar der Befürworteranteil auf 40%, doch die Unterschiede innerhalb der Links-rechts-Einstufung sind nach wie vor nicht signifikant. Der Krieg im Irak scheint somit vor allem in linken Kreisen die Skepsis gegenüber einer Berufsarmee geweckt zu haben. Einzig Personen aus der französi-

schen Schweiz sind mehrheitlich der Ansicht, dass eine Berufsarmee unsere Landesverteidigung besser sicherstellen könnte als die Milizarmee. Sowohl im Februar wie auch im April findet sich dafür eine Mehrheit (57% resp. 54%). Die kriegerischen Ereignisse im Irak scheinen in der Westschweiz die Einstellung zum Schweizer Wehrsystem nicht beeinflusst zu haben.

Die Sympathie für eine Berufsarmee ist zudem, wie schon in den Vorjahren, verbreitet bei Personen, die eine Verkleinerung der Armee fordern ($CC=0.27$). Tendenziell unterstützen Personen, die einverstanden sind mit einer Annäherung oder einem Beitritt zur Nato, die Einführung einer Berufsarmee stärker.

Der Sympathie-Trend für eine Berufsarmee in der Schweiz ist damit vorerst gebrochen. Die SchweizerInnen stehen wieder stärker hinter der Miliz, deren Befürwortung so hoch ist wie schon lange nicht mehr (49%, April: 53%). Zu erinnern ist hier auch an das insgesamt deutlich gestiegene Vertrauen in die Armee (vgl. Kapitel 6). Die wieder entdeckte Sympathie für die Milizwehrform liegt voll in diesem konstatierten Trend.

Es ist auch denkbar, dass mit der Armee reform XXI die Forderung nach einer Wehrstrukturänderung, welche von Teilen der Bevölkerung verlangt wurde, erfüllt worden ist. Eine weitere Professionalisierung der Armee drängt sich somit nach dieser Sichtweise nach der Annahme der Armee XXI nicht mehr auf.

12.3 Künftige Aufgaben der Armee

Welche Aufgaben soll die Armee künftig vordringlich übernehmen? Wie werden diese Aufgaben gewichtet? Die entsprechende Fragebatterie wurde bereits in der Erhebung 2000 gestellt. Gegenüber den Vorjahren hat sich das Aufgabenprofil dieses Jahr stärker konturiert. Einzelne Aufgaben werden deutlich höher gewichtet, andere zurückgestuft (siehe Abbildung 12.4). Vergleicht man mit dem Jahr 2000, so werden die Bekämpfung des Terrors, die Bewachung internationaler Konferenzen sowie die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung, alles typische Polizeiaufgaben, deutlich höher eingestuft. So wundert es nicht, wenn die Vorgabe „Unterstützung der zivilen Polizei“ (erstmalig 2003 gestellt) eine Mehrheitszustimmung (53%) erfährt. Gegenüber 2000 hat sich der Anteil an Befragten, welche meinen, diese Art der Aufgaben würde an Bedeutung verlieren, tendenziell vermindert. Die Diskussion um das Sicherheitsdispositiv des G8-Gipfels im französischen Evian kann hierbei zu einer stärkeren Sensibilisierung der Roman- dEs geführt haben. Die Schweizer Armee leistete mit rund 5000 Soldaten sub-

sidiäre Unterstützung in den Bereichen Logistik, Transport und Beobachtung, aber keinen Ordnungsdienst.

Für die Schweizer Stimmbevölkerung steht, wie 2000, die militärische Hilfe bei Grosskatastrophen im Inland im Vordergrund (72%, -10%). Ihr folgen in der Bedeutungszumessung direkt die erwähnten Polizeiassistenzaufgaben, Unterstützung der zivilen Grenzwaache eingeschlossen (63%, -1%). Eine Mehrheit hält am Einsatz von unbewaffneten Friedenstruppen (50%) fest, auch wenn eine gewisse Einbusse an Zustimmung (-6%) nicht zu übersehen ist. Bewaffnete Einsätze rangieren nachgeordnet (35%, -4%).

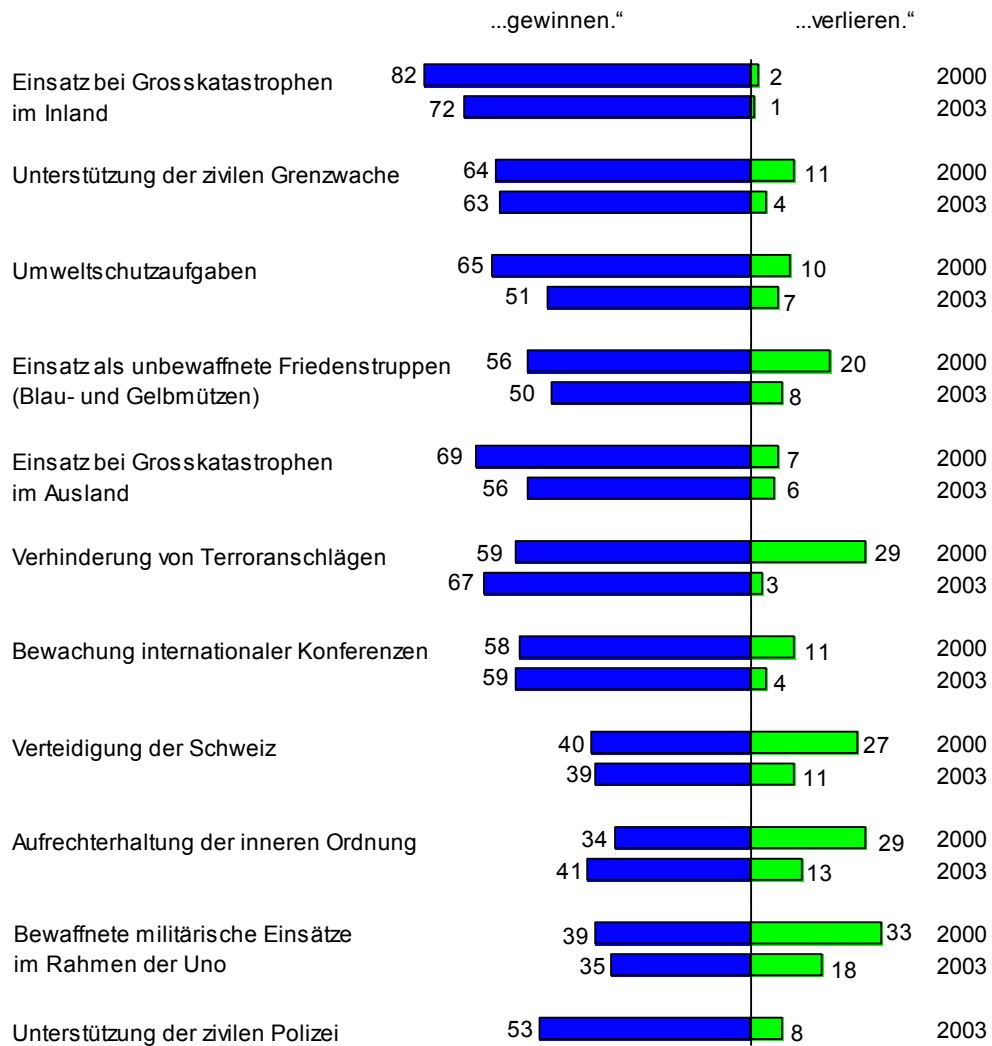
Die klassische Armeefunktion der Landesverteidigung bewertet die Bevölkerung als zweitrangig. Nur 39% sind der Auffassung, dass die Verteidigung der Schweiz eine zunehmende Bedeutung haben wird. Mehrheiten für einen Bedeutungsgewinn lassen sich in der französischen Schweiz und bei Personen mit obligatorischer Schulbildung ausmachen (58% respektive 51%). Die Verteidigung des Landes erhält somit eine relativ tiefe Gewichtung. Dies manifestiert sich auch darin, dass das Auslandengagement in der Bevölkerung höher gewichtet wird als die eigentliche Landesverteidigungsaufgabe, dies vor allem bei Jungen und Bessergebildeten. Der Bedeutungsgewinn respektive -verlust von Auslandeinsätzen der Schweizer Armee reflektiert die Meinungsverschiedenheit bezüglich des Grads an aussen- und sicherheitspolitischer Öffnung. „Harte Öffnungswillige“ gewichten Auslandeinsätze signifikant höher als die „Autonomisten“.

In der öffentlichen Meinung verschiebt sich das Aufgabenfeld der Armee vermehrt in Richtung einer multifunktionalen Sicherheitsorganisation. So werden nach Ansicht der Mehrheit der Bevölkerung Polizeiassistenzdienste im Inland (Unterstützung der Polizei und der Grenzwaache, Terrorbekämpfung, Bewachungsaufgaben) zunehmend wichtiger. Oberste Priorität wird den Rettungsaufgaben (Katastrophenschutz) beigemessen. Weniger Bedeutung zugesprochen werden militärischen Auslandeinsätzen, vor allem mit einer für den Selbstschutz bestimmten Bewaffnung. Eine Tendenz zur „Konstabularisierung“ des Militärs wird offensichtlich, d.h. es wird verlangt, dass die Armee in wachsendem Masse Polizeiassistenzaufgaben übernimmt. Zudem soll aber das Militär auch zur Absicherung zivilisatorischer und ökologischer Risiken beitragen.

Abbildung 12.4

Armee-Aufgaben, die künftig an Bedeutung gewinnen bzw. verlieren werden
(Angaben in Prozent)

„Aufgaben der Armee, die künftig an Bedeutung...



© K.W. Haltiner Si/385/03/P2/th

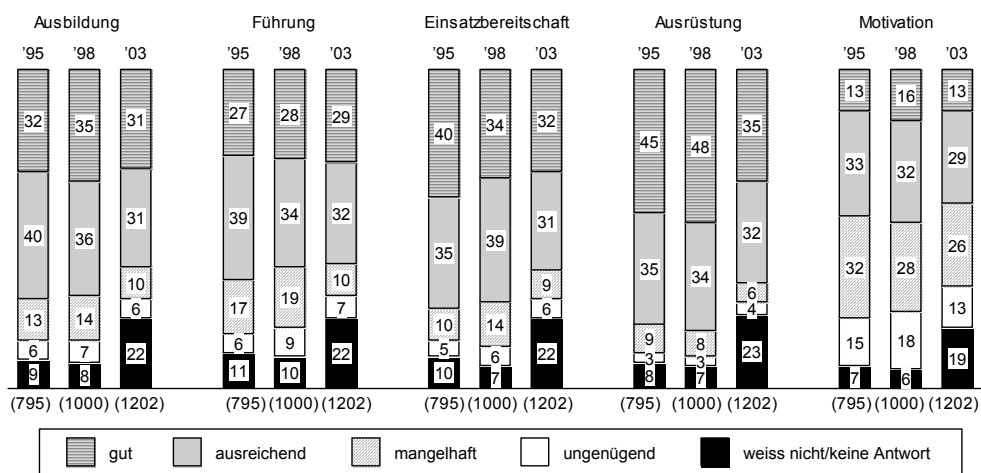
12.4 Wahrgenommene Effektivität der Armee

Hinweise auf die wahrgenommene Effektivität der Schweizer Armee gibt eine 1995 erstmals in die Erhebung einbezogene und 1998 sowie 2003 wiederholte Fragenbatterie. Darin wird den Befragten eine Beurteilung von Ausbildung, Führung, Einsatzbereitschaft, Ausrüstung und Motivation abverlangt (siehe Abbildung 12.5). Am augenfälligsten ist dieses Jahr der hohe Anteil an „Weiss nicht/keine Antwort“-Angaben. Er fällt mehr als doppelt so hoch aus. Überdurchschnittlich viele Frauen und sich politisch links positionierende Befragte, aber auch Personen aus der französischen Schweiz und mit tieferer Bildung haben keine eigene Meinung zu den Vorgaben. Mag sein, dass sich diese Personen bei solch detaillierten Fragen zur Effektivität der Schweizer Armee überfordert fühlen. Zu vermuten ist ferner, dass viele SchweizerInnen der Armee gegenüber eine gewisse Indifferenz entwickelt haben.

Abbildung 12.5

Wahrgenommene Effektivität der Armee

„Was meinen Sie: Wie steht es Ihrer Meinung nach mit der Ausbildung, der Führung, der Einsatzbereitschaft, der Ausrüstung und der Motivation in der Schweizer Milizarmee? Sind sie gut, ausreichend, mangelhaft oder ungenügend?“ (Angaben in Prozent)



© K.W. Haltiner 386/03/P2/th

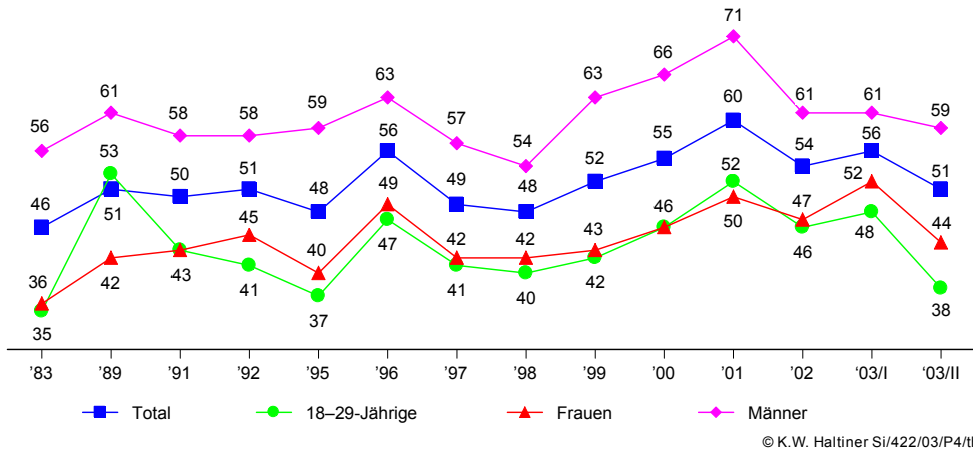
13 SICHERHEITSPOLITISCHES INTERESSE

Nur wer sich für Sicherheitspolitik interessiert, wird relevante Informationen aufnehmen und sich sicherheitspolitisch engagieren. Für eine Sicherheitspolitik, die auf ein hohes Mass an Bürgerengagement angewiesen ist, bleibt die öffentliche Anteilnahme am sicherheitspolitischen Geschehen von hoher politischer Bedeutung. Seit dem 11. September 2001, den nachfolgenden Kriegen in Afghanistan und Irak, der Eskalation im Palästina-Konflikt sowie den Spannungen zwischen Globalisierungsgegnern und -befürwortern hat die Frage der Sicherheit und der Sicherheitspolitik in den Medien eine vergleichsweise hohe Gewichtung erhalten. Trotz dieser stärkeren Medialisierung hat das allgemeine Interesse an Sicherheitspolitik in der Schweiz allerdings nicht zugenommen.

Abbildung 13.1

„Sehr“ bzw. „recht“ starkes Sicherheitspolitisches Interesse (Anteil „sehr“ und „recht“ stark in Prozent)

„Sie haben in dieser Umfrage einige Fragen zu Sicherheitspolitik beantwortet. Wie stark interessieren Sie sich für Fragen der nationalen Sicherheit, sehr stark, recht stark, ein bisschen oder überhaupt nicht?“



Im Vergleich zum Vorjahr verändert sich das sicherheitspolitische Interesse kaum (56%, +2%). Während des Irakkrieges legt es nicht zu, sondern nimmt sogar etwas ab (51%, -5%, siehe Abbildung 13.1).

Männer geben sich sicherheitspolitisch weiterhin stärker interessiert als Frauen, doch in abnehmendem Masse. Im Februar 2003 ist das Interesse der Frauen an sicherheitspolitischen Fragen so hoch wie noch nie seit der ersten Messung 1983 (52%, +5%), lässt aber – vermutlich aufgrund der medialen Übersättigung durch den Irakkrieg und der damit verbundenen Diskussion über Armeefragen – stark nach und verharrt im April auf dem üblichen Mittelwert der letzten Jahre (44%, -8%). Bei den 18–29-Jährigen sinkt das Interesse ebenfalls. Blieb es innerhalb des letzten Jahres stabil (48%, +2%), so fällt es bis April 2003 rapide auf 38%. Dies erstaunt, war es doch vor allem die jüngste Altersgruppe, welche sich bei den Demonstrationen gegen den Irakkrieg stark engagierte. Das medienpräsenste Friedensengagement vieler Jugendlicher hat kein gewachsenes Interesse an der schweizerischen Sicherheitspolitik bewirkt.

Befragte in der Deutschschweiz interessieren sich seit jeher überdurchschnittlich stark für schweizerische Sicherheitspolitik (61%, April 54%), hingegen kann sich wie stets nur eine Minderheit von 44% (April: 40%) der französischsprachigen SchweizerInnen dafür erwärmen. Weiterhin gilt, dass politisch rechts stehende gegenüber politisch links stehenden Befragten ein grösseres Interesse an Sicherheitspolitik aufweisen.

Zwischen dem sicherheitspolitischen Interesse und der Frage, ob man von Bekannten und Freunden häufig um Rat und Auskunft zu politischen Themen angegangen werde – mithin der Meinungsführerfunktion –, besteht ein hochsignifikanter Zusammenhang ($\gamma=0.45$). Personen, welche „öfters“ um ihre politische Meinung gefragt werden, interessieren sich zu 79% (-1%) „recht“ bzw. „sehr“ stark für Sicherheitspolitik. Demgegenüber stehen Befragte, welche angeben, „nie“ um politischen Rat gebeten zu werden, mit einem sicherheitspolitischen Interesse von nur 35% (-3%). Wiederum gilt deshalb: Die erhöhte Zuwendung zu sicherheitspolitischen Belangen kann als Ausdruck eines überdurchschnittlichen Interesses für Politik ganz allgemein gesehen werden. Dies bestätigten schon frühere Studien.

Obwohl internationale sicherheitspolitische Fragen in der Öffentlichkeit stark und auch am Beispiel des Irakkrieges kontrovers diskutiert werden, bleibt dennoch das Interesse der SchweizerInnen an der nationalen Sicherheitspolitik eher verhalten. Dabei mag eine gewisse Übersättigung durch temporäre Häufung entsprechender Informationen eine Rolle spielen.

LITERATURHINWEISE

- Bacher, J. (1994). Clusteranalyse. München: Oldenbourg.
- Backhaus, K., Erichson, B., Plinke, W., Weiber, R. (1990). Multivariate Analysemethoden. Eine anwendungsorientierte Einführung (6. Aufl.). Berlin: Springer.
- Blasius, J. (2001). Korrespondenzanalyse. München; Wien: R. Oldenbourg.
- Bortz, J. (1984). Lehrbuch der empirischen Forschung. Berlin: Springer.
- Bortz, J. (1993). Statistik. Für Sozialwissenschaftler (4. Aufl.). Berlin: Springer.
- Bortz, J., Döring, N. (2002). Forschungsmethoden und Evaluation für Human- und Sozialwissenschaftler (3., überarb. Aufl.). Berlin: Springer.
- Buri, Ch., Haltiner, K.W., Spillmann, K.R. (1991). Sicherheit 1991: Ergebnisse einer Repräsentativbefragung. Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Heft Nr. 18. Zürich: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse ETHZ.
- Greenacre, M. (1990). SimCA User's Manual. Pretoria: University of South Africa, Department of Statistics (unveröffentlicht).
- Haltiner, K.W. (1994). Sicherheit '94. Unveröffentlichte Bevölkerungsrepräsentativbefragung. Au/ Wädenswil: Militärische Führungsschule an der ETHZ.
- Haltiner, K.W. (1995). Sicherheit '95. Sicherheits- und verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Beiträge und Berichte – Militärische Führungsschule, Heft Nr.1. Au/Wädenswil: Militärische Führungsschule an der ETHZ.
- Haltiner, K.W. (1996). Sicherheit '96. Sicherheits- und verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Beiträge und Berichte – Militärische Führungsschule, Heft Nr. 3. Au/Wädenswil: Militärische Führungsschule an der ETHZ.
- Haltiner, K.W. (1998). Sicherheit '98. Sicherheits- und verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Beiträge und Berichte – Militärische Führungsschule, Heft Nr. 4. Au-Wädenswil: Militärische Führungsschule an der ETHZ.
- Haltiner, K.W., Spillmann, K.R. (1994). Öffnung oder Isolation der Schweiz? Aussen- und sicherheitspolitische Meinungsbildung im Trend. Zürcher Beiträge

zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Heft Nr. 32. Zürich: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse ETHZ.

Haltiner, K.W., Bertossa, L., Spillmann, K.R. (1996). Internationale Kooperationsbereitschaft und Neutralität. Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Heft Nr. 38. Zürich: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse ETHZ.

Haltiner, K.W., Bertossa, L., Spillmann, K.R. (1997). Sicherheit '97. Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Heft Nr. 42. Zürich: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse ETHZ.

Haltiner K.W., Wenger A., Bennett J., Szvirceev T. (1999). Sicherheit 1999 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Zürich und Au/Wädenswil: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse ETHZ und Militärische Führungsschule an der ETHZ.

Haltiner, K.W., Wenger, A., Bennett, J., Szvirceev, T. (2000). Sicherheit 2000 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Zürich und Au/Wädenswil: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETHZ und Militärische Führungsschule an der ETHZ.

Haltiner, K.W., Wenger, A., Bennett, J., Szvirceev, T. (2001). Sicherheit 2001 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Zürich und Au/Wädenswil: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETHZ und Militärische Führungsschule an der ETHZ.

Haltiner, K.W., Wenger, A., Bennett, J., Szvirceev, T. (2002). Sicherheit 2002 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Zürich und Au/Wädenswil: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETHZ und Militärakademie an der ETHZ.

Haltiner, K.W., Wenger, A., Bennett, J., Szvirceev Tresch, T. (2002). Gebildete fühlen sich sicherer. Tages-Anzeiger, Nr. 303, S. 7.

Kindhauser, E. (2003). Schweiz vs. USA. Permafrost. Weltwoche, Nr. 6.03, S. 10–13.

Meyer, R., Haltiner, K.W., Hofer, R., Iff, H., Rüegg, W. (1982). Fragen an die Zukunft. Die Bedeutung von Beruf, Bildung und Politik für die zwanzigjährigen Schweizerinnen und Schweizer. Pädagogische Rekrutenprüfungen, Wissenschaftliche Reihe Band 6. Aarau: Sauerländer.

Riklin, A., Frei, Ch. (1986). Bericht zum UniVox-Thema IVb „Verteidigung“. Zürich: GfS-Forschungsinstitut.

Riklin, A., Laggner, B. (1988). Bericht zum UniVox-Thema IVb „Verteidigung“. Zürich: GfS-Forschungsinstitut.

Riklin, A., Hafen, Th. (1990). Bericht zum UniVox-Thema IVb „Verteidigung“. Zürich: GfS-Forschungsinstitut.

Riklin, A. (1991). Neutralität im Wandel. NZZ, Nr. 219, 21./22. September.

Riklin, A. (1992). Die Neutralität in der Schweiz. In: Bewaffnete Neutralität heute, Beilage der Allgemeinen Schweizerischen Militärzeitschrift. Frauenfeld.

Stadelmann, J., Haltiner, K.W. (1992). Motivationsstudie '91. Bern: Stab GA.

ANHANG I

I Die Qualität der Variablen^I

Eine Menge von Objekten, die mittels einer Zahl dargestellt werden können, wird als Skala bezeichnet. Je nachdem, welche Eigenschaften und Beziehungen der Zahlen auf die Menge der Objekte sinnvoll übertragbar sind, unterscheidet man Skalen von verschiedenem Niveau. In der Statistik spricht man vom Skalenniveau der Variablen oder der Merkmale.

Eine Skala, die nur Identifikationen, nicht aber eine Zählung zulässt, heisst *Nominalskala* (z.B. Automarke, Beruf), eine, deren Zahlen lediglich „Grösser-kleiner“-Relationen abbilden, *Ordinalskala* (z.B. militärische Grade, Bildungsgrade). Eine Skala, bei der gleiche Zahlendifferenzen auch gleiche Merkmalsdifferenzen repräsentieren, wird als *Intervallskala* bezeichnet (z.B. Körpertemperatur, Metermass).

In dieser Studie wird ausschliesslich mit nominal und ordinal skalierten Variablen gearbeitet.

II Korrelationen und Koeffizienten^{II}

Zusammenhangsmasse sind wichtige Instrumente der beschreibenden Statistik. Als geeignete Masse haben sich sogenannte Korrelationskoeffizienten erwiesen, die Werte zwischen 0 und 1 annehmen können, wobei Werte nahe bei 0 auf einen geringen, Werte nahe bei 1 auf einen engen Zusammenhang hinweisen.

Viele Korrelationskoeffizienten geben zusätzlich noch die Richtung des Zusammenhangs an, indem sie positive Werte annehmen, wenn sich die beteiligten Variablen gleichläufig verhalten, oder negative, wenn sich die Variablen gegenläufig verhalten. Stimmt also beispielsweise die Mehrheit der Befragten, die der Frage A zustimmt, auch der Frage B zu, und lehnen gleichzeitig diejenigen, die Frage A ablehnen, auch Frage B mehrheitlich ab, spricht man von einem positi-

I Nach Bortz (1984) und Bortz / Döring (2002).

II Nach Bortz (1984), Bortz / Döring (2002), Meyer / Haltiner / Hofer / Iff / Rüegg (1982).

ven Zusammenhang. Eine negative Korrelation ergäbe sich dann, wenn die Personen, die A zustimmen, B mehrheitlich ablehnen und umgekehrt.

Es gibt eine ganze Reihe von unterschiedlichen Korrelationskoeffizienten, die sich für unterschiedliche Arten der Fragestellung und Beschaffenheit der Daten eignen. In dieser Studie werden als Masse für nominalskalierte Variablen (Merkmale, die sich nur qualitativ voneinander unterscheiden lassen, wie z.B. Staatszugehörigkeit, Religion oder Beruf) und ordinalskalierte Variablen (d.h. solche mit Rangcharakter, wie z.B. „grösser als...“ „oder „wichtiger als...“) der sogenannte Kontingenzkoeffizient (CC) und der Gamma-Koeffizient (γ) verwendet.

Der *Kontingenzkoeffizient*, abgekürzt CC, erfasst den Zusammenhang (die Assoziation) zweier nominalskalierter Merkmale. Der Wertebereich von CC variiert zwischen 0 und 1 (nur positive Koeffizienten). Dabei bedeutet 0 völlige Unabhängigkeit und 1 einen absoluten Zusammenhang zwischen den Merkmalen.

Der *Gamma-Koeffizient* (γ) gelangt zur Anwendung, wenn die zu analysierenden Variablen Ordinalcharakter aufweisen. Der Wertebereich des Gamma-Koeffizienten variiert zwischen -1 und $+1$. Dabei bedeutet 0 völlige Unabhängigkeit und $+1$ einen absolut positiven bzw. -1 einen absolut negativen Zusammenhang.

Signifikanz: Korrelationskoeffizienten sind ein Mass für den Zusammenhang zweier oder mehrerer Variablen. Dieser kann aber manchmal bloss zufälligen Charakter haben. D.h., eine festgestellte Korrelation ist in der Stichprobe gegeben, kann aber nicht auf die Grundgesamtheit übertragen werden. Anders ausgedrückt: Der Schluss von der Stichprobe auf die Grundgesamtheit ist statistisch nicht gesichert. Konkret würde das in unserem Fall bedeuten, dass eine Verallgemeinerung eines zwischen zwei Variablen gegebenen Zusammenhangs von unserer 1200-Personen-Stichprobe auf die Gesamtheit der schweizerischen Stimmbevölkerung unsicher ist. Ist die Verallgemeinerung von Merkmalen einer Untergruppe (Stichprobe) auf die Grundgesamtheit hingegen möglich, so ist der festgestellte Zusammenhang zwischen den Variablen signifikant.

III Das Testen von Unterschiedshypothesen mittels χ^2 -Test

Der im Rahmen dieses Berichtes ebenfalls verwendete χ^2 -Test beruht auf dem $k \cdot l$ - χ^2 -Verfahren zur Überprüfung von Unterschiedshypothesen, wobei k die Zahl der zu vergleichenden Stichproben und l die Zahl der Ausprägungen des zu untersuchenden Merkmals bezeichnet (Bortz, 1993, S. 160). Es wird geprüft, ob sich

k voneinander unabhängige Stichproben auf die Ausprägungen eines Merkmals B in unterschiedlicher Weise verteilen. Ein signifikantes Ergebnis bedeutet, dass die Unterschiede in der Verteilung von k unabhängigen Stichproben auf die Ausprägungen eines Merkmals B mit einer gewissen Irrtumswahrscheinlichkeit (in der Regel höchstens 5%) nicht durch Zufall zustande gekommen sind.

IV Die Clusteranalyse^{III}

Die Clusteranalyse ist ein statistisches Datenreduktionsverfahren zur systematischen Klassifizierung von Objekten einer gegebenen Menge. Die durch eine bestimmte Anzahl von Merkmalen beschriebenen Objekte werden nach Massgabe ihrer Ähnlichkeit in Gruppen (Cluster) zusammengefasst, wobei die Cluster untereinander möglichst homogen und extern möglichst gut voneinander unterscheidbar sein sollen. Mit anderen Worten: Die Elemente eines Clusters sollen möglichst ähnlich sein, und jedes Element eines Clusters soll sich möglichst stark von den Objekten anderer Cluster unterscheiden. Ziel der Clusteranalyse ist es also, Gruppen so zu bestimmen, dass die Korrelationen der Variablen einer Gruppe zu den Variablen aller anderen Gruppen möglichst niedrig sind.

Es gibt zwei grosse Familien von clusteranalytischen Verfahren: die optimierenden und die hierarchischen. In der Regel muss bei den ersteren eine Startgruppierung vorgegeben werden. D.h., das erste Objekt jedes Clusters (Startwert) und die Anzahl der gewünschten Cluster werden vorgegeben. Es wird dann versucht, diese Startgruppierung durch schrittweise Verschiebung jedes neu in Betracht gezogenen Objekts von einem Cluster zu einem anderen zu verbessern; man verfährt so lange, bis keine Verbesserung mehr möglich ist. Die ständige Verbesserung der Elementeverteilung ist der Vorteil der optimierenden gegenüber den hierarchischen Verfahren, bei welchen keine Startgruppierung notwendig ist.

Für unsere Berechnungen haben wir ein optimierendes Verfahren gewählt. Die Prozedur QUICK CLUSTER, welche auf dem K-Means-Verfahren basiert, eignet sich besonders bei grossen Fallzahlen. Es wird dabei wie folgt vorgegangen: In einem ersten Schritt werden die Startwerte für die Clusterzentren bestimmt. Im zweiten Schritt wird bei nur einem Durchgang durch die Daten nacheinander jeder Fall dem nächstgelegenen Clusterzentrum zugeordnet. Nach jeder Zuord-

III Nach Bortz (1989), Bacher (1994).

nung wird die Lage des Clusterzentrums so neu berechnet und korrigiert, dass es zum Schwerpunkt der zugehörigen Fälle wird. Im dritten Schritt schliesslich werden die Fälle wiederum dem (verschobenen) Zentrum zugeordnet, das nunmehr am nächsten liegt. Unter einem Clusterzentrum hat man sich aber nicht ein konkretes Objekt vorzustellen, sondern ein künstliches. Man könnte dieses als Sonnensystem visualisieren, wobei das Zentrum des Clusters die Sonne wäre. Die anderen Clusterobjekte würden die um die Sonne kreisenden Planeten darstellen.

Nach der Durchführung der Clusteranalyse verfügen wir über zwei wichtige Informationen: Wir wissen, welche Werte die einzelnen Clusterzentren aufweisen und welchem Cluster jedes Objekt angehört. Die Clusterzugehörigkeit kann somit als eine neue Variable betrachtet werden, mit der sich arbeiten lässt.

V Die Korrespondenzanalyse^{IV}

Die Korrespondenzanalyse ist ein exploratives Verfahren zur grafischen und numerischen Darstellung der Zusammenhänge zwischen verschiedenen kategorialen, d.h. nominal oder ordinal skalierten Daten (siehe Abschnitt I). Charakteristisch für die Korrespondenzanalyse ist die Unterscheidung zwischen beschreibenden (Reihenvariablen) und zu beschreibenden Variablen (Kolonnenvariablen). Im Rahmen der Auswertungen für die Studien „Sicherheit“ sind die beschreibenden Variablen in der Regel soziodemographische Angaben (Alter, Geschlecht, Sprachregion), während es sich bei den zu beschreibenden Variablen um inhaltliche Merkmale handelt (z.B. geringes oder grosses Vertrauen in die Armee). Zwei Interpretationsmöglichkeiten stehen im Vordergrund: Die Distanzinterpretation zeigt einerseits, welche Variablenausprägungen sich am ähnlichsten (d.h. nächsten) sind und andererseits, welche soziodemographischen Gruppen sich für ähnliche Variablenkategorien entscheiden und deshalb in der grafischen Darstellung ebenfalls nahe beisammen liegen. Die zweite Interpretation besteht in der Zuordnung von Variablen zu so genannten latenten Faktoren, d.h. zu Dimensionen, die nicht direkt gemessen wurden, deren Existenz aber durch die Anordnung der manifesten Variablen in der grafischen Lösung postuliert werden kann.

IV Nach Greenacre (1990) und Blasius (2001).

Die einfache Korrespondenzanalyse kann somit auch als eine Hauptkomponentenanalyse nominal skaliertter Daten bezeichnet werden. Eine Hauptkomponentenanalyse erklärt die Varianz einer bestimmten Datenmatrix durch rechtwinklige, d.h. voneinander unabhängige Hauptachsen. In der Korrespondenzanalyse wird die Gesamtvarianz einer Datenmatrix durch das in Kreuztabellen übliche χ^2 gemessen, welches den Grad der Unabhängigkeit von Reihen und Kolonnen angibt. Es ist also das χ^2 , welches durch die Hauptachsen erklärt wird. Genau genommen, wird die so genannte *Inertia* erklärt, welche dem χ^2 dividiert durch das Gesamttotal (Gesamtsumme der Häufigkeiten in allen Reihen addiert mit der Gesamtsumme der Häufigkeiten in allen Kolonnen) entspricht.

In der klassischen Hauptkomponentenanalyse bestimmen Reihen und Kolonnen eine einzige Punktwolke im mehrdimensionalen Raum. Die Hauptachsen zeigen auf, welche Subdimensionen diesen Punkten am nächsten kommen. Die Korrespondenzanalyse kennt dagegen zwei Punktwolken – sogenannte Reihen- und Kolonnenprofile. Diese Profile entsprechen der Zellgröße dividiert durch das jeweilige Reihen- bzw. Kolonnen-total.

Einen sehr guten deutschsprachigen Überblick zur Korrespondenzanalyse bietet Blasius (2001).

ANHANG II

I Die Typologien der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationswilligkeit und der Neutralitätsauffassung

Ein Verfahren zur Typenbildung von Personen mit verwandten Eigenschaften bietet die Clusteranalyse. Sie erlaubt es, Befragte mit einem weitgehend ähnlichen Einstellungsprofil zu Typen zusammenzufassen. Der eine Typ soll dabei zu Typen mit anderen Einstellungsprofilen möglichst wenig Ähnlichkeit aufweisen. Die Typenbildung erfolgt in einem Optimierungsprozess, d.h. es gibt mehr oder weniger optimale Lösungen (vgl. Anhang I, Abschnitt IV).

Die hier vorgelegten Typenbildungen wurden erstmals mit den Daten des Jahres 1993 vorgenommen. Sie dienen seither als Grundlage für die Ermittlung dominanter Einstellungsmuster mit Blick auf die internationale Kooperationsbereitschaft und Neutralitätsauffassung in der schweizerischen Bevölkerung.^v

Im Folgenden sind die Zentren der berechneten Cluster der Typologien „internationale Kooperationswilligkeit“ und „Neutralitätsauffassung“ für die Daten 2003 numerisch wiedergegeben (Tabelle I und III) und durch die Abbildungen A und B grafisch verdeutlicht. Für Vergleichszwecke werden ebenso die numerischen Clusterzentren der Daten 2002 abgebildet (Tabellen II und IV).

V Wer sich für das theoretische Konzept der Typologie näher interessiert, sei auf den Jahresband *Öffnung oder Isolation der Schweiz? Aussen- und sicherheitspolitische Meinungsbildung im Trend* verwiesen (Haltiner & Spillmann, 1994, S. 15ff.).

Tabelle I

Typologie der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationswilligkeit 2003

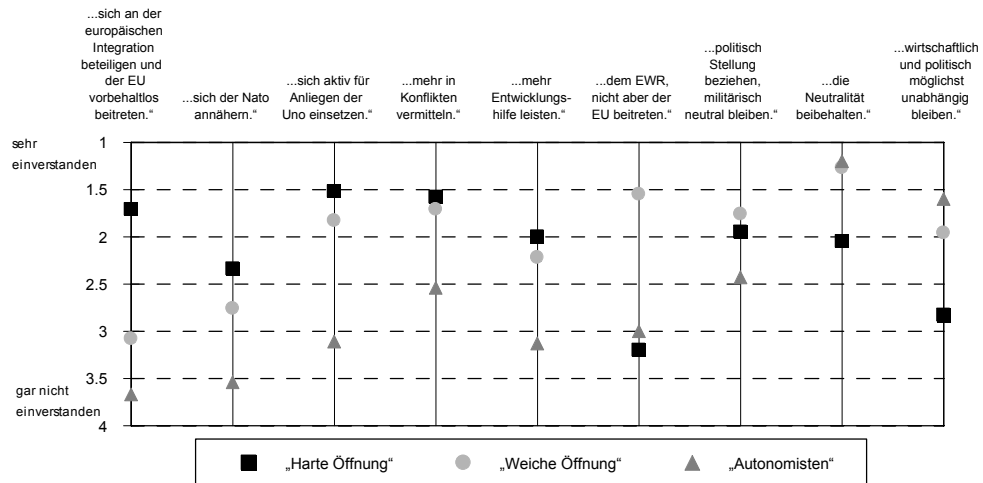
Variable	Zentrum Cluster 1 („Harte Öffnung“)	Zentrum Cluster 2 („Weiche Öffnung“)	Zentrum Cluster 3 („Autonomisten“)
„Die Schweiz sollte... ...sich an der europäischen Integration beteiligen und der EU vorbehaltlos bei- treten.“	1.71*	3.08	3.67
...sich der Nato annähern.“	2.34	2.76	3.54
...sich aktiv für Anliegen der Uno einsetzen.“	1.52	1.83	3.11
...mehr in Konflikten vermitteln.“	1.58	1.71	2.54
...mehr Entwicklungshilfe leisten.“	2.00	2.22	3.13
...dem EWR, nicht aber der EU beitreten.“	3.20	1.55	3.00
...politisch Stellung beziehen, militärisch neutral bleiben.“	1.95	1.76	2.43
...die Neutralität bei- behalten.“	2.05	1.27	1.20
...wirtschaftlich und politisch möglichst unabhängig bleiben.“	2.83	1.96	1.60

* 1 = sehr einverstanden, 2 = eher einverstanden, 3 = eher nicht einverstanden, 4 = gar nicht einverstanden

Abbildung A

Typologie der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationswilligkeit 2003
(Mittelwerte)

„Die Schweiz sollte...“



© K. W. Haltiner Si/529/03/P3/mz

Tabelle II

Typologie der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationswilligkeit 2002

Variable	Zentrum Cluster 1 („Harte Öffnung“)	Zentrum Cluster 2 („Weiche Öffnung“)	Zentrum Cluster 3 („Autonomisten“)
„Die Schweiz sollte... ...sich an der europäischen Integration beteiligen und der EU vorbehaltlos beitreten.“	1.64*	2.71	3.65
...sich der Nato annähern.“	2.44	2.61	3.53
...der Uno beitreten.“	1.25	1.61	3.67
...mehr in Konflikten vermitteln.“	1.78	1.86	2.54
...mehr Entwicklungshilfe leisten.“	1.85	2.28	2.96
...dem EWR, nicht aber der EU beitreten.“	3.19	1.92	2.81
...politisch Stellung beziehen, militärisch neutral bleiben.“	2.19	1.97	2.60
...die Neutralität beibehalten.“	2.17	1.40	1.14
...wirtschaftlich und politisch möglichst unabhängig bleiben.“	3.15	2.07	1.49

* 1 = sehr einverstanden, 2 = eher einverstanden, 3 = eher nicht einverstanden, 4 = gar nicht einverstanden

Tabelle III

Typologie der Neutralitätsauffassungen 2003

Variable	Zentrum Cluster 1 („Kritiker“)	Zentrum Cluster 2 („Pragmatiker“)	Zentrum Cluster 3 („Dissonante“)	Zentrum Cluster 4 („Traditionalisten“)
Internationale gute Dienste dank der Neutralität.	2.33*	1.40	1.50	1.29
Die Neutralität ist untrennbar mit schweizerischem Staatsgedanken verbunden.	3.17	1.77	1.61	1.38
Dank der Neutralität bleibt die Schweiz von Konflikten verschont.	3.23	2.73	1.69	1.53
Die bewaffnete Neutralität trägt zur Sicherheit und Stabilität in Europa bei.	3.23	3.18	1.85	1.68
Die Neutralität kann heute militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden.	1.99	2.38	2.14	3.27
Wenn die Neutralität der Schweiz keine Vorteile mehr bringt: aufgeben!	1.92	3.69	2.67	3.56
Unsere enge internationale Verflechtung verunmöglicht die Neutralität.	2.40	3.27	2.35	3.59
Die Neutralität könnte uns am gemeinsamen Handeln mit unseren europäischen Nachbarn hindern.	1.96	3.34	1.97	3.46

* 1= sehr einverstanden, 2= eher einverstanden, 3= eher nicht einverstanden, 4= gar nicht einverstanden

Abbildung B

Typologie der Neutralitätsauffassungen 2003 (Mittelwerte)

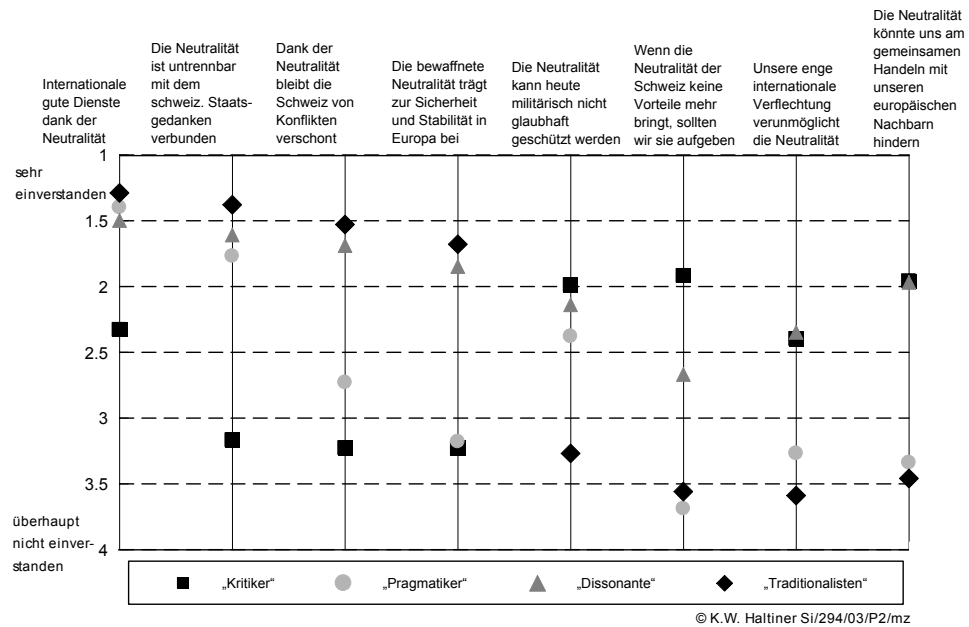


Tabelle IV

Typologie der Neutralitätsauffassungen 2002

Variable	Zentrum Cluster 1 („Kritiker“)	Zentrum Cluster 2 („Pragmatiker“)	Zentrum Cluster 3 („Dissonante“)	Zentrum Cluster 4 („Traditionalisten“)
Internationale gute Dienste dank der Neutralität	2.50*	1.59	1.48	1.31
Die Neutralität ist untrennbar mit schweizerischem Staatsgedanken verbunden	2.79	2.15	1.53	1.49
Dank der Neutralität bleibt die Schweiz von Konflikten verschont	3.14	2.88	1.73	1.72
Die bewaffnete Neutralität trägt zur Sicherheit und Stabilität in Europa bei	3.21	3.13	1.91	1.72
Die Neutralität kann heute militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden	1.89	2.38	1.90	3.29
Wenn die Neutralität der Schweiz keine Vorteile mehr bringt: aufgeben!	2.05	3.52	2.57	3.67
Unsere enge internationale Verflechtung verunmöglicht die Neutralität	2.37	3.26	2.28	3.59
Die Neutralität könnte uns am gemeinsamen Handeln mit unseren europäischen Nachbarn hindern	2.02	3.16	2.13	3.40

* 1= sehr einverstanden, 2= eher einverstanden, 3= eher nicht einverstanden, 4= gar nicht einverstanden

II Korrespondenzanalysen verschiedener Sicherheitsaspekte

An dieser Stelle werden Kennwerte zur Korrespondenzanalyse in Kapitel 6 und Kapitel 7 angegeben. Näheres zur Methode der Korrespondenzanalyse findet sich in Abschnitt V des Anhangs I. Dort wird auch auf weiterführende Literatur verwiesen.

Tabelle V

Rohdatenmatrix der Korrespondenzanalyse des Vertrauens zu verschiedenen Behörden und Institutionen nach soziodemographischer Gruppenzugehörigkeit

		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	sum
		bw	bv	pw	pv	gw	gv	zw	zv	aw	av	mw	mv	ww	wv	
1	ma	102	305	104	269	64	356	48	403	78	329	194	124	112	232	2720
2	fr	79	363	82	304	62	380	36	449	65	373	216	136	145	194	2884
3	a1	26	96	25	75	17	108	25	106	32	71	60	36	42	72	791
4	a2	102	375	111	322	67	442	38	494	88	390	221	162	149	236	3197
5	a3	53	197	50	176	42	186	21	252	23	241	129	62	66	118	1616
6	ti	39	114	43	104	34	116	15	163	28	147	69	59	41	83	1055
7	mi	109	403	107	340	71	449	53	514	75	425	258	149	165	253	3371
8	ho	31	144	34	122	21	163	16	165	40	124	83	49	47	83	1122
9	li	23	102	22	83	19	100	16	97	42	61	49	37	52	43	746
10	Mi	104	445	108	381	67	492	45	577	75	478	249	168	152	286	3627
11	re	39	82	44	76	34	95	19	120	17	110	81	31	40	65	853
	sum	707	2626	730	2252	498	2887	332	3340	563	2749	1609	1013	1011	1665	21982

Bemerkungen:

Die Reihenvariablen lauten in voller Länge:

ma=Männer, fr=Frauen, a1=18–29-Jährige, a2=30–59-Jährige, a3=ab 60-Jährige, ti=obligatorische Schulbildung, mi=Mittelschulabschluss / Berufsmatur, ho=Hochschulabschluss, li=politisch links stehend, Mi=politisch in der Mitte stehend, re=politisch rechts stehend.

Die Spaltenvariablen lauten in voller Länge:

bw=wenig Vertrauen in den Bundesrat, bv=grosses Vertrauen in den Bundesrat, pw=wenig Vertrauen in das Parlament, pv=grosses Vertrauen in das Parlament, gw=wenig Vertrauen in die Gerichte, gv=grosses Vertrauen in die Gerichte, zw=wenig Vertrauen in die Polizei, zv=grosses Vertrauen in die Polizei, aw=wenig Vertrauen in die Armee, av=grosses Vertrauen in die Armee, mw=wenig Vertrauen in die Medien, mv=grosses Vertrauen in die Medien, ww=wenig Vertrauen in die Wirtschaft, wv=grosses Vertrauen in die Wirtschaft.

Tabelle VI

Reihenprofilpunkte

		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	sum
		bw	bv	pw	pv	gw	gv	zw	zv	aw	av	mw	mv	ww	wv	
1	ma	3.8	11.2	3.8	9.9	2.4	13.1	1.8	14.8	2.9	12.1	7.1	4.6	4.1	8.5	100
2	fr	2.7	12.6	2.8	10.5	2.1	13.2	1.2	15.6	2.3	12.9	7.5	4.7	5	6.7	100
3	a1	3.3	12.1	3.2	9.5	2.1	13.7	3.2	13.4	4	9	7.6	4.6	5.3	9.1	100
4	a2	3.2	11.7	3.5	10.1	2.1	13.8	1.2	15.5	2.8	12.2	6.9	5.1	4.7	7.4	100
5	a3	3.3	12.2	3.1	10.9	2.6	11.5	1.3	15.6	1.4	14.9	8	3.8	4.1	7.3	100
6	ti	3.7	10.8	4.1	9.9	3.2	11	1.4	15.5	2.7	13.9	6.5	5.6	3.9	7.9	100
7	mi	3.2	12	3.2	10.1	2.1	13.3	1.6	15.2	2.2	12.6	7.7	4.4	4.9	7.5	100
8	ho	2.8	12.8	3	10.9	1.9	14.5	1.4	14.7	3.6	11.1	7.4	4.4	4.2	7.4	100
9	li	3.1	13.7	2.9	11.1	2.5	13.4	2.1	13	5.6	8.2	6.6	5	7	5.8	100
10	Mi	2.9	12.3	3	10.5	1.8	13.6	1.2	15.9	2.1	13.2	6.9	4.6	4.2	7.9	100
11	re	4.6	9.6	5.2	8.9	4	11.1	2.2	14.1	2	12.9	9.5	3.6	4.7	7.6	100
	average	3.2	11.9	3.3	10.2	2.3	13.1	1.5	15.2	2.6	12.5	7.3	4.6	4.6	7.6	100

Bemerkungen: Die Reihenprofilpunkte entsprechen der Zellgröße (siehe Tabelle V) dividiert durch das Reihentotal und multipliziert mit dem Faktor 100.

Tabelle VII

Kolonnenprofilpunkte

		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	average
		bw	bv	pw	pv	gw	gv	pw	pv	aw	av	mw	mv	ww	wv	
1	ma	14.4	11.6	14.2	11.9	12.9	12.3	14.5	12.1	13.9	12	12.1	12.2	11.1	13.9	12.4
2	fr	11.2	13.8	11.2	13.5	12.4	13.2	10.8	13.4	11.5	13.6	13.4	13.4	14.3	11.7	13.1
3	a1	3.7	3.7	3.4	3.3	3.4	3.7	7.5	3.2	5.7	2.6	3.7	3.6	4.2	4.3	3.6
4	a2	14.4	14.3	15.2	14.3	13.5	15.3	11.4	14.8	15.6	14.2	13.7	16	14.7	14.2	14.5
5	a3	7.5	7.5	6.8	7.8	8.4	6.4	6.3	7.5	4.1	8.8	8	6.1	6.5	7.1	7.4
6	ti	5.5	4.3	5.9	4.6	6.8	4	4.5	4.9	5	5.3	4.3	5.8	4.1	5	4.8
7	mi	15.4	15.3	14.7	15.1	14.3	15.6	16	15.4	13.3	15.5	16	14.7	16.3	15.2	15.3
8	ho	4.4	5.5	4.7	5.4	4.2	5.6	4.8	4.9	7.1	4.5	5.2	4.8	4.6	5	5.1
9	li	3.3	3.9	3	3.7	3.8	3.5	4.8	2.9	7.5	2.2	3	3.7	5.1	2.6	3.4
10	Mi	14.7	16.9	14.8	16.9	13.5	17	13.6	17.3	13.3	17.4	15.5	16.6	15	17.2	16.5
11	re	5.5	3.1	6	3.4	6.8	3.3	5.7	3.6	3	4	5	3.1	4	3.9	3.9
	sum	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

Bemerkungen: Die Kolonnenprofilpunkte entsprechen der Zellgröße (siehe Tabelle V) dividiert durch das Kolonnenntotal und multipliziert mit dem Faktor 100.

Tabelle VIII

Inertias der einzelnen Dimensionen und Prozentanteile der gesamthaften Inertia

1	0.005	45.34%	*****
2	0.003	30.41%	*****
3	0.001	10.10%	*****
4	9E-04	8.03%	*****
5	4E-04	3.19%	****
6	3E-04	2.24%	**
7	7E-05	0.58%	*
8	1E-05	0.11%	
9	0	0.00%	
10	0	0.00%	
11	0	0.00%	
12	0	0.00%	
13	0	0.00%	

	0.011		

Bemerkungen: $\chi^2=615.36$; $df=221$; die Inertia entspricht dem χ^2 dividiert durch das Gesamttotal (Gesamtsumme der Auftretenshäufigkeiten in allen Reihen addiert mit der Gesamtsumme der Auftretenshäufigkeiten in allen Kolonnen).

Tabelle IX

Rohdatenmatrix der Korrespondenzanalyse verschiedener Aspekte der inneren und äusseren Sicherheit mit ausgewählten soziodemographischen Variablen

		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
		us	si	ti	t2	ui	u2	a1	a2	n1	n2	s1	s2	m1	m2
1	ma	85	485	436	132	420	115	105	447	138	407	120	427	163	376
2	fr	125	501	482	136	520	69	95	502	133	375	84	520	135	433
3	a1	22	143	125	40	133	25	22	138	44	107	48	109	34	124
4	a2	103	581	542	138	549	99	113	548	162	440	130	527	165	475
5	a3	85	262	251	90	258	60	65	263	65	235	26	311	99	210
6	ti	60	160	153	65	169	34	33	172	44	131	23	185	67	124
7	mi	119	610	563	160	563	114	128	575	172	468	96	605	184	489
8	ho	30	205	191	42	199	33	37	192	53	175	79	152	46	185
9	li	18	139	123	34	140	14	17	137	30	114	66	87	23	128
10	Mi	127	646	597	169	611	118	130	619	185	500	119	615	179	544
11	re	40	133	124	48	123	40	37	129	38	116	11	161	72	88
	sum	814	3865	3587	1054	3685	721	782	3722	1064	3068	802	3699	1167	3176

		15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28
		a1	a2	d1	d2	r1	r2	e1	e2	p1	p2	f1	f2	h1	h2
1	ma	25	533	382	146	122	429	169	381	192	350	312	228	245	278
2	fr	6	582	418	107	98	447	153	420	208	353	384	180	329	232
3	a1	9	148	115	38	32	127	74	81	62	97	98	61	82	74
4	a2	17	645	465	140	128	502	187	460	253	374	398	232	320	299
5	a3	5	322	220	75	60	247	61	260	85	232	200	115	172	137
6	ti	2	194	123	55	40	142	45	158	47	159	112	80	107	85
7	mi	23	682	488	151	128	546	177	501	233	433	415	258	354	311
8	ho	6	228	182	44	51	179	98	132	116	103	162	67	105	111
9	li	4	147	129	14	25	119	79	69	74	63	111	34	90	54
10	Mi	20	723	518	169	132	580	184	544	257	463	449	264	369	323
11	re	7	162	105	53	49	120	40	125	52	114	90	77	71	95
	sum	124	4366	3145	992	865	3438	1267	3131	1579	2741	2731	1596	2244	1999

		29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42
		l1	l2	b1	b2	k1	k2	v1	v2	o1	o2	w1	w2	i1	i2
1	ma	178	363	354	179	50	515	194	345	50	508	208	340	119	150
2	fr	174	359	278	274	12	606	240	313	28	578	82	482	82	102
3	a1	61	89	95	54	13	152	53	99	20	135	51	106	37	32
4	a2	217	403	350	274	40	637	234	392	38	633	165	475	124	153
5	a3	74	230	187	125	9	332	147	167	20	318	74	241	40	67
6	ti	51	135	98	93	10	207	79	117	8	201	45	151	20	37
7	mi	201	454	389	272	32	689	286	376	51	661	161	514	114	146
8	ho	97	126	141	82	20	213	65	158	19	212	80	150	64	67
9	li	82	62	50	87	3	153	45	102	15	139	15	137	46	32
10	Mi	223	475	415	290	37	732	276	437	46	713	188	529	134	179
11	re	33	131	117	44	17	152	78	80	14	154	71	95	15	33
	sum	1391	2827	2474	1774	243	4388	1697	2586	309	4252	1140	3220	795	998

		43	44	45	46	47	48	49	50	sum
		i3	y1	y2	y3	y4	du	bl	be	
1	ma	141	82	96	99	146	311	205	42	12323
2	fr	125	51	98	83	115	345	202	54	12710
3	a1	42	23	25	29	34	90	60	11	3523
4	a2	138	92	130	102	139	367	242	60	14397
5	a3	86	18	39	51	88	199	105	25	7113
6	ti	45	14	14	44	39	121	60	22	4380
7	mi	181	69	131	106	164	407	255	50	15255
8	ho	38	47	48	30	57	124	86	22	5149
9	li	19	35	35	16	18	86	54	11	3324
10	Mi	163	79	123	133	170	419	266	66	16247
11	re	73	10	25	26	61	102	57	11	3719
	sum	1051	520	764	719	1031	2571	1592	374	98140

Bemerkungen:

Die Kolonnenvariablen lauten in voller Länge:

us= fühlt sich unsicher; si=fühlt sich sicher; t1=keine persönliche Gefährdung durch Terror; t2=persönliche Gefährdung durch Terror; u1=USA soll nicht für Ordnung sorgen; t2=USA soll für Ordnung sorgen; a1=Ausgleich zwischen Arm und Reich für Sicherheit nicht relevant; a2=Ausgleich zwischen Arm und Reich für Sicherheit relevant; u2=nicht nur Uno darf Recht durchsetzen; n2=nur Uno darf Recht durchsetzen; s1=Kontrolle des Ausländeranteils nicht sicherheitsrelevant; s2=Kontrolle des Ausländeranteils ist sicherheitsrelevant; n1=nicht-christliche Religionen nicht stärker berücksichtigen; n2= nicht-christliche Religionen stärker berücksichtigen; a1=internationales Recht gilt nicht für alle; a2=internationales Recht gilt für alle; d1=Diktaturen nicht mit Waf-

fengewalt stürzen; d2=Diktaturen mit Waffengewalt stürzen; r1=Bekämpfung Rechtsextremismus: nein; r2=Bekämpfung Rechtsextremismus: ja; e1=Terrorbekämpfung: nein; e2=Terrorbekämpfung: ja; p1=Polizei aufstocken: nein; p2=Polizei aufstocken: ja; f1=Entwaffnung Diktaturen: nein; f2=Entwaffnung Diktaturen: ja; h1=Einhaltung der Menschenrechte: nein; h2=Einhaltung der Menschenrechte: ja; l1=Linksextremismus bekämpfen: ja; Linksextremismus bekämpfen: nein; b1=Bankgeheimnis aufgeben: nein; b2=Bankgeheimnis aufgeben: ja; k1=Kriege vermeiden: nein; Kriege vermeiden: ja; v1=Verbreitung Demokratie: nein; v2=Verbreitung Demokratie: ja; o1=Polizei international zusammenarbeiten: nein; o2=Polizei international zusammenarbeiten: ja; w1=Waffenexport stoppen: nein; w2=Waffenexport stoppen: ja; i1=„harte“ Öffnungsbereitschaft, i2=„weiche“ Öffnungsbereitschaft; i3=„Autonomisten“; y1=Neutralitätskritiker; y2=Neutralitätspragmatiker; y3=Neutralitätsdissonante; y4=Neutralitätstraditionalisten; du=Weltpolitik wird düsterer; bl=Weltpolitik bleibt gleich; be=Weltpolitik verbessert sich.

DieReihenvariablen lauten in voller Länge:

ma=Männer; fr=Frauen; a1=18-29 Jahre; a2=30-59 Jahre; a3=60+ Jahre; ti=obligatorischer Bildungsgrad; mi=Berufsmatur, Matur; ho=Hochschulabschluss; li=politisch links stehend; Mi=politische Mitte; re=politisch rechts stehend.

Tabelle X

Reihenprofilpunkte

		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
		us	si	t1	t2	u1	u2	a1	a2	n1	n2	s1	s2	m1	m2
1	ma	0.7	3.9	3.5	1.1	3.4	0.9	0.9	3.6	1.1	3.3	1	3.5	1.3	3.1
2	fr	1	3.9	3.8	1.1	4.1	0.5	0.7	3.9	1	3	0.7	4.1	1.1	3.4
3	a1	0.6	4.1	3.5	1.1	3.8	0.7	0.6	3.9	1.2	3	1.4	3.1	1	3.5
4	a2	0.7	4	3.8	1	3.8	0.7	0.8	3.8	1.1	3.1	0.9	3.7	1.1	3.3
5	a3	1.2	3.7	3.5	1.3	3.6	0.8	0.9	3.7	0.9	3.3	0.4	4.4	1.4	3
6	ti	1.4	3.7	3.5	1.5	3.9	0.8	0.8	3.9	1	3	0.5	4.2	1.5	2.8
7	mi	0.8	4	3.7	1	3.7	0.7	0.8	3.8	1.1	3.1	0.6	4	1.2	3.2
8	ho	0.6	4	3.7	0.8	3.9	0.6	0.7	3.7	1	3.4	1.5	3	0.9	3.6
9	li	0.5	4.2	3.7	1	4.2	0.4	0.5	4.1	0.9	3.4	2	2.6	0.7	3.9
10	Mi	0.8	4	3.7	1	3.8	0.7	0.8	3.8	1.1	3.1	0.7	3.8	1.1	3.3
11	re	1.1	3.6	3.3	1.3	3.3	1.1	1	3.5	1	3.1	0.3	4.3	1.9	2.4
	average	0.8	3.9	3.7	1.1	3.8	0.7	0.8	3.8	1.1	3.1	0.8	3.8	1.2	3.2

		15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28
		a1	a2	d1	d2	r1	r2	e1	e2	p1	p2	f1	f2	h1	h2
1	ma	0.2	4.3	3.1	1.2	1	3.5	1.4	3.1	1.6	2.8	2.5	1.9	2	2.3
2	fr	0	4.6	3.3	0.8	0.8	3.5	1.2	3.3	1.6	2.8	3	1.4	2.6	1.8
3	a1	0.3	4.2	3.3	1.1	0.9	3.6	2.1	2.3	1.8	2.8	2.8	1.7	2.3	2.1
4	a2	0.1	4.5	3.2	1	0.9	3.5	1.3	3.2	1.8	2.6	2.8	1.6	2.2	2.1
5	a3	0.1	4.5	3.1	1.1	0.8	3.5	0.9	3.7	1.2	3.3	2.8	1.6	2.4	1.9
6	ti	0	4.4	2.8	1.3	0.9	3.2	1	3.6	1.1	3.6	2.6	1.8	2.4	1.9
7	mi	0.2	4.5	3.2	1	0.8	3.6	1.2	3.3	1.5	2.8	2.7	1.7	2.3	2
8	ho	0.1	4.4	3.5	0.9	1	3.5	1.9	2.6	2.3	2	3.1	1.3	2	2.2
9	li	0.1	4.4	3.9	0.4	0.8	3.6	2.4	2.1	2.2	1.9	3.3	1	2.7	1.6
10	Mi	0.1	4.5	3.2	1	0.8	3.6	1.1	3.3	1.6	2.8	2.8	1.6	2.3	2
11	re	0.2	4.4	2.8	1.4	1.3	3.2	1.1	3.4	1.4	3.1	2.4	2.1	1.9	2.6
	average	0.1	4.4	3.2	1	0.9	3.5	1.3	3.2	1.6	2.8	2.8	1.6	2.3	2

	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42
	l1	l2	b1	b2	k1	k2	v1	v2	o1	o2	w1	w2	i1	i2
1 ma	1.4	2.9	2.9	1.5	0.4	4.2	1.6	2.8	0.4	4.1	1.7	2.8	1	1.2
2 fr	1.4	2.8	2.2	2.2	0.1	4.8	1.9	2.5	0.2	4.5	0.6	3.8	0.6	0.8
3 a1	1.7	2.5	2.7	1.5	0.4	4.3	1.5	2.8	0.6	3.8	1.4	3	1.1	0.9
4 a2	1.5	2.8	2.4	1.9	0.3	4.4	1.6	2.7	0.3	4.4	1.1	3.3	0.9	1.1
5 a3	1	3.2	2.6	1.8	0.1	4.7	2.1	2.3	0.3	4.5	1	3.4	0.6	0.9
6 ti	1.2	3.1	2.2	2.1	0.2	4.7	1.8	2.7	0.2	4.6	1	3.4	0.5	0.8
7 mi	1.3	3	2.5	1.8	0.2	4.5	1.9	2.5	0.3	4.3	1.1	3.4	0.7	1
8 ho	1.9	2.4	2.7	1.6	0.4	4.1	1.3	3.1	0.4	4.1	1.6	2.9	1.2	1.3
9 li	2.5	1.9	1.5	2.6	0.1	4.6	1.4	3.1	0.5	4.2	0.5	4.1	1.4	1
10 Mi	1.4	2.9	2.6	1.8	0.2	4.5	1.7	2.7	0.3	4.4	1.2	3.3	0.8	1.1
11 re	0.9	3.5	3.1	1.2	0.5	4.1	2.1	2.2	0.4	4.1	1.9	2.6	0.4	0.9
average	1.4	2.9	2.5	1.8	0.2	4.5	1.7	2.6	0.3	4.3	1.2	3.3	0.8	1

	43	44	45	46	47	48	49	50	sum
	i3	y1	y2	y3	y4	du	bl	be	
1 ma	1.1	0.7	0.8	0.8	1.2	2.5	1.7	0.3	100
2 fr	1	0.4	0.8	0.7	0.9	2.7	1.6	0.4	100
3 a1	1.2	0.7	0.7	0.8	1	2.6	1.7	0.3	100
4 a2	1	0.6	0.9	0.7	1	2.5	1.7	0.4	100
5 a3	1.2	0.3	0.5	0.7	1.2	2.8	1.5	0.4	100
6 ti	1	0.3	0.3	1	0.9	2.8	1.4	0.5	100
7 mi	1.2	0.5	0.9	0.7	1.1	2.7	1.7	0.3	100
8 ho	0.7	0.9	0.9	0.6	1.1	2.4	1.7	0.4	100
9 li	0.6	1.1	1.1	0.5	0.5	2.6	1.6	0.3	100
10 Mi	1	0.5	0.8	0.8	1	2.6	1.6	0.4	100
11 re	2	0.3	0.7	0.7	1.6	2.7	1.5	0.3	100
average	1.1	0.5	0.8	0.7	1.1	2.6	1.6	0.4	100

Bemerkungen: Die Reihenprofilpunkte entsprechen der Zellgröße (siehe Tabelle IX) dividiert durch das Reihentotal und multipliziert mit dem Faktor 100.

Tabelle XI

Kolonnenprofilpunkte

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
	us	si	t1	t2	u1	u2	a1	a2	n1	n2	s1	s2	m1	m2
1 ma	10.4	12.5	12.2	12.5	11.4	16	13.4	12	13	13.3	15	11.5	14	11.8
2 fr	15.4	13	13.4	12.9	14.1	9.6	12.1	13.5	12.5	12.2	10.5	14.1	11.6	13.6
3 a1	2.7	3.7	3.5	3.8	3.6	3.5	2.8	3.7	4.1	3.5	6	2.9	2.9	3.9
4 a2	12.7	15	15.1	13.1	14.9	13.7	14.5	14.7	15.2	14.3	16.2	14.2	14.1	15
5 a3	10.4	6.8	7	8.5	7	8.3	8.3	7.1	6.1	7.7	3.2	8.4	8.5	6.6
6 ti	7.4	4.1	4.3	6.2	4.6	4.7	4.2	4.6	4.1	4.3	2.9	5	5.7	3.9
7 mi	14.6	15.8	15.7	15.2	15.3	15.8	16.4	15.4	16.2	15.3	12	16.4	15.8	15.4
8 ho	3.7	5.3	5.3	4	5.4	4.6	4.7	5.2	5	5.7	9.9	4.1	3.9	5.8
9 li	2.2	3.6	3.4	3.2	3.8	1.9	2.2	3.7	2.8	3.7	8.2	2.4	2	4
10 Mi	15.6	16.7	16.6	16	16.6	16.4	16.6	16.6	17.4	16.3	14.8	16.6	15.3	17.1
11 re	4.9	3.4	3.5	4.6	3.3	5.5	4.7	3.5	3.6	3.8	1.4	4.4	6.2	2.8
sum	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

		15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28
		a1	a2	d1	d2	r1	r2	e1	e2	p1	p2	f1	f2	h1	h2
1	ma	20.2	12.2	12.1	14.7	14.1	12.5	13.3	12.2	12.2	12.8	11.4	14.3	10.9	13.9
2	fr	4.8	13.3	13.3	10.8	11.3	13	12.1	13.4	13.2	12.9	14.1	11.3	14.7	11.6
3	a1	7.3	3.4	3.7	3.8	3.7	3.7	5.8	2.6	3.9	3.5	3.6	3.8	3.7	3.7
4	a2	13.7	14.8	14.8	14.1	14.8	14.6	14.8	14.7	16	13.6	14.6	14.5	14.3	15
5	a3	4	7.4	7	7.6	6.9	7.2	4.8	8.3	5.4	8.5	7.3	7.2	7.7	6.9
6	ti	1.6	4.4	3.9	5.5	4.6	4.1	3.6	5	3	5.8	4.1	5	4.8	4.3
7	mi	18.5	15.6	15.5	15.2	14.8	15.9	14	16	14.8	15.8	15.2	16.2	15.8	15.6
8	ho	4.8	5.2	5.8	4.4	5.9	5.2	7.7	4.2	7.3	3.8	5.9	4.2	4.7	5.6
9	li	3.2	3.4	4.1	1.4	2.9	3.5	6.2	2.2	4.7	2.3	4.1	2.1	4	2.7
10	Mi	16.1	16.6	16.5	17	15.3	16.9	14.5	17.4	16.3	16.9	16.4	16.5	16.4	16.2
11	re	5.6	3.7	3.3	5.3	5.7	3.5	3.2	4	3.3	4.2	3.3	4.8	3.2	4.8
	sum	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

		29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42
		l1	l2	b1	b2	k1	k2	v1	v2	o1	o2	w1	w2	i1	i2
1	ma	12.8	12.8	14.3	10.1	20.6	11.7	11.4	13.3	16.2	11.9	18.2	10.6	15	15
2	fr	12.5	12.7	11.2	15.4	4.9	13.8	14.1	12.1	9.1	13.6	7.2	15	10.3	10.2
3	a1	4.4	3.1	3.8	3	5.3	3.5	3.1	3.8	6.5	3.2	4.5	3.3	4.7	3.2
4	a2	15.6	14.3	14.1	15.4	16.5	14.5	13.8	15.2	12.3	14.9	14.5	14.8	15.6	15.3
5	a3	5.3	8.1	7.6	7	3.7	7.6	8.7	6.5	6.5	7.5	6.5	7.5	5	6.7
6	ti	3.7	4.8	4	5.2	4.1	4.7	4.7	4.5	2.6	4.7	3.9	4.7	2.5	3.7
7	mi	14.5	16.1	15.7	15.3	13.2	15.7	16.9	14.5	16.5	15.5	14.1	16	14.3	14.6
8	ho	7	4.5	5.7	4.6	8.2	4.9	3.8	6.1	6.1	5	7	4.7	8.1	6.7
9	li	5.9	2.2	2	4.9	1.2	3.5	2.7	3.9	4.9	3.3	1.3	4.3	5.8	3.2
10	Mi	16	16.8	16.8	16.3	15.2	16.7	16.3	16.9	14.9	16.8	16.5	16.4	16.9	17.9
11	re	2.4	4.6	4.7	2.5	7	3.5	4.6	3.1	4.5	3.6	6.2	3	1.9	3.3
	sum	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

		43	44	45	46	47	48	49	50	average
		i3	y1	y2	y3	y4	du	bl	be	
1	ma	13.4	15.8	12.6	13.8	14.2	12.1	12.9	11.2	12.6
2	fr	11.9	9.8	12.8	11.5	11.2	13.4	12.7	14.4	13
3	a1	4	4.4	3.3	4	3.3	3.5	3.8	2.9	3.6
4	a2	13.1	17.7	17	14.2	13.5	14.3	15.2	16	14.7
5	a3	8.2	3.5	5.1	7.1	8.5	7.7	6.6	6.7	7.2
6	ti	4.3	2.7	1.8	6.1	3.8	4.7	3.8	5.9	4.5
7	mi	17.2	13.3	17.1	14.7	15.9	15.8	16	13.4	15.5
8	ho	3.6	9	6.3	4.2	5.5	4.8	5.4	5.9	5.2
9	li	1.8	6.7	4.6	2.2	1.7	3.3	3.4	2.9	3.4
10	Mi	15.5	15.2	16.1	18.5	16.5	16.3	16.7	17.6	16.6
11	re	6.9	1.9	3.3	3.6	5.9	4	3.6	2.9	3.8
	sum	100	100	100	100	100	100	100	100	100

Bemerkungen: Die Kolonnenprofilpunkte entsprechen der Zellgrösse (siehe Tabelle IX) dividiert durch das Kolonnen-total und multipliziert mit dem Faktor 100.

Tabelle XII

Inertias der einzelnen Dimensionen und Prozentanteile der gesamthaften Inertia

1	0.008107	54.67%	*****
2	0.004716	31.80%	*****
3	0.000691	4.66%	****
4	0.000557	3.76%	***
5	0.000352	2.37%	**
6	0.000216	1.46%	*
7	0.000173	1.17%	*
8	0.000017	0.11%	
9	0.000001	0.01%	

Bemerkungen: $\chi^2=1455.45$; $df=490$; die Inertia entspricht dem χ^2 dividiert durch das Gesamttotal (Gesamtsumme der Auftretenshäufigkeiten in allen Reihen addiert mit der Gesamtsumme der Auftretenshäufigkeiten in allen Kolonnen).

ANHANG III

SICHERHEIT 2003

FRAGEBOGEN UND PROZENTUALE HÄUFIGKEITEN

Stichprobe:

11. Januar–5. Februar 2003: Random-Quota-Verfahren, N=1202

7. April–14. April 2003: Random-Quota-Verfahren, N=1002

Deutsche, französische und italienische Schweiz

Befragungsinstitute:

GfS-Forschungsinstitut, Bern

Demoscope, Adligenswil

* Da der Fragebogen vom April 2003 mehrheitlich demjenigen vom Februar 2003 entspricht, findet sich im Anhang III lediglich der Februarfragebogen. Die exakten Fragevorgaben des Monats April sind im Tabellenanhang II zu finden.

Sicherheit 2003

Mein Name ist ... vom Forschungsinstitut GfS.

Wir führen zur Zeit eine telefonische Umfrage zu sicherheitspolitischen Themen durch und ich möchte Sie fragen, ob Sie bereit wären, dazu einige Fragen zu beantworten? Das Interview dauert rund 20 Minuten.

Zunächst einige Fragen für die Statistik

S1

Wie viele in der Schweiz stimmberechtigte Personen (also Schweizer Bürger oder Bürgerinnen über 18 Jahre) leben normalerweise in Ihrem Haushalt?

..... Personen

INT: Untermieter, Pensionäre, Au Pair, Hausangestellte gelten auch als Haushaltsmitglieder, sofern sie:

1. bei Ihnen (in Ihrem Haus / Ihrer Wohnung) wohnen
UND
2. mindestens eine Hauptmahlzeit pro Tag bei Ihnen zu Hause einnehmen
UND
3. keinen eigenen Telefonanschluss haben.

Kinder, die zu Studienzwecken anderswo wohnen und nur am Wochenende zurückkehren, werden hingegen nicht dazu gezählt.

S2

Darf ich Sie fragen, wie alt Sie sind?

...Jahre

S3

INT: Geschlecht der befragten Person eingeben (nur im Zweifelsfalle fragen).

Mann.....	1
Frau.....	2

S4

Sind Sie in der Schweiz stimm- und wahlberechtigt?

ja	1
nein	2

---> bei nein Abbruch!

Q1.

**Ganz allgemein gesprochen, wie sicher fühlen Sie sich in unserer heutigen Zeit?
Fühlen Sie sich:**

sehr sicher.....	4
eher sicher.....	3
eher unsicher.....	2
ganz unsicher.....	1

[INT. NICHT VORLESEN]

weiss nicht/keine Antwort	9
---------------------------------	---

Q2.

Sicherheit ist ein ziemlich umfassender Begriff, der viele Aspekte hat. Einige davon lese ich Ihnen gleich vor. Bitte entscheiden Sie, wie wichtig jeder Aspekt für Sie persönlich ist. Benutzen Sie dazu bitte diese Skala. Der Wert 1 bedeutet „völlig unwichtig“, der Wert 10 „ausserordentlich wichtig“. Mit den Werten dazwischen können Sie ihre Meinung abstufen.

(Reihenfolge A – K zufallsvariieren)

- A Sicherheit des Arbeitsplatzes
- B Militärische Sicherheit
- C Soziale Sicherheit (z.B. AHV oder Arbeitslosenversicherung)
- D Sicherheit des Einkommens
- E Ökologische Sicherheit, also Umweltschutz
- F Sicherheit vor Verbrechen und Kriminalität
- G Sicherheit vor Terrorismus

- H Verkehrssicherheit
- I Sicherheit der demokratischen Grundrechte
- J Gute, sichere familiäre Beziehungen, Geborgenheit
- K Ruhe und Ordnung

Q3.

Glauben Sie, dass die weltpolitische Lage in den nächsten 5 Jahren besser und entspannter oder düsterer und gespannter wird? Oder bleibt sie in etwa so, wie sie heute ist?

- eher besser und entspannter 3
- bleibt etwa so wie heute..... 2
- eher düsterer und gespannter 1

[INT. NICHT VORLESEN]

- weiss nicht/keine Antwort 9

Q4.

Wie sehen Sie die nähere Zukunft - etwa die nächsten fünf Jahre - für die Schweiz? Sehr optimistisch, eher optimistisch, eher pessimistisch oder sehr pessimistisch?

- sehr optimistisch 4
- eher optimistisch..... 3
- eher pessimistisch 2
- sehr pessimistisch 1

[INT. NICHT VORLESEN]

- weiss nicht/keine Antwort 9

Q5.

Im Moment ist eine Armee reform, die sogenannte „Armee XXI“ [Int. lies Armee 21] im Gang. Haben Sie davon schon gehört, gesehen oder gelesen?

- Ja 2
- Nein 1

[INT. NICHT VORLESEN]

- weiss nicht 8
- keine Antwort 9

Q6.**Das Referendum über die Armee XXI ist zustande gekommen.**

A) Wenn am nächsten Sonntag über die Armee XXI abgestimmt würde, was glauben Sie, würde das Volk die Armee XXI sicher annehmen, eher annehmen, eher ablehnen oder sicher ablehnen?

sicher annehmen 4
eher annehmen 3
eher ablehnen 2
sicher ablehnen 1

[INT. NICHT VORLESEN]

weiss nicht / keine Antwort 9

B) Wie würden Sie selbst über die Armee XXI abstimmen, wenn die Vorlage am nächsten Sonntag zur Abstimmung käme?

Würden Sie die Armee XXI sicher annehmen, eher annehmen, eher ablehnen oder sicher ablehnen?

sicher annehmen 4
eher annehmen 3
eher ablehnen 2
sicher ablehnen 1

[INT. NICHT VORLESEN]

weiss nicht / keine Antwort 9

Q7.**Wie kann die Schweiz Ihrer Meinung nach am besten ihre Sicherheit wahren und gleichzeitig zum Frieden in der Welt beitragen?**

Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr oder eher einverstanden bzw. eher nicht oder gar nicht einverstanden sind.

sehr einverstanden 4
eher einverstanden 3
eher nicht einverstanden 2
gar nicht einverstanden 1

[INT. NICHT VORLESEN]

weiss nicht 8

keine Antwort 9

(Reihenfolge A–O zufallsvariieren)

- A Die Schweiz sollte sich aktiv an der europäischen Integration beteiligen und der EU ohne Vorbehalte beitreten.
- B Die Schweiz sollte sich mehr als bisher der EU politisch annähern.
- C Die Schweiz sollte dem EWR, nicht aber der EU beitreten.
- D Die Schweiz sollte ihren Stellenwert als Sitz des Roten Kreuzes mehr ins Spiel bringen.
- E Die Schweiz sollte mehr in Konflikten vermitteln.
- F Die Schweiz sollte mehr eine aktive Rolle spielen bei internationalen Konferenzen.
- G Die Schweiz sollte bei politischen Konflikten im Ausland klar Stellung für die eine oder andere Seite beziehen, bei militärischen Konflikten aber neutral bleiben.
- H Die Schweiz sollte auf ihre Neutralität ganz verzichten.
- I Die Schweiz sollte auch bei militärischen Konflikten im Ausland klar Stellung für die eine oder andere Seite beziehen.
- K Die Schweiz sollte mehr Entwicklungshilfe leisten.
- L Die Schweiz sollte wirtschaftlich und politisch möglichst unabhängig von anderen Staaten bleiben.
- M Die Schweiz sollte sich von Bündnissen und Zusammenschlüssen aller Art mit anderen Staaten fernhalten.
- N Die Schweiz sollte einen Sitz im Sicherheitsrat, dem Führungsgremium der UNO, anstreben.
- O Die Schweiz sollte sich aktiv und an vorderster Front für die Anliegen der UNO einsetzen.

Q8.

Das Verhältnis der Schweiz zur EU ist ja ein ständiges Diskussionsthema. Wir hätten dazu auch eine Frage:

Nehmen wir einmal an, die Schweiz würde jetzt der Europäischen Union (EU) beitreten: Wie glauben Sie würde dann die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land in der näheren Zukunft verlaufen? Eher besser, gleich oder eher schlechter?

- eher besser verlaufen 3
- gleich verlaufen 2
- eher schlechter verlaufen 1

[INT NICHT VORLESEN]

- weiss nicht 8
- keine Angabe 9

Q9.

Was meinen Sie zur Schweizer Armee?

Halten sie diese für unbedingt notwendig, eher notwendig, eher nicht notwendig oder überhaupt nicht notwendig?

unbedingt notwendig	4
eher notwendig	3
eher nicht notwendig	2
überhaupt nicht notwendig	1

[INT. NICHT VORLESEN]

weiss nicht/keine Antwort	9
---------------------------------	---

Q10.

Glauben Sie, dass die Milizarmee, wie wir sie in heute der Schweiz haben, auch in Zukunft unsere Landesverteidigung sicherstellen kann oder wäre Ihrer Meinung nach eine Berufsarmee besser für uns?

Milizarmee auch in Zukunft genügend.....	2
wir würden eine Berufsarmee brauchen	1

[INT. NICHT VORLESEN]

weiss nicht/keine Antwort	9
---------------------------------	---

Q11.

Ich habe noch einmal einige Meinungen dazu, wie die Schweiz ihre Sicherheit wahren und gleichzeitig zum Frieden in der Welt beitragen könnte.

Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr oder eher einverstanden bzw. eher nicht oder gar nicht einverstanden sind.

sehr einverstanden	4
eher einverstanden	3
eher nicht einverstanden	2
gar nicht einverstanden.....	1

[INT. NICHT VORLESEN]

weiss nicht	8
keine Antwort	9

(Reihenfolge A–K zufallsvariieren)

- A Die Schweiz sollte der UNO Schweizer Friedenstruppen zur Verfügung stellen

- B Die Schweiz sollte eine gut ausgerüstete und ausgebildete Armee unterhalten
- C Die Schweiz sollte ihre Neutralität beibehalten
- D Die Schweiz sollte ihre Armee verkleinern
- E Die Schweiz sollte beim Aufbau einer europäischen Armee mitmachen
- F Die Schweiz sollte sich der NATO (dem Nordatlantischen Bündnis) annähern
- G Die Schweiz sollte der NATO beitreten
- H Die Schweiz sollte sich nur auf ihre eigene Landesverteidigung verlassen
- I Die Schweiz sollte die allgemeine Wehrpflicht aufheben und den Militärdienst Freiwilligen überlassen.
- K Unsere nationale Sicherheit wird immer mehr von anderen Staaten und immer weniger von uns selbst bestimmt.

Q12.

Sind Sie damit einverstanden, dass Schweizer Soldaten, die sich freiwillig zur Verfügung stellen, ausserhalb des Landes zum Einsatz kommen?

(NUR 1 ANTWORT)

- A Ja, solange es sich bloss um unterstützende Aufgaben handelt (z.B. medizinische Versorgung). 1
- B Ja, solange es sich um friedenssichernde Aufgaben handelt und die Bewaffnung nur der Selbstverteidigung dient. 2
- C Ja, auch Kampfeinsätze zur Wiederherstellung des Friedens. 3
- D Nein, überhaupt nicht. 4
- E weiss nicht/keine Antwort 9

Q13.

Die Schweiz hat ja immer eine Politik der Neutralität verfolgt. Heute hört man immer mehr auch Meinungen, die den Wert der Neutralität unterschiedlich beurteilen.

Welchen der folgenden Aussagen zur Neutralität würden Sie zustimmen?

Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

- sehr einverstanden 4
- eher einverstanden 3
- eher nicht einverstanden 2

gar nicht einverstanden	1
[INT NICHT VORLESEN]	
weiss nicht	8
keine Angabe.....	9

(Aussagen A – H zufallsvariieren)

- A Die Neutralität könnte uns künftig daran hindern, gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarn zu handeln.
- B Die Neutralität ist untrennbar mit unserem Staatsgedanken verbunden.
- C Unsere enge politische und wirtschaftliche Verflechtung mit anderen Staaten verunmöglicht Neutralität.
- D Dank der Neutralität kann die Schweiz in Konflikten vermitteln und international gute Dienste leisten.
- E Die bewaffnete Neutralität der Schweiz trägt zur Sicherheit und Stabilität in Europa bei.
- F Dank der Neutralität werden wir nicht in internationale Konflikte hineingezogen.
- G Die Neutralität kann heute militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden.
- H Sobald die Neutralität der Schweiz keine Vorteile mehr bringt, sollten wir sie aufgeben.

Q14.

Heute wird viel über Sicherheit geredet. Was meinen Sie dazu? Sind Sie mit den folgenden Aussagen sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden?

sehr einverstanden	4
eher einverstanden	3
eher nicht einverstanden	2
gar nicht einverstanden	1

[INT. NICHT VORLESEN]

weiss nicht	8
keine Antwort	9

- A Für unsere Sicherheit ist es wichtig, dass die USA für Ordnung in dieser Welt schauen und sich nicht scheuen, wenn nötig Krieg zu führen.
- B Für unsere Sicherheit ist es wichtig, dass wir mehr tun für den Ausgleich zwischen armen und reichen Staaten.

- C Für unsere Sicherheit ist es wichtig, dass nur die UNO und sonst niemand das internationale Recht durchsetzt.
- D Für unsere Sicherheit ist es wichtig, dass wir den Ausländeranteil in der Schweiz unter Kontrolle halten.
- E Für unsere Sicherheit ist es wichtig, dass wir mehr Verständnis haben für nicht-christliche Religionen, wie etwa den Islam.
- F Für unsere Sicherheit ist es wichtig, dass sich alle Staaten immer und in jedem Fall an das internationale Recht halten.
- G Für unsere Sicherheit ist es wichtig, dass die USA Diktatoren stürzen, auch wenn dabei die Souveränität dieser Staaten verletzt wird.
- H Für unsere Sicherheit ist es wichtig, dass wir den Rechtsextremismus stärker als bisher bekämpfen,
- I Für unsere Sicherheit ist es wichtig, dass wir den Terrorismus mit allen Mitteln bekämpfen, auch wenn dabei unsere persönliche Freiheit eingeschränkt werden muss.
- J Für unsere Sicherheit ist es wichtig, dass wir die Polizei in unserem Lande aufstocken.
- K Für die Entwaffnung von Diktaturen, die über Massenvernichtungswaffen verfügen, sind alle Mittel erlaubt.
- L Es ist in Ordnung, dass die Einhaltung der Menschenrechte notfalls mit Waffengewalt unterstützt wird.
- M Für unsere Sicherheit ist es wichtig, dass wir den Linksextremismus stärker als bisher bekämpfen.
- N Für unsere Sicherheit ist es wichtig, dass wird das Bankgeheimnis aufgeben, damit bei uns nicht kriminelles Geld gewaschen wird.
- O Für unsere Sicherheit ist es wichtig, dass wir uns dafür einsetzen, dass Kriege immer und in jedem Fall vermieden werden.
- P Für unsere Sicherheit ist es wichtig, dass wir die Verbreitung der Demokratie auf dieser Welt mit Geld unterstützen.
- Q Für unsere Sicherheit ist es wichtig, dass unsere Polizei enger als bisher mit der Polizei anderer Staaten zusammenarbeitet.
- R Für unsere Sicherheit ist es wichtig, dass wir den Waffenexport sofort stoppen, auch wenn uns daraus wirtschaftliche Nachteile entstehen.

Q15.

Zwei Personen unterhalten sich über die Armee reform XXI [INT. LIES 21]. Die eine Person äussert sich folgendermassen:

„Mit der Armee XXI erhält die Schweiz eine modernere, auf ihre Grösse zugeschnittene Armee.“

Die zweite Person dagegen ist der folgenden Meinung:

„Mit der Armee XXI werden wichtige Traditionen aufgegeben.“

Was ist Ihre Meinung? Sind sie völlig mit der ersten Person einverstanden, eher mit der ersten Person einverstanden, eher mit der zweiten Person einverstanden oder völlig mit der zweiten Person einverstanden?

[INT. EV. AUSSAGEN WIEDERHOLEN!]

völlig mit A) einverstanden	4
eher mit A) einverstanden	3
eher mit B) einverstanden	2
völlig mit B) einverstanden	1

[INT. NICHT VORLESEN]

mit beiden gleichermassen einverstanden	5
mit keinem von beiden einverstanden	6
weiss nicht / keine Antwort	9

Q16.

Ich lese Ihnen nun einige Behauptungen zur Armee XXI [INT. LIES Armee 21] vor. Sagen Sie mir bitte zu jeder, ob sie zutrifft oder nicht.

trifft zu	2
trifft nicht zu	1

[INT. NICHT VORLESEN]

weiss nicht	8
keine Antwort	9

- A Mit der Armee XXI [INT. LIES Armee 21] wird der Bestand der Armee erheblich verkleinert.
- B Mit der Armee XXI wird die obligatorische Dienstpflicht für Armeeangehörige verkürzt und das Dienstpflichtalter herabgesetzt.
- C Mit der Armee XXI wird erstmals der Zivildienst in der Schweiz eingeführt.
- D Mit der Armee XXI wird die Rekrutenschule verlängert.

- E Für den einfachen Soldaten ändert sich in der Armee XXI gar nichts.
- F In der Armee XXI können Einzelne den Dienst an einem Stück statt über viele kurze Dienste absolvieren.

Q17.

Wenn Sie die Armee reform XXI [INT. LIES Armee 21] ganz generell beurteilen, heissen Sie diese gut, nur teilweise gut oder lehnen Sie diese ab?

- heisse sie gut..... 3
- heisse sie nur teilweise gut 2
- lehne sie ab 1

[INT. NICHT VORLESEN]

- weiss nicht 8
- keine Antwort 9

Q18.

Was würden Sie sagen: Ist Ihre persönliche Sicherheit nach der Serie von Terroranschlägen in letzter Zeit eher mehr gefährdet als vorher, etwa gleich gefährdet als vorher, eher weniger gefährdet als vorher oder war Ihre Sicherheit gar nie gefährdet?

- eher mehr gefährdet als vorher 4
- etwa gleich gefährdet wie vorher..... 3
- eher weniger gefährdet als vorher..... 2
- meine Sicherheit war gar nie gefährdet 1

[INT. NICHT VORLESEN]

- weiss nicht 8
- keine Antwort 9

Q19.

Wie stehen Sie zur dieser Aussage: Mein Freundes- und Bekanntenkreis ist seit der Häufung von Terroranschlägen in der Welt ängstlicher geworden. Würden Sie sagen, das trifft völlig zu, trifft eher zu, trifft eher nicht zu oder trifft gar nicht zu?

- trifft völlig zu..... 4
- trifft eher zu 3
- trifft eher nicht zu 2
- trifft gar nicht zu 1

[INT. NICHT VORLESEN]

weiss nicht	8
keine Antwort	9

Q20.

Die Schweizer Armee hat viele Aufgaben. Ich lese Ihnen eine Liste mit Aufgaben vor. Sagen Sie mir bitte für jede Aufgabe, ob sie in Zukunft für die Schweizer Armee

- an Bedeutung gewinnen wird**
- die gleiche Bedeutung haben wird wie heute**
- an Bedeutung verlieren wird.**

wird künftig an Bedeutung gewinnen.....	3
wird künftig die gleiche Bedeutung haben wie heute.....	2
wird künftig an Bedeutung verlieren	1

[INT. NICHT VORLESEN]

weiss nicht	8
keine Antwort	9

(Reihenfolge A – L zufallsvariieren)

- A Einsatz im Ausland als unbewaffnete Friedenstruppen, als sogenannte Blau- oder Gelbmützen
- B Hilfe bei Grosskatastrophen im Inland
- C Hilfe bei Grosskatastrophen im Ausland
- D Verteidigung der Schweiz im Kriegsfall
- E Einsatz zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung bei Streiks und Demonstrationen
- F Verhinderung von Terroranschlägen (z.B. auf Flugplätzen)
- G Bewachung von internationalen Konferenzen
- H Aufgaben im Bereich des Umweltschutzes
- I Unterstützung der zivilen Grenzwaache bei grossen Flüchtlingsströmen
- K Bewaffnete militärische Einsätze im Ausland im Auftrag der UNO oder anderer internationaler Organisationen
- L Unterstützung der zivilen Polizei

Q21.

Was meinen Sie: Wie steht es Ihrer Meinung nach mit der Ausbildung, der Führung, der Einsatzbereitschaft, der Ausrüstung und der Motivation in der Schweizer Milizarmee? Sind sie gut, ausreichend, mangelhaft oder ungenügend?

gut.....	4
ausreichend.....	3
mangelhaft.....	2
ungenügend.....	1
weiss nicht.....	8
keine Antwort.....	9

(Reihenfolge A–E zufallsvariieren)

Wie ist das mit der ...

- A Ausbildung der Armee? Ist diese gut, ausreichend, mangelhaft oder ungenügend?
- B Führung der Armee? Ist diese gut, ausreichend, mangelhaft oder ungenügend?
- C Einsatzbereitschaft der Armee? Ist diese gut, ausreichend, mangelhaft oder ungenügend?
- D Ausrüstung der Armee mit Waffen und Geräten? Ist diese gut, ausreichend, mangelhaft oder ungenügend?
- E Motivation der Soldaten? Ist diese gut, ausreichend, mangelhaft oder ungenügend?

Q22.

Sie haben in dieser Umfrage einige Fragen zu Sicherheitspolitik beantwortet. Wie stark interessieren Sie sich für Fragen der nationalen Sicherheit, sehr stark, recht stark, ein bisschen oder überhaupt nicht?

sehr stark.....	4
recht stark.....	3
ein bisschen.....	2
überhaupt nicht.....	1
[INT. NICHT VORLESEN]	
weiss nicht.....	8
keine Antwort.....	9

Q23.

Kommt es vor, dass Sie von Ihren Freunden oder Bekannten über politische Fragen um Rat und Auskunft gefragt werden, öfters, gelegentlich, selten oder nie?

öfters 4
 gelegentlich 3
 selten 2
 nie 1

[INT. NICHT VORLESEN]

weiss nicht 8
 keine Antwort 9

Q24.

Ich nenne Ihnen zum Schluss einige Einrichtungen des öffentlichen Lebens in der Schweiz und ich möchte wissen, ob diese Ihr Vertrauen geniessen oder nicht. Sagen Sie mir Ihre Meinung bitte anhand einer 10er Notenskala, 10 heisst, dass diese Einrichtung Ihr volles Vertrauen genießt, 1 heisst, dass diese Einrichtung bei Ihnen überhaupt kein Vertrauen bekommt. Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung abgestuft benoten.

(NUR 1 ANTWORT PRO ZEILE)

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
überhaupt kein Vertrauen									volles Vertrauen

(Reihenfolge A – G zufallsvariieren)

Wie ist das mit ...

- A dem Bundesrat
- B dem Parlament in Bern
- C den Gerichten
- D der Polizei
- E der Armee
- F den Medien
- G der Schweizer Wirtschaft

Q25.

Welche Schule haben Sie zuletzt besucht?

Primarschule 1

Sekundar-/Real-/Bezirksschule	2
Berufsschule/Gewerbeschule/KV	3
Mittelschule/Gymnasium.....	4
Technikum/Fachhochschule/Seminar/ Hochschule/Uni, Poly/ETH/HWV	5
andere	6

Q26.

Welches ist Ihre Muttersprache?

Deutsch.....	1
Französisch.....	2
Italienisch	3
Rätoromanisch.....	4
andere Sprache.....	5

Q27.

Zu welcher der folgenden Kategorien zählen Sie sich?

INT: Vorlesen [Nur 1 Antwort möglich]

voll erwerbstätig	1
teilzeit erwerbstätig (mind. 6 Std./W.).....	2
Hausfrau/-mann	3
in Ausbildung als SchülerIn/StudentIn	4
in Ausbildung als Lehrling/Lehrtochter.....	5
pensioniert	6
arbeitslos.....	7
nicht erwerbstätig	8
anderes.....	9

[INT. NICHT VORLESEN]

weiss nicht	98
keine Antwort	99

Q28.**Sind Sie im Militär eingeteilt oder eingeteilt gewesen?***INT: Vorlesen*

- Ja, bin im Militär eingeteilt 1
- Ja, war im Militär eingeteilt..... 2
- Nein, nicht im Militär eingeteilt (gewesen)..... 3

Q29. (Filter: im Militär eingeteilt)**Welches ist Ihr gegenwärtiger Rang im Militär?***INT: Vorlesen*

- MFD, RKD 1
- Soldat, Gefreiter 2
- Unteroffizier 3
- Offizier 4
- [INT. NICHT VORLESEN]
weiss nicht / keine Angabe 9

Q30. (Filter: im Militär eingeteilt gewesen)**Welches war Ihr letzter Rang im Militär?***INT: Vorlesen*

- MFD, RKD 1
- Soldat, Gefreiter 2
- Unteroffizier 3
- Offizier 4
- [INT. NICHT VORLESEN]
weiss nicht / keine Angabe 9

Q31.

„Links, Mitte und Rechts“ sind Begriffe, die häufig gebraucht werden, um politische Ansichten und Einstellungen zu charakterisieren. Können Sie mir sagen, wo Sie selber auf einer Skala von 0 (ganz links) bis 10 (ganz rechts) etwa stehen?

0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
ganz										ganz
links										rechts

weiss nicht / keine Angabe99

BESTEN DANK FÜR DAS INTERVIEW!

Online version provided by the
International Relations and Security Network

A public service run by the
Center for Security Studies at the ETH Zurich
© 1996-2004

